

Walter M. Iber – Thomas Krautzer (Hg.)

Wirtschaft und Region

WISSENSCHAFT KOMPAKT: Wirtschaft, Gesellschaft, Politik

Schriften des
Instituts für Wirtschafts-, Sozial-
und Unternehmensgeschichte
an der Karl-Franzens-Universität Graz

herausgegeben von

Thomas Krautzer

Band 3

LIT

Walter M. Iber – Thomas Krautzer (Hg.)

Wirtschaft und Region

Transformationsprozesse
im internationalen Vergleich

LIT

Umschlagbild:

Demonstration gegen die Schließung des Stahlwerks Judenburg, 1981
(Fotomontage). Copyright: Archiv des I:WSU.

Publiziert mit freundlicher
Unterstützung durch:



Projektförderung:



Den Inhalt der einzelnen Beiträge vertreten die Autoren und Autorinnen persönlich.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-643-51024-2 (br.)

ISBN 978-3-643-66024-4 (PDF)

© **LIT VERLAG** GmbH & Co. KG

Wien 2021

Garnisongasse 1/19

A-1090 Wien

Tel. +43 (0) 1-409 56 61 Fax +43 (0) 1-409 56 97

E-Mail: wien@lit-verlag.at <http://www.lit-verlag.at>

Auslieferung:

Deutschland: LIT Verlag, Fresnostr. 2, D-48159 Münster

Tel. +49 (0) 2 51-620 32 22, E-Mail: vertrieb@lit-verlag.de

Inhaltsverzeichnis

Walter M. Iber / Thomas Krautzer

Wirtschaft und Region – Transformationsprozesse im internationalen Vergleich: Einleitung, Synthese, Ausblick 7

Walter M. Iber / Thomas Krautzer

Steiermark 1985–2008: Vom alten Industriegebiet zum modernen Wissensraum – eine Projektvorstellung 27

Thomas Krautzer

Depression und Transformation. Die steirische Entwicklung der letzten Jahrzehnte in Zahlen und Grafiken 77

Andrea Bonoldi

Die wirtschaftliche Entwicklung Trentino-Südtirols: Eine Erfolgsstory. Und nun? 105

Chris Andre Buchholz / Juliane Czierpka

Innovativ und digital statt Kohle und Stahl? Der Strukturwandel im Ruhrgebiet am Beispiel der Informationstechnologien seit den 1960er-Jahren 137

Mirko Titze

Wirtschaft und Region – Transformationsprozesse seit den 1980er-Jahren: Das Beispiel Ostdeutschland 173

Peter Wegenschimmel

Regionale Wurzeln des Betriebs: Eine Bodenprobe aus dem kommunalen Umfeld der Werften Gdynia und Uljanik 201

Verzeichnisse

Autorinnen und Autoren 233

Abkürzungen 235

Register

Personen	239
Orte und Regionen	241
Unternehmen	245
Netzwerke, Zentren, Forschungs- und Bildungseinrichtungen	247

Wirtschaft und Region – Transformationsprozesse im internationalen Vergleich: Einleitung, Synthese, Ausblick

Walter M. Iber / Thomas Krautzer

Regionale Transformationsprozesse sind ein Phänomen, das nach dem massiven Nachkriegsaufschwung früher oder später – spätestens aber in den 1980er-Jahren – jeden westlichen Industriestaat erreichte: Der Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft, an dessen Beginn meist schwere Strukturprobleme so genannter alter Industriegebiete („old industrial areas“) standen, wurde zu einem weitverbreiteten Phänomen. In manchen Fällen führten die Probleme zu einem nachhaltigen Verlust einstiger Bedeutung (wie etwa in den Kohlerevieren des walisischen Rhondda-Valley mit den damit verbundenen Stahl- und Hafenindustrien, oder in den Stahlrevieren der Wallonie¹), in anderen gab es einen relativ erfolgreichen Wandel hin zu neuen Industriegebieten und/oder zu modernen Wissensregionen.

Die „old industrial areas“ waren durch mehrere Industrialisierungswellen im ausgehenden 18., im 19. und bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts entstanden und sehr häufig durch Monostrukturiertheit im Bereich Grundstoffe, Schwerindustrie und klassische industrielle Erzeugnisse (wie etwa die Textilindustrie) gekennzeichnet. Weiters waren ihnen das Fehlen grundlegender Prozess- und Produktinnovationen und die Prägung durch sehr konservative Unternehmensstrukturen zu eigen² – was nach dem Zweiten Weltkrieg und den erfolgreichen Jahren des Wiederaufbaus und des Wirtschaftsbooms fast zwangsläufig zu strukturellen (vorerst aber meist noch latenten) Krisen führte, die sich schließlich durch die Wachstumseinbrüche der 1970er-Jahre endgültig hochschaukelten („Ölpreis-

¹ Vgl. DAVIES J.: A History of Wales. London 2007. S. 748f.; sowie CARROZZO S.: Die Hochöfen sind am Erlöschen. Über den Niedergang der belgischen Stahlindustrie. In: Le Monde Diplomatique, 12.3.2004, abrufbar unter <https://monde-diplomatique.de/artikel/!777184>, 30.9.2020, MS Edge.

² Vgl. STEINER M.: Old Industrial Areas. A Theoretical Approach. In: Urban Studies Vol. 22 (1989), Issue 5, S. 387–398.

schocks“ und „Wellblechkonjunkturen“). Gesellschaftlich schlug die Entwicklung in den betroffenen Regionen in Form von Bevölkerungsabwanderung und hoher Arbeitslosigkeit, teilweise aber auch auf mentaler Ebene durch.

Beispiele dafür gibt es – von den bereits erwähnten abgesehen – in Europa und Übersee in großer Zahl. Genannt seien zunächst Industrieregionen in Nordwest-England (Manchester-Liverpool-Leeds-Sheffield-Birmingham) oder in den USA (der „Rust Belt“ zwischen Pittsburgh und der einst boomenden Autoregion rund um Detroit), wobei einzelne (Teil-)Regionen den Strukturwandel wiederum sehr unterschiedlich bewerkstelligen konnten: Im Großraum Manchester-Liverpool, einstmals ein prosperierender Standort des Schiffsbaus, der Schwerindustrie, des Maschinenbaus und der Textilindustrie und damit eines der bedeutsamsten Industriegebiete weltweit, schlugen die Auswirkungen der Deindustrialisierung ab den 1970er-Jahren mit voller Wucht zu. Sie gipfelten in Rekordarbeitslosigkeit, dramatischem Bevölkerungsrückgang, hohen Kriminalitätsraten und sozialen Unruhen. Während hier Manchester mit seinen zwei Universitäten durch den Wandel zu einer Bildungs- und Wissensregion, mit Cluster- und Netzwerkbildungen und Schwerpunkten in den Bereichen Medizin und Gesundheit sowie Technologieentwicklung und Medienwirtschaft (und darüber hinaus durchaus auch im Bereich Kunst und Kultur) die Krise besser abfedern konnte,³ traf sie Liverpool härter und nachhaltiger. Zwar gelangen auch hier Achtungserfolge, etwa beim Aufbau neuer Industrien (z.B. chemische Industrie, Filmindustrie), doch blieb die einstmals stolze Hafenstadt lange Zeit geradezu *das* Synonym für Krise. Sichtbare Anzeichen einer Erholung gab es erst ab den späten 1990er-Jahren (was sich 2003 etwa auch dadurch äußerte, dass Liverpool den Wettbewerb um die Nominierung zur europäischen Kulturhauptstadt des Jahres 2008 gewann), und damit deutlich später als in Manchester.⁴

³ Dazu die Reportage KRUSE H.: Manchester – eine Stadt erfindet sich neu. In: Die Welt, 2.11.2008, <https://www.welt.de/wirtschaft/article1509952/Manchester-eine-Stadt-erfindet-sich-neu.html>, 25.9.2020, MS Edge.

⁴ Wie Stuart Wilks-Heeg in einer sehr differenzierten Studie herausarbeitet, hatte das zu großen Teilen auch (partei-)politische Ursachen. Beide Städte wurden in den 1980er-

Im so genannten „Rust Belt“ (ehemals „Manufacturing Belt“; die neuere Bezeichnung „Rust Belt“, nomen est omen, weist bereits auf den wirtschaftlichen Niedergang ortsansässiger alter Industrien hin)⁵ war Pittsburgh (Spitznamen „Steel City“, „Iron City“) bis zum Beginn der 1980er-Jahre die größte Stahlregion der Vereinigten Staaten. Innerhalb weniger Jahre brach diese Industrie jedoch völlig zusammen, über 100.000 Arbeitsplätze gingen in der internationalen Stahlkrise – eine Überproduktion auf den Weltmärkten, die infolge der „Ölpreisschocks“ voll zum Tragen kam – verloren. Mit den hochmodernen Hütten- und Stahlwerken der Konkurrenz (z.B. Japan, das Massenstahl weit effizienter und billiger produzierte) konnten die veralteten Anlagen nicht mehr mithalten. Trotz dieses massiven Niedergangs in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre durchlebte Pittsburgh in den folgenden Jahrzehnten einen relativ erfolgreichen Strukturwandel. Die Krise zwang zu raschem Handeln, und nach systematischer Diversifizierung der Wirtschaft mit Schwerpunktlegungen auf Gesundheit, Bildung, Finanzdienstleistungen und Advanced Technology gilt Pittsburgh heute als „Musterbeispiel einer erfolgreichen regionalen Transformation“ in den USA.⁶

Ganz anders eine zweite Stadt im „Rust Belt“, nämlich Detroit: Seit dem frühen 20. Jahrhundert eine Hochburg der Automobilindustrie („Motor

Jahren von der Labour-Partei regiert. Doch während in Manchester ein weitgehender Pragmatismus und die Bereitschaft zur „unternehmerischen Wende“ (Kooperation mit dem privaten Sektor, Entwicklung moderner Standortkonzepte usw.) herrschte, kamen in Liverpool Vertreter einer extrem linken Fraktion („Militant Tendency“) an die Macht. In sehr kurzer Zeit brachte diese Stadtregierung Privatwirtschaft und Londoner Zentralregierung gegen sich auf, was den Standort nachhaltig schädigte. WILKS-HEEG S.: Kann kreative Regionalpolitik wirtschaftlichen Niedergang umkehren? Die Politik der „Urbanen Renaissance“ in Liverpool und Manchester. Artikel vom 30.9.2003, abrufbar unter <https://www.schader-stiftung.de/themen/demokratie-und-engagement/fokus/kommunales/artikel/kann-kreative-kommunalpolitik-wirtschaftlichen-niedergang-umkehren>, 28.9.2020, MS Edge.

⁵ Hier und zum Folgenden ausführlich NEUMANN T.: Remaking the Rust Belt: The Postindustrial Transformation of North America. Philadelphia 2019.

⁶ OPIELKA M. u.a.: Erfolgreiche regionale Transformationsprozesse. Mögliche Zukünfte für die Region Ruhr. Kurzstudie im Auftrag der Brost-Stiftung, Essen (2014), S. 39, abrufbar unter: https://www.izt.de/fileadmin/publikationen/IZT_Text_01.pdf, 12.10.2020, MS Edge.

City“) mit Aushängeschildern wie Ford, Chrysler und General Motors, führte die de facto-Monostruktur schließlich – zum Teil durch externe Krisen (Ölpreiserhöhungen) und durch strategische Fehlentscheidungen ansässiger Konzerne⁷ – in den wirtschaftlichen Abstieg: Urbaner Verfall, Abwanderung und hohe Kriminalität waren die Folge. Zu einer Erholung kam es nicht, im Gegenteil, die Krise 2008 hat die Lage noch einmal dramatisch verschärft. Im Jahr 2013 war die Einwohnerzahl auf unter 700.000 geschrumpft (1950 waren es knapp zwei Millionen gewesen, 1970 noch 1,5 Millionen), auf 100 Einwohner kamen lediglich 27 Arbeitsplätze.⁸

Um es auf den Punkt zu bringen: In den betroffenen Gebieten Englands und der USA hatten alle genannten Städte/Regionen massiv an der Krise zu leiden. Sowohl Manchester als auch Liverpool, sowohl Pittsburgh als auch Detroit wurden hart getroffen (wie unter anderem die demographischen Daten belegen⁹) – nur konnten die einen die sich daraus ergebende Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft deutlich erfolgreicher bzw. zügiger bewältigen und gestalten als die anderen. Jetzt stellt sich die Frage: Warum dieser Unterschied? Was haben „Verlierer“ der Transformation verabsäumt, was hingegen „Gewinner“ richtig gemacht?

Ein substanzieller Beitrag zu dieser Frage muss nicht unbedingt bei diesen sehr bekannten internationalen Beispielen gesucht werden. Hier setzt der vorliegende Sammelband an: Grundlegende Mechanismen von Ursache und Wandel lassen sich nämlich auch im engeren europäischen Umfeld herauschälen und analysieren, denn die Problemzonen der genannten Fälle sind eng verwandt mit Regionen wie der Steiermark (als mitteleuropäisches Beispiel) oder dem Ruhrgebiet (als Zentrum deutscher Kohle- und Stahlproduktion). Südtirol, der ostdeutsche Raum sowie Re-

⁷ Dazu: Autokonzern GM – der gefallene Riese. In: Der Spiegel, 11.4.1988.

⁸ FRAS D.: Detroit: Motor City liegt im Sterben. In: Berliner Zeitung, 14.1.2014.

⁹ Zu Pennsylvania und Detroit die entsprechenden Daten des US Census Bureau: <https://www.census.gov>; zu Manchester: https://secure.manchester.gov.uk/downloads/download/4220/public_intelligence_population_publications; zu Liverpool: <https://worldpopulationreview.com/world-cities/liverpool-population>, jeweils abgerufen am 20.9.2020, MS Edge.

gionen in Jugoslawien/Kroatien und Polen, die auch vorgestellt werden, haben in diesem Zusammenhang ebenfalls Gemeinsamkeiten. Andererseits weisen sie sehr spezifische Charakteristika auf – im Falle Südtirols aufgrund der Volksgruppenfrage und des Autonomiestatuts, im Falle von Ostdeutschland und Polen durch die jahrelange absolute Dominanz eines staatssozialistisch-planwirtschaftlichen Systems, in Jugoslawien durch die so genannte Arbeiter-Selbstverwaltung vor dem Hintergrund eines kommunistischen Regimes. Somit lassen sich spannende Vergleiche ziehen: Es geht um die Frage des positiven oder negativen Einflusses des Staates auf die Fähigkeit zum Strukturwandel (wir haben es in praktisch allen untersuchten Regionen mit Unternehmen unter hohem Staatseinfluss bis hin zur direkten Eigentümerschaft des Staates zu tun). Zudem ist es möglich, einen Blick auf die Rolle von Geschäftsleitungen und Belegschaftsvertretungen im Angesicht von Wirtschaftskrisen und unabwendbaren Änderungen zu werfen: Wann und mit welcher Intensität wird (re)agiert? Eine wesentliche Rolle spielt die jeweilige Branchenstruktur zum Zeitpunkt der Krise, denn ohne Technologie und Forschung scheint eine Transformation kaum noch zu gelingen. Die Begleitung durch eine universitäre Landschaft hat die Chancen demnach erheblich gesteigert, gut aus einem solchen Prozess hervorzugehen. Nicht zuletzt geht es um mentale Fragen, vor allem darum, wie rasch eine Region die Stärke findet, mit hoher Eigeninitiative und ohne Selbstmitleid aktiv zu werden. Krisen führen offensichtlich immer auch dazu, dass Betroffene sich als Opfer der Umstände fühlen. Aber ein Opfer ist in der Regel passiv und neigt dazu, seine Hoffnungen in Hilfestellungen von außen zu projizieren – ein Zugang, der, so zeigen es die Beispiele in diesem Band, wenig Aussicht auf Erfolg hat.

Wirtschaft und Region – Transformationsprozesse in der Steiermark, in Trentino-Südtirol, im Ruhrgebiet, in Ostdeutschland, in Polen und in Jugoslawien/Kroatien

Das Institut für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte der Universität Graz widmet sich seit 2019 einem Forschungsprojekt, das die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft in der Steiermark seit

den 1980er-Jahren beleuchtet.¹⁰ Von Anfang an war es ein Projektziel, die Ergebnisse in einen internationalen Kontext zu stellen. Mit dem vorliegenden Sammelband, der inhaltlich auf einer im Dezember 2019 an der Universität Graz abgehaltenen Tagung¹¹ basiert, wird diesem Ziel in einem ersten Schritt Rechnung getragen. In insgesamt sechs Beiträgen beleuchtet er neben der Steiermark, wie schon erwähnt, vergleichbare Transformationsprozesse in Südtirol und im Ruhrgebiet, in Ostdeutschland, in Polen und in Jugoslawien/Kroatien. Übrigens zeigen letztere Beispiele sehr deutlich: Das Phänomen beschränkt sich in Wahrheit nicht nur auf die westliche Welt, vielmehr befinden sich seit der so genannten „Ostöffnung“ ab 1989 auch osteuropäische Regionen in diesem Transformationsprozess. Eigentlich müsste man sogar noch früher ansetzen. Der britische Historiker Ian Kershaw beschreibt überzeugend, wie Ölshocks und Krise der Grundstoffindustrien seit in den 1970er-Jahren die sowjetischen Satellitenstaaten und das blockfreie Jugoslawien hart trafen und sukzessive zum politischen Niedergang der kommunistischen Systeme beitrugen.¹²

Den Anfang in diesem Band machen zwei – sich gegenseitig ergänzende – Artikel zur Steiermark: Zunächst stellen **Walter M. Iber** und **Thomas Krautzer** das oben angesprochene Forschungsprojekt vor.

¹⁰ Steiermark: Vom alten Industriegebiet zum modernen Wissensraum: Ein erfolgreicher Transformationsprozess, dokumentiert anhand von 90 Oral History-Interviews“. Projektleitung: Thomas Krautzer / Walter M. Iber; Projektmitarbeit: Philipp Lesiak, Reinhard Lux-Skalka, Sandra Turner, Doris Wünschl.

¹¹ Grazer Wirtschaftshistorische Dialoge IV: Wirtschaft und Region. Universität Graz, 12. Dezember 2019.

¹² Dies vor allem deshalb, weil die diese kommunistischen Staaten gezwungen waren, große Kredite im kapitalistischen Westen aufzunehmen. KERSHAW I.: Achterbahn: Europa 1950 bis heute. München 2019, S. 381f., weiters S. 391–393. Die Sowjetunion konnte die Probleme ihrer verknöcherten Wirtschaft durch ihren Erdölreichtum vorerst noch überdecken. In den 1980er-Jahren führten der Absturz des Ölpreises, eine in allen Bereichen sinkende Produktivität und ein explodierendes Staatsdefizit aber auch hier zum Verfall – und schließlich zum ökonomischen Kollaps. Dazu ausführlich KARNER S.: Von der Stagnation zum Zerfall. Kennzeichen der sowjetischen Wirtschaft der 1980er Jahre. In: KÜSTERS H. J. (Hg.): Der Zerfall des Sowjetimperialismus und Deutschlands Wiedervereinigung. Köln / Weimar / Wien 2016, S. 15–45.

Methodisch auf die Oral History (thematische Interviews) zurückgreifend, wirft es Fragen nach den Rahmenbedingungen, Persönlichkeiten und (richtungsweisenden) strategischen Entscheidungen im Kontext der Transformation auf. Aus den Antworten kristallisiert sich ein sehr vielschichtiger Prozess heraus, bei dem nicht zuletzt – und trotz zwischenzeitlich überbordender Krisenstimmung – ein wesentlicher „Startvorteil“ der Steiermark ins Auge springt: Ihre lange Tradition als Forschungs- und Bildungsstandort, die im Wesentlichen auf den berühmten Visionär und Modernisierer Erzherzog Johann (1782–1859) zurückgeht. In den Jahren seit 1945, in denen man sich in der Steiermark zunehmend auf das Thema Arbeitsplatzsicherung konzentrierte und dabei grosso modo auf die Verstaatlichte Industrie und auf wirtschaftspolitische Hilfestellungen vonseiten des Bundes vertraute, geriet die große Stärke einer innovatorischen und veränderungsbereiten Grundhaltung allmählich in Vergessenheit. Nach den vielen Jahren der Strukturkonservierung bedurfte es einer nicht mehr zu kaschierenden Krise, um hier ein Umdenken herbeizuführen und eine mentale Transformation einzuleiten: Die Steiermark verließ die zuvor durchaus gepflegte Opferrolle (sinngemäß: „Die Bundesregierung in Wien hat für unsere Arbeitsplätze zu garantieren...“) und verschrieb sich einer aktiven regionalen Wirtschaftspolitik, die auf mehreren Säulen ruhte: auf Forschung und Entwicklung, auf einem aktiven Entrepreneurship, auf neuartigen Wirtschaftskonzepten („endogene Erneuerung“¹³, Porter’sche Clustertheorie), auf neuen, effizienten Methoden einer regionalen Wirtschaftsförderung und, nicht zuletzt, auf der Erzählfähigkeit der Politik. Hinzu kamen die richtigen Personen zur richtigen Zeit am richtigen Ort: eine neue Generation auf der Politik- und Unternehmensebene, ausgestattet mit einem modernen Wirtschaftsverständnis.

¹³ Diesen Begriff prägte der Grazer Ökonom Gunther Tichy im Hinblick auf die Obersteiermark: Die krisengeschüttelten Betriebe und die gesamte Region sollten aus eigener Kraft heraus, mit Besinnung auf ihre technologischen und wissensbasierten Kernkompetenzen, mit höherwertigen Produkten und Dienstleistungen als Systemzulieferer am Markt wettbewerbsfähig werden. TICHY G.: Regionalstudie Obersteiermark. Bericht der Gutachter. Im Auftrag des Bundeskanzlers und der Steiermärkischen Landesregierung. Unter Mitwirkung des Österreichischen Instituts für Raumplanung (ÖIR) und des WIFO. Wien 1982.

Und pragmatische Persönlichkeiten auf der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite, die, völlig abseits ideologischer Gräben aus der Vergangenheit, zusammenarbeiteten und das wirtschaftspolitische Know-how ihrer Institutionen (Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung) für gemeinsame Ziele zur Verfügung stellten. Spannend zudem: Durch die Methode der Oral History zeigt sich, dass auch Narrative im Sinne politischer Erzählungen (wie in der Steiermark rund um den Automobilcluster), einem Placebo gleich, für reale wirtschaftliche Impulse sorgen können.

Daran anschließend vollzieht **Thomas Krautzer** die steirische Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte anhand von Zahlen und Grafiken nach. Der Beitrag zeigt, wie sehr insbesondere die über viele Jahre von verstaatlichten Unternehmen dominierte Industrieregion in der Obersteiermark österreichweit als Zentrum der Krise gelten konnte. Wenngleich die Entwicklung ab den 1990er-Jahren rückblickend einen durchaus erfreulichen Verlauf genommen hat und die Steiermark heute besonders von der eigenen Landespolitik als „Forschungsland Nummer 1“ gefeiert wird¹⁴, so ist doch zu konstatieren: Der Transformationsprozess vom alten Industriegebiet zum modernen Wirtschaftsraum kennt auch manche Verlierer (ökonomische, strukturelle, mitunter auch soziale), ein Umstand, den man zumindest nicht ausblenden sollte; zum Beispiel angesichts des nachhaltigen Bedeutungsverlustes der Obersteiermark zugunsten des dynamischen Großraums Graz (die Bevölkerungsentwicklung beider Regionen spricht hier eine deutliche Sprache) oder im Hinblick auf die nach wie vor im österreichischen Schlussfeld liegende pro Kopf-Wertschöpfung in der Oststeiermark. Im Vergleich mit anderen europäischen Industrieregionen hat die Wirtschaft der Steiermark, von einem niedrigen Niveau in den 1980er-Jahren ausgehend, seit den 1990er-Jahren eine beachtliche relative Dynamik entwickelt und sich im Mittelfeld (in der Wirtschaftsleis-

¹⁴ „Steiermark ist Forschungsland Nummer 1 in Europa. Neuer Rekord: Fünf Prozent-Schallmauer bei F&E-Quote durchbrochen“, Pressemeldung der Steiermärkischen Landesregierung, 11.8.2017. <https://www.kommunikation.steiermark.at/cms/beitrag/12600729/29767960/>, 20.9.2020, MS Edge.

tung in etwa vergleichbar mit der Region Braunschweig) festgesetzt.¹⁵ Ein Überholprozess in Richtung europäischer Spitzengruppe fand jedoch nicht statt.

Andrea Bonoldi rückt in seinem Beitrag die Region Trentino-Südtirol in den Fokus – und damit die Geschichte eines im öffentlichen Bewusstsein stark mit Tourismus und Landwirtschaft assoziierten Raumes, der über viele Jahre tief agrarisch geprägt war. Es war dies eine Prägung, die eine grundsätzliche Industrie-feindlichkeit mit sich brachte. Eine zusätzliche Dynamik erhielt diese tiefe Skepsis in der bäuerlichen Tiroler Bevölkerung, als die Industrialisierung (diese hatte, begünstigt durch die im Übermaß vorhandene Wasserkraft, im Wesentlichen in den 1920er-Jahren eingesetzt) zum Instrument der Italienisierung Südtirols wurde. Tatsächlich sah die faschistische Industriepolitik gerade für den Raum Bozen die verstärkte Anstellung von italienischen Arbeitskräften vor und benutzte das Argument der industriellen Entwicklung als Waffe im Kampf um die ethnische Hegemonie. Jedenfalls aber war die defensive Grundhaltung der deutschen Volksgruppe nicht dazu angetan, eine aktive regionale Wirtschaftspolitik in Gang kommen zu lassen (und das verhielt sich im Prinzip auch im Trentino so, wo es eigentlich keine ethnischen Konflikte gab, man jedoch Angst vor allzu einschneidenden sozialen Umwälzungen hatte). Das sollte sich nach dem Zweiten Weltkrieg nur langsam ändern, wobei die Autonomiestatute von 1948 und 1972 sowie die Einrichtung der EWG hier günstige Rahmenbedingungen schufen. Erstens konnte man sich vom römischen Zentralismus abnabeln, und zweitens wurden der Region hohe Summen aus den europäischen Fördertöpfen zuteil. Das lokale Unternehmertum „erwachte“ – Bonoldi spricht hier von einem Boom, einer „neuen Industrialisierung“, die von aktiven regionalpolitischen Maßnahmen im Sinne der territorialen Entwicklung (z.B. die bewusst dezentrale Ansiedlung von Unternehmen, um eine Abwanderung in die Städte zu verhindern) begleitet wurde. Die Krisen der 1970er-Jahre

¹⁵ MAYERHOFER P. / HUBER P. / SCHÖNFELDER S.: Oberösterreichs Wirtschaft im europäischen Wettbewerb. Erfolge, Defizite, Handlungsoptionen. Wien 2012 (=2012/325-1/A/WIFO-Projektnummer: 912), S.22f.

trafen insbesondere die großen Unternehmen und führten – wie generell in den Industriestaaten – zu Schwerpunktverschiebungen hin zum tertiären Sektor, wobei auch der primäre Sektor ein verhältnismäßig hohes Niveau halten konnte. Obwohl dies den Industriestandort Bozen schwächte, blieb die Industrie in Südtirol und im Trentino insgesamt stark, auch durch eine gewisse Kleistrukturiertheit und das Bekenntnis zu qualitativ hochwertigen Produkten (z.B. in der Stahlbranche). Von den beiden Provinzen wurde und wird dies durch eine gezielte Förderpolitik für bestehende Unternehmen wie auch für Neuansiedlungen tatkräftig unterstützt. Doch hinter der Zukunftsfähigkeit der Industrie sieht Bonoldi insofern ein Fragezeichen, als man im Bereich Innovation, Forschung und Entwicklung, trotz vieler Bemühungen in den letzten Jahren, anderen Regionen deutlich hinterherhinkt. Das hat mitunter damit zu tun, dass insbesondere Südtirol hier auf keine universitäre Tradition verweisen kann: Die Universität Bozen wurde erst 1997 gegründet, nachdem die Angst vor einer Italienisierung auch in diesem Fall lange Zeit ein Hemmschuh gewesen war.

Wie wichtig Universitäten und generell Forschung und Entwicklung für das wirtschaftliche Vorankommen einer Region sein können, zeigt einmal mehr der Beitrag von **Chris Andre Buchholz** und **Juliane Czierpka**. Die beiden gehen der spannenden Frage nach, ob das in jüngerer Vergangenheit von führenden Landespolitikern¹⁶ sinngemäß ausgegebene Motto „Innovativ und digital statt Kohle und Stahl“ den Transformationsprozess im Ruhrgebiet tatsächlich angemessen beschreibt. Wenig überraschend – und bei allem Respekt vor dem möglichen Nutzen einer erfolgreichen politischen Erzählung – ist hier zu differenzieren: Tatsächlich war es so, dass Bundes- und Landespolitik angesichts der immer deutlicher hervortretenden Strukturkrise im Ruhrgebiet verzweifelt nach Auswegen und neuen Konzepten suchten. Manche dieser Konzepte erzielten kaum positive Effekte (ja wirkten zum Teil eher strukturkonservierend), andere wiederum entpuppten sich auf längere Sicht als durchaus erfolgreich. Tech-

¹⁶ Die Autoren nennen hier den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet.

nologie, Innovation und Bildung entwickelten sich zu zukunftsweisenden Schlüsselworten, die beispielsweise in der Gründung von Universitäten in Bochum (1962) und Dortmund (1968) manifest wurden – und an diesen Bildungsstätten wiederum durch die schon sehr frühe Etablierung des Forschungsbereiches Informatik. Hinzu kam ab den 1980er-Jahren angesichts der verschärften Krise die Einsicht, dass die Modernisierung der traditionell montanindustriellen Strukturen alleine zu wenig sei. Neuinvestitionen waren dringend gefragt, wie zum Beispiel Technologiezentren und einschlägige Forschungsinstitute (zuletzt das Max-Planck-Institut für Cybersicherheit und Schutz der Privatsphäre in Bochum). Eindrücklich schildern Buchholz und Czierpka anhand von Fallbeispielen, wie sich die krisengeschüttelte Region tatsächlich zu einem Magnet und Nährboden für Unternehmen aus der IT-Branche wandelte – und welche bedeutsame Rolle die lokalen Universitäten und Forschungseinrichtungen dabei spielten. Dennoch gilt es einzuschränken: Den Informationstechnologien darf zwar durchaus eine Art Leuchtturmfunktion zugeschrieben werden, doch die nüchternen Zahlen und Größenordnungen zeigen, dass sich das Ruhrgebiet weder im Inneren noch nach außen wirklich über diese Branche definieren kann. Von den neun Leitmärkten, die der Regionalverband Ruhr definiert hat, finden sich im so genannten „industriellen Kern“ (Grundstoffindustrien) nach wie vor die meisten Beschäftigten (2019: 22 Prozent), während es der Leitmarkt „Digitale Kommunikation“ mit gut drei Prozent im Jahr 2019 nur an die letzte Stelle schafft. Freilich, das alles ist nur als Zwischenbilanz in einem laufenden Prozess zu sehen: Unter den Leitmärkten weist die „Digitale Kommunikation“ immerhin die größte Wachstumsdynamik auf.

Gleich mehrere Transformationsprozesse beleuchtet zunächst **Mirko Titze** in seinem Aufsatz zu Ostdeutschland, konkret zu den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie Berlin: Vom Ende des Zweiten Weltkrieges und der Teilung Deutschlands in West und Ost bis hin zur deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1989 und – der Schwerpunkt des Beitrages – zu deren ökonomisch-gesellschaftlichen Folgen. Hier ist insbesondere auf das schwere Erbe hinzuweisen, welches die staatssozialistische Zentralplanwirtschaft

der DDR den betroffenen ostdeutschen Gebieten hinterlassen hatte. Struktur- und Standortentscheidungen waren zu Zeiten der SED-Diktatur in der Regel aus politischen, weniger aus ökonomischen oder betriebswirtschaftlichen Gründen getroffen worden – mit ein Grund dafür, warum die Wirtschaftsleistung im Osten Deutschlands jener im Westen (vor allem im urbanen Bereich) bis heute deutlich hinterherhinkt. Doch das alleine reicht als Erklärung nicht aus; vieles deutet darauf hin, dass Selbstbewusstsein und Wille, eine aktive regionale Wirtschaftspolitik mit zukunftssträchtigen Strategien zu verfolgen, in den Ländern nur schwach ausgeprägt sind. Besonders schwer betroffen sind alte, vom Subventionstropf des Staates abhängige Bergbau- und Stahlregionen (z.B. Eisenhüttenstadt), während wenige Gebiete sich nachhaltig zum Positiven entwickeln konnten. Titze nennt hier das Beispiel Jena, heute eine prosperierende Region in Ostdeutschland – ein Umstand, der vor allem unternehmerischer Tatkraft, genauer gesagt den Impulsen durch die Jenoptik AG zu verdanken ist. Dieses in der Tradition von Carl Zeiss stehende Unternehmen hat sich in den Bereichen Optoelektronik, Systemtechnik und Präzisionsfertigung einen Weltruf erarbeitet. Mit der überaus dynamischen Forschungslandschaft im Raum Jena wird eng kooperiert. Derartige Lichtblicke können aber kaum über viele Defizite hinwegtäuschen: Eine verhältnismäßig niedrige F&E-Quote, Abwanderung, hohe Arbeitslosigkeit und ein schlechtes Bildungsniveau (u.a. durch außerordentlich viele Schulabbrecher). Im Übrigen konnten mit Gründungen von Universitäten und Forschungseinrichtungen bei Weitem nicht jene dynamischen Effekte erzielt werden wie andersorts – mitunter deshalb, weil die Vernetzung mit der jeweiligen Region eine ungenügende war.

Eine andere Perspektive auf regionale Transformationsprozesse vermittelt der Aufsatz von **Peter Wegenschimmel**. Betriebsgeschichtliche Aspekte stehen hier im Fokus, genauer gesagt die Entwicklung der beiden Werften Uljanik (in Pula, Jugoslawien/Kroatien) und Gdynia (Polen) seit den 1970er-Jahren. Der Autor geht den regionalen Verflechtungen der Schiffbauunternehmen auf den Grund und arbeitet in diesem Rahmen Unterschiede und Parallelen heraus. Unterschiede lagen mitunter im politischen Kontext wie auch in unterschiedlichen Verwaltungskonzepten: In Polen

Zentralismus und Staatssozialismus, in Jugoslawien Regionalismus und eine starke Selbstverwaltung der einzelnen Teilrepubliken. Indes bestanden Ähnlichkeiten vor allem in der tiefen strukturellen Einbettung beider Unternehmen in ihr regionales Umfeld. Als große Arbeitgeber waren die Werften in ihren Kommunen omnipräsent, prägten durch sozialen Wohnbau für ihre Beschäftigten ganze Stadtteile und wirkten durch Gesundheits-, Bildungs-, Sport- und Freizeiteinrichtungen auf weite Teile des gesellschaftlichen Lebens.¹⁷ Sie schufen damit einen hohen Identifikationsgrad zwischen Wirtschaft und Region, und sie entfachten – nicht zuletzt als wesentliche Bestandteile lokalpolitischer Allianzen – ein hohes Maß an Emotionalität, wie sich später bei den Protesten gegen drohende Schließungen an beiden Standorten zeigen sollte. Die Verwurzelung in der jeweiligen Kommune war jedenfalls derart tief, dass die institutionellen Grenzen zwischen Unternehmen und Stadt mitunter verschwammen. Ins Auge springen zudem Gemeinsamkeiten mit anderen in diesem Band behandelten Regionen: Im Kampf um Rentabilität versuchten sich die beiden Schiffbauunternehmen in den 1970er- und 1980er-Jahren in Diversifizierungen, die weit in den Dienstleistungssektor (Immobilien, Tourismus) ausgriffen. Im Rahmen des Privatisierungsprozesses besann man sich später – allerdings wenig erfolgreich – wieder auf den ureigenen industriellen Kern. Eine wesentliche Rolle im Geschehen spielten die EU-Beitritte (Polen 2004, Kroatien 2013) und das dadurch schlagend werdende europäische Wettbewerbsrecht, das die staatlichen Subventionen stark limitierte. Neben der strukturellen Komponente wird an den beiden Beispielen das Erfordernis einer mentalen Transformationsbereitschaft neuerlich offensichtlich. Das Selbstverständnis der kommunalen Rolle der Unternehmen blieb im Denken der Menschen erhalten, während es sich im Rahmen der neuen Strukturen betriebswirtschaftlich nicht

¹⁷ Ähnlich verhielt es sich beispielsweise im ostdeutschen Eisenhüttenstadt (Eisenhüttenkombinat Ost) – dazu den Beitrag von Mirko Titze in diesem Band; oder im steirischen Kapfenberg, wo das Stahlunternehmen Böhler die Gesellschaft über viele Jahrzehnte tief prägte. Dazu IBER W. M. / KARNER S.: 120 Jahre Böhler in Kapfenberg – 120 Years of Böhler in Kapfenberg. Unveröffentlichtes Manuskript, Graz 2014 (Manuskript im Archiv des I:WSU).

mehr aufrechterhalten ließ. Wegenschimmels Fazit: Das Schicksal der Werften war mit ihrer Entwurzelung besiegelt. Ergänzend und weiterführend wäre in diesem Zusammenhang ein Vergleich mit den generellen Entwicklungen der europäischen Werftindustrien im dargestellten Zeitraum interessant. Diese hatten auch in westlichen Ländern mit schweren Problemen ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten zu kämpfen.¹⁸

Gemeinsame Entwicklungsmuster: Erfolgsrezepte gegen die Krise?

Eine wesentliche Erkenntnis aus dem vorliegenden Sammelband ist, dass sich anhand der hier abgebildeten Case Studies – und mit Sicherheit auch darüber hinaus – gemeinsame Entwicklungsmuster definieren lassen. Letztlich sind diese Muster eine Richtmarke dafür, ob ein Transformationsprozess als erfolgreich eingestuft werden kann oder nicht. Und bei aller Rücksichtnahme auf unterschiedliche ökonomische Startvoraussetzungen (etwa zwischen Ost und West) erlauben sie doch eine Formulierung von breit anwendbaren Rezepten gegen Krisen, die im Wesentlichen auch auf einschlägige Herausforderungen in Gegenwart und Zukunft übertragbar sind.

Die ökonomische Transformation seit den Krisen der 1970er-/80er- Jahre haben offensichtlich jene Regionen verhältnismäßig gut gestaltet,

- wo auch die *mentale Transformation* bewältigt werden konnte, und zwar durch das Ablegen eines in Krisenregionen weit verbreiteten Opferrollen-Reflexes und durch das Umschwenken von einer regiona-

¹⁸ Die Werften litten nicht nur an den Auswirkungen der Wirtschaftskrise 2008, sondern befanden sich angesichts starker Konkurrenz aus Asien (China, Japan, Südkorea) schon seit längerem in der Defensive. Dazu LUDWIG T. / THOLEN J.: Schiffbau in Europa in globaler Konkurrenz – Struktur, Beschäftigung und Perspektiven. Kurzfassung einer Studie für die HBS, OBS, das RKW und die EU 2007. OBS-Arbeitsheft 51, online abrufbar unter http://www.redaktion.tu-berlin.de/fileadmin/f12/Downloads/koop/BAG_Archiv/06_061.pdf, 9.11.2020, MS Edge; zu den Folgen der Wirtschaftskrise siehe die Volumen der Auftragseingänge im europäischen Schiffbau 2002–2018 auf [statista.com](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/258961/umfrage/volumen-der-auftragseingaege-im-europaeischen-schiffbau/#statisticContainer): <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/258961/umfrage/volumen-der-auftragseingaege-im-europaeischen-schiffbau/#statisticContainer>, 10.11.2020, MS Edge.

len Defensiv- in eine Aktivposition. Dabei ist es im Kern unerheblich, worin die objektive oder gefühlte Benachteiligung bestanden hatte. Sie lag das eine Mal in einer ethnisch motivierten Industriefeindlichkeit wie in Trentino-Südtirol; oder im Fall der Steiermark und des Ruhrgebiets im Pochen auf staatliche Subventionen zum Erhalt bestehender Strukturen, womit die Chance auf einen Neustart zumindest stark verzögert wurde. Noch schärfer sieht man dieses Phänomen in Ostdeutschland, wo zunächst die Bevormundung durch das SED-Regime die Menschen in die Passivität zwang, anschließend aber auch die westdeutsche Dominanz das Verhalten prolongierte. Der Niedergang der dargestellten Werften in Kroatien und Polen mag, neben anderen Faktoren, ebenfalls damit zusammenhängen, dass man sich lange an Staatshilfen klammerte und die kommunalpolitische Entflechtung nicht akzeptieren wollte¹⁹;

- wo in der mentalen Transformation ein Weg von besagter Opferrolle hin zu einer selbstbewussten regionalen Wirtschaftspolitik mit dem Sinn für *Eigenverantwortlichkeit* (was auch über Umwege erfolgen konnte) zu sehen ist. Dieser Prozess, der oft erst durch eine dramatische Krisenverschärfung eingeleitet wurde, legte die Basis für den Mut zur strukturellen Veränderung und dementsprechend für zukunftssträchtige Weichenstellungen und Strategien;
- wo der Staat seine Unternehmerrolle (verstaatlichte Industrien) ablegte und das Feld weitgehend der „invisible Hand“ im Sinne von *privatem Unternehmertum* und einer Orientierung der Wirtschaft an den Bedürfnissen des Marktes überließ;
- wo dennoch versucht wurde, insbesondere um den *Erhalt industrieller Substanz* zu kämpfen und man eine Deindustrialisierung vermeiden

¹⁹ Darauf zumindest deuten am Beispiel Kroatiens Presseberichte wie diese hin: „Konkurs über Uljanik-Werft in Pula eröffnet“. In: Die Presse, 13.5.2019, <https://www.diepresse.com/5627511/konkurs-uber-uljanik-werft-in-pula-eroffnet> und „Schwere Schieflage in Kroatiens Werften – und Zagreb sind die Hände gebunden“. In: Industrie Magazin, 27.8.2018, <https://industriemagazin.at/a/schwere-schieflage-in-kroatiens-werften-und-zagreb-sind-die-haende-gebunden>, jeweils abgerufen am 9.11.2020, MS Edge.

konnte, denn die direkten und indirekten Wertschöpfungseffekte des sekundären Sektors sind für die Ausgestaltung einer breiten Prosperität unerlässlich. Der Grat zwischen Substanzerhalt und Strukturkonservierung ist jedoch schmal. Regionale Verwurzelung und eine starke Corporate Identity können für Unternehmen dabei vorteilhaft sein, sind allein aber noch keine Garanten für eine erfolgreiche Transformation;

- wo es traditionelle Unternehmen der Grundstoffindustrie schafften, sich nicht mit Massenproduktion, sondern durch Restrukturierung und *Konzentration auf besondere Qualität* (Spezial- und Nischenerzeugnisse) auf den Weltmärkten unverzichtbar zu machen. Die Rolle von Technologie und Bildung kann in diesem Zusammenhang kaum genug betont werden. Darüber hinaus war eine Diversifizierung hin zu Dienstleistungen und/oder forschungs- und technologiebasierter Produktion unbedingt notwendig.
- wo es gelungen ist, einen starken Fokus auf *Forschung und Entwicklung* zu richten. Und wo die Vernetzung von Forschungsstätten mit der regionalen Wirtschaft für eine entsprechende Dynamik sorgte. Dass traditionsreiche Universitäts- und Forschungsstandorte wie die Steiermark hier einen Vorteil hatten, steht außer Frage. Jedoch zeigt das Beispiel des Ruhrgebietes, dass sich mit Neugründungen und einer klugen Ausrichtung auf regionale Bedürfnisse ebenfalls einiges erreichen lässt. Bleiben regionale Synergien außen vor, sind freilich auch Universitäten und sonstige Forschungseinrichtungen keine Garanten für eine vorteilhafte Entwicklung (siehe das Beispiel Ostdeutschland).
- wo der Politik möglichst ohne ideologische Scheuklappen daran lag, sinnvolle *Rahmenbedingungen* zu schaffen (z.B. in Form einer effizienten Wirtschaftsförderung); oder wo sie Mittel und Wege fand, durch *kraftvolle Erzählungen* (Die Steiermark als „Forschungsland Nummer 1“ oder das Ruhrgebiet als „IT-Hotspot“) als eine Art Marketing-Sprachrohr für die regionale Wirtschaft zu agieren. Dabei spielte es eine untergeordnete Rolle, ob diese Erzählungen zur Gänze der Realität entsprachen. Wichtig war vielmehr, dass sie sich im kollektiven

Bewusstsein verankerten und damit für positive Impulse am jeweiligen Standort sorgten.

Es gibt aber auch Problemstellungen, die offensichtlich sehr langfristig wirken und nur schwer bewältigbar sind. An vorderster Stelle wäre hier das demographische Problem anzusprechen. Wirtschaftskrisen führen sowohl zu Abwanderungsbewegungen als auch zu einem Rückgang der Geburtenraten. Selbst bei einer wirtschaftlichen Erholung sind die daraus resultierenden Folgen langfristige Begleiter von Transformationsprozessen, wo sich zumeist neue urbane Zentren mit besonderer Dynamik herausbilden, aber gleichzeitig eine Peripherie entsteht, die nur noch schwer Anschluss findet.

Ein zweiter Aspekt liegt in der Frage, ob die Transformation bereits entwickelter Gebiete mit Strukturproblemen nicht nur zur Stabilisierung, sondern auch zu einem Überholprozess im Vergleich zu anderen Regionen führen kann. In diesem Buch dargestellte Ergebnisse geben (zumindest in der Frage der aktuellen Wettbewerbsfähigkeit) Anlass zur Skepsis. Was sich individuell als hohe Dynamik anfühlt, ist nach objektiven Vergleichskriterien meist eine Stabilisierung auf mittlerem Niveau.

Wie nachhaltig sind die Prozesse? Die Krise 2008 kann aufgrund ihres universellen Charakters als ein guter Gradmesser gesehen werden. Jene Regionen, die zumindest einen Großteil der oben aufgelisteten Punkte auf ihrer Haben-Seite verbuchen konnten, haben diese in der Regel verhältnismäßig gut überstanden. Die kommenden Aufgaben (Bewältigung der COVID-19-Krise, Digitalisierung, Herausforderungen durch eine carbonfreie Energieaufbringung etc.) werden freilich zeigen, wie gut gerüstet man wirklich ist. Nur jene Regionen, in denen sich die handelnden Akteure aus Politik und Ökonomie darüber im Klaren sind, dass Transformationen nicht in kurzen Zyklen verlaufen, sondern dauerhafte Prozesse sind, werden diese zu meistern in der Lage sein. Zweifellos lauern zahlreiche Gefahren, die das Potenzial dazu haben, Probleme aufzuschieben und damit wiederum einer Strukturkonservierung Vorschub zu leisten. Die Politik, die sich in ihrem Tun und Handeln in der Regel an verhältnismäßig kurzen Wahlzyklen orientiert, ist hier besonders gefordert.

Ausblick

Der vorliegende Band versteht sich als erste Etappe auf dem Weg zu einem umfassenden internationalen Vergleich regionaler Transformationsprozesse aus wirtschaftshistorischer Perspektive. Jenes noch kleine Netzwerk, das von Graz aus aufgebaut wurde und hier durch die einzelnen Beiträge sichtbar ist, soll in den kommenden Jahren einen kontinuierlichen Ausbau erfahren; sprich auch andere Regionen (z.B. in den USA, in Großbritannien und Frankreich, nicht zuletzt auch in Asien) sollten unbedingt in den Vergleich mit einbezogen werden.

Die Zugänge der einzelnen Artikel sind sehr unterschiedlich. Diese Vielfalt ist für sich genommen eine Stärke; und sie schafft eine Basis, auf der es bereits möglich ist, gemeinsame und auch aussagekräftige Entwicklungsmuster abzuleiten. Optimierungsmöglichkeiten gäbe es freilich zur Genüge. Zum Beispiel könnte man den Vergleich zukünftig effizienter gestalten, indem man sich auf gemeinsame methodische Zugänge, auf einheitliche theoretische Leitlinien und auf inhaltliche Schwerpunkte einigt:

- Im methodischen Bereich die Oral History in Form von thematischen Interviews. Bei all den Schwächen, die dieser Zugang zugleich in sich birgt (und die im Band auch klar angesprochen sind²⁰), ist er in Wahrheit doch nicht selten das einzige Instrument, um wichtige Entscheidungen und Weichenstellungen (hinter denen oft Kalkül und strategisches Denken stecken mochten, bisweilen aber auch purer Zufall) im Rahmen der behandelten Transformationsprozesse nachvollziehen zu können.
- Im theoretischen Bereich: Eine Orientierung an Konzepten des ganzheitlichen strategischen Managements. Anhand von drei zentralen Säulen der Verantwortung von Führungspersonal zur Erreichung von Ergebnissen, nämlich dem Management von Strategie, Struktur und Kultur, wäre zu fragen, inwieweit sich das jeweils praktizierte regionale Change Management in diese Schablone einpassen lässt respek-

²⁰ Siehe den Beitrag von Walter M. Iber und Thomas Krautzer in diesem Band.

tive wie sehr überhaupt eine systematische Ausprägung zu erkennen ist.²¹

- Im inhaltlichen Bereich: Eine stärkere Herausarbeitung jener Rolle, die die Strukturfonds der EU bei den regionalen Transformationsprozessen gespielt haben.²² Zum Teil sind erhebliche Gelder geflossen und die verpflichtenden Planungsdokumente haben den strategischen Zugang zur Förderthematik entscheidend geprägt. Interessanterweise ist dieser Einfluss aber noch nicht im ausreichenden Maße gewürdigt.

Es sind dies Gedanken und Zugänge, die sich, geradezu werkstattartig, vielfach erst im Zuge der Entstehung dieses Buches entwickelt haben. Eine Umsetzung zumindest von Teilaspekten, die in zukünftige internationale Vergleiche einfließen, könnte eine wesentliche Bereicherung des Forschungsfeldes darstellen.

Unser großer Dank gilt der Autorin und den Autoren, die mit ihren Beiträgen den internationalen Vergleich erst möglich gemacht haben. Großen Anteil am Zustandekommen dieses Bandes haben zudem auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte in Graz. Ihnen möchten wir herzlich danken: Philipp Lesiak für seine Mithilfe bei den wissenschaftlichen und redaktionellen Arbeiten wie auch bei der Erstellung der Register, Reinhard Lux-Skalka für punktuelle Quellenrecherchen, Sandra Turner für die Assistenz bei der Vereinheitlichung des Anmerkungsapparates, Doris Wünschl für die Abwicklung redaktioneller wie auch organisatorischer Belange und Lisa Krahn sowie Lidija Lulaewa für Interviewtranskriptionen.

²¹ Diesbezüglich wird eine Orientierung an dem sehr praktisch orientierten System des Managementzentrums St. Gallen unter der Leitung von Fredmund Malik vorgeschlagen. MALIK F.: Führen, Leisten, Leben. Stuttgart 2000. Auch GÄLWEILER A: Strategische Unternehmensführung. Frankfurt / New York 1990.

²² Ein umfassender Überblick über Rolle, Ziele und damit verbundene Mittel findet sich auf der Homepage der DG-Regio der EU-Kommission unter: https://ec.europa.eu/info/departments/regional-and-urban-policy_de, 10.11.2020, MS Edge.

nen. Bei Gerhard Gauster bedanken wir uns für die Erstellung des Satzes und das geduldige Einarbeiten von Korrekturen.

Ohne die großzügige Projektförderung durch die Steiermärkische Landesregierung, Referat Wissenschaft und Forschung, wäre die Forschung zur Steiermark und folglich auch das Buch nicht möglich gewesen. Anita Beatrice Rupprecht gebührt hier unser besonderer Dank für die Betreuung. Ebenso danken wir der Universität Graz für ihre maßgebliche Unterstützung bei den Druckkosten. Und nicht zuletzt möchten wir uns beim LIT Verlag, speziell bei Wilhelm Hopf und Timna Holzer, für die Aufnahme des Buches in das Verlagsprogramm und die abermals reibungslose Projektabwicklung bedanken.

Steiermark 1985–2008: Vom alten Industriegebiet zum modernen Wissensraum – eine Projektvorstellung

Walter M. Iber / Thomas Krautzer

„Wir sind pleite, verstehen Sie doch, wir sind pleite!“ Der dramatische Appell, den ÖIAG-Vorstand Hugo Michael Sekyra¹ im Sommer 1987 an hunderte um ihre Arbeitsplätze bangende Stahlarbeiter im obersteirischen Kapfenberg richtete, hat sich tief ins Bewusstsein einer ganzen Generation eingebrannt – in das Erinnern jener, die sich damals in ihren Tätigkeitsbereichen in Politik, Verwaltung, Interessenvertretungen und Wirtschaft, im Bereich Forschung und Entwicklung oder in der Medienwelt mit tiefgreifenden ökonomischen und strukturellen Umwälzungen unmittelbar konfrontiert sahen. Wie in vielen anderen Industriestaaten der westlichen Welt wurde auch in Österreich der Niedergang so genannter „old industrial areas“ seit den 1980er-Jahren endgültig offensichtlich.² Die Steiermark – und da vor allem die Industrie in der obersteirischen Mur-Mürz-Furche – entwickelte sich zu einem wesentlichen Brennpunkt. Die Worte Sekyras waren zunächst begleitet von Tristesse und hoher Arbeitslosigkeit. Mittel- bis langfristig betrachtet aber waren sie zugleich ein Weckruf, denn sie symbolisierten den Abschied vom strukturkonservierenden Dogma einer Vollbeschäftigung auf Kosten der öffentlichen Hand, von Bundes- und Landesregierungen gemeinsam mit der Verstaatlichten Industrie zuvor jahrelang vertreten.³

Zeitsprung: Im Herbst 2017 trifft der Stahlkonzern voestalpine AG eine bemerkenswerte Standortentscheidung: Ein neues, volldigitalisiertes

¹ Über Sekyra, der 1986–1992 als Generaldirektor der Verstaatlichtenholding ÖIAG (Österreichische Industrieholding AG) eine Schlüsselrolle bei der Einleitung des Restrukturierungsprozesses einnahm: BRUCKMÜLLER E. (Hg.): Personenlexikon Österreich. Wien 2001, S. 455f.

² Vgl. STEINER M.: Old Industrial Areas. A Theoretical Approach. In: Urban Studies Vol. 22 (1989), Issue 5, S. 387–398.

³ Dazu u.a. IBER W. M.: Vollbeschäftigung versus Budgetdisziplin – Historischer Streit, flexible Positionen. In: Wirtschaftspolitische Blätter, Sonderausgabe 2016: Arbeitsmarkt Steiermark, S. 73–82.

Edelstahlwerk mit einer Investitionssumme von 340 Millionen Euro wird 2021 in Kapfenberg in Betrieb gehen – genau an jenem Ort, der 30 Jahre zuvor zum Symbol für den Niedergang geworden war.⁴ Eine solche Entwicklung hätten wohl nicht einmal die kühnsten Optimisten zu prophezeien gewagt. Dieser – freilich sehr plakativ gewählte – Meilenstein deutet auf zwei wesentliche Erkenntnisse hin: Erstens, dass über die wirtschaftliche Entwicklung in der Steiermark seit den 1980er-Jahren letztlich positiv zu bilanzieren ist, und zweitens, dass Regionalentwicklung ein sehr langfristiger, in Jahrzehnten zu messender Prozess ist (was einen Spannungsbogen zur Politik bildet, deren Erfolgsbilanz in wesentlich kürzeren Wahlzyklen zu legen ist).

Wie aber ging der Transformationsprozess, der dies ermöglichte, tatsächlich vonstatten, und welche Weichenstellungen waren dafür notwendig? In der Forschung wurden diese für den regionalen Standort Steiermark (und darüber hinaus für die Frage der Regionalentwicklung allgemein) so wichtigen Fragestellungen bisher nicht detailliert beleuchtet,⁵ weshalb sich ihnen seit dem Frühjahr 2019 am Institut für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte (I:WSU) der Universität Graz ein eigenes,

⁴ voestalpine, <https://www.voestalpine.com/group/de/media/presseaussendungen/2018-04-23-voestalpine-startet-bau-des-weltweit-modernsten-edelstahlwerks>, 15.7.2020, MS Edge.

⁵ Siehe v.a. STEINER M.: Vom Wandel in Vergangenheit und Gegenwart. Die wirtschaftliche Entwicklung der Steiermark seit 1945. In: ABLEITINGER A. / BINDER D. A. (Hg.): Steiermark. Die Überwindung der Peripherie. Wien / Köln / Weimar 2002, S. 127–234; HARTMANN C.: Economic Policy for Regional Renewal: Strategies and Instruments – Styria in the 1980s and 1990s. In: STEINER M. (Hg.): From Old Industries to New Regions. Policies for Structural Transformation in Accession Countries. Graz 2003, S. 241–260; siehe weiters KARNER S.: Die Steiermark im 20. Jahrhundert. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. 2. Aufl. Graz 2005, S. 436–459 u. S. 522–529; SCHÖPFER G.: Von der Nachkriegsbewirtschaftung auf dem Weg zur Vollbeschäftigung. In: DESPUT J. S. (Hg.): Vom Bundesland zur europäischen Region. Die Steiermark von 1945 bis heute. Geschichte der Steiermark, Bd. 10. Graz 2004, S. 311–348; KRAUTZER T.: Von der Regionalstudie Obersteiermark zur Gründung der SFG. Die Krise der 1980er Jahre als Katalysator einer wirtschaftspolitischen Neuorientierung der Steiermark. In: HOHENWARTER M. / IBER W. M. / KRAUTZER T. (Hg.): Mensch im Mittelpunkt. Festschrift für Peter Teibenbacher zum 65. Geburtstag. Wien 2019, S. 203–220.

vom Land Steiermark unterstütztes Forschungsprojekt widmet.⁶ Der folgende Beitrag versteht sich im Wesentlichen als eine Vorstellung dieses Projektes sowie seiner ersten Zwischenergebnisse und Ausblicke.

Problemstellung, Vorgeschichte und kritischer Blick auf den Gesamtkontext

Im 19. Jahrhundert kristallisierten sich im damaligen Herzogtum Steiermark (neben Entwicklungen in der Untersteiermark, auf die in diesem Rahmen nicht näher Bezug genommen wird) zwei für die Gesamtmonarchie bedeutende industrielle Zentren heraus: der Raum Graz und die Mur-Mürz-Furche in der Obersteiermark.⁷ Die Industrie der Obersteiermark war vorwiegend grundstoffbasiert. Sie war einerseits durch eine jahrhundertealte Tradition im Bereich der Eisenerzeugung und -verarbeitung geprägt, die sich auf Rohstoffvorkommen (Eisenerz am Erzberg) und Energieangebote (alpine Wasserkraft, Holzkohle und Kohlevorkommen) stützte. Als Kohle und Koks der Holzkohle im Verhüttungsprozess den Rang abliefen, gesellte sich andererseits noch eine florierende Papier- und Zellstoffindustrie hinzu, die das enorme Angebot an Wäldern nutzte. Das Berg- und Hüttenwesen der Obersteiermark wurde wissenschaftlich seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch die Montanuniversität in Leoben unterstützt, eine visionäre Gründung des

⁶ „Steiermark: Vom alten Industriegebiet zum modernen Wissensraum: Ein erfolgreicher Transformationsprozess, dokumentiert anhand von 90 Oral History-Interviews“. Projektleitung: Thomas Krautzer / Walter M. Iber; Projektmitarbeit: Philipp Lesiak, Reinhard Lux-Skalka, Sandra Turner, Doris Wünschl.

⁷ STEINER (wie in Anm. 5), S. 134–142; KARNER S.: Die Wirtschaft der Steiermark im 20. Jahrhundert. In: Wirtschaftspolitische Blätter, Sonderausgabe 2014: Zeitenblicke – 100 Jahre Wirtschaft in der Steiermark (November 2014), S. 7–19; SCHÖPFER G.: Industrieland – Expansion, Entfaltung, Europäisierung. In: HÖSELE H. / PRISCHING M. (Hg.): Die Steiermark – eine Landvermessung. Wien 2019, S. 290–293. Zur Entwicklung des neuzeitlichen Eisenwesens in der Steiermark die einschlägigen Beiträge in: ROTH P. W.: Erz und Eisen in der Grünen Mark. Beiträge zum steirischen Eisenwesen. Graz 1984.

legendären Erzherzogs Johann (1782–1859)⁸, die auch heute noch Welt-
ruf genießt.⁹

Der Raum Graz wiederum brachte etliche Unternehmen am technologi-
schen Puls ihrer Zeit hervor, unter anderem die Maschinenfabrik Andritz
des Josef Körösi, die aus einer Fahrradwerkstatt hervorgegangenen
Werke des Johann Puch (heute MAGNA-Steyr Fahrzeugtechnik), die
Waggonfabrik Weitzer (später Simmering-Graz-Pauker, heute Siemens
Mobility Austria) oder die in Graz und Wien ansässige größte Schuh-
erzeugung der Monarchie, die HUMANIC AG (heute eine Handels-
marke der nach wie vor im Familienbesitz stehenden Leder & Schuh AG
in Graz).¹⁰ Diese Unternehmen fanden wiederum ihre wissenschaftliche
Unterstützung in der Technischen Hochschule Graz¹¹, die aus der natur-
wissenschaftlichen Stiftung (= Joanneum) des bereits genannten Erz-
herzogs hervorging.¹² Daneben aber war die Steiermark im Süden und
Osten des Landes wie auch in Teilen der Obersteiermark ein tief von
kleinstrukturierter Landwirtschaft geprägtes Land mit einer insbeson-
dere in der Obersteiermark intensiven Forstwirtschaft, die, wie schon
erwähnt, den industriellen Sektor Holz, Zellstoff, Papier und Papp
prägte.¹³

⁸ Erzherzog Johann von Österreich ging als großer Modernisierer in die steirische Lan-
desgeschichte ein. Zahlreiche Innovationen in Industrie und Landwirtschaft sowie im
Bereich der Eisenbahnen, aber auch in Kunst und Kultur, gehen auf ihn zurück. Über
ihn: RIEGLER J. (Hg.): *Erzherzog Johann – Mensch und Mythos*. Graz 2009.

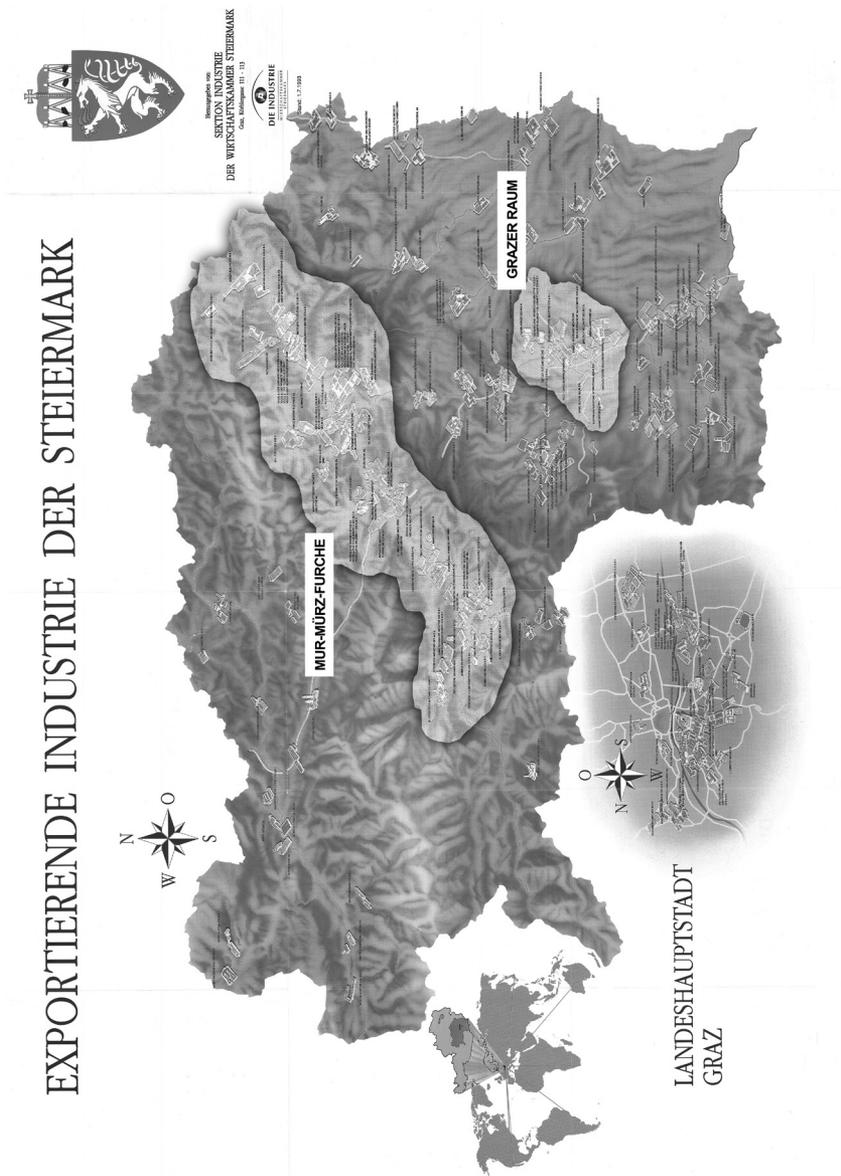
⁹ BUTSCHEK F.: *Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegen-
wart*. Wien / Köln / Weimar 2011, S. 113f.

¹⁰ Zu den genannten Unternehmen: MATHIS F.: *Big Business in Österreich. Österrei-
chische Unternehmen in Kurzdarstellungen*. München 1987, S. 156–158, 284–287
u. 295–300.

¹¹ Ab 1976 Technische Universität Graz.

¹² Vgl. GOETZ G.: *Das Joanneum in Gratz [sic!]. Erinnerung an seine Gründung vor
50 Jahren*. Gratz 1861, S. 1–16.

¹³ Siehe KARNER S.: *Die Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert. Die politi-
schen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen*. In: KARNER S. /
KOPETZ H. (Hg.): *Die grüne Mark. Steirische Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahr-
hundert*. Graz 2004, S. 21–197, hier S. 27–38.



Traditionelle Wirtschaftszentren der Steiermark: Die Mur-Mürz-Furche und der Großraum Graz (abgebildet anhand der exportierenden Industrie, Stand 1991).

Quelle: Wirtschaftskammer Steiermark, Sparte Industrie; Grafische Adaption: Philipp Lesiak

Weder nach dem Ersten noch nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich an dieser grundsätzlichen Prägung – vom 1919 erfolgten Verlust der Untersteiermark einmal abgesehen – im Wesentlichen viel geändert. Zwei Unterschiede sind jedoch für die Zeit nach 1945 festzuhalten: Erstens das Einzementieren einer unglücklichen, abgeschotteten Grenzsituation im Süden und Osten bis in die 1990er-Jahre (was sich zum großen steirischen strukturellen Sorgenkind, dem „Grenzland“, auswuchs).¹⁴ Zweitens, dass in der Zeit des Nationalsozialismus rüstungsbedingt massive Ausbau- und Modernisierungsmaßnahmen gesetzt worden waren. Obwohl die steirische Industrie, bedingt durch den Krieg und seine unmittelbaren Folgen, massive Schäden davontragen musste, blieben viele dieser Impulse nachhaltig verfügbar.¹⁵ Von standortpolitischer Kontinuität zeugte die Entscheidung, beim Wiederaufbau (und hier insbesondere beim Einsatz investiver ERP-Mittel) grosso modo an die bestehenden Strukturen anzuknüpfen, was zu einer Bevorzugung der bestehenden Grundstoffindustrie gegenüber einer neu aufzubauenden Final- bzw. Konsumgüterindustrie führte.¹⁶

Die größte Zäsur lag letztlich darin, dass der Staat aus ideologischen (Sozialdemokratie) und pragmatischen Gründen angesichts von Besat-

¹⁴ Dazu die umfassende Studie TICHY G. / ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR RAUMPLANUNG (ÖIR): Das Steirische Grenzland. Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft. Studie im Auftrag der Steiermärkischen Landesregierung FA Ib/RA8. Graz 1990.

¹⁵ STEINER (wie in Anm. 5), S. 134–142; KARNER (wie in Anm. 7); SCHÖPFER (wie in Anm. 7); zu den Zerstörungen durch den Bombenkrieg spezifisch: BEER S. / KARNER S.: Krieg aus der Luft. Der Bombenkrieg der Alliierten gegen Südösterreich. Graz 1990.

¹⁶ Dazu insbesondere SANDGRUBER R.: Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Wien 1995, S. 460–462; SEIDEL H.: Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. In: BISCHOF G. / STIEFEL D. (Hg.): 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948–1998. Wien 1999, S. 63–102; RATHKOLB O.: Der ERP-Fonds und Optionen zur Transformation der österreichischen Wirtschaft nach 1953. In: BISCHOF / STIEFEL (wie oben), S. 103–110; BISCHOF G. / PETSCHAR H.: Der Marshall Plan. Die Rettung Europas & der Wiederaufbau Österreichs. Wien 2017, hier insbesondere S. 114–184.

zung (Frage des „Deutschen Eigentums“¹⁷), kriegsbedingter Zerstörung und Mangel an privatem Kapital in die Rolle des Unternehmers schlüpfte: 1946 wurden das Bankenwesen (mit einem großen Industriekonglomerat, das sich im Besitz der Creditanstalt (CA), der Länderbank und des Österreichischen Credit-Instituts (ÖCI) befand) und weite Teile der Grundstoffindustrie verstaatlicht, 1947 folgte fast die gesamte Elektrizitätswirtschaft.¹⁸ Die Obersteiermark mit den großen Eisen- und Stahlproduzenten wies nunmehr eine außerordentliche Dichte an verstaatlichten Unternehmen auf, was letztendlich zu einer umfassenden, weit über das wirtschaftliche Geschehen hinausgehenden Prägung führte.

Die Verstaatlichte Industrie entwickelte sich zunächst gut. Sie profitierte vom großen Grundstoffboom der Nachkriegszeit, begünstigt durch den Wiederaufbau und die westalliierten Auslandshilfen (vor allem durch das US-amerikanische European Recovery Program, kurz ERP), schließlich auch durch den „Koreaboom“. Produktions- und Umsatzzahlen stimmten; besonders in der Eisen- und Stahlindustrie, wo man zudem stolz auf technologische Innovationen wie das berühmte LD-Blasstahlverfahren verweisen konnte.¹⁹ Die verstaatlichten Unternehmen sicherten zehntausende

¹⁷ Die Frage bezog sich auf den im Potsdamer Abkommen vereinbarten Zugriff der Alliierten auf deutsches Auslandsvermögen in Österreich als Kriegskompensation. Die österreichische Regierung hoffte, letztlich vergeblich, mit der Verstaatlichung insbesondere dem sowjetischen Zugriff auf dieses Vermögen entgegenwirken zu können. Aus Sicht der Sowjetunion spielte es keine Rolle, auf welche Weise es 1938–45 in deutsche Hände gekommen war: Auf „Arisierungen“ nahm man keine Rücksicht, zwischen deutschem und „altösterreichischem“ Vermögen wurde kaum ein Unterschied gemacht. Dazu ausführlich IBER W. M.: Die versteckten Reparationen. Zur wirtschaftlichen Ausbeutung Österreichs durch die Sowjetunion, 1945–1963. In: DORNIK W. / GIESSAUF J. / IBER W. M. (Hg.): Krieg und Wirtschaft. Von der Antike bis ins 21. Jahrhundert. Innsbruck / Wien / Bozen 2010, S. 555–574, insbesondere S. 559–562.

¹⁸ Zur Frage der Verstaatlichung u.a. LANGER E.: Die Verstaatlichung in Österreich. Wien 1966; STIEFEL D.: Verstaatlichung und Privatisierung in Österreich. Illusion und Wirklichkeit. Wien 2011; KRAUTZER T.: Das Problem der Verstaatlichung am Beispiel der Schmidhütten Liezen und Krems. In: EBNER H. / HASELSTEINER H. (Hg.): Geschichtsforschung in Graz. Festschrift zum 125-Jahr-Jubiläum des Instituts für Geschichte der Karl-Franzens-Universität Graz. Graz 1990, S. 339–350.

¹⁹ WALZEL R.: Ein neues Stahlherstellungsverfahren. In: Stahlbau-Rundschau. Zeitschrift des Österreichischen Stahlbauvereins 1957/Heft 2, S. 3–6.

Arbeitsplätze und nahmen im österreichischen Wirtschaftsleben eine herausragende Stellung ein.²⁰

Noch im wirtschaftlichen Höhenflug offenbarten sich jedoch bereits die Schattenseiten: Die Verstaatlichte Industrie war ein Spielball der Politik, genauer gesagt des Proporzsystems der „Großen Koalition“ zwischen Österreichischer Volkspartei (ÖVP) und Sozialistischer Partei Österreichs (SPÖ) 1947–1966.²¹ Je nach den vorherrschenden politischen Kräfteverhältnissen änderten sich – mehrfach – auch Organisationsstrukturen und Kompetenzzuteilungen.²² Stets ruhte dabei spürbar die „visible hand“ des Staates auf den Unternehmen, was in der Regel auch jene strategischen Entscheidungen mit einschloss, die aus parteipolitischen oder gewerkschaftlichen, nicht aber aus betriebswirtschaftlichen Motiven heraus getroffen wurden. Die strukturellen Hemmnisse führten zu einer gewissen Trägheit im Hinblick auf Innovation und Technologie – und dazu, dass man sich in Produkt und Organisation zunehmend von den realen Bedürfnissen des Marktes entfernte, in denen die Wettbewerbskräfte deutlich zunahmen (der Verkäufermarkt der Nachkriegszeit wandelte sich mit fortdauernder Sättigung in einen Käufermarkt und dazu hielt neue Konkurrenz aus Fernost Einzug). Tatsächlich ging der Boom der Grundstoffindustrie allmählich zu Ende, während neue Technologien und grundlegend veränderte Konkurrenzsituationen auf dem Vormarsch

²⁰ KRIECHBAUMER R.: Die Ära Kreisky. Österreich 1970–1983 in der historischen Analyse, im Urteil der politischen Kontrahenten und in Karikaturen von Ironimus. Wien / Köln / Weimar 2006, S. 243f.; siehe im Detail auch die Beiträge in TURNHEIM G. (Hg.): Österreichs Verstaatlichte. Die Rolle des Staates bei der Entwicklung der österreichischen Industrie von 1918 bis 2008. Wien 2009.

²¹ RAUCHENSTEINER M.: Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945–1966. Wien 1987, insbesondere S. 89 und 253–255.

²² Hier ging es insbesondere um die Frage, ob die Unternehmen direkt vom Ministerium aus verwaltet werden sollten (bevorzugte Variante der SPÖ), oder ob über eine zwischengeschaltete Holding (als GesmbH mit mehr, als AG mit weniger politischer Abhängigkeit) ein Puffer zur Parteipolitik eingezogen werden sollte (bevorzugte Variante der ÖVP). Je nach politischem Einfluss wogten die Strukturen zwischen diesen Polen bis zum heutigen Tage hin und her. Dazu: BUTSCHEK (wie in Anm. 9), S. 370–381; MÄRZ E.: 40 Jahre Verstaatlichte Industrie. In: ÖIAG Journal 2/1986, S. 1–40.

waren.²³ In Österreich wurden diese Entwicklungen bei einigen privaten Unternehmen, aber insbesondere bei vielen Verantwortlichen der „Verstaatlichten“, nicht als das zur Kenntnis genommen, was sie waren: eine existenzielle Herausforderung. Die – auch politischen – Kosten der damit verbundenen Strukturänderungen (im Zentrum stand natürlich die Frage von Arbeitsplatzverlusten im Rahmen von Neustrukturierungen und dem Abbau von Überkapazitäten) wurden höher als die damit verbundene Bedrohung eingeschätzt. Man setzte weiterhin voll auf die verstaatlichten Unternehmen, die mit dem Budget der Republik im Rücken als unsinkbare Flaggschiffe galten. Dass diese in eine strukturelle Krise geraten waren, ließ sich bereits in den 1960er-Jahren nicht mehr von der Hand weisen. Erste Sanierungs- und Stellenabbaukonzepte wurden schon in der ÖVP-Alleinregierung (1966–1970) ausgearbeitet, gelangten jedoch nicht zu Umsetzung.²⁴

Die seit 1970 in Verantwortung befindliche SPÖ-Alleinregierung unter Bundeskanzler Bruno Kreisky machte (auch mit Unterstützung von ÖVP-Landeshauptleuten aus den hauptbetroffenen Bundesländern Steiermark, Oberösterreich und Niederösterreich) die Arbeitsplatzsicherung zu ihrem vorrangigen wirtschaftspolitischen Leitmotiv, ja eigentlich Dogma. Die bestehenden Strukturprobleme wurden zunächst noch einmal durch eine Hochkonjunkturphase zu Beginn der 1970er-Jahre überdeckt.²⁵ In

²³ Vom Rechnungshof waren einschlägige Problemstellungen schon in den späten 1950er-Jahren aufgezeigt worden; insbesondere im Rahmen jener verstaatlichten Betriebe, die sich 1945–1955 in Händen der sowjetischen Besatzungsmacht befunden hatten. Siehe IBER W. M.: Das schwere Erbe der „USIA-Zeit“. Der Rechnungshof und die wirtschaftliche Gebarung ehemaliger Sowjetbetriebe nach 1945. In: 250 Jahre Der Rechnungshof. Wien 2011, S. 193–201.

²⁴ IBER (wie in Anm. 3), S. 78; GRÜNWALD O.: Die Arbeiterbewegung und Strukturveränderungen in der Verstaatlichten Industrie. In: MESCH M. / BRAIT R. (Hg.): Der Wandel des industriepolitischen Leitbilds der Arbeiterbewegung. Wien 2017, S. 91–116, hier S. 102–104.

²⁵ In dieser Zeit überraschte die Regierung Kreisky unter Einfluss des Finanzministers Hannes Androsch mit Maßnahmen, die man heute wohl als „neoliberal“ bezeichnen würde, nämlich dem Abschluss des großen Freihandelsabkommens mit der EG 1972/73 sowie dem Einschwenken in eine Hartwährungspolitik (D-Mark-Bindung des Schillings) sowie einer Änderung des Mehrwertsteuerregimes. Interview OHA_TS_054_03_2020 sowie BREUSS F.: 100 Jahre Österreichische Wirtschaft. WIFO Working Papers 570. Wien 2018, S. 34–47.

Folge des ersten „Ölpreisschocks“ nach dem Yom-Kippur-Krieg 1973 sowie der folgenden Rezessionen 1975 und 1978 änderte sich die wirtschaftliche Großwetterlage aber in Richtung einer bis dahin so nicht gekannten „Stagflation“. Bis zu einem gewissen Grad hatte die Politik mit massivem „Deficit-Spending“ und einem keynesianisch inspirierten Programm (Austro-Keynesianismus)²⁶ anfangs ein „Durchtauchen“ ermöglicht. Spätestens durch den zweiten „Ölpreisschock“ und die anschließende „Wellblechkonjunktur“ der 1980er-Jahre stieß diese Strategie aber an ihre Grenzen.²⁷ Im Kern wurden der Einfluss konjunktureller Faktoren und die Möglichkeit einer nationalen Steuerung über-, die Auswirkungen struktureller Mängel hingegen unterschätzt.

Nunmehr waren Sanierungsmaßnahmen gefragt; spätestens, als 1985 der Intertrading-Skandal („Voest-Debakel“)²⁸ ruchbar und nach dem Rauswurf des Voest-Vorstandes²⁹ jedermann klar wurde: Eine Verstaatlichte Industrie in der gegebenen Form war für die öffentliche Hand nicht mehr zu finanzieren. Der Ruf „mehr Privat, weniger Staat“, der schon seit den frühen 1980er-Jahren immer lauter auch durch Österreich gehalten war, war jetzt – angetrieben von der oppositionellen ÖVP – allgegenwärtig.³⁰

²⁶ Zum Austro-Keynesianismus: SANDGRUBER (wie in Anm. 16), S. 488–491; BUTSCHEK (wie in Anm. 9), S. 353–364 sowie die kontroversiellen Beiträge in den Wirtschaftspolitischen Blättern 1982/Heft 3: Der Austro-Keynesianismus.

²⁷ BUTSCHEK (wie in Anm. 9), S. 346–369; IBER W. M.: Staatsverschuldung, Budget und Fiskalpolitik in Österreich. 1918–1995. Ökonomische und gesellschaftspolitische Aspekte. Habilitationsschrift, Graz 2017, S. 37–41.

²⁸ Dieser Skandal ging von massiven Ölspekulationen der Handelsfirma Intertrading – einer Voest-Tochter – aus, mit denen das damalige Voest-Management unter Generaldirektor Heribert Apfalter versuchte, die Verluste aus dem operativen Geschäft zu kompensieren. Dies endete in einem Debakel und hinterließ in der Sozialdemokratie aufgrund des spekulativen Charakters auch einen nicht zu unterschätzenden psychologischen Schock. Dazu ausführlich SUMMER F.: Das Voest-Debakel. Wien 1987; siehe dazu auch Interviews im Oral History-Archiv des I:WSU: OHA_TS_045_02_2020; OHA_TS_046_02_2020; OHA_TS013_11_2020.

²⁹ Interviews OHA_TS_051_03_2020; OHA_TS_071_08_2020; ausführlich SUMMER (wie in Anm. 28).

³⁰ Exemplarisch: SCHÜSSEL W.: Abmagerungskur für den Staat. In: Wirtschaftspolitische Blätter 5 u. 6/1987, S. 594–599.

Kurzfristig ergaben sich aus den, gleichsam aus der Not geborenen, tiefgreifenden Umgestaltungen (wozu insbesondere die Privatisierung der größten Teile dieses staatsdominierten Komplexes gehörte) schmerzhaft Einschnitte und hohe Arbeitslosigkeit. In weiterer Folge boten sich aber neue Chancen und Möglichkeiten, nicht zuletzt für strukturelle (Wirtschaftsförderung, Impulszentren, Clusterbildung, Kompetenzzentren) und unternehmerische Innovationen.³¹ Die Steiermark verstand neue Potenziale durchaus zu nutzen, wenngleich natürlich nicht von einer „vollkommenen“ Erfolgsgeschichte die Rede sein kann. Im nationalen und europäischen Vergleich wird klar: Die Steiermark hat seit der Krise zweifellos einen bemerkenswerten Aufholprozess hingelegt und sich damit etwa in der Mitte vergleichbarer europäischer Industrieregionen positionieren können. Allerdings konnte man sich bei Indikatoren wie der Generierung von Beschäftigung oder der Wirtschaftsleistung pro Kopf nicht im vorderen Drittel etablieren, vor allem weil der Aufholprozess keine längerfristige Outperformance war und die Vergleichsregionen in ihrer Entwicklung natürlich nicht stehen geblieben sind.³² Doch die Differenz zu den Besten hat sich – und das kann durchaus als Erfolg gesehen werden – in den letzten Jahren auch nicht geweitet. Das heißt auf den Punkt gebracht: Durch den Transformationsprozess konnte man die europäische Dynamik seither halten.

Das Projekt: Ziele, Methoden, Projektdesign

Das Projekt des I:WSU widmet sich einem Forschungsdesiderat: Zur Geschichte der Steiermark in der Zweiten Republik gibt es zwar teils grundlegende und sehr verdienstvolle Überblickswerke³³, ein detaillierter Blick auf die jüngste Wirtschaftsgeschichte des Bundeslandes ab den 1980er-Jahren fehlt aber bisher. Dies ist insofern ein Defizit, als die Jahre

³¹ KRAUTZER (wie in Anm. 5).

³² Siehe den Aufsatz von Thomas Krautzer im vorliegenden Band.

³³ Vor allem KARNER und STEINER (beide wie in Anm. 5). Michael Steiner wird im Herbst 2020 ein Buch mit dem Titel „Wirtschaft.Steiermark – Zwischen Utopie und Realität.“ herausbringen, das einen Teil der aktuellen Fragestellungen mit abdecken wird.

dieser regionalwirtschaftlichen Transformation durchaus einen gewissen Beispielcharakter im europäischen Kontext haben oder zumindest als lohnendes Fallbeispiel für eine positive regionalwirtschaftliche Intervention gelten können.³⁴ Von verschiedenen „Vorläuferprojekten“³⁵ ausgehend, setzte das I:WSU deshalb hier an: Das seit Juni 2019 laufende Forschungsprojekt „Steiermark: vom alten Industriegebiet zum modernen Wissensraum (1985–2015)“ wird von der Steiermärkischen Landesregierung finanziell gefördert. Ein zentraler Kooperationspartner ist Joanneum Research mit dem Institut für Wirtschafts- und Innovationsforschung POLICIES.

Das Projekt verfolgt im Wesentlichen drei Ziele:

- Erstens (und damit ist die wichtigste methodische Komponente bereits vorweggenommen) geht es darum, das Wissen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen im bereits seit mehreren Jahrzehnten am Institut für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte angesiedelten Oral History-Archiv der Universität Graz³⁶ zu sichern: nach dem Motto „... damit es nicht verloren geht!“;
- zweitens sollen die Projektergebnisse eine Analyse von Ursache, Struktur, Systematik und Wirkung regionaler wirtschaftspolitischer Intervention bieten. Es sollte zwischen singulären (also nur aus dem konkreten historischen Kontext heraus erklärbaren) Phänomenen sowie generellen Wirkmechanismen unterschieden werden. Letztere können der

³⁴ KRAUTZER T. / HOLZSCHLAG G.: Standortmanagement. Kooperation als regionale Wettbewerbsstrategie am Beispiel „Steiermark“ und „Silicon Alps“. In: BERGNER S. / FLEISS J. / GUTSCHELHOFER A.: Wandel gestalten. Beiträge der Managementforschung zu Herausforderungen der Unternehmensführung. Graz / Wien 2019, S. 5–26.

³⁵ KRAUTZER, T.: Die Elite der österreichischen Unternehmerschaft im 20. Jahrhundert. Eine statistische Untersuchung des sozialen Erscheinungsbildes, der Karrieremuster und der historischen Verflechtungen der Elite der österreichischen Unternehmerschaft zwischen 1936 und 1976. Diss. Graz 1995; IBER W. M. / KARNER S.: 120 Jahre Böhler in Kapfenberg – 120 Years of Böhler in Kapfenberg. Unveröffentlichtes Manuskript, Graz 2014 (Manuskript im Archiv des I:WSU); KRAUTZER (wie in Anm. 5).

³⁶ SCHÖPFER G.: Das Oral History-Archiv am Institut für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte der Karl-Franzens-Universität Graz. In: HOHENWARTER / IBER / KRAUTZER (wie in Anm. 5), S. 281–292.

Politik Entscheidungshilfen bieten, wobei sich dieser Aspekt um die Frage dreht, inwieweit die Art und Weise der Krisenbewältigung als Wegweiser für zukünftige ökonomisch-gesellschaftliche Herausforderungen heranzuziehen ist;

- drittens geht es auf universitärer Ebene um die Einbindung von Lehre und Forschung in den Bereichen allgemeine Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Business History und Standortpolitik. Im Rahmen von Semesterschwerpunkten wird Studierenden die Möglichkeit geboten, in Form von Datenrecherchen, Referaten und Seminararbeiten³⁷ am Projekt zu partizipieren und erste Forschungserfahrungen zu sammeln.

Wie bereits erwähnt, ist der zentrale methodische Projektbaustein die Oral History. Geplant sind Interviews mit rund 90 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aus Politik, Wirtschaft, Interessenvertretungen, Medien und Forschung. Bisher (Stand September 2020) sind rund 70 davon durchgeführt.³⁸ Bei den Interviews handelt es sich um thematische Befragungen, die nach einem bestimmten Fragenkatalog (siehe Anhang) strukturiert sind und bei denen zugleich das narrative Element breiten Raum findet. Die Oral History ist für das Projekt insofern von unschätzbarem Wert, als bestimmte Aspekte des Transformationsprozesses ohne diese Quellengattung gar nicht nachvollziehbar wären. „Harte wirtschaftliche Indikatoren“, wie beispielsweise Wachstumsraten oder Arbeitslosenzahlen, sind zwar ein wesentliches Element, um allgemeine Entwicklungen zu beschreiben oder Aussagen und Thesen zu überprüfen und einzuordnen. Andererseits können Zahlen alleine keine ausreichenden Erkenntnisse über Strategien, Intentionen und Handlungsmotive liefern. Es gibt in der Steiermark zwar einige Dokumente mit strategischen Überlegungen, die Erklärung von Ereignissen und Handlungssträngen benötigt aber Kommentierung und Erinnerung von Persönlichkeiten, die das Ge-

³⁷ Darunter KNÖBL M.: AT&S im Transformationsprozess. Eine Aufarbeitung des wirtschaftlichen Strukturwandels in der Steiermark der 1980er/90er Jahre. Proseminararbeit Graz 2020; WILHELMER C.: Zentrale hochrangige Infrastruktur-Investitionen in der Steiermark von 1960 bis heute. Seminararbeit Graz 2020.

³⁸ Das Projekt hat sich durch die allgemeinen Lockdown-Maßnahmen im Rahmen der Covid-19-Krise von März bis Juni 2020 verzögert.

schehen auf unterschiedlichen Positionen und mit unterschiedlichen Perspektiven begleitet und geprägt haben. Nur auf diese Art ist ein umfassendes Bild zu gewinnen, mit dem ein so tiefgreifender regionaler Transformationsprozess beschrieben, aber vor allem verstanden werden kann. Dies ist wiederum eine Voraussetzung dafür, um generelle Handlungsoptionen für regionale Transformationsprozesse benennen zu können, die vor dem Hintergrund aktueller Probleme (kohlenstofffreie Energieerzeugung, Digitalisierung, Demographie, bröckelnde Globalisierung, neue Konkurrenzmodelle, Bewältigung der Covid-19-Krise) wohl unvermeidlich sind.

Andererseits ist sich das Projektteam natürlich auch der vielschichtigen methodischen Probleme bewusst, die mit der Oral History einhergehen,³⁹ darunter insbesondere die meist große Zeitspanne zwischen dem tatsächlich Erlebten und dem Zeitpunkt der Erzählung (Interview), die oft zu einer Vermengung von persönlicher und kollektiver (etwa durch Medienberichterstattung geprägter) Erinnerung und damit zu einer gewissen Mythenbildung führt (siehe weiter unten).

Die Oral History ist aber nicht die einzige Quelle, auf die sich das Projekt stützt. Im Sinne eines hermeneutischen Zugangs braucht es Möglichkeiten zu Ergänzungen und Gegenproben, die im konkreten Fall durch historische Zeitreihen (Daten aus den Beständen der Statistik Austria, der Landesstatistik, dem Wirtschaftspolitischen Berichts- und Informationssystem Steiermark, kurz WIBIS und v.a. von Joanneum Research POLICIES), aber auch durch zeitgenössische Publikationen verschiedener Think Tanks und Diskussionsplattformen wie die „Wirtschaftspolitischen Blätter“ (Wirtschaftskammer), das „Jahrbuch für Politik“ (Steirische bzw. Österreichische Volkspartei) oder die Zeitschrift „Wirtschaft und Gesellschaft“ (Arbeiterkammer) gegeben sind. Ergänzend werden Quellen wie die historischen Unternehmensdaten des Compass-Verlags (abrufbar über das Zentraleuropäische digitale wirtschafts- und geschichtshistorische interaktive Archiv, kurz ZEDHIA⁴⁰) verwendet.

³⁹ Dazu SCHÖPFER (wie in Anm. 36), S. 287f.

⁴⁰ ZEDHIA, <https://zedhia.at/de>, 30.9.2020, MS Edge.

Wesentliche Weichenstellungen im Rahmen des Transformationsprozesses hatten durchaus auch einen (nicht immer explizit ausgewiesenen) theoretischen Unterbau.⁴¹ Gemeint sind hier insbesondere das Konzept der „endogenen Erneuerung“ (vor allem vertreten durch Gunther Tichy)⁴² und die Clustertheorie (vor allem Michael Porter)⁴³. Dies sind Leitplanken, die dem Projektteam zugleich eine Orientierungshilfe bei der Analyse bieten: Sind diese grundlegenden Konzepte in den Erinnerungen wesentlicher Entscheidungsträger noch präsent respektive welche Systematik ist in den Erinnerungen erkennbar?

Darüber hinaus orientiert sich das Projektteam bei der Auswertung der Quellen an folgenden forschungsleitenden Fragestellungen:

- Wie hat sich der Transformationsprozess (Vorgeschichte und Wurzeln, Problemaufbau, Klimax, Intervention, Outcome) in der Steiermark konkret entwickelt?
 - Wie sieht dies in der Erinnerung zentraler handelnder Persönlichkeiten aus?
 - Wo sind aus deren subjektiver Sicht wesentliche Einflussfaktoren auszumachen?
 - In welchen Bereichen und in welchem Ausmaß weicht die Analyse der Oral History-Interviews hier von objektivierbaren Forschungsergebnissen anderer Quellen ab und warum tut sie das?
- Welche Strategien wurden explizit für ein Regionales Change-Management formuliert und welche Schalthebel aktiv und bewusst umgelegt?
- Kann aus dem Prozess eine Art Blaupause für regionale wirtschaftliche Transformationsprozesse abgeleitet werden?

⁴¹ Ausführlich: KRAUTZER / HOLZSCHLAG (wie in Anm. 34).

⁴² Dazu grundlegend TICHY G.: Regionalstudie Obersteiermark. Bericht der Gutachter. Im Auftrag des Bundeskanzlers und der Steiermärkischen Landesregierung. Unter Mitwirkung des Österreichischen Instituts für Raumplanung (ÖIR) und des WIFO. Wien 1982.

⁴³ Wie stark Porter in Österreich rezipiert wurde, zeigen seine Aufsätze in den Wirtschaftspolitischen Blättern: PORTER M. E: The Microeconomic Foundations of Economic Development and Competitiveness. In: Wirtschaftspolitische Blätter 3/1999, S. 178–191 und Derselbe: Clusters and Government Policy. In: Wirtschaftspolitische Blätter 3/2000, S. 144–154.

- Wie ist dieser Prozess im Vergleich zu anderen europäischen Regionen zu verorten?

Der Untersuchungszeitraum des Projektes endet im Wesentlichen mit der Wirtschaftskrise 2008 – wobei hier nicht von einer echten Zäsur zu sprechen ist; ein sichtbares, abruptes Ende des Transformationsprozesses gab es natürlich nicht, vielmehr einen fließenden, im Prinzip bis in die Gegenwart andauernden Übergang hin zu neuen Problemstellungen und Herausforderungen. Allerdings zeigten die verhältnismäßig glimpflichen regionalen Auswirkungen der Krise ab 2008 eines recht deutlich: Im Untersuchungszeitraum war es der steirischen Wirtschaft trotz einer zunächst düsteren Ausgangslage gelungen, sich verhältnismäßig gut aufzustellen und so die Folgen der Krise zu bewältigen. Dies ist wohl ein wesentlicher Indikator dafür, dass ein erkennbarer Strukturwandel stattgefunden hat, der zu einer bemerkenswerten Krisen-Resilienz führte.

Steiermark 1985-2008: Wesentliche Aussagen – erste Analysen

Im Folgenden werden, in fünf Punkte gegliedert, erste Erkenntnisse aus den bisher geführten Interviews dargestellt. Es handelt sich um Aussagen zu den für die Transformation wesentlichen Entscheidungen und Konstellationen, die von mehreren Zeitzeugen unabhängig voneinander getätigt wurden oder durch andere Quellen (Literatur, Zeitreihenanalysen) überprüfbar sind; andererseits zeigt sich auch das bereits zuvor thematisierte Methodenproblem, namentlich die Kraft des Narrativs, die bisweilen sozusagen ein Eigenleben entwickelt hat.

1. „Tiefgreifende Reformen sind erst dann möglich, wenn das Wasser über den Hals reicht – und wenn ein Weg gewiesen wird.“⁴⁴

Das Bekanntwerden des „Voest Debakels“ und der oben bereits erwähnte dramatische „Pleiten-Appell“ Sekyras bewirkten nicht zuletzt eines: Bei den Betroffenen wurde – wenn auch auf mitunter schmerzvolle Art und

⁴⁴ Der ehemalige Verstaatlichten-Manager und Vorstandsvorsitzende der Böhler-Uddeholm AG Claus J. Raidl bei den „Grazer Wirtschaftsgesprächen“ am 7.11.2019, Universität Graz. Vgl. auch Interview OHA_TS_009_11_2019.

Weise – ein Bewusstsein dafür geschaffen, dass man wirklich nur durch einschneidende Reformen aus der tiefen Krise finden konnte. Tatsächlich hatte es schon davor immer wieder Reformversuche gegeben, etwa in Form jener Fusionspolitik unter Kreisky, die für größere und damit auf dem Weltmarkt schlagkräftigere Konzerne sorgen sollte: 1973 waren die oberösterreichische Voest und die steirische Alpine-Montan zur Voest-Alpine vereinigt worden, 1975 fusionierten die Edeltahlerzeuger Böhler, Schoeller-Bleckmann und Gußstahlwerke unter dem Dach der Voest-Alpine zu den Vereinigten Edeltahlwerken (VEW).⁴⁵ Die erhoffte Erhöhung der Schlagkraft blieb aus; auch deshalb, weil an den Markterfordernissen vorbei gearbeitet, das Heben von Synergieeffekten durch die Betriebsräte vereitelt wurde und es massive Abstimmungsprobleme (um nicht zu sagen Eifersucht und Machtkämpfe) zwischen den fusionierten Einheiten gab.⁴⁶ Strukturkonzepte waren in den 1970er- und 1980er-Jahren zwar ausgearbeitet worden⁴⁷, doch blieb deren Umsetzung Stückwerk. Zu sehr hatten Überbürokratisierung und ein hoher Politisierungsgrad die Beweglichkeit der Verstaatlichten Industrie inzwischen eingeschränkt, auf der anderen Seite aber den Organen der Arbeitnehmer eine enorme Machtfülle beschert,⁴⁸ was Einschnitte im Personal de facto unmöglich machte. Strukturelle Probleme wurden damit auf die lange Bank geschoben. Zynisch könnte man auch sagen: Die Krise war den Menschen damals noch nicht nah genug, der Glaube an die Allmacht der Politik unerschütterter.

⁴⁵ Über diese von der Politik auch als „Große Lösung“ bezeichneten Fusionen: KRIECHBAUMER (wie in Anm. 20), S. 242–248; GRÜNWALD (wie in Anm. 24), S. 104f.; ausführlich auch Interview OHA_TS_069_07_2020.

⁴⁶ HIMMELSBACH C.: Böhler – Österreichs Edeltahl-Weltmarke. Wien 2005, S. 147f.; auch Interviews OHA_TS_009_11_2019; OHA_TS_020_12_2019; OHA_TS_071_08_2020.

⁴⁷ Z.B. das noch zu Jahresbeginn 1984 präsentierte Konzept „VEW 2000“, das wiederum eine Kompromisslösung zwischen Unternehmensführung und Gewerkschaftsbund darstellte. Arbeiter Zeitung, 26. und 27.1.1984.

⁴⁸ Interviews OHA_TS_071_08_2020; OHA_TS_001_10_2019; OHA_TS_009_11_2019; OHA_TS_063_07_2020.

Nun war plötzlich alles anders. Die Zuspitzung ab Mitte der 1980er-Jahre machte vieles möglich, was bis dahin undenkbar gewesen war: Was folgte, war der ernsthafte Versuch eines Turnarounds, das Aufbrechen verkrusteter Strukturen. Notgedrungen verfolgten Politik, Management und Arbeitnehmer jetzt ein gemeinsames Ziel: Standortsicherung⁴⁹, auch wenn dies mit Kündigungen, Entpolitisierung und – im Weiteren – einer schrittweisen Privatisierung einherging.

Wesentliche Elemente des nun folgenden Reformprozesses waren:

- *Kapitalmarktfähigkeit, Entstaatlichung und „endogene Erneuerung“*

Bis zu einem gewissen Grad kann hier von einer Rückkehr zur „invisible hand“ (als Synonym für Markt und Unternehmertum) gesprochen werden. Betriebswirtschaftliche Aspekte rückten wieder in den Vordergrund, arbeitsmarktpolitische Überlegungen wurden zurückgedrängt. Die Politik mischte sich kaum noch in die Führung der Betriebe ein („...nachdem es nichts mehr zu holen gab, warf sie dem Management die Schlüssel hin“⁵⁰). und konzentrierte sich nunmehr auf ihre Kernaufgabe, nämlich angemessene Rahmenbedingungen zu schaffen.⁵¹ Die Steiermärkische Landesregierung nahm hier aus dem Druck der Tatsachen heraus eine Art Vorreiterrolle ein, hatte sie doch schon am Beginn der 1980er-Jahre gemeinsam mit der Bundesregierung einen ihrer wirtschaftspolitischen Berater, den Grazer Ökonomen Gunther Tichy, mit der Ausarbeitung der „Regionalstudie Obersteiermark“ (in Kooperation mit dem österreichischen Institut für Raumordnung, ÖIR, und dem Wirtschaftsforschungsinstitut, WIFO) beauftragt.⁵² Tichys

⁴⁹ Dies war nun auch auf sozialdemokratischer Seite das Schlüsselwort: Interviews OHA_TS_025_01_2020; OHA_TS_062_06_2020; OHA_TS_027_01_2020; OHA_TS_013_11_2019.

⁵⁰ Interviews OHA_TS_044_02_2020 und (sinngemäß) OHA_TS_018_12_2019.

⁵¹ Interview OHA_TS_018_12_2019. Als neues Feld wurde eine moderne Organisation der Wirtschaftsförderung und eine neue Rolle regionaler Entwicklungsstrategien entdeckt. Siehe dazu auch die 1984 erschienene Studie des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen: Regionale Strukturpolitik. Wien 1984.

⁵² TICHY (wie in Anm. 42); zur Genese der Studie die Vorbemerkungen in ebd., S. 7 u. Interviews OHA_TS_001_10_2019; OHA_TS_033_02_2020.

Vorschläge basierten im Kern auf dem Konzept einer „endogenen Erneuerung“: Die krisengeschüttelten Betriebe und die gesamte Region sollten aus eigener Kraft heraus, mit Besinnung auf ihre technologischen und wissensbasierten Kernkompetenzen, mit höherwertigen Produkten und Dienstleistungen als Systemzulieferer am Markt wettbewerbsfähig werden. Dazu war eine neue Einstellung zu Unternehmertum und Eigenverantwortung ebenso notwendig wie die Bereitschaft, die herkömmlichen Strukturen tiefgreifend umzubauen.⁵³ Dem Konzept war zunächst kein Glück beschieden. Es wurde von Bundeskanzler Kreisky und den Arbeitnehmervertretern bei seiner Präsentation in der Obersteiermark „in der Luft zerrissen“⁵⁴. Erst deutlich später sollten die Vorschläge der Studie zu einem wesentlichen wirtschaftspolitischen Leitkonzept der Fachorganisationen werden.⁵⁵ In der Bundesregierung fokussierte man sich nach der Kreisky-Ära hingegen auf das Schlagwort der „Kapitalmarktfähigkeit“. Das hieß konkret die Stabilisierung und Gesundung der Unternehmen, um sie für Investoren attraktiv zu machen. Die Logik beider Prozesse ergänzte sich sehr gut. Im Auftrag zur Rettung der betrieblichen Substanz waren sich wiederum die SPÖ im Bund, Gewerkschaft und Landeshauptleute einig, während in der Bundes-ÖVP scheinbar größere Skepsis herrschte.⁵⁶

- *Kunden- und marktorientierte Produktion – technologieorientierte Nischenstrategie*

Schon seit längerem war klar, dass einfache Massenprodukte zu den gegebenen Gestehungskosten auf internationalen Märkten nicht mehr

⁵³ KRAUTZER (wie in Anm. 5).

⁵⁴ Dies geschah laut Interview OHA_TS_001_10_2019 bei einer Diskussionsveranstaltung im Kapfenberger Hotel Böhlerstern. Obwohl vom Bundeskanzleramt und Landesregierung gemeinsam finanziert, galt die Studie unter den Betriebsräten als politisches Werk „der schwarzen Landesregierung“. Interview OHA_TS_062_06_2020.

⁵⁵ Tatsächlich spielten derlei strategische Zugänge auf Fachebenen eine ungleich stärkere Rolle als auf der politischen, zum Beispiel in der 1991 gegründeten Steirischen Wirtschaftsförderungs GmbH (SFG), die im privatrechtlichen Rahmen außerhalb der herkömmlichen Verwaltungsstrukturen des Landes agierte. KRAUTZER (wie in Anm. 5), S. 211f.

⁵⁶ Interview OHA_TS_076_10_2020.

unterzubringen waren.⁵⁷ Die Frage lautete nunmehr: Wie konnte man neue Marktanteile erlangen? Relativ bald stand fest, dass dies nicht mit Masse (siehe die Fusionspolitik der 1970er-Jahre), sondern nur durch Klasse gelingen konnte.⁵⁸ Ein Erfolgsgeheimnis lag darin, sich auf Technologien und Produkte zu konzentrieren, „die man erstens versteht und mit denen man zweitens eine Spitzenposition auf dem Markt einnimmt“.⁵⁹ Es bedeutete bis zu einem gewissen Grad auch eine Abkehr von den – zum Teil fast schon verzweifelten⁶⁰ – Diversifikations-Strategien aus der Spätphase der Verstaatlichten Industrie, als etwa die Voest versucht hatte, als Hersteller von Elektronik zu reüssieren.⁶¹ Zwar erkannte man richtigerweise das Zukunftspotenzial der Elektronik, aber nicht, dass man ohne spezifisches Know-how nicht erfolgreich sein konnte.⁶² Steirische Paradebeispiele für eine endogene Nischenstrategie waren nun u.a. Werkzeugstahl und Schmiedetechnik von Böhler (Kapfenberg) oder die „ultralange kopfgehärtete Schiene“ der Voest-Alpine in Donawitz – jenem Standort, dem die Politik in den

⁵⁷ Das Lohnniveau der Verstaatlichten Industrie beeinflusste natürlich die gesamte Region. Dies behinderte über Jahre auch private Initiativen, die sich solche Belastungen nicht leisten konnten, entweder selbst ins Trudeln gerieten (wie die Pengg-Gruppe oder die Vogel&Noot Gruppe) oder gleich gar nicht gegründet wurden. Noch heute weist beispielsweise der Bezirk Bruck-Mürzzuschlag das höchste Bruttomedianeinkommen der Steiermark auf. AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG A12 (Hg.): Wirtschaftsbericht Steiermark 2018, S. 58f.

⁵⁸ Dies war genau die Stoßrichtung von Tichy, die zuvor erwähnt wurde: TICHY (wie in Anm. 42), S. 166.

⁵⁹ Interviews OHA_TS_009_11_2019 und OHA_TS_016_11_2019.

⁶⁰ Davon zeugte beispielsweise der gescheiterte Versuch, am (klimatisch dafür völlig ungeeigneten) Erzberg eine Marmorplattenproduktion zu errichten. Interviews OHA_TS_10_11_2019 und OHA_TS_071_08_2020.

⁶¹ Über die diesbezüglichen Probleme der Voest, die nicht nur in Managementfehlern, sondern auch in manch unvorhersehbarer globaler Entwicklung begründet lagen: KRIECHBAUMER (wie in Anm. 20), S. 249 u. RESCH A.: Defensive Innovation statt schöpferischer Zerstörung. Die risikofreudigen Innovations- und Diversifikationsstrategien in der österreichischen verstaatlichten Industrie von 1975 bis 1985. In: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen 2011/H. 2, S. 172–193.

⁶² Dazu auch REISCHL G.: Die AT&S Story. Wie ein Unternehmen das digitale Zeitalter und die Zukunft mitgestaltet. Wien 2016. S. 23–42.

1980er-Jahren kaum Überlebenschancen eingeräumt hatte.⁶³ Dass sich (oft auch durch außerordentliche unternehmerische Tüchtigkeit einzelner Persönlichkeiten⁶⁴) im Elektronikbereich durchaus Erfolge erzielen ließen, zeigten die aus dem Verstaatlichtenkomplex hervorgegangenen Unternehmen AT&S (Leiterplattenherstellung)⁶⁵ in Leoben und austriamicrosystems (analoge Chips)⁶⁶ im Großraum Graz eindrucksvoll vor. Beide sind heute nicht zuletzt am asiatischen Markt überaus erfolgreich.

- *Kreativität und Kooperation – Forschung und Entwicklung*

Der Reformprozess stellte auch eine fruchtbare Basis für Innovationen und Kreativität dar. Um eine echte Zäsur handelte es sich freilich nicht. Grundsätzlich waren diese Attribute in der DNA der Verstaatlichten durchaus verankert gewesen, im Lauf der Jahre aber quasi verschüttet worden. Erinnerung sei hier, neben dem LD-Verfahren, exemplarisch an die vom „indirekt verstaatlichten“⁶⁷ Grazer Unternehmen Steyr-Daimler-Puch entwickelte Allradtechnik mit Weltgeltung.⁶⁸ Das in der Steiermark vorhandene Potenzial wurde nun besser genutzt, auch weil man zum Ausgleich kleiner Strukturen vermehrt auf Kooperation statt auf Fusionen setzte – eine Strategie, die später, basierend auf den Theorien von Porter, in den Clusterstrukturen ihren Niederschlag fand.⁶⁹ Den Anfang machte 1995 der Automobilcluster (heute

⁶³ Besonders skeptisch scheint diesbezüglich die Bundes-ÖVP gewesen zu sein. Interviews zu diesem Thema: OHA_TS_018_12_201; OHA_TS_017_12_2019; OHA_TS_071_08_2020; OHA_TS_076_10_2020.

⁶⁴ Siehe das Beispiel Willi Dörflinger bei AT&S: Interview OHA_TS_021_01_2020 u. KNÖBL (wie in Anm. 37), S. 7f.

⁶⁵ Interview OHA_TS_060_06_2020.

⁶⁶ Interview OHA_TS_047_02_2020.

⁶⁷ Indirekt verstaatlicht deshalb, weil die Anteile zu diesem Zeitpunkt im Besitz der verstaatlichten Creditanstalt (CA) waren. Finanz-Compass Österreich, 1980/81, S. 1077–1084 (Recherche über <https://portal.zedhia.at/>, siehe Anm. 40); auch Interview OHA_TS_006_11_2019.

⁶⁸ Interview OHA_TS_016_11_2019 u. Finanz Compass Österreich 1986/87, S. 1262f. (Recherche über <https://portal.zedhia.at/>, siehe Anm. 40).

⁶⁹ Zu den steirischen Clusterstrukturen: TRIPPL M.: Innovative Cluster in alten Industriegebieten. Wien 2004.

ACStyria), weitere sollten folgen (u.a. die Holz-, Materials-, Green Tech-, human.technology und silicon alps Cluster). Verstärkt zum Tragen kam nun wiederum ein Faktor, der in der Steiermark eigentlich seit den Zeiten Erzherzog Johanns große Tradition hatte: Der Brückenschlag zwischen Forschung und Industrie. Mit der Montanuniversität in Leoben wie auch der Technischen Universität und der Karl-Franzens-Universität in Graz verfügte die Steiermark ohnehin über geballte Forschungskompetenz. Darüber hinaus wurde in zahlreiche Technologieparks, außeruniversitäre Forschungsinstitutionen, etwas später auch in Kompetenzzentren (etwa im Rahmen der sogenannten COMET – Competence Centers for Excellent Technologies) und letztlich in die neu konzipierten Fachhochschulen investiert⁷⁰: 1995 eröffnete die FH Joanneum, 1996 die ursprünglich auf berufsbegleitende Ausbildung spezialisierte WIFI-GesmbH, die 2002 zur FH der Wirtschaft „Campus 02“ umfirmierte. Zu Beginn war der alleinige Standort beider in Graz, wobei die FH Joanneum mittlerweile auch über Standorte in Kapfenberg und Bad Gleichenberg verfügt.⁷¹ Dass die Verbindungen zur Wirtschaft hier stets sehr enge waren (und es nach wie vor sind), zeigt exemplarisch der FH-Joanneum-Studiengang „Fahrzeugtechnik/Automotive Engineering“, dessen Aufbau und Installation eines der zentralen Projekte des 1995 installierten Automobilclusters war.⁷² Die Verschiebung von einer zentralisierten, auf Massenware basierenden Grundstoffindustrie hin zu kleineren, diversifizierten, technologiebetonten Einheiten, die die Nähe von Forschung und Bildung suchten, führte seit den 1990er-Jahren letztlich zu einer bedeutenden industriellen und demographischen Stärkung des Großraums Graz zu Lasten der Obersteiermark und peripherer Gebiete.⁷³

⁷⁰ STEINER (wie in Anm. 5), S. 221–223; KRAUTZER / HOLZSCHLAG (wie in Anm. 34).

⁷¹ Vgl. MOLL M.: Bildung und Forschung. In: ABLEITINGER / BINDER (wie in Anm. 5), S. 635–664, hier S. 642–653; PRISCHING M.: Hochschulen – Ausdruck gesellschaftlichen Trends. In: HÖSELE / PRISCHING (wie in Anm. 15), S. 450–457.

⁷² Privatsammlung Krautzer, Graz, ACStyria, Endbericht des Projektteams, Graz 1995.

⁷³ Siehe dazu den Beitrag von Thomas Krautzer in diesem Band.

- *Entemotionalisierung: Besonnenheit und Weitblick statt „Weltuntergang“*

Im nüchternen historischen Rückblick gerät ein ganz wesentlicher Aspekt oft in Vergessenheit: Für die betroffene Arbeiterschaft und deren Familien war die Krise mit massiven Einschnitten, Existenzängsten und hohen Emotionen verbundenen. Tatsächlich kam es zu turbulenten Szenen,⁷⁴ die lebhaft an die englischen Bergarbeiterstreiks der 1980er-Jahre erinnerten. Die Medien sprangen hier natürlich auf und brachten zahlreiche Berichte und Reportagen über die „Weltuntergangsstimmung“ in der Obersteiermark, die in der Folge über Jahre als „Krisenregion“ punziert wurde.⁷⁵ Der Druck der öffentlichen Meinung war groß und führte bei den Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft auch zu überhasteten strategischen Entscheidungen.⁷⁶ Nach einer ersten, sehr intensiven Welle der Berichterstattung ebte das mediale Interesse jedoch wieder ab, die Verstaatlichtenkrise war in den Redaktionsstuben vom akuten zum chronischen Thema abgerutscht, denn man erkannte auch die Alternativlosigkeit tiefgreifender Einschnitte. Das nahm viele Emotionen aus dem Spiel. Der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung gereichte dies insofern zum Vorteil, als richtungsweisende strategische und standortpolitische Entscheidungen nunmehr mit viel mehr Ruhe, Bedacht und Weitblick getroffen werden konnten. In den Erinnerungen von Zeitzeugen aus dem Medienbereich lebte das Thema erst später wieder auf – dann aber im positiven Sinn, durch Erfolge und Innovationen. Im Blickpunkt stand dabei vor allem der Automobilcluster.⁷⁷

⁷⁴ Interviews OHA_TS025_01_2020; OHA_TS_013_11_2019.

⁷⁵ Dazu die „Österreich-Bild“-Reportage des ORF aus dem Jahr 1988: „Obersteiermark: Nicht nur Krise, sondern auch Hoffnung“ (DVD im Archiv des I:WSU) – wobei hier, wie der Titel andeutet, durchaus auch erste positive Entwicklungen angesprochen wurden; auch Interview OHA_TS_069_07_2020.

⁷⁶ Vgl. den misslungenen Böhler-Turnaround im ersten Anlauf. IBER / KARNER (wie in Anm. 33); zur Rolle der Medien auch Interview OHA_TS_069_07_2020.

⁷⁷ Interviews OHA_TS_008_11_2019; OHA_TS_007_11_2019.

2. „Es war schon ein Reagieren ...“⁷⁸ – *unterschiedliche Phasen regionaler Wirtschaftspolitik*

Diese Aussage aus dem politischen Umfeld der Steiermark klingt sehr prägnant und lässt sogar eine gewisse Überforderung anklingen. Allerdings muss man wohl zugestehen, dass es beim besten Willen kaum möglich war, einen solch tiefgreifenden und langfristigen Prozess anhand eines strategischen Masterplans abzuarbeiten. Hinzu kommt: Die letztlich entscheidenden Aktivitäten gingen von den Unternehmungen aus, denn ohne entsprechende Erfolge der Produkte, Dienstleistungen und Technologien am Markt wären alle anderen Bemühungen vergebens gewesen. Das dürfte auch der Hintergrund für die mehrfach geäußerte Feststellung sein, dass es letztlich die Wirtschaft gewesen sei, die den Transformationsprozess vorangetrieben habe und dass der Rest in der gepflügten Spur folgte.⁷⁹ In der Synthese der unterschiedlichen Informationen und Meinungen wird man differenzieren müssen und sollte die Entwicklung jedenfalls in drei unterschiedlichen Phasen betrachten:

- *Phase 1: Arbeitsplatzsicherung um jeden Preis:*

Das Dogma der Vollbeschäftigung

Ganz zu Beginn, als sich die Probleme aufzuschaukeln begannen (von der Rezession 1975 bis zum Beginn der 1980er-Jahre), war insgesamt wenig Problembewusstsein vorhanden. Hier dominierte die Autorität des regierenden Bundeskanzlers Kreisky, der den Fokus auf den Erhalt der Arbeitsplätze richtete und keinen Zweifel daran ließ, dass man für dieses Ziel auch viel Geld in die Hand zu nehmen bereit war. Hier waren Bedenken oder Widerspruch nicht nur nicht gefragt, es herrschte auch völliges Vertrauen in Person und Strategie in Wien.⁸⁰ Die steirische Politik wiederum sah ihre Rolle zu dieser Zeit nicht so sehr darin, regionale Strukturpolitik zu betreiben, sondern vom Bund ausreichend Geld für problemgeplagte Unternehmen oder (recht wahllose) Betriebsansiedlungen sicherzustellen und jedenfalls möglichst

⁷⁸ Interview OHA_TS_003_10_2019.

⁷⁹ Exemplarisch Interview OHA_TS_070_08_2020.

⁸⁰ Interview OHA_TS_022_12_2019.

wenige Arbeitslose zu haben.⁸¹ Die Landeshauptleute standen im Wesentlichen im Schulterschluss mit „ihren“ Belegschaften und Betriebsräten und waren dem Management keine Hilfe in der Frage von Strukturbereinigungen.⁸² Erste konsequente Maßnahmen, beispielsweise bei der Steyr-Daimler-Puch AG im Werk Graz, führten sogar zu heftigen, sehr persönlichen Angriffen seitens der steirischen Politik auf die Verantwortlichen im Vorstand.⁸³ Zu den punktuellen (und nicht unerfolgreichen) Bemühungen gehörte schließlich auch, dass spezifische steirische Gesellschaften (wie etwa die Steirische Beteiligungsfinanzierungsgesellschaft oder die Landesholding)⁸⁴ in Kooperation mit Banken und wichtigen Bundesstellen (wie etwa der GBI oder dem ERP-Fonds)⁸⁵ versuchten, private Problemunternehmen zu stützen, zu sanieren und letztlich, nach Bereinigung der größten Probleme, an Investoren zu bringen. Privaten sei anfangs das Risiko von Sanierungen zu groß gewesen, weshalb die öffentliche Hand in einer Art „Brückenfunktion“ einspringen musste, um die Substanz zu retten.⁸⁶

- *Phase 2: Neue Ansätze einer regionalen Wirtschaftspolitik – und eine Initialzündung*

Mit der Vertiefung der Probleme der Verstaatlichten und der hartnäckigen Stagnation der 1980er-Jahre begann sich der Wind langsam zu drehen: Von Bundes- wie auch von Landesseite verabschiedete man sich allmählich von den jahrelang praktizierten „Feuerwehrmaßnah-

⁸¹ So zum Beispiel im Hinblick auf das von der Schließung bedrohte Gußstahlwerk Judenburg. IBER (wie in Anm. 3), S. 78.

⁸² Eher das Gegenteil war der Fall, denn es gibt einige Bilder, die die Landeshauptleute der Steiermark und Oberösterreichs – beide ÖVP – in der ersten Reihe der Protestmärsche gemeinsam mit den Betriebsräten zeigen. Siehe dazu Interviews OHA_TS_009_11_2019; OHA_TS_003_10_2019; OHA_TS_034_02_2020; OHA_TS_062_06_2020.

⁸³ Interviews OHA_TS_050_03_2020; OHA_TS_018_12_2019.

⁸⁴ Interviews OHA_TS_072_02_2020; OHA_TS_059_06_2020.

⁸⁵ GBI steht für „Gesellschaft des Bundes für Industriepolitische Maßnahmen“ und ging mit dem Spitznamen „Pleitenholding“ in die österreichische Wirtschaftsgeschichte ein. Der ERP-Fonds, Erbe der Marshall-Plan Counterpart-Mittel, war über die Jahre wiederum zum zentralen Instrument der Industrieinvestitionen geworden. Heute befindet sich der ERP-Fonds verwaltungstechnisch im AWS-Wirtschaftsservice.

⁸⁶ Interview OHA_TS_072_02_2020.

men“ und begann über neue Ansätze einer regionalen Wirtschaftspolitik nachzudenken. Die Erkenntnis, dass die Industrie in einer veritablen Strukturkrise steckte, drang notgedrungen immer stärker ins Bewusstsein der Entscheidungsträger vor. Schon 1980 schrieb der Ökonom und spätere langjährige Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO), Helmut Kramer, dass die „wichtigsten Kriterien [...] nicht die bloße Erhaltung oder Schaffung von Arbeitsplätzen sein [dürften], sondern die Verbesserung der Produktionsstruktur in qualitativer und technologischer Hinsicht“.⁸⁷ Konzepte über Chancen und Möglichkeiten einer längerfristig angelegten regionalen Wirtschaftspolitik wurden erstellt – etwa jene des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen aus dem Jahr 1984.⁸⁸ Das Thema erhielt auch eine theoretische Dynamik, verschiedene Strategien machten die Runde, waren jedoch wenig aufeinander abgestimmt. Zum Beispiel fand die bereits zuvor erwähnte Obersteiermark-Studie von Tichy erstaunlicherweise in der Studie des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen keine Erwähnung.⁸⁹ In einem Punkt waren sich im Grunde aber alle Ansätze einig: Die Regionen sollten in ihrer Eigenentwicklung gefördert werden.⁹⁰ Von der Steiermärkischen Landesregierung kamen in dieser Phase weitere Überlegungen und Impulse, nicht zuletzt im Hinblick auf eine starke (Neu-)Betonung der Kooperation zwischen Industrie und Wissenschaft/Forschung.⁹¹

⁸⁷ KRAMER H.: Industrielle Strukturprobleme Österreichs – dargestellt am Beispiel der Eisen- und Metallverarbeitung. Wien 1980, S. 95f.

⁸⁸ BEIRAT FÜR WIRTSCHAFTS- und SOZIALFRAGEN: Regionale Wirtschaftspolitik. Wien 1984.

⁸⁹ Ebd.; auch Interviews OHA_TS_001_10_2019; OHA_TS_062_06_2020.

⁹⁰ SCHMIDJELL R.: Kann Regionalpolitik erfolgreich sein? In: Wirtschaftspolitische Blätter 5/1984, S. 552–564, hier S. 558. Schließlich brachte sich auch die Arbeiterkammer mit einer Studie in den Diskussionsprozess mit ein und rückte am Beispiel der Obersteiermark die Notwendigkeit einer Nutzung des „endogenen Potentials“ von regionalen Betrieben und Unternehmen in den Vordergrund: GLATZ H. / MOSER H.: Innovationsorientierte Regionalpolitik – eine Strategie für alte Industriegebiete? In: Wirtschaft und Gesellschaft 14/1988, S. 197–225, hier insbesondere S. 213.

⁹¹ FUCHS H. G.: Aufgaben und Vorhaben der Steirischen Wirtschaftspolitik. In: Politicum 12 (1982), S. 38–40, hier S. 39.

Um diesen Zugängen zum Durchbruch zu verhelfen, bedurfte es freilich einer Initialzündung. Hier sind zumindest zwei Stränge zu erwähnen: Erstens das Voest-Desaster mit den enormen operativen und spekulativen Verlusten rund um das „*annus horribilis*“ 1985 und das hartnäckige Ausbleiben einer Aussicht auf Besserung – mit all den schon erwähnten politischen, personellen und ökonomischen Folgen bis hin zum „Pleite-Sager“ des ÖIAG-Generals Sekyra.⁹² Zweitens die tiefgreifende Umstellung der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der Bundesregierung, vor allem seit der Übernahme der Kanzlerschaft durch Franz Vranitzky (1986) und der Neuauflage der „großen Koalition“ (ab 1987 – siehe im Detail unten).⁹³ Mit diesen einschneidenden Veränderungen begannen sich in der Steiermark insbesondere die zweiten und dritten Fachebenen mit der Obersteiermark-Studie auseinanderzusetzen und deren Inhalte nach und nach in Konzepte einfließen zu lassen.⁹⁴

- *Phase 3: Emanzipation und aktive Neupositionierung*

Angesichts der dramatischen Entwicklungen war aus steirischer Sicht endgültig klar: Man konnte sich nicht mehr auf die Verantwortung des Bundes berufen, musste nunmehr selbst aktiv werden, Position beziehen und eigene Ideen entwickeln. Dazu passt eine Anmerkung der damaligen Wirtschaftslandesrätin und nachmaligen Landeshauptfrau, Waltraud Klasnic, dass eine hohe Motivation schlicht „Wut und Enttäuschung“ war, dass die Steiermark im internationalen Vergleich dermaßen abgefallen war. „Das konnte man so nicht auf sich sitzen lassen!“⁹⁵ In diese Phase fällt der Aufbau von Technologie- und Impulszentren sowie die Arbeit an einer Neuausrichtung der steirischen

⁹² Siehe dazu u.a. ACHLEITNER J.: Der Tag, an dem die Voest vor dem Untergang gerettet wurde. In: Oberösterreichische Nachrichten, 30.10.2017 sowie „Vier Jahrzehnte voestalpine: Die stahlharte Karriere des Wolfgang Eder“. In: Kurier, 16.3.2019.

⁹³ Interview OHA_TS_051_03_2020.

⁹⁴ Wie präsent die Inhalte der Obersteiermark-Studie (trotz des missglückten Beginns) Jahre nach ihrem Erscheinen noch waren, zeigt eine Zwischenbilanz 1995: TICHY G.: Endogene Erneuerung der steirischen Wirtschaft – ein Zwischenbericht. In: Politicum 66 (1995), S. 28–29.

⁹⁵ Interview OHA_TS_058_06_2020.

Wirtschaftsförderung, die 1992 mit der Gründung der Steirischen WirtschaftsförderungsgesmbH (SFG) umgesetzt wurde und der ein strategisches Konzept im Sinne der „endogenen Erneuerung“ zugrunde lag.⁹⁶

Fast parallel dazu erfolgte auf Initiative der Industriellen Franz Mayr-Melnhof-Saurau und Werner Tessmar-Pfohl die Gründung des überparteilichen Thinktanks „H7“.⁹⁷ Einer der nachhaltigsten Initiativen dieser Gruppe war die von den Überlegungen Michael Porters abgeleitete Initiierung einer Portfolioanalyse steirischer Wertschöpfungsnetzwerke durch das Industriewissenschaftliche Institut, kurz IWI, mit den Titel „Cash Cows und Stars in der Steiermark“ (1994) und die folgende Gründung des Automobilcluster Steiermark im Herbst 1995. Vom Land selbst wurde das „Wirtschaftsleitbild Steiermark“ Ende 1995 ebenfalls vom IWI bestellt. 1996 folgte die Veröffentlichung des bereits 1993 initiierten „Technologiepolitischen Konzepts Steiermark“ durch ein Konsortium des Joanneum Research unter der Führung des Ökonomen Michael Steiner.⁹⁸ Als ein wesentlicher Meilenstein ist auch das Einheitliche Programmplanungsdokument (EPPD) 1995 zu nennen, das verpflichtend als Grundlage für die regionale Verwendung kofinanzierter europäischer Strukturfondsmittel zu erstellen war, auf welche die Steiermark nach dem EU-Beitritt 1995 Anrecht hatte.⁹⁹ Ab diesem Zeitpunkt wurde also explizit mit wirtschaftsstrategischen

⁹⁶ KRAUTZER (wie in Anm. 5).

⁹⁷ Interview OHA_TS_011_11_2019. Die Anregung zu H7 erfolgte durch Nikolaus Breisach.

⁹⁸ CLEMENT W.: Cash-Cows und Stars der Steiermark. Eine Analyse kompetitiver Clusterstrukturen in der Wirtschaftsregion Steiermark. IWI Publikationen, Wien 1994. CLEMENT W. u.a.: Wirtschaftsleitbild Steiermark. Enderbericht. IWI-Studie, Wien 1995. STEINER M. u.a.: Technologiepolitisches Konzept Steiermark. In Kooperation mit GUNDRUM U. / WALTER G. Graz 1996; dazu auch Interview OHA_TS_033_02_2020.

⁹⁹ In der Steiermark vor allem bestehend aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für Landwirtschaft (EAGFL) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) im Rahmen der Ziel 2, 3 und 5b Förderungen. Dazu im Detail die Informationen und Daten auf der Homepage der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK), <https://www.oerok.gv.at/region>, 6.10.2020, MS Edge.

Dokumenten gearbeitet – eine gänzlich neue, systematische Basis der wirtschaftspolitischen Arbeit.¹⁰⁰

In Bezug auf die Arbeitslosenquote hatte die Krise in der Steiermark erst 1993 ihren Höhepunkt erreicht, danach folgten Erholung und Aufschwung – ein deutliches Signal dafür, dass die vorhin skizzierte aktive Neupositionierung erste Früchte zu tragen begann. In regelmäßigen Abständen wurden nunmehr die Wirtschaftsstrategien des Landes Steiermark einer Revision unterzogen.¹⁰¹ Die heute so erfolgreiche Vermarktung der Steiermark als Innovationsland baut im Wesentlichen auf diesem neuen Selbstbewusstsein auf.

3. „Es spricht für Zusammenhalt, für einen Schulterschluss ...“¹⁰² – Die richtigen Personen zur richtigen Zeit am richtigen Ort

Natürlich stellt sich in einem derartigen Prozess immer wieder die Frage nach der Rolle der Politik. Hier kristallisiert sich heraus: Für einen erfolgreichen Transformationsprozess bedarf es vor allem charismatischer Persönlichkeiten, die vorangehen, Emotionen abfangen und einen Weg weisen; die für eine Erzählung stehen und in der Lage sind, Ideen zu vermarkten und den Glauben an eine positive Entwicklung, Mut und Eigenverantwortung zu implementieren. Zudem ist klar, dass es solche Personen – in einer guten Mischung – nicht nur in der Politik, sondern auch im Unternehmertum braucht und ein Erfolg immer auch von einzelnen (manchmal schicksalhaften) Ereignissen und einer glücklichen Gesamtkonstellation abhängig ist. Im Transformationsprozess ab 1985 war die Konstellation für die Steiermark durch folgende Aspekte eine günstige:

- *Bundes- und Landespolitik –
neue Generation, geänderte Mentalitäten*

Auf Bundesebene bedeutete das Ende der Ära Kreisky auch insofern eine Zäsur, als nun innerhalb der Sozialdemokratie – nach einem

¹⁰⁰ ÖSTERREICHER K.: Wirtschaftsstrategien des Landes Steiermark. Struktur, Anspruch und Impact steirischer Wirtschaftspolitik im Spiegel der letzten 4 Strategien. MA Graz 2014.

¹⁰¹ Ebd., S. 55f.

¹⁰² Interview OHA_TS_013_11_2019.

„Intermezzo“ unter Bundeskanzler Fred Sinowatz (1983–1986) – endgültig eine neue, wirtschaftsaffine Generation die Führung übernahm. Repräsentiert wurde diese Generation durch Bundeskanzler Franz Vranitzky, der zuvor als Bankmanager jahrelang mit den Problemen der Verstaatlichten Industrie konfrontiert gewesen war. Vranitzky ließ den Prozess der Entstaatlichung nicht nur zu, er förderte ihn in einem gewissen Rahmen auch aktiv.¹⁰³ Anders als bei Kreisky fanden die einst so mächtigen Betriebsräte bei ihm kein Gehör mehr.¹⁰⁴ Ab 1987 bildete Vranitzky wieder eine Koalition mit der ÖVP – die erste seit 1966. Für die ÖVP waren tiefgreifende Reformen und Privatisierungsschritte im Bereich der Verstaatlichten sogar klare Koalitionsbedingung, Vranitzky selbst hatte indes die Vision einer Kapitalmarktfähigkeit der Unternehmungen.¹⁰⁵ Erste einschlägige Schritte wurden noch im Jahr des Koalitionsabkommens beim Mineralölkonzern ÖMV (heute OMV) umgesetzt.¹⁰⁶

Auch in der steirischen Landespolitik änderten sich Mentalitäten und personelle Konstellationen. Durch Landeshauptmann Josef Krainer jun.¹⁰⁷ wurde mit Hans-Georg Fuchs bewusst eine gestaltungsfreudige Persönlichkeit aus dem industriellen Unternehmertum als Wirtschafts-

¹⁰³ Wobei die Interviewpartnerinnen und -partner hier geteilter Meinung sind: Während die einen (vor allem auf sozialdemokratischer Seite) Vranitzkys aktive Rolle deutlich hervorheben, wird diese von anderen relativiert. Vgl. Interviews OHA_TS_062_06_2020; OHA_TS_071_08_2020; OHA_TS_046_02_2020; OHA_TS_073_09_2020. Er selbst weist auf die Strategie der „Kapitalmarktfähigkeit“ hin und den unbedingten Willen, die Kernsubstanz der Unternehmen zu erhalten. Interview OHA_TS_076_10_2020.

¹⁰⁴ Dazu ein ehemaliger SPÖ-Gewerkschaftsfunktionär: „Früher bin ich hinausgefahren nach Wien, bin zum Lacina [Ferdinand, Bundesminister, Anm.] gegangen oder sonst jemandem, der zuständig war für die Verstaatlichte. Haben das und das Problem besprochen. Mit zunehmendem Wechsel der Politik war das weg. Dann hast du nicht mehr rausfahren brauchen nach Wien und ihm mit irgendwas kommen und sagen, ich kann das und das machen.“ Interview OHA_TS_025_01_2020.

¹⁰⁵ Interviews OHA_TS_076_10_2020; OHA_TS_034_02_2020; OHA_TS_073_09_2020.

¹⁰⁶ Vgl. PIRKER F.: Die OMV AG – Eine historische Betriebsanalyse. DA Graz 1998, S. 35f.

¹⁰⁷ Dazu die Beiträge in ABLEITINGER A. / HÖSELE H. / MANTL W. (Hg.): Die Landeshauptleute der Steiermark. Graz / Wien / Köln 2000, hier insbes. MANTL W.: Josef Krainer jun.: Politik im Wandel der Zweiten Republik, S. 151.–198

landesrat eingesetzt.¹⁰⁸ Dessen Nach-Nachfolgerin, Wirtschaftslandesrätin Waltraud Klasnic, handelte wiederum nach ihrer persönlichen Maxime: Gute Ideen ermöglichen und Menschen zusammenbringen.¹⁰⁹ Auch der Verlust der absoluten Mehrheit der ÖVP bei den Wahlen 1991 und erst recht das knappe Ergebnis 1995 dürften – gezwungenermaßen – eine parteiübergreifende Kooperation gefördert haben. Jedenfalls konnten vor allem unter Krainers Nachfolgerin an der Spitze der Landesregierung, Waltraud Klasnic, Landesräte ihr Profil schärfen und mit Kreativität punkten.¹¹⁰ In einem (zunächst durchaus produktiven) Wettlauf der besten Ideen taten sich Politiker wie Gerhard Hirschmann (ÖVP, Tourismus und Sport), Herbert Paieryl (ÖVP, Wirtschaft), Erich Pörtl (ÖVP, Landwirtschaft), Hans-Joachim Ressel (SPÖ, Finanzen) und Michael Schmid (FPÖ, Wohnbau) besonders hervor.¹¹¹ Sie traten unermüdlich für Projekte auf, beflügelten sich gegenseitig in einem Wettlauf der besten Ideen und gaben der Wirtschaft nicht zu unterschätzende, wenn auch wenig aufeinander abgestimmte Impulse. Ein negativer Nebeneffekt war, dass der „Wettlauf der besten Ideen“ mitunter in parteipolitische Scharmützel münden konnte, weil man dem politischen Gegenüber nicht immer den Erfolg gönnen konnte oder wollte. Darunter litt sogar das heute unumstrittene Projekt des Automobilclusters.¹¹²

- *Sozialpartner/Interessensvertretungen – die Stunde der kooperativen Pragmatiker*

Trotz der vielbeschworenen Sozialpartnerschaft waren die Nachkriegsjahrzehnte, auch durch die Erinnerungen an die ideologischen Gräben

¹⁰⁸ Vgl. FUCHS (wie in Anm. 91).

¹⁰⁹ Interview OHA_TS_058_06_2020.

¹¹⁰ Interviews OHA_TS_017_12_2019; OHA_TS_018_12_2019; OHA_TS_041_02_2020; OHA_TS_058_06_2020.

¹¹¹ Diese neue Dynamik wurde insbesondere von den Medien geschätzt und mitgetragen. Es wurde dies als Reformgeist und Aufbruch nach den bleiernen Krisenjahren verstanden. Dazu Interviews OHA_TS_008_11_2019; OHA_TS_007_11_2019.

¹¹² Wenn man dessen prägnantesten Fürsprecher, Landesrat Paieryl (ÖVP), besonders ärgern wollte, wies man darauf hin, dass man als Land „Zaster, aber keinen Cluster“ benötige. Dieser Spruch soll auf Landesrat Schmid (FPÖ) zurückgehen. Interviews OHA_TS_018_12_2019; OHA_TS_017_12_2019 und OHA_TS_041_02_2020.

und Auseinandersetzungen der Zwischenkriegszeit, oft von gegenseitigem Misstrauen und starker Konkurrenz zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite geprägt gewesen. Es war für die Steiermark eine glückliche Fügung, dass in den 1990er-Jahren auf dieser Ebene die Stunde der Pragmatiker schlug. Durch das gemeinsame Ziel EU-Beitritt einander deutlich nähergekommen, waren sich beide Seiten einig: Das Problem der Steiermark war auch das Problem der jeweils eigenen Klientel und die Dramatik der Krise vertrug nur noch wenig Ideologie. Hinzu kamen zwei weitere günstige Faktoren: Auf der Führungsebene saßen sich Funktionäre gegenüber, die persönlich gut miteinander konnten und respektvoll miteinander umgingen. In der Industrie (Industriellenvereinigung und Sparte Industrie in der Wirtschaftskammer) etablierte sich seit 1992 Werner Tessmar-Pfohl als Integrationsfigur mit respektiertem großbürgerlichem Hintergrund, ein politischer, breit gebildeter Kopf, der auch die steirische Vernetzung in Wien vorantrieb und unermüdlich für Veränderungen warb. In der Wirtschaftskammer waren mit Franz Gady und folgend Peter Mühlbacher zwei Persönlichkeiten federführend, die mit großer Offenheit abseits des alten Freund-Feind-Schemas agierten. Die Arbeiterkammer bekam nach dem traumatischen Erlebnis mit Alois Rechberger¹¹³ zunächst mit Erich Schmid und dann insbesondere mit Walter Rotschädl, der als ehemaliger Betriebsratsobmann der Andritz AG hautnah mit allen Problemstellungen des Transformationsprozesses konfrontiert gewesen war,¹¹⁴ sehr offene und Veränderungen gegenüber aufgeschlossene Persönlichkeiten. Eine besonders stabile Achse bildeten ab 2004 Rotschädl und der neue Industrie-Präsident Jochen-Pildner Steinburg, die gemeinsam mit dem Wirtschaftskammer-Präsidenten Peter Mühlbacher, Gewerkschaftspräsident Horst Schachner und dem Landwirt-

¹¹³ Rechberger war einer jener obersteirischen „Betriebsratskaiser“, die sich jahrelang militant gegen Strukturreformen wehrten und der schließlich über einen von Jörg Haider (FPÖ) im Fernsehen thematisierten „Privilegienskandal“ stolperte. Dazu Interview OHA_TS_060_06_2020 und den Nachruf „Steiermark: Ex-AK-Chef Alois Rechberger verstorben“. In: Die Presse, 16.7.2009.

¹¹⁴ Interview OHA_TS_040_02_2020.

schaftskammerpräsidenten Gerhard Wlodkowski die Sozialpartnerschaft auf eine neue gemeinsame Qualität einsworen und bei wesentlichen Themen wie Infrastruktur und Forschungspolitik dem Land Linie und Rückhalt gaben.¹¹⁵ Besonders stabilisierend wirkte sich dies in den Krisenjahren 2008 und 2009 aus. Auf der Ebene der operativen Führung (Direktionen und Geschäftsleitungen) und den Abteilungsleitungen gesellte sich zu Pragmatismus und Kooperationsbereitschaft auch die Kompetenz, gemeinsam moderne Konzepte für den Wirtschaftsstandort Steiermark zu entwickeln (und darüber hinaus entwickelten sich auch persönliche Affinitäten und Freundschaften).¹¹⁶ Ein Interviewpartner aus dem Kreis der Arbeitnehmervertreter meinte in diesem Zusammenhang: „Und es spricht für Zusammenhalt, für einen Schulterschluss, den ich durchaus steirisch spezifisch sehen würde. Der sicher auch ein Erfolgsfaktor ist für diese Geschichte.“¹¹⁷

- *Neue Unternehmer/Manager-Generation – vom Patriarchat zur modernen Wirtschaft oder: „Die Bereitschaft, die Welt zu erobern“*

Im Bereich Unternehmertum und Management gab es zur Zeit der Transformationsphase ebenfalls eindeutig eine Wachablöse durch jene, die ihre Jugend, Schuljahre und höhere Bildung bereits in der Zweiten Republik genossen hatten. Wenn man also davon ausgehen kann, dass Manager im Durchschnitt mit 43 Jahren eine Führungsposition erlangen und Eigentumsunternehmer mit 32 deutlich früher, so ist diese Wachablöse gut nachzuvollziehen.¹¹⁸ Sowohl in den Familienunternehmen als auch in größeren Corporates trat an die Stelle der charakterlich von autoritären Gesellschaften und Krieg geprägten und unternehmerisch vom Wiederaufbau geformten Patriarchen eine neue Generation, die ein völlig anderes Verständnis für moderne, wettbe-

¹¹⁵ Interviews OHA_TS_043_02_2020 und OHA_TS_040_02_2020.

¹¹⁶ Interviews OHA_TS_043_02_2020 und OHA_TS_022_12_2019.

¹¹⁷ Interview OHA_TS_013_11_2019.

¹¹⁸ Zum Thema Generationenfolge in der Unternehmerschaft im 20. Jahrhundert siehe insbesondere KRAUTZER (wie in Anm. 35), S. 165f.

werbsorientierte Wirtschaftsabläufe mitbrachte.¹¹⁹ Das gilt auch für eine junge, technikaffine, meist auf Universitäten und Hochschulen ausgebildete Managergeneration, die nunmehr öfters auch aus sozial nicht privilegierten Schichten stammte (diese Öffnung war im Übrigen durchaus ein Verdienst der Verstaatlichten).¹²⁰ Internationale Zugänge, Berufsjahre im Ausland und globales Denken waren bereits ein neuer Standard. Man brachte sozusagen die Bereitschaft mit, „die Welt zu erobern“ und traute es sich auch zu.¹²¹ Das alles zusammen sorgte für eine neue, positive „peer-group competition“, die in ihrer Bedeutung für den Prozess nicht unterschätzt werden sollte.¹²²

4. „... und dann ist Magna ausgebaut worden!“¹²³

Wenn Narrativ und Wirklichkeit verschwimmen

Oral History-Interviews offerieren selbstverständlich einen ausschließlich subjektiven Blick auf die Dinge. Einerseits birgt das für die Forschung Gefahren in sich, denn man darf persönliche Erinnerungen oder Einschätzungen natürlich nie mit historischen Tatsachen verwechseln. Auf der anderen Seite geben sie damit einen guten Blick auf die Frage frei, welche Themen auf welche Art und Weise und vor allem mit welcher Intensität rezipiert werden – und wann sich möglicherweise Mythen so stark über die Historie legen, dass sie sich ihre eigenen Realitäten schaffen, die für viele schließlich als Tatsache gelten (sich also zu einem Narrativ entwickeln).

- *Der Automobilcluster ACstyria*

Ein solches Phänomen ist in der Steiermark rund um das Thema Automobilproduktion und Automobilcluster entstanden. Von allem Anfang

¹¹⁹ Interview OHA_TS_043_02_2020.

¹²⁰ TICHY G.: Konjunktur- und Strukturprobleme in Österreich. In: Wirtschaftspolitische Blätter 1/1977, S. 40–50, hier S. 43f.; KRAUTZER (wie in Anm. 35), S. 95–97.

¹²¹ Interviews OHA_TS_016_11_2019 und OHA_TS_TS_047_02_2020; RESCH A. / HOFER R.: Österreichische Innovationsgeschichte seit dem späten 19. Jahrhundert: Indikatoren des Innovationssystems und Muster des Innovationsverhaltens. Innsbruck / Wien / Bozen 2010, S. 242.

¹²² Interview OHA_TS_066_07_2020.

¹²³ Interview OHA_TS_025_01_2020.

an herrschte bei diesem pionierhaften Netzwerk eine gewisse Begriffsverwirrung. Zwischen dem „Automobilcluster ACStyria“ als aktiv gesteuertes und moderiertes Netzwerk mit Mitgliedschaften und dem „Cluster“ im ursprünglichen Porter’schen Sinne als Summe der in diesem Wertschöpfungsbereich tätigen Unternehmen, wurde kaum unterschieden.¹²⁴ Ein moderiertes Netzwerk konnte man als Form einer Wirtschaftsförderung wohl aufbauen, die operativen Betriebe selbst aber freilich nicht aus dem Hut zaubern; das war Angelegenheit des Marktes und der Investoren. Mit einer solchen Feinheit wollten sich aber viele, insbesondere in der medialen Begleitung, nicht lange aufhalten. Betriebsgründungen, Investitionen und Arbeitsplatzgewinn schrieb man vereinfachend dem „Erfolg des Clusters“ zu. Das Netzwerk wurde dadurch in seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten bald stark überhöht, um nicht zu sagen mystifiziert.¹²⁵ Aber: Es wurde zu *dem* Symbol der Transformation in eine neue Moderne, das nach all den depressiven Krisenmeldungen endlich wieder Optimismus und Selbstbewusstsein in der Steiermark aufkommen ließ.¹²⁶ Aus diesem Optimismus, quasi ein psychologischer Antriebseffekt, entstand in der Folge tatsächlich auch reale wirtschaftliche Dynamik. Man könnte hier etwas überspitzt und *cum grano salis* von einem „Placebo-Effekt in der Regionalentwicklung“ sprechen.

- *Die Rolle der MAGNA*

Ein spannendes Phänomen aus diesem Themenkreis ist, dass ein Unternehmen sehr viel der Symbolik allein auf sich ziehen konnte: die MAGNA Gruppe, das derzeit mit Abstand bekannteste Unternehmen der Steiermark.¹²⁷ Das hat mit der Konzerngröße, mit dem emotionalen Produkt Automobil, aber auch mit der besonderen Persönlichkeit des

¹²⁴ KRAUTZER T.: Die Entwicklung eines Clusters. Ein Praxisführer. Brüssel Graz 1998; PORTER M.: Clusters and the new economics of competition. In: Harvard Business Review, 1998/11–12, S.77–90.

¹²⁵ Interview OHA_TS_018_12_2019.

¹²⁶ Interviews OHA_TS_008_11_2019; OHA_TS_007_11_2019.

¹²⁷ In einer Umfrage der Industriellenvereinigung Steiermark im Jahr 2017 wurde beispielsweise auf die Frage, was man frei mit dem Begriff „Industrie“ assoziiere, am häufigsten einfach das Unternehmen MAGNA genannt.

langjährigen Eigentümers, dem in der Steiermark geborenen Kanadier Frank Stronach¹²⁸, zu tun. Ein immer wiederkehrendes Phänomen bei Interviewpartnern ist die Erzählung von der Krise, der steirischen Depression, um schließlich sinngemäß hinzuzufügen: „... aber dann kam die MAGNA!“. Ein Beispiel: „(...) man darf den Herrn Stronach nicht vergessen. Dass er sich, um seiner Heimat und seinem Prestige Genüge zu tun, hier Betriebe gegründet hat. Das hat dann wieder zum Automobilcluster geführt“.¹²⁹ Hier sieht man a) die Projektion des Turnarounds auf das Thema Automobil und b) die Subsummierung des Themas Automobil unter einer Firma und ihrem Eigentümer. Dabei wird auch die Chronologie der Ereignisse nur noch selten korrekt wiedergegeben, denn zum Zeitpunkt des Aufbaus und der Installierung des ACstyria 1995 schloss die MAGNA (die zu jener Zeit in der Steiermark kleinere Werke rund um Weiz betrieb und erst am Aufbau ihrer Zentrale in Oberwaltersdorf war) eine Teilnahme am Projekt explizit aus.¹³⁰ Die großen Partner waren einerseits das Motoren-Forschungsunternehmen AVL-List sowie im Produktionsbereich die Steyr-Daimler-Puch Fahrzeugtechnik AG und deren Joint Venture mit Chrysler, das Eurostar-Werk in Graz. Der Verkauf von Steyr-Daimler-Puch an die MAGNA Gruppe erfolgte erst 1998/1999.¹³¹ Sie hat damit die Cluster-Beteiligung und die längst eingeleiteten Prozesse der regionalen Transformation sozusagen „geerbt“ (auch wenn in der Folge natürlich viele beeindruckende Investitionen auf das Konto dieses austrokanadischen Konzerns gingen).

- *Was nicht erwähnt wird: Die Rolle des EU-Beitritts und fehlende strategische Abstimmung*

Interessant ist auch, was nicht oder äußerst selten erwähnt wird, also nicht zum breiten Narrativ der steirischen Transformation gehört. Der

¹²⁸ Über ihn: HOFBAUER W.: Frank Stronach: Das moderne Märchen. In: HÖSELE / PRISCHING (wie in Anm. 7), S. 313.

¹²⁹ Interview OHA_TS_029_01_2020; ähnlich auch in Interview OHA_TS_012_11_2019.

¹³⁰ Diesen Hinweis verdanken die Autoren den Herren Holzschlag und Soos, die am Prozess des Aufbaus mitbeteiligt waren.

¹³¹ Finanz-Compass, 2000, S. 1035 (Recherche über <https://portal.zedhia.at/>, siehe Anm. 40).

EU-Beitritt und insbesondere die damit verbundenen hohen Summen an Regionalförderung, die inklusive Kofinanzierung des Bundes in die Steiermark flossen (und fließen)¹³², blieben bei nahezu allen Interviewpartnern unerwähnt, obwohl sich die Mittel inzwischen in die Milliarden aufsummiert haben. Genannt wurden in diesem Zusammenhang vielmehr allgemeine Schlagworte wie „Reisefreiheit“, „neue Märkte“, oder „Währungsunion“.¹³³ Ähnliches gilt im Übrigen für die Ostöffnung¹³⁴ und die damit verbundenen Chancen für die Industrie und vor allem für das steirische Grenzland.¹³⁵

Scheinbar ist es nicht gelungen (oder es war gar nicht im besonderen Maße intendiert), die Rolle des EU-Beitritts in seiner Bedeutung gebührend zu würdigen und zu kommunizieren. Erstaunlich aber ist, dass selbst Kenner der Materie, die es eigentlich wissen müssten, dieses Thema nicht in ihrem Erinnerungsspeicher abgelegt haben; auch nicht ehemalige Spitzenpolitiker.

Eine Erklärung kann sein, dass strategische Programmarbeit nur wenige in der politischen Führung interessierte und dem Fachpersonal in der Verwaltung und deren Beratern überlassen wurde (und wird). Insbeson-

¹³² ZIEGERHOFER A.: Vom Rand ins Zentrum Europas. Die Geschichte der Steiermark ab 1918. Graz 2020, S. 89f.; zu den Förderungen im Detail die Daten unter <https://www.oerok.gv.at/region/programmperioden-vor-2014/eu-strukturfonds-in-oesterreich-1995-1999>, 3.10.2020, MS Edge.

¹³³ Interviews OHA_TS_025_01_2020; OHA_TS_039_02_2020. Die „Lücke“ ist umso erstaunlicher, als man sich vor dem Beitritt der neuen, sehr vielfältigen Möglichkeiten durch die EU-Regionalförderung durchaus bewusst war und diese auch sehr strukturiert darzustellen vermochte. So zumindest geht es aus einer Publikation des Dr. Karl Kummer-Instituts für Sozialpolitik und Sozialreform in Steiermark hervor: TAFNER G.: Der Beitritt: Die Auswirkungen der EG-Regionalpolitik auf die Steiermark. Graz 1993.

¹³⁴ Am ehesten ist dieser Aspekt – sehr punktuell – in Erinnerungen der Unternehmerschaft präsent; exemplarisch Interview OHA_TS_031_01_2020.

¹³⁵ Dabei wurde diesen Zugängen in zeitgenössischen Konzepten für ein Strategisches Management breiter Raum geschenkt: SEKYRA H. M.: Globales Strategisches Management aus Sicht eines europäischen Industriekonzerns. In: HAMMER R. M. u.a. (Hg.): Strategisches Management Global. Unternehmen – Menschen – Umwelt. Erfolgreich gestalten und führen. Wien 1982, S. 40–43 und – wenn auch im Hinblick auf die Landwirtschaft mit eher kritischen Prognosen – TICHY (wie in Anm. 14), S. 8–17.

dere gewerbliche Förderungsfragen wurden ab den 1990er-Jahren streng als Programmförderungen verstanden, die nach klaren Regeln und Grundsätzen erfolgten. Dazu hat auch das europäische Wettbewerbsrecht seinen Beitrag geleistet, das ab 1995 umgesetzt werden musste. Das machte das Thema für die Politik deutlich weniger interessant, da den Förderungen die persönliche politische Komponente fehlte.

5. *„Alles ist bunter geworden!“¹³⁶ – das weite Feld der Umgestaltung*

Dieser Ausspruch (eigentlich bezogen auf die nunmehr bunten, zuvor aber jahrzehntelang rostig-grauen, weil durch die Stahlwerksemissionen verschmutzten Hausfassaden in Leoben-Donawitz) führt eine wesentliche Funktion der Oral History vor Augen: Sie schafft es, wie im konkreten Fall, die Vielschichtigkeit der Problemstellungen mit starken Bildern zu untermauern. Zwei Aspekte der steirischen Transformationsjahre sind im Laufe der Interviews besonders deutlich hervorgetreten: Erstens ist der Prozess breit und vielschichtig und kann weder geographisch noch inhaltlich allein auf die Probleme der Verstaatlichten Industrie in der Obersteiermark reduziert werden. Vielmehr gab es davon unabhängige Problemstellungen und Prozesse, die bereits vor den Ereignissen der Verstaatlichten-Krise evident waren und als eigenständige Entwicklungsstränge zu sehen sind. Hier sei etwa auf regionalökonomische Phänomene wie das bereits erwähnte Grenzlandphänomen, die Rolle der strukturschwachen Oststeiermark oder den intensiven Strukturwandel in der Landwirtschaft verwiesen. Der Wandel war zugleich aber auch kein rein ökonomisches Phänomen, sondern spielte sich in hohem Maße auf kultureller, mentaler, gesellschaftlicher und politischer Ebene ab. Es ist in diesem Zusammenhang praktisch einhellige Meinung der Interviewpartner, dass die wirtschaftliche Transformation ohne einen begleitenden kulturellen¹³⁷ und mentalen Wandel gar nicht hätte stattfinden können. Auch dafür steht der Satz „Alles ist bunter geworden“.

¹³⁶ Interview OHA_TS_008_11_2019.

¹³⁷ Gerade kulturell hat sich die Steiermark mit Formaten wie dem „Steirischen Herbst“, dem Musikprotokoll, dem Forum Stadtpark und letztendlich auch mit der Rolle als Kulturhauptstadt Europas 2003 über Jahre einen guten Ruf und eine Identität geschaf-

- *Umwelt und Umweltschutz*

In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, als es um den Wiederaufbau und die Maximierung des Wirtschaftswachstums ging, war dieses Problemfeld kaum ins öffentliche Bewusstsein vorgedrungen – und hatte folglich für Politik und Wirtschaft keine Rolle gespielt. Das änderte sich ab den 1970er-Jahren, als auch die Steiermark zunehmend unter starken lokalen Emissionen in Wasser und Luft zu leiden hatte. Dies betraf die starke Verschmutzung des Hauptflusses Mur (Slogan: „Rettet die Mur“) und zahlreicher Nebenflüsse,¹³⁸ die Nitratbelastung des Grundwassers im Leibnitzer Feld sowie die Auswirkungen ungefilterter (Schwefel-)Emissionen, die dem Wald über den „sauren Regen“ und den Städten über eine mangelhafte Luftgüte zusetzten. Umweltschutz und Umweltbewusstsein fanden im Folgenden nicht nur Eingang in die Programmatik der sich formierenden Grünen, sondern vor allem auch in jene der Steirischen Volkspartei.¹³⁹ Noch in den 1970er-Jahren folgten den Worten Taten: Die steirische Politik trat hier auf Bundesebene sehr dominant auf, sie konnte aus dem Wasserwirtschaftsfonds beträchtliche Summen lukrieren und diese in die Mursanierung investieren, wobei auch die lokalen Papier- und Zellstofffabriken mitzogen.¹⁴⁰ Ab den 1980er-Jahren wurden zudem gezielte Maßnahmen in Richtung Luftreinhaltung gesetzt. Das Thema Umwelt wurde zu einem Teil des Technologietransfers – nicht wenige steirische Unternehmen fanden darin eine Marktnische und legten den

fen. Dieses Thema muss in einer Geschichte der Transformation ausreichend gewürdigt werden, sprengt aber den Rahmen dieses Artikels. Einen guten Überblick bietet der Abschnitt „Kunst – Kultur – Erbe“ in: HÖSELE / PRISCHING (wie in Anm. 7), S. 330–441.

¹³⁸ BEHR M.: Die Mur – von der Kloake zum Vorzeigefluss. In: HÖSELE / PRISCHING (wie in Anm. 7), S. 211f.; siehe auch Interview OHA_TS_039_02_2020: Hier wird die Mur der 1970er-Jahre als „schwimmende Kloake mit Schaumkronen bei den Wehranlagen“ beschrieben.

¹³⁹ HIRSCHMANN G.: Modell Steiermark. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1980, S. 121–134, hier S. 130–132.

¹⁴⁰ Interviews OHA_TS_027_01_2020; OHA_TS_037_02_2020 und OHA_TS_038_02_2020.

Grundstein für spätere Erfolge.¹⁴¹ Als Ausdruck geänderter struktureller und mentaler Zugänge ist in diesem Zusammenhang die Installation des „Green Tech Clusters“¹⁴² zu nennen, der ursprünglich als „Öko-Cluster“ firmierte. Andererseits entwickelten sich aus der Umweltbewegung heraus deutliche Spannungen bei Betriebsansiedlungen und Investitionen, die anfangs durchaus auch scheiterten, letztlich aber zu einer deutlichen Verbesserung der Verfahrensprozesse, der Kommunikation und der transparenten wie auch konstruktiven Einbeziehung beteiligter Parteien führten.¹⁴³

- *Landwirtschaft*

Ein dauerhafter Begleiter der landwirtschaftlichen Entwicklung waren Technisierungs- und Produktivitätsschübe, die zwar der Landwirtschaft neue Produktions- und Absatznischen öffneten, bei denen zugleich aber viele vorwiegend kleinere Betriebe auf der Strecke blieben. Im Zuge jenes dramatischen landwirtschaftlichen Strukturwandels, der sich im Wesentlichen von Mitte der 1970er- bis Mitte der 1990er-Jahre erstreckte, ging der Anteil des land- und forstwirtschaftlichen Sektors an der Zahl der Beschäftigten von 3,4 auf 1,5 Prozent (vor allem zu-

¹⁴¹ So z.B. Teile des Industriemaschinen- und Anlagenbaus, über Jahre ein dominanter und wachsender Sektor in der Steiermark (mit dem Leitbetrieb Andritz AG), die insbesondere in der Abwasseraufbereitung hohes Know-how entwickelt hat, dazu die Keramikindustrie in Frauenthal, die weltweit keramische Filterkatalysatoren in Kraftwerken zum Einsatz bringt (heute Ividen-Ceram GesmbH). Über Jahre konnte die Waagner&Biro und folgend die Austrian Energy&Environment mit umweltgerechten Energieanlagen punkten (heute Teil der Andritz AG). Dazu kamen interessante Neugründungen wie die VTU-Group GesmbH und die BDI-Holding GesmbH in Grambach im Biodieselsbereich, die Körner Chemieanlagenbau in Wies-Eibiswald oder die Münzer Bioindustrie in Sinabelkirchen. Zu den beiden Letzteren Interview OHA_TS_031_01_2020 und Business History Monat, November 2019, S. 14–18.

¹⁴² Siehe dazu die einschlägigen Informationen auf der Website der steirischen Wirtschaftsförderung (SFG) sowie auf jener des Clusters GREEN TECH selbst: <https://www.sfg.at/ansiedeln-und-vernetzen/cluster-netzwerke/> und www.greentech.at, 14.9.2020, MS Edge.

¹⁴³ Zwei Beispiele, die sozusagen einen Wendepunkt darstellten, waren das Aus für die Investition eines japanischen Elektronikkonzerns (OKI) in Graz Ende der 1980er-Jahre sowie die Probleme rund um die Ansiedlung des Chrysler-Eurostar Werks in Thondorf zu Beginn der 1990er-Jahre. Dazu insbesondere Interview OHA_TS_003_10_2019.

gunsten des Dienstleistungssektors) zurück, im Bereich der Bruttowertschöpfung lag er 2017 bei 2,2 Prozent.¹⁴⁴

Bemerkenswert ist, dass – so zumindest geht es aus den Interviews hervor – die neuen, deutlich verbesserten Möglichkeiten (regionales Förderwesen) durch den EU-Beitritt 1995 in den Erinnerungen von Landwirtschaftsvertretern ungleich strukturierter und präsenter sind¹⁴⁵ als beim Gros der übrigen Zeitzeugen. Insgesamt spielte im Bereich der Landwirtschaft die Erzähkraft der Politik eine sehr große Rolle; man denke an die erfolgreiche Etablierung von Marken wie „Steirisches Kürbiskernöl“ oder „Steirischer Wein“.¹⁴⁶

Eine Analyse der Transformationsjahre hat aber auch die forcierte Nutzung von Energie aus Biomasse zu berücksichtigen, eine Strategie, die vor allem von der Steiermark aus vorangetrieben wurde. Der „Landwirt als Energiewirt“ wurde zu einem Modell der landwirtschaftlichen Transformation und die Landwirtschaftskammer Steiermark zu deren Thinktank und Operationsbasis gleichermaßen.¹⁴⁷ Die Herstellung von „Biogas“ in landwirtschaftlichen Anlagen galt bald ebenso als ein Gebot der Stunde wie die direkte Energiegewinnung durch Holz. Man beschränkte sich hier nicht nur auf Lieferung des Rohstoffs, sondern investierte in den Betrieb von technischen Anlagen.¹⁴⁸ Dies führte zu einer breiten Diskussion (und auch noch immer bestehenden Konflikten) über Kosten und Verfügbarkeit von Rohstoffen und Energie, die letztlich im Rahmen einer Energiestrategie der steirischen Sozialpartner gemeinsam abgearbeitet wurde.¹⁴⁹

¹⁴⁴ Vgl. den Artikel von Thomas Krautzer in diesem Band sowie A17. REFERAT STATISTIK UND GEOINFORMATION (Hg.): Kleine Steiermark Datei. Graz 2019, S. 13–16.

¹⁴⁵ Interview OHA_TS_032_01_2020.

¹⁴⁶ Interview OHA_TS_032_01_2020; siehe auch die Empfehlungen in der Grenzlandstudie von 1990: TICHY (wie in Anm. 12), S. 10–15.

¹⁴⁷ KOPETZ H.: Standesvertretung und bäuerliche Organisationen. In: KARNER / KOPETZ (wie in Anm. 13), S. 199–227, hier S. 219–221.

¹⁴⁸ Interview OHA_TS_032_01_2020; KARNER (wie in Anm. 13), S. 187–193; dazu auch die Beiträge in *Politicum* 75/1997.

¹⁴⁹ Energiestrategie 2020. Möglichkeiten und Realitäten von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz in der Steiermark. Vorschläge und Anregungen der steirischen Sozialpartner. Graz 2008.

- *Infrastruktur – strukturschwache Gebiete*

Auch die kleinbäuerlich geprägten und strukturschwachen Regionen der Steiermark – Ost-, Süd- und Weststeiermark – wurden von einem Strukturwandel erfasst, der jedoch bereits in den 1960er-Jahren durch die Grenzlandförderpolitik begann. Hohe Summen wurden im Zuge dieser Maßnahmen von Bund und Land unter anderem in den Wegebau und in Schulbauten im ländlichen Raum investiert, um Strukturverbesserungen zu erreichen.¹⁵⁰ Sukzessive galt dies in der West- und (noch mehr) in der Oststeiermark auch für den Bau und Ausbau der verschiedenen Etappen der Südautobahn, der in den 1990er-Jahren abgeschlossen war. Für die Südsteiermark sorgte indes der Ausbau der Phyrnautobahn¹⁵¹ dafür, dass der Raum Leibnitz heute zum „erweiterten Speckgürtel“ von Graz gezählt werden darf. In Verbindung mit dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs waren dies richtungsweisende Strukturverbesserungen, die in abgelegenen Regionen ansässigen Handwerksbetrieben und Pendlern eine verkehrstechnisch günstigere Anbindung an Ballungsräume (Graz, Wien) ermöglichten.¹⁵²

Was der südost- und oststeirischen Wirtschaft vor Ort neue Impulse gab, war vor allem der Thermentourismus: 1981 wurde die Therme Loipersdorf eröffnet, 1982 jene in Radkersburg und 1984 die Therme Waltersdorf; 1997 folgte die Therme Blumau.¹⁵³

Neben einer – langfristig wenig erfolgreichen – Betriebsansiedlungspolitik im Sinne der „verlängerten Werkbank“ kristallisierte sich ein anderes Rezept als fruchtbar heraus: Durch Gründung neuer Bildungsstandorte wurden Standorte jenseits von Graz/Graz-Umgebung auch für Unternehmen attraktiver: Exemplarisch erwähnt seien hier die

¹⁵⁰ Interviews OHA_TS_033_02_2020; OHA_TS_018_12_2019. Dass dieser Bereich der Landesregierung weiterhin ein großes Anliegen war, zeigte das von ihr in Auftrag gegebene und bereits mehrfach erwähnte Grenzlandkonzept. TICHY (wie in Anm. 14).

¹⁵¹ Interview OHA_TS_039_02_2020.

¹⁵² Beispiel: Cserni Group aus Fehring. Dazu den Artikel zur Firmengeschichte im Business History Monat, November 2019, S. 62–65.

¹⁵³ Interviews OHA_TS_067_07_2020; OHA_TS_018_12_2019; OHA_TS_033_02_2020.

Gründung der Höheren Technischen Lehranstalten (HTL) in Weiz (1982) und Kaindorf/Sulm (1993)¹⁵⁴, die für ihre Regionen einen mittlerweile unverzichtbaren Pool an Humanressourcen bereitstellen.

- *Politische Implikationen:*

Erschütterungen in der Parteienlandschaft

Politisch betrachtet wurde die Transformation auch von einem erheblichen Einbruch in parteipolitische Selbstverständnisse der Zweiten Republik begleitet. Für die Arbeiterschaft in den Industriegebieten war der Reformprozess ein mitunter sehr schmerzhafter. Viele fühlten sich von Partei und Gewerkschaft „verraten“¹⁵⁵ – und fanden, das zeigen Wählerströme sehr deutlich, in der Freiheitlichen Partei (FPÖ), die dieses Konfliktpotenzial für sich zu nutzen wusste, eine neue Heimat.¹⁵⁶ Daneben trug der Transformationsprozess eine weitere, ab den 1990er-Jahren immer deutlicher sichtbare Dynamik in sich: Das Bild einer armen, unterprivilegierten Arbeiterklasse, aus dem die sozialdemokratische Parteirhetorik viel Emotion herauszuholen verstanden hatte, begann sich aufzulösen. Besonders durch die Bildungs- und Sozialpolitik unter Kreisky waren sehr viele Verbesserungen erreicht worden. Die sozialen Schichten waren durchlässiger geworden und die forcierte Lohnpolitik, die auf der einen Seite die Wettbewerbsfähigkeit herkömmlicher Produktionsprozesse in Frage gestellt hatte, schuf auf der anderen Seite einen neuen Mittelstand.¹⁵⁷ In der technisierten In-

¹⁵⁴ Interview OHA_TS_031_01_2020.

¹⁵⁵ Interviews OHA_TS_025_01_2020; OHA_TS_013_11_2019.

¹⁵⁶ Dazu exemplarisch die Analysen zu den Wahlen von 1991 (Landtag) und 1994 (Nationalrat): BERMANN P.: Die Steirischen Landtagswahlen vom 22. September 1991. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1991, S. 63–81; ULRAM P. A.: Ende des traditionellen Parteiensystems? Analyse der Nationalratswahl 1994. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1994, S. 51–124. Zu grundlegenden politischen und gesellschaftlichen Veränderungen bereits PLASSER F. / ULRAM P.: Auf dem Weg in die postindustrielle Gesellschaft? In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1980, S. 263–277.

In Erinnerung bleiben auch die legendären Fernsehauftritte von Jörg Haider, in denen er notorische „Taferln“ in die Höhe zu halten pflegte, die plakativ Privilegien steirischer Arbeiterkammerfunktionäre oder negative Entwicklungen im Umfeld des sozialdemokratischen Einflusses anprangerten.

¹⁵⁷ Interviews OHA_TS_008_11_2019; OHA_TS_013_11_2019.

dustrie bekam die moderne, qualifizierte Arbeiterschaft einen neuen Status und folglich ein anderes Selbstbewusstsein. Die sozialen Probleme konzentrierten sich hingegen bei den angelernten Hilfskräften, die vom Arbeitsmarkt zunehmend ausgeschlossen wurden.¹⁵⁸ Heute muss man davon ausgehen, dass qualifizierte Arbeiterinnen und Arbeiter weitaus mehr zu verlieren haben, als „ihre Ketten“, wie es dem alten sozialistischen Verständnis entspricht. Jedenfalls wurden selbst in den traditionellen Arbeiterbezirken der Obersteiermark die Wahlergebnisse deutlich weniger monochrom.

Zusammenfassende Erkenntnisse zu zentralen Mechanismen des Transformationsprozesses

Aus den bisher ausgewerteten Interviews und Quellen lassen sich erste Thesen zu zentralen Handlungsfeldern sowie einzelne Problemstellungen innerhalb der steirischen Transformation herausdestillieren, die als besonders prägnant gelten können. Es ist im Nachhinein gesehen erstaunlich, welche Kräfte und kreative Offenheit freigelegt wurden, als das Land begann, die ernste Bedrohung zu erkennen und sich gegen das Abrutschen auf einer schiefen Ebene zu wehren. Die Basis dafür war wohl, dass der Crash so tiefgehend war, dass alles Gewohnte zur Disposition gestellt wurde. Es gab zu diesem Zeitpunkt nicht mehr viel, woran man sich klammern konnte.

Als zentrale Handlungsfelder der Transformation in der Steiermark können heute gesehen werden:

1. Erlangung von Handlungsfreiheit und Wettbewerbsfähigkeit in Unternehmen

- Privatisierungen lenkten den Fokus auf betriebliche Notwendigkeit statt auf politischen Einfluss. Dass diese Fragestellung eine so hohe

¹⁵⁸ Jene, die nur die Pflichtschule absolviert haben, weisen mit 28 % (2017) die mit Abstand höchste Arbeitslosenrate auf. Oder anders gerechnet, fast die Hälfte aller Arbeitslosen gehen auf diese Kategorie zurück. Dazu: Wirtschaftspolitisches Berichts- und Informationssystem (WIBIS), <https://wibis-steiermark.at/arbeit/arbeitslosigkeit/arbeitslose-nach-ausbildung/>, 9.10.2020, MS Edge.

Priorität genoss, ist aus der Dominanz des verstaatlichten Sektors in der Steiermark abzuleiten.

- Das große Manko der Staatsbetriebe war, dass unternehmerische Strategien politischen Fragestellungen untergeordnet wurden. Dazu gehörte insbesondere das enge Verhältnis der Belegschaftsvertretungen zu politischen Entscheidungsträgern, die Managemententscheidungen zur Makulatur werden ließen.
- Solche Machtfragen gingen in ihrer Bedeutung oft über das Geschehen in Unternehmen hinaus und drehten sich auch um politische Mandate und Einfluss im Umfeld der Sozialpartnerschaft.

2. *Schulterschluss zum Erhalt der industriellen Substanz durch „endogene Erneuerung“ sowie passive und aktive Sanierungsmaßnahmen*

- Die Verantwortlichen waren überzeugt, dass der technologische Kern der Betriebe und die Qualifikation der Belegschaft tragfähig sein können.
- Ein wesentlicher Schlüssel war, weitere Entwicklungen klar vom Markt her abzuleiten und durch Konzentration und Differenzierung auf einen technischen Level zu gelangen, der in Nischen Weltniveau erreichen konnte.
- Innovation, Forschung und Entwicklung wurden schließlich industrielle Leitmotive (innovations- und technologieorientierte Nischenstrategie).
- Die öffentliche Hand (Landesgesellschaften in Abstimmung mit Bundesgesellschaften) unterstützte mit Sanierungsmaßnahmen und Investitionen öffentliche und private Unternehmen mit dem Ziel, sie marktfähig und attraktiv für Investoren zu machen, anstatt sie völlig abzuschreiben (Verhinderung einer Deindustrialisierung).

3. *Aktive Regionalpolitik, die über ein ausgelagertes Förderungswesen auf Technologieentwicklung und innovative Neugründungen setzte*

- Herkömmliche Verwaltungsstrukturen erwiesen sich für die Unterstützung junger Betriebsgründungen und innovativer F&E-Prozesse

als zu wenig beweglich und nicht auf Augenhöhe. Eine neue, ausgelagerte Wirtschaftsförderung sollte frische Impulse bringen (Gründung der SFG).

- Herkömmliche Fördermodelle (Zuschüsse für Problemfälle und Verlustabdeckungen als „Feuerwehrmaßnahmen“) führten zur Petrifizierung alter, nicht marktfähiger Strukturen. Das kostete viel Geld ohne nachhaltige Wirkung.
- Die klare Ausrichtung öffentlicher Mittel auf Innovation und technologischen Fortschritt, begleitet von „soft-measures“ wie Bewusstseinsbildung, brachte nachhaltige Erfolge.
- Verbesserungen gelangen auch in den strukturell benachteiligten Gebieten: Durch bessere Einbeziehung (Infrastrukturinvestitionen) und Nutzung der Potenziale des ländlichen Raums (flexibles, kreatives und eigenverantwortliches Denken von Menschen aus der Landwirtschaft, die als auspendelnde Arbeitskräfte z.B. in Industriebetrieben sehr geschätzt wurden).
- Umweltfragen bargen manches Spannungsfeld in sich, sie führten aber auch zu neuen Zugängen, nachhaltigerem Denken – und zu neuen Chancen für Wirtschaft und Unternehmertum. Der Technologietransfer wurde positiv beeinflusst.

4. Herbeiführung einer mentalen Veränderungsbereitschaft durch aktive Positionierung der Steiermark als Innovationsland

- Switch vom „Leidtragenden, dem geholfen werden muss“ (= passive Erwartungshaltung) zum aktiven, optimistischen Akteur mit frischen Ideen.
- Verdrängung der hemmenden Punzierung als Krisenregion durch Positionierung als Technologie- und Forschungsland.
- Offensive begleitende Öffentlichkeitsarbeit. Die hier so wichtige Erzähkraft der Politik zeigte sich nicht nur bei Projekten wie dem Autocluster, sondern auch bei der Schaffung starker Marken im ländlichen und touristischen Raum (Thermenland, Genussregion, Sportland ...).

5. *Aufbau einer Netzwerks- und Kooperationsstrategie („Leuchtturmprojekt“ Automobilcluster 1995) und sukzessive engere Zusammenarbeit zwischen Forschungsinstitutionen, Industrie sowie der öffentlichen Hand*

- Private Initiativen setzten strukturpolitische Initiativen. Daraus entwickelten sich Ideen, die in den politischen Prozess eingespeist werden konnten.
- Die (regionale) Nähe zu Wissensinstitutionen wie Universitäten wurde genutzt, um technische Entwicklungen zu initiieren und neue Geschäftsmodelle aufzubauen.
- Kooperationen wurden institutionalisiert (u.a. Cluster in Selbst-trägerschaften oder die Initiative inno regio styria).
- Industrie und Wissenschaft bauten mit einem spezifischen Land-Bund-Förderprogramm (COMET) kooperative Forschungsgesellschaften.
- Bildung wurde auch in strukturschwachen Gebieten zu einem zentralen Vehikel: Betriebsansiedlungspolitik funktionierte nun nicht mehr über subventionierte „verlängerte Werkbänke“, sondern entsprechende Anreize wurden durch Gründung von Höheren Schulen (insbesondere Höheren Technischen Lehranstalten) und die damit verbundene Bereitstellung von Humanressourcen gesetzt.

6. *Etablierung pragmatischer Personen einer neuen Generation mit internationaler Orientierung, die den Wandel parteiübergreifend und auch im sozialpartnerschaftlichen Konsens vorantrieben*

- In den Krisen- und Transformationsjahren übernahmen sukzessive Personen das Ruder, die nach dem Krieg aufgewachsen waren und sozialisiert wurden. Damit konnten sich neue Ideen, aber auch eine neue Form von Professionalität etablieren.
- Nicht nur die Krisensituation erleichterte das Kooperieren, sondern auch eine neue Pragmatik bei vielen jüngeren Entscheidungsträgern in Organisationen, Verwaltung und intermediären Organisationen, die Ergebnisorientierung und Sachbezogenheit vor parteipolitische Überlegungen stellten.

All diese Maßnahmen, deren Aufbau Jahre in Anspruch nahm, haben eine positive Wirkung entfaltet. Die wichtigste steirische Lektion der 1980er- und 1990er-Jahre aber ist wohl, dass man nach einigen Jahren versuchten „Durchtauchens“ gelernt hat, sich ehrlich, unvoreingenommen und ohne Opfermythos oder Selbstmitleid den Herausforderungen von Wandlungsprozessen zu stellen. Es besteht generell hohes Gefahrenpotenzial, dass angesichts einer notwendigen und tiefgreifenden Transformation Realitätsverweigerung betrieben und eine starke Veränderungsangst aufgrund scheinbarer Besitzstände entwickelt wird, oder dass schlicht, von Selbstzufriedenheit und Selbstüberschätzung geblendet, die Notwendigkeit zum raschen und gemeinsamen Handeln nicht erkannt wird. Dagegen aktiv Position zu beziehen, dürfte wohl der wesentlichste Lernfaktor sein.

Freilich muss auch festgestellt werden: Die Wettbewerbsposition der Steiermark ist heute nicht automatisch gesichert und es besteht kein Grund für eine überhöhte Selbstzufriedenheit. Keinesfalls sollte man der Versuchung erliegen, sich auf seinen Lorbeeren auszuruhen. Denn Nüchtern betrachtet war der größte Erfolg der Transformation der letzten 35 Jahre, dass man sich eine realistische Chance für die nächste erarbeitet hat, deren Notwendigkeit sich bereits deutlich abzeichnet.

Das Projektteam bedankt sich bei den Interviewpartnerinnen und Interviewpartnern:

Hannes ANDROSCH, Martin BARTENSTEIN, Wolfgang BARTOSCH, Günther BAUER, Winfried BRAUMANN, Nikolaus BREISACH, Günther BROCHMANN, Johannes DITZ, Georg DOPPELHOFER, Leopold J. DORFER, Günter DÖRFLINGER, Willibald DÖRFLINGER, Othmar EDERER, Margarete FREISINGER, Gilbert FRIZBERG, Leopold GARTLER, Gerhard GEISSWINKLER, Norbert GELDNER, Kurt GENNARO, Stephan GILLICH, Wolfgang GOBIET, Oskar GRÜNWALD, Erich HAAS, Franz HARNONCOURT,

Peter HOCHEGGER, Stefan HOCHFELLNER, Herwig HÖSELE,
Kurt JUNGWIRTH, Rudolf JURAK, Burghard KALTENBECK,
Gerhard Helmut KATZENBERGER, Volker KIER, Waltraud KLASNIC,
Guido KLESTIL, Gunther KNILL, Gerhard KOCH, Anton KOLMAYR,
Heinz KOPETZ, Johannes KÜBECK, Ferdinand LACINA,
Ulf LINDNER, Franz MAJCEN, Helmut MAJCEN, Siegfried MEYSEL,
Heinz MOITZI, Werner MUHM, Josef MÜLNER, Kurt NORDBERG,
Gerold ORTNER, Herbert PAIERL, Peter PERKONIGG,
Wolfgang PFARL, Jochen PILDNER-STEINBURG, Claus J. RAIDL,
Hans-Joachim RESSEL, Josef RIEGLER, Walter ROTSCHÄDL,
Manfred RUPPRECHT, Peter SCHACHNER-BLAZIZEK,
Michael SCHMID, Leopold SCHÖGGL, Gerald SCHÖPFER,
Siegfried SCHRITTWIESER, Karl SNIEDER, Erich STASKA,
Michael STEINER, Jürgen STOCKMAR, Rudolf STREICHER,
Franz SUMMER, Gunther TICHY, Franz TRAMPUSCH, Franz VOVES,
Franz VRANITZKY, Helmut WUKITSCHEWICZ, Franz WURM,
Hubert ZANKEL, Gerfried ZEICHEN

Anhang: Oral History – die Interviewfragen für das Projekt

1. Die Periode seit den 1980er-Jahren in der Steiermark wird gewöhnlich unter dem Begriff „wirtschaftlicher Strukturwandel“ subsummiert. Wie sehen Sie persönlich diese Zeit und wie haben Sie diese erlebt?
2. Worin sehen Sie (politisch/technisch/wirtschaftlich) wesentliche Ursachen?
3. Wie haben Sie die Debatte um diesen Prozess erlebt?
Was war Ihre eigene Position?
4. Wer waren die zentralen handelnden Personen oder Organisationen und welche Rolle haben Sie selbst dabei gespielt?
5. Welche zentralen Maßnahmen wurden vorgenommen, welche Stellhebel gesetzt? Wie hoch war der Einfluss der Maßnahmen auf den Prozess?

6. Gibt es in diesem Transformationsprozess steirische Spezifika?
7. Wie schätzen Sie Erfolge, Misserfolge und Zukunftsfähigkeit der Transformation ein?
8. Wen halten Sie zu diesem Thema für eine/n weitere/n relevante/n Interviewpartner/in?

Depression und Transformation. Die steirische Entwicklung der letzten Jahrzehnte in Zahlen und Grafiken

Thomas Krautzer

Wenn man die Performance der steirischen Wirtschaft in der letzten Konjunkturphase 2016-2019 betrachtet, sieht man ein erfreulich dynamisches Bild, das in vielen Parametern über dem österreichischen Durchschnitt liegt. Es zeigt sich eine forschungs- und investitionsintensive Industrie, in deren Sog sich starke und dynamische wissens- und technologiebasierte Dienstleistungen entwickeln. Das war aber nicht immer so! Blickt man wenige Jahrzehnte zurück, bietet sich ein ganz anderer Eindruck. Die wirtschaftliche Situation der Steiermark in den 1980er-Jahren muss als besonders ernüchternd gesehen werden. Ein Mühlstein aus früheren aber inzwischen obsolet gewordenen Erfolgen, versteinerten Strukturen, Selbstüberschätzung und Realitätsverweigerung gepaart mit der Angst vor Veränderung hatte das Land nach unten gezogen. Die Steiermark rutschte in diesem Jahrzehnt zum österreichischen Schlusslicht der Wirtschaftsentwicklung ab.¹

Die durchschnittliche Arbeitslosenrate stieg in der Steiermark rasant an und erreichte 1993 ihren Höhepunkt, der deutlich über dem österreichischen Durchschnitt lag.² Die Obersteiermark kristallisierte sich als das Zentrum der Krise heraus, eine Situation, die eng mit der Dominanz Ver-

¹ STEINER M.: Vom Wandel in Vergangenheit und Gegenwart. Die wirtschaftliche Entwicklung der Steiermark seit 1945. In: ABLEITINGER A. / BINDER D. A. (Hg.): Die Steiermark. Die Überwindung der Peripherie Wien / Köln / Weimar 2002, S. 127–234, hier S. 151 und 167; weiters: KARNER S.: Die Steiermark im 20. Jahrhundert. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. 2. Aufl. Graz 2005, S. 436–459 u. 522–529; SCHÖPFER G.: Von der Nachkriegsbewirtschaftung auf dem Weg zur Vollbeschäftigung. In: DESPUT J. (Hg.): Vom Bundesland zur europäischen Region: Die Steiermark von 1945 bis heute. Graz 2004, S. 311–348; SCHÖPFER G. / TEIBENBACHER P.: Graz seit 1945. Daten, Fakten, Kommentare. Graz 1995; weiters unterschiedliche Beiträge im Sammelband HÖSELE H. / PRISCHING M. (Hg.): Die Steiermark. Eine Landvermessung. Wien 2018 sowie der Aufsatz von Walter M. Iber und Thomas Krautzer im vorliegenden Band.

² BOCK-SCHAPPELWEIN J.: Arbeitslosigkeit und offene Sozialhilfe in Österreich. Eine quantitative Analyse. WIFO Wien 2004, S. 10–13.

staatlicher Industrie in dieser Region verbunden war.³ Innerhalb von zehn Jahren (1981–1991) gingen in der erweiterten Mur-Mürz-Furche 11,4 Prozent aller Arbeitsplätze verloren und 20 Prozent der Bevölkerung wurden zumindest einmal im Jahr arbeitslos. Die durchschnittliche Arbeitslosenrate in den Talschaften rund um Mur und Mürz lag bei 12 Prozent. Die durchschnittliche Dauer einer Arbeitslosigkeit stieg von neun auf 21 Wochen, der Anteil der älteren Menschen über 50 Jahre an der Gesamtzahl der Arbeitslosen stieg von sieben Prozent auf erschreckende 29 Prozent (und das, obwohl mit Sonderunterstützungen und einem eigens eingeführten Programm für Frühpensionierungen versucht wurde, die Zahlen statistisch zu drücken).⁴

Schließlich wurden auch demographische Verwerfungen sichtbar: die Geburtenrate sank deutlich und die Menschen begannen, die Region zu verlassen (wovon vor allem der Großraum Graz profitierte). Als Beispiel kann die Stadt Leoben gelten. Bei der Volkszählung 1971 zählte sie 35.150 Einwohner, 2001 verblieben noch 25.800. Der Trend setzt sich fort, aktuell hat Leoben 24.640 Einwohner.⁵

Besonders ernüchternd sind diese Zahlen, wenn man bedenkt, dass in die österreichische Verstaatlichte Industrie, die insbesondere den obersteirischen Raum dominiert hat, zwischen 1976 und 1986 ein Wert von fast 70 Mrd. Schilling⁶ gepumpt wurde (das sind gegengerechnet gut 5 Mrd.

³ Eine klare und umfassende Analyse der zugrundeliegenden Probleme findet sich in der sogenannten „Obersteiermarkstudie“, die unter der wissenschaftlichen Leitung des Grazer Professors für Volkswirtschaft, Gunther Tichy 1982 erstellt wurde. TICHY G.: Regionalstudie Obersteiermark. Bericht der Gutachter. Im Auftrag des Bundeskanzlers und der Steiermärkischen Landesregierung. Unter Mitwirkung des Österreichischen Instituts für Raumplanung (ÖIR) und des WIFO. Wien 1982.

⁴ STEINER M. / WENDNER R.: Alte Industriegebiete: wo blieben die Arbeitslosen? Untersuchung am Beispiel der Obersteiermark. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 1993/19 (1), S. 11–28; BUTSCHEK F.: *Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart*. Wien / Köln / Weimar 2011, S. 366f.

⁵ Statistisches Jahrbuch der Stadt Leoben 2018. *Bevölkerung und Kulturleben*, S. 12. PDF-Download unter <https://www.leoben.at/gemeinde/daten-stadtentwicklung/daten-geschichte/statistische-jahrbuecher/jahrbuch-2018>, 6.7.2020, MS Edge.

⁶ Genauere Aufstellungen dazu finden sich in STIEFEL D.: *Verstaatlichung und Privatisierung in Österreich. Illusion und Wirklichkeit*. Wien / Köln / Weimar 2011, S. 205–229; BUTSCHEK (wie in Anm. 4), S. 370–381.

Euro, allerdings bei einer Anpassung an über 30 Jahren Inflation müsste heute grob geschätzt der doppelte Betrag als Gegenwert genommen werden). Etwas weniger bekannt ist, dass zu der großen Gruppe der direkt verstaatlichten Unternehmen auch noch ein bedeutendes Industriekonglomerat gehörte, das zu einem wesentlichen Teil im Besitz verstaatlichter Banken war, allen voran der CA-Bankverein.⁷ Diese Unternehmungen betrafen auch den Großraum Graz, wie etwa das Steyr-Daimler-Puch Werk Thondorf (heute MAGNA Fahrzeugtechnik)⁸, die Andritz AG oder die Papier- und Zellstofffabrik Leykam (heute geteilt in Sappi Gratkorn und Norske Skog Bruck).⁹ Aber es wäre zu verkürzt, das Phänomen alleine an dem Thema des dominanten Staatseinflusses festzumachen. In dieser Zeit gerieten auch etliche private Unternehmungen in Turbulenzen und Krisensymptome ließen sich auch in anderen Regionen – wie dem sogenannten Grenzland – festmachen.¹⁰

Man hat es in der Steiermark daher mit einer umfassenden Transformationsphase zu tun, die weit über die Problematik der Obersteiermark hinausgeht. Es ist durchaus interessant, im Lichte unterschiedlicher Statistiken für die gesamte Steiermark und im Vergleich zum österreichischen Schnitt Zäsuren sowie negative und positive Entwicklungen herauszuschälen.

Arbeitslosenquote Unselbständig-Beschäftigter

Ein wichtiger Indikator zur Feststellung wirtschaftlicher Problemstellungen ist beispielsweise das Verhältnis von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung (auch wenn zumindest in verschiedenen Branchen ein Rückgang

⁷ STIEFEL (wie in Anm. 6) S. 40f.

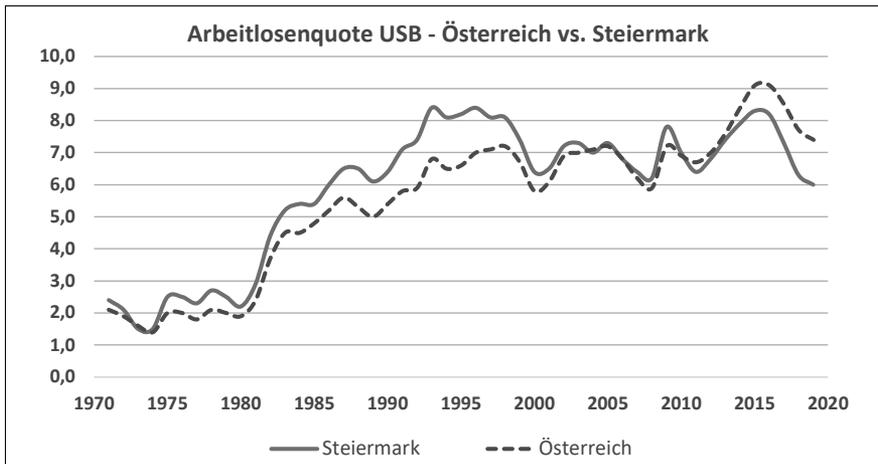
⁸ MAYER E.: Puch Werk II im Wandel der Zeit. Eine steirische Industriegeschichte. Graz 2017.

⁹ MATHIS F.: Big Business in Österreich. Österreichische Großunternehmen in Kurzdarstellungen. München 1987, S. 31–33, 188–192 u. 294–300. Zur Teilung der Leykam auch Finanz-Compass Österreich, 1998, S. 815 (Recherche über <https://portal.zedhia.at/>, 20.9.2020, MS Edge).

¹⁰ TICHY G. / ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR RAUMPLANUNG (ÖIR): Das Steirische Grenzland. Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft. Studie im Auftrag der Steiermärkischen Landesregierung FA Ib/RA8. Graz 1990.

von Beschäftigung aufgrund von Produktivitätsgewinnen eher auf eine Stärkung der Struktur hinweisen kann). Es wird damit deutlich, inwiefern eine Wirtschaft (auch auf regionaler Ebene) fähig ist, die Bevölkerung auf einem Arbeitsmarkt zu integrieren respektive durch Erweiterung der Tätigkeit neue Beschäftigung zu schaffen.¹¹

Abb. 1: Die Arbeitslosenquote Unselbständig-Beschäftigter in Österreich und der Steiermark von 1971–2019



Daten: StatA, AMS-Österreich, Joanneum Research POLICIES – WIBIS Steiermark (nach österreichischer Methode)

Bei der Analyse der Abbildung 1 können vier Perioden klar voneinander getrennt werden:

Die erste Periode betrifft die Jahre bis 1980. Hier sieht man deutlich, dass die österreichische und die steirische Arbeitslosenquote bis 1975 praktisch deckungsgleich sind. Der Wert pendelt um sehr niedrige zwei Prozent. Während der österreichische Schnitt auf diesem Niveau

¹¹ Allerdings muss gerade bei Transformationsprozessen in Regionen mit Strukturproblemen bei dem Indikator der Arbeitslosenrate eine gewisse Vorsicht gelten, denn eine geringe Arbeitslosenrate muss nicht auf einer starken Wirtschaftsleistung basieren, sondern kann schlicht mit einer hohen Abwanderung einhergehen, die die Menge der auf den Arbeitsmarkt drängenden Personen verringert hat.

trotz der rezessiven Phase nach der Ölkrise bis zum Jahr 1980 verharrt, steigt die steirische Arbeitslosigkeit zwar etwas stärker, aber nur mit einer Differenz von einem halben Prozentpunkt. Dieses geringe Niveau, trotz des wirtschaftlichen Einbruchs, ist der massiven Intervention der Regierung Kreisky und ihrem Dogma der Politik der Vollbeschäftigung geschuldet.¹² Allerdings liegt hier auch der Keim für die folgenden massiven Probleme, da existenziell wichtige Strukturänderungen zugunsten einer letztlich konservierenden Intervention nicht vollzogen wurde.¹³

¹² Dazu HARRER J.: Faktoren der Krise der steirischen Industrie in den 1970er und 1980er Jahren. Eine wirtschaftshistorische Bestandsaufnahme. MA Uni Graz 2010; weiters VENUS T.: Strukturkrise und das Ende der Vollbeschäftigung in Österreich. Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in den frühen achtziger Jahren. In: VENUS T. / GAZZARI R. (Hg.): Österreichische Wirtschaftspolitik 1970–2000. Wien 2008, S. 41–110. VENUS spiegelt dieses Denken treffend mit einem Duell zwischen einem Journalisten und dem damaligen Bundeskanzler Kreisky (obgenannte Publikation, S. 74): „Im ‚Profil‘ beschrieb Alfred Worm die Nöte der verstaatlichten Industrie überspitzt, das Kardinalproblem der Unternehmen sei, ‚mit einem Personal, das sie nicht brauchen, ein Produkt, das niemand kauft, mit einem Geld, das sie nicht haben‘, zu erzeugen. Kreisky erwiderte darauf, ‚ein so großer Konzern wie die Voest [müsse] die Kraft haben, die Menschen davor zu bewahren, in Elend unterzugehen‘. Der Eigentümer werde ‚ein bisschen helfen‘, durch diese schwierige Zeit zu kommen.“ Zu den Diskussionen um die Vollbeschäftigung auch IBER W. M.: Vollbeschäftigung versus Budgetdisziplin – Historischer Streit, flexible Positionen. In: Wirtschaftspolitische Blätter, Sonderausgabe 2016: Arbeitsmarkt Steiermark, S. 73–82; eine hervorragende Darstellung zeitgenössischer Quellen zur Diskussion rund um die Verstaatlichtenpolitik findet sich in STIEFEL (wie in Anm. 6).

¹³ Dazu kann man einerseits die keynesianisch inspirierte Wirtschaftspolitik zählen. Dazu TICHY G.: Von Glanz und Ende des Austro-Keynesianismus. In: MITTER P. u.a. (Hg.): Austro-Keynesianismus. Festschrift für Hans Seidel zum 65. Geburtstag. Heidelberg 1990, S. 76–101; WEBER F. (Hg.): Austro-Keynesianismus in Theorie und Praxis. Wien 1993. Aber auch direkte Interventionen bei Managements von verstaatlichten Betrieben waren vor allem aus Überlegungen des Erhalts der aktuellen Beschäftigung heraus an der Tagesordnung. Damit wurde eine Restrukturierung unter Anpassung der Belegschaft verunmöglicht – eine der zentralen Quellen für die folgende große Krise. Dieser Aspekt ist auch bei Vertretern der Sozialdemokratie und der Gewerkschaft inzwischen anerkannt. Dies zeigen Interviews im Bestand des Oral History-Archivs des Instituts für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte der Universität Graz, das sich u.a. der Transformation der steirischen Wirtschaft gewidmet hat. Siehe dazu u.a. folgende Interviews: OHA_TS_012_11_2019; OHA_TS_013_11_2019; OHA_TS_017_12_2019; OHA_TS_022_12_2019.

In der zweiten Phase können zwei Trends ausgemacht werden: Erstens ein geradezu sprunghafter genereller Anstieg der Arbeitslosigkeit ab 1981 und zweitens die Herausbildung eines kontinuierlichen Grabens zwischen Österreich und der Steiermark ab 1984, der die breiteste Kluft zu Ungunsten der Steiermark Mitte der 1990er-Jahre erfährt mit einer Differenz von fast zwei Prozentpunkten. Der steile Anstieg ist eine Folge der Rezession 1978, des zweiten Erdölpreisschocks 1979 und der Wellblechkonjunktur der frühen 1980er-Jahre mit einer Rezession 1981 und einer +0,1 Prozent Stagnation 1984, die in der Folge die tiefe Krise auslösten.¹⁴ Kulminationspunkt der Entwicklung waren die Jahre 1993 bis 1996. In der Steiermark wurde der Zenit der Arbeitslosenrate 1993 erreicht (8,4 Prozent Steiermark zu 6,6 Prozent Österreich ohne Steiermark).¹⁵ Danach begannen die in den Jahren zuvor eingeleiteten Maßnahmen offensichtlich zu greifen. Den Aufwind von Ostöffnung (ab 1990) und EU-Beitritt (1995) nutzend¹⁶, sank die Arbeitslosigkeit deutlich ab und – das ist das eigentlich Erstaunliche an der Entwicklung – deutlich rascher als im österreichischen Schnitt.

Damit wird die dritte Periode bis 2008 eingeläutet, in der die Steiermark wieder den Bundesstandard erreicht und erstmals auch besser liegt: 2004 war das erste Jahr, in dem die Steiermark ein sogar leicht besseres Ergebnis als der österreichische Schnitt aufweisen konnte. Seitdem ist – quasi als vierte Periode – ein klares Muster erkennbar. Aufgrund der hohen Exportorientierung der Steiermark und der Verflechtung des für die Regional-Wirtschaft so wichtigen produzierenden

¹⁴ Vgl. BUTSCHEK (wie in Anm. 4), S. 365; Daten dazu im Statistikteil bei ebd., S. 567f.

¹⁵ Zahlen nach Tabellen basierend auf Datensammlung des Instituts für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte der Universität Graz (Peter Teibenbacher). Die Daten sind vorwiegend den Regionalstatistiken der AK-Steiermark, den Angaben des AMS-Steiermark und den Ergebnissen der Volkszählungen entnommen.

¹⁶ Vgl. dazu BREUSS F.: EU Mitgliedschaft Österreichs. Eine Evaluierung in Zeiten der Krise. WIFO, Wien 2012, S. 13–50.

den Sektors mit den Weltmärkten,¹⁷ kann die Steiermark in konjunkturell guten Phasen schneller und intensiver einen positiven Schwung mitnehmen, der ihr auch überdurchschnittlich gute Indikatoren beschert. Im Falle eines Abschwungs machen sich auch die Probleme bei Wachstum, Investition und Beschäftigung rascher und intensiver bemerkbar. Das war in Folge der internationalen Finanzkrise ab 2008 sowie beim folgenden Wiederaufschwung deutlich sichtbar. Dies zeigt sich aber auch während der aktuellen wirtschaftlichen Problemlage.

Aktivbeschäftigte

Dass der Strukturwandel der Steiermark einem Fitnesstraining gleichzusetzen war, zeigt auch ein Blick auf die Differenz der Aktivbeschäftigten zwischen 2008 und 2018. Innerhalb dieser zehn Jahre war der heftigste Wirtschaftseinbruch seit den 1950er-Jahren zu verzeichnen (in Österreich im Jahr 2009 immerhin –3,9 Prozent der Wirtschaftsleistung)¹⁸ und musste auch verdaut werden. Es ist daher anzunehmen, dass eine Region mit zuvor schon gut angepassten Strukturen einen solchen Schock besser verarbeitet, als Problemregionen. Hier ist zu konstatieren, dass die Zahl der Beschäftigten in der Steiermark in den zehn Jahren nach der Krise um 12,5 Prozent zugelegt hat, jene in Österreich um 11,5 Prozent, also um einen ganzen Prozentpunkt weniger.¹⁹ Das spricht für eine erfolgreichere Struktur. Andererseits zeigt ein genauerer Blick auf die Steiermark, dass dieser Strukturwandel vor allem eine Region begünstigt hat, nämlich die Region Graz/Graz Umgebung. Dort stieg die Beschäftigung

¹⁷ Die Exportrate liegt in der Steiermark bei rund 75 % der industriellen Waren und bei über 50 % bei der gesamten Wirtschaftsleistung. Der produzierende Sektor ist für 35 % der direkten Wertschöpfung verantwortlich ist. Siehe dazu KRAUTZER T.: Stärkefeldmatrix Steiermark 2018. Zusammenfassender Projektbericht. „innoregio styria“ Graz, 2018, S. 14f. sowie aktuelle Zahlen bei WIBIS-Steiermark: <https://wibis-steiermark.at/wirtschaft/struktur-und-standort/exporte/wibis/exportquotein/>, 31.8.2020, MS Edge.

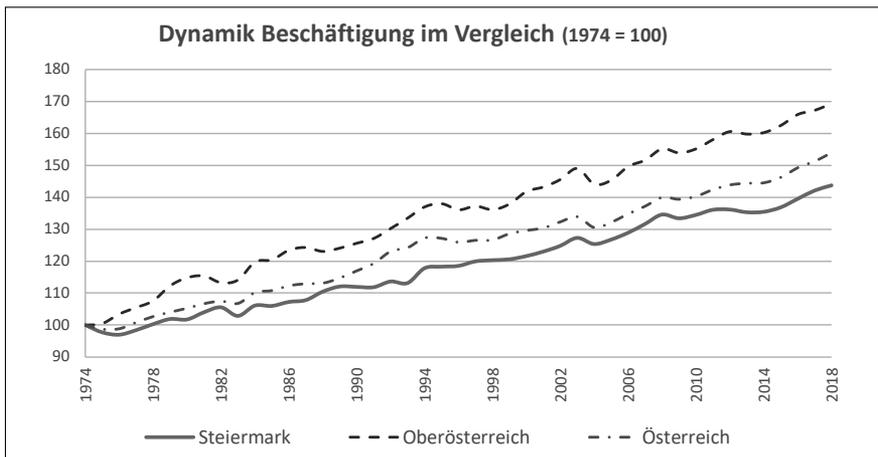
¹⁸ BUTSCHEK (wie in Anm. 4), S. 568.

¹⁹ <https://wibis-steiermark.at/arbeit/unselbstaendig-beschaeftigte/gesamt/>, 31.8.2020, MS Edge.

im angegebenen Zeitraum um 20 Prozent, in Bruck/Mürzzuschlag um 6 Prozent und im Bezirk Leoben war eine Stagnation zu sehen.

Allerdings liegt ein Wermutstropfen in den an sich erfreulichen Zahlen: nimmt man das Jahr 1974 als Ausgangspunkt, setzt es mit 100 an und vergleicht die dynamische Entwicklung zwischen Österreich, Steiermark und Oberösterreich in Prozentschritten (Abbildung 2), so zeigt sich, dass bei der Generierung von Beschäftigung die Steiermark nicht wirklich gleichziehen konnte, 2015 lag ihr Index bei 140, der österreichische bei 150 und Oberösterreich bei 165.²⁰

Abb. 2: Dynamik der unselbständigen Beschäftigung zwischen 1974 und 2018 im Vergleich zwischen Österreich, Oberösterreich und der Steiermark



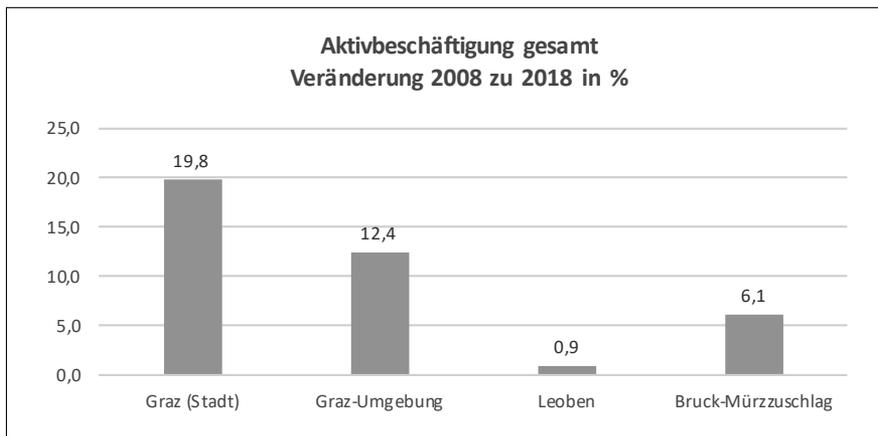
Daten: StatA und Joanneum Research POLICIES

Die Steiermark konnte demnach zwar auch wachsen, der Einbruch, den ihr die Krise beschert hat, wurde aber nie wirklich wettgemacht, weil auch die anderen nicht stehen geblieben sind. Allerdings hat sich der Abstand im Lauf der Jahre (insbesondere zum österreichischen Schnitt) auch nicht überproportional erweitert, was durchaus als Erfolg gelten kann.

²⁰ Eigenberechnung nach Daten von StatA und Joanneum Research.

Zusätzlich lässt sich in der Steiermark eine sehr unterschiedliche regionale Dynamik feststellen. Den Löwenanteil am Beschäftigungszuwachs hat eindeutig der Raum Graz und Graz-Umgebung abbekommen (siehe Abbildung 3). Hier hat sich offensichtlich eine Struktur aus einem technologieorientierten produzierenden Sektor, forschungsintensiven Dienstleistungen und sehr guten Bildungs- und Forschungsinfrastrukturen entwickelt, die den modernen Anforderungen bestens entsprechen.²¹ Daraus folgend hat sich auch eine hohe Attraktivität für Zuwanderung in diesen Raum ergeben (siehe die Anmerkungen zur Demographie weiter unten).

Abb. 3: Veränderung der Aktivbeschäftigung in ausgewählten steirischen Bezirken



Daten: WIBIS-Steiermark

Wertschöpfung

Neben der Beschäftigung ist natürlich das Bruttoregionalprodukt ein wichtiger Indikator für Entwicklungen. Auch hier zeigt ein Periodenvergleich interessante Veränderungen auf. Setzt man im Jahr 1995, also mitten in der Transformationsphase der steirischen Wirtschaft und im Jahr

²¹ KRAUTZER (wie in Anm. 17), S. 14, 32 und 52f.

des EU Beitritts, die Wirtschaftsleistung der steirischen Regionen pro Kopf in Relation zum österreichischen Durchschnitt (Österreich = 100), so wird insgesamt nur 84 Prozent der Wirtschaftsleistung des Bundes erreicht (siehe Abbildung 4). Von den Regionen selbst übertrifft nur Graz/Graz-Umgebung (= NUTS III Ebene) diesen Wert mit Index 122. Alle anderen Regionen und auch der steirische Durchschnitt liegen deutlich darunter. Im Ranking der 35 österreichischen NUTS III Regionen kann sich nur Graz im Spitzenfeld behaupten (obwohl zweitgrößte Stadt doch nur auf Rang 4), daneben können sich die östliche Obersteiermark und Liezen im Mittelfeld platzieren. Der Rest ist abgeschlagen im hinteren Viertel. 10 Jahre später, 2015, hat die Steiermark in vier von sechs NUTS III Regionen zwar aufgeholt und den Abstand zum österreichischen Schnitt auf 91 Prozent verkleinert (das heißt, dass der steirische Anteil am österreichischen Gesamtkuchen jedenfalls gewachsen ist). Trotzdem konnte der österreichische Durchschnittswert nicht erreicht werden.²² Auch dies spricht klar für einen Aufholprozess, aber keinen Überholprozess.

Beschäftigungsstruktur

Unbestritten ist allerdings der tiefe Strukturwandel, der sich sehr gut am Anteil der Beschäftigten je Wirtschaftssektor ablesen lässt (Abbildung 5). Zu dem Zeitpunkt, als die Krise in der Steiermark besonders virulent wurde, also Anfang der 1980er-Jahre, ergibt sich ein sehr konservatives Strukturbild mit einem sehr hohen Anteil an sekundärer Wertschöpfung, weshalb Ökonomen bei späteren Analysen von einer „alten Industrie-region“ („old industrial area“) sprechen konnten.²³

²² AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG: Steirische Statistiken 5/2018, S. 20f.

²³ Vgl. STEINER M.: Modernizing Traditional Industries in Declining Regions – Concepts of Transformation in Old and New Market Economies. In: STEINER M. (Hg.): From Old Industries to New Regions. Policies for Structural Transformation in Accession Countries. Graz 2003, S. 9–24.

Abb. 4: Das Bruttoregionalprodukt je Einwohner zwischen 1995 und 2017 der steirischen NUTS 3 Regionen im Vergleich zu Österreich (n = 35)

Bruttoregionalprodukt je EinwohnerIn 1995 und 2017, laufende Preise						
NUTS3-Region	1995	2017	1995	2017	1995	2017
Steiermark/Österreich	abs. Werte in € (ger.)		Österreich = 100		Ranking in Österreich	
Graz	26.800	49.300	121,8	117,1	4	4
Liezen	17.300	37.100	78,6	88,1	17	18
Östl. Obersteiermark	16.200	38.500	73,6	91,4	20	17
Oststeiermark	13.700	30.700	62,3	72,9	29	27
West- und Südsteiermark	13.400	29.000	60,9	68,9	31	29
Westl. Obersteiermark	16.100	30.900	73,2	73,4	22	25
Steiermark	18.500	38.400	84,1	91,2	–	–
Österreich	22.000	42.100	100,0	100,0	–	–

Quelle: Landesstatistik Steiermark²⁴ (Anm.: Graz in der Tabelle umfasst Graz und Graz-Umgebung)

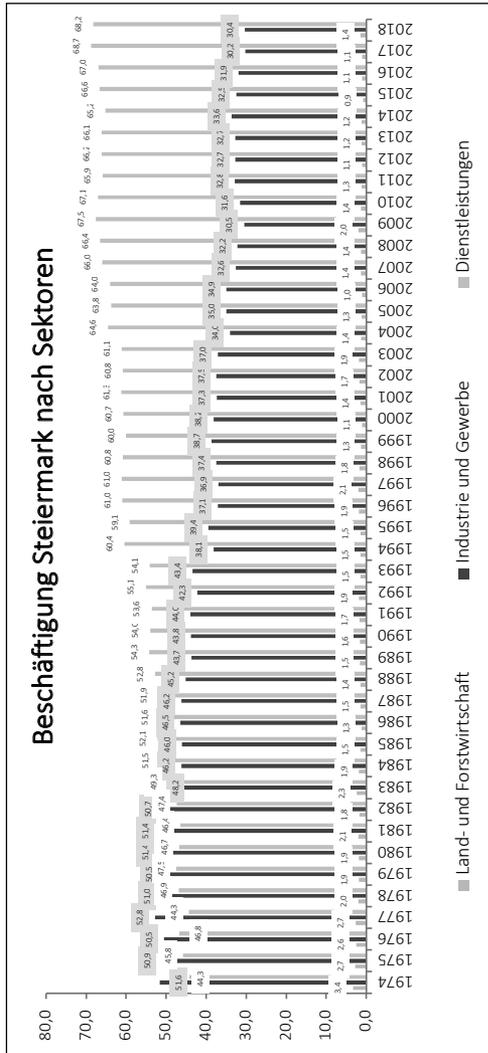
1,9 Prozent der Unselbständig-Beschäftigten waren 1980 im Primärsektor tätig, im Sekundärsektor 51,4 Prozent, im Dienstleistungssektor 46,7 Prozent. 2015 dann ein deutlich anderes Bild: 0,9 Prozent im Primär-, 32,5 Prozent im Sekundär- und 66,6 Prozent im Tertiärsektor.²⁵ Nun könnte man scheinbar von einem typischen Siegeszug der Dienstleistungsgesellschaft sprechen. Das trifft im Fall der Transformation der Steiermark aber nicht den Punkt, wie später noch darzustellen sein wird. Es handelt sich vielmehr um eine Stabilisierung des produzierenden Sektors auf einem hohen Niveau und einen damit eng verzahnten Aufstieg der industrienahen, technologischen und F&E affinen Dienstleistungen. Dies zeigt sich insbesondere in einer sehr hohen gegenseitigen konjunkturellen Abhängigkeit, die ein gänzlich anderes Konjunkturbild

²⁴ Steiermark. Die Wirtschaftliche Entwicklung der NUTS 3 Regionen zwischen 1995 und 2017. Bericht der Landesstatistik Steiermark. Graz 2017, S. 4. Verfügbar als PDF-Download unter https://www.landesentwicklung.steiermark.at/cms/dokumente/12651361_142970621/3f2d55ea/Bericht%202017%20NUTS%203.pdf, 31.8.2020, MS Edge.

²⁵ Berechnungen Joanneum Research POLICIES, basierend auf Daten der Statistik Austria.

entstehen lässt, als es beispielsweise in Wien der Fall ist, das durch eine andere (stark am öffentlichen Sektor angelehnte) Dienstleistungsstruktur geprägt ist.²⁶

Abb. 5: Anteil Wirtschaftssectoren an den Unselbständig-Beschäftigten in der Steiermark zwischen 1974 und 2018



Quelle: Joanneum Research POLICIES

²⁶ KRAUTZER (wie in Anm. 17), S. 14ff.

Frauenbeschäftigung

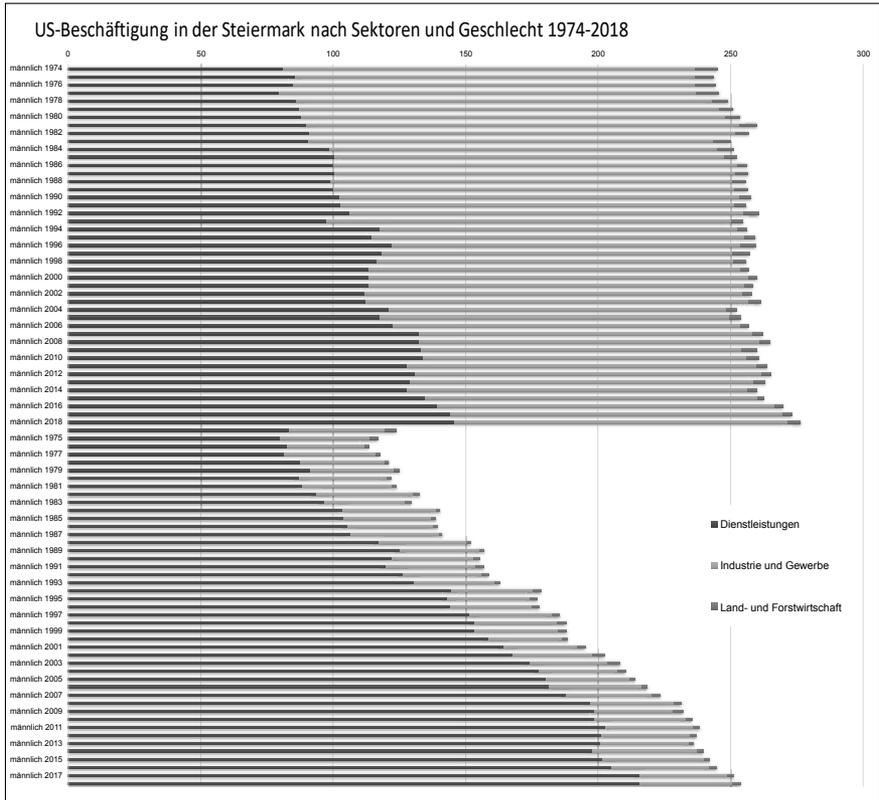
Der Strukturwandel in den Sektoren wird durch ein äußerst prägnantes Geschehen bei der Geschlechterzusammensetzung der Beschäftigung begleitet (Abbildung 6). In die Phase der Transformation fällt die hohe Partizipation der Frauen am Arbeitsmarkt. Waren zu Beginn der 1980er-Jahre nur etwas mehr als ein Drittel aller Beschäftigten Frauen, so sind es dreißig Jahre später knapp die Hälfte. Die weibliche Beschäftigung verdoppelte sich von 1980 mit 121.700 Arbeitnehmerinnen auf 2015 mit 241.900 Frauen während die männliche Beschäftigung im selben Zeitraum von 253.000 auf 262.000 Personen sehr moderat stieg.²⁷ Das bedeutet aber im Kern, dass der Anstieg der unselbständigen Gesamtbeschäftigung von 1980 mit 374.700 Arbeitnehmer/innen auf 2015 mit 503.900 Arbeitnehmer/innen, zum überwiegenden Teil durch das bis dahin (aufgrund gesellschaftspolitischer Umstände) brachliegende Potenzial weiblicher Arbeitskräfte bewerkstelligt wurde.²⁸

Aber nicht nur die quantitativen Daten sind interessant, auch der Blick auf die sektorale Verteilung männlicher und weiblicher Arbeitskräfte gibt einen spannenden Hinweis auf strukturelle Entwicklungen. Während sich männliche Beschäftigung auffallend im sekundären Sektor konzentriert und sich dort sogar einen relativ hohen Anteil bewahren konnte (1980 – 159.800/63,1 Prozent aller männlichen Beschäftigten, 2015 – 125.700/48,0 Prozent), fristet der produzierende Sektor bei den Frauen ein Schattendasein und ist auf tiefem Niveau prozentuell rückläufig (1980 – 33.000/27,1 Prozent aller weiblichen Beschäftigten, 2015 – 38.400/15,8 Prozent).

²⁷ Ebd.

²⁸ Ohne an dieser Stelle genauer darauf einzugehen, ist natürlich auch ein Teil des Zuwachses auf Migration zurückzuführen. Im Jahr 2015 hat der Anteil von Ausländern an den Unselbständig-Beschäftigten immerhin 12 % betragen. Siehe dazu: AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG 12 (Hg.): Wirtschaftsbericht Steiermark 2018. Graz 2019, S. 47.

Abb. 6: Unselbständig-Beschäftigte in der Steiermark zwischen 1974 und 2018 nach Geschlecht und Sektoren



Quelle: Joanneum Research POLICIES

Nimmt man tieferegehende Analysen zur Hand, lässt sich folgende Aussage für die Zeit der letzten 40 Jahre treffen (wobei diese Tendenzen – insbesondere eine recht eindimensionale Berufswahl – auch heute evident sind): Frauen haben massiv die neuen Bedarfe in Dienstleistungen wie Tourismus, Handel, Gesundheit, Betreuung und Bildung gedeckt.²⁹ Wenn der Weg von Frauen in den produzierenden Sektor gewählt wurde,

²⁹ Eine sehr gute Aufstellung von Statistiken zu diesen Problemlagen findet sich ebd., S. 56–62.

dann häufig in Branchen mit höherem Anteil an wenig qualifizierter Beschäftigung (und entsprechend geringerem Einkommen). Insbesondere Berufe mit hohem technischem Anteil am Berufsbild weisen hingegen einen dramatisch niedrigen Frauenanteil auf. Dies betrifft insbesondere auch den Bereich der dualen Ausbildung (Lehrberufe), die nach wie vor bei Mädchen ganz klassisch zusammengesetzt sind: Handel, Bürokauffrau und Friseurgewerbe, während bei den Burschen Metalltechnik, Elektrotechnik und Kraftfahrzeugtechnik die ersten drei Plätze einnehmen³⁰. Aus diesen Tatsachen, die sehr stark in grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Zugängen zur Bildungs- und Berufswahl anknüpfen, sind weitere Problemstellungen abzuleiten: erstens ein deutliches Einkommensgefälle zwischen Männern und Frauen, da viele Branchen mit niedrigem Gehaltsniveau hohe Frauenanteile aufweisen (das Niveau glättet sich im öffentlichen Dienst auffällig, da hier solche Unterschiede kaum zu tragen kommen); zweitens regionale Disparitäten des Einkommens, da im Großraum Graz der Sekundarsektor das Einkommensniveau nicht so stark bestimmt wie beispielsweise in der Obersteiermark;³¹ drittens eine zu den Männern differenzierte Konjunkturabhängigkeit, da sich in den Hauptbeschäftigungsbereichen unterschiedliche Zyklen ergeben.³²

Ausländerbeschäftigung

Noch ein Phänomen des strukturellen Wandels sollte nicht unerwähnt bleiben, nämlich der stetig wachsende Anteil von Ausländern an den

³⁰ Vgl. dazu WKO-Lehrlingsstatistik nach Sparten und Geschlecht sowie die beliebtesten Lehrberufe 2019, unter https://www.wko.at/service/stmk/bildung-lehre/10-haeufigste-Lehrberufe-nach-Geschlecht_2019.pdf, 31.8.2020, MS Edge.

³¹ Wirtschaftsbericht Steiermark (wie in Anm. 28), S. 61f.

³² Diese in den Zahlen des Arbeitsmarktservice festzustellenden Unterschiede ergeben sich logisch aus den geschlechtsspezifischen Branchenzuordnungen. So verminderte die Industriekonjunktur des Jahres 2018 überproportional die männliche Arbeitslosigkeit, die zuvor aufgrund der schlechten internationalen Konjunktur auch stärker gestiegen war. Vgl. dazu AMS Österreich Geschäftsbericht 2018, S. 8 u. 68.

Unselbständig-Beschäftigten.³³ Eine erste große Welle der Beschäftigung von Ausländern wurde Ende der 1960er-Jahre aktiv von der österreichischen Regierung und den Sozialpartnern initiiert, um über eigene „Anwerbeabkommen“ (beispielsweise mit der Türkei oder Jugoslawien) die durch die gute Konjunktur entstehende Arbeitskräftelücke zu schließen.³⁴ Die Ausländerzahl stieg österreichweit von 16.200 im Jahr 1961 auf 226.800 im Jahr 1973 an. Mit den folgenden Wirtschaftskrisen und der Einführung eines Ausländerbeschäftigungsgesetzes 1975 zur Beschränkung der Arbeitsmigration sank die Zahl bis 1984 auf 138.700 Personen. Einen neuerlichen Schub bekam die Ausländerbeschäftigung nach der Ostöffnung und dem EU Beitritt Österreichs 1995. In kurzer Zeit kletterte die Zahl der Nicht-Österreicher am Arbeitsmarkt auf 300.000 Personen im Jahr 1995. Im Jahr 2012, nach Auslaufen der Übergangsfristen anlässlich der EU-Osterweiterung 2004, lag die Summe bei 530.000.³⁵

Die Steiermark partizipierte an all diesen Entwicklungen entsprechend proportional. Auch hier ist etwa seit der Millenniumswende eine stetige und deutliche Zunahme des Anteils ausländischer Personen an den Beschäftigten zu verzeichnen. 2000 lag er knapp bei 6 Prozent, 2017 bei 14 Prozent (das entspricht rund 81.000 Personen), Tendenz stark steigend.³⁶ Wenn man es kritisch formuliert, könnte man sagen, dass die Steiermark Probleme hat, aus eigener Substanz des Arbeitsmarktes heraus die Bedarfe zu decken. Positiv gesehen kann man aber auch feststellen, dass durch die Transformation eine Wirtschaftsstruktur entstanden ist, die die Kraft hat, in benachbarte Räume auszustrahlen und aktiv Beschäftigung anzuziehen.

³³ Daten dazu finden sich im Wirtschaftsbericht Steiermark 2018, S. 47f.; tieferegehende Analysen insbesondere der letzten Jahre in folgender Publikation: TITELBACH G. / FINK M. / HYE R.: Beschäftigungsentwicklung von Inländer/innen und Ausländer/innen am österreichischen Arbeitsmarkt. Projektbericht des Instituts für Höhere Studien. Wien 2018.

³⁴ BIRNER N.: Erwerbstätige Zuwander/innen in Österreich. In: ÖIF-Dossier n°33, Wien 2014, S. 7f.; SANDGRUBER R.: Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Wien 1995, S. 496.

³⁵ BIRNER (wie in Anm. 34), S.9.

³⁶ Wirtschaftsbericht Steiermark (wie in Anm. 28), S. 49.

Demographie

Die Attraktivität für ausländische Beschäftigte ist für die künftige Entwicklung der Steiermark sicherlich eine wesentliche Fragestellung, denn die langjährigen infrastrukturellen und wirtschaftlichen Probleme haben der Steiermark einen schwierigen demographischen Ausblick beschert. Gemäß der Bevölkerungsprognose von 2016 wird der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung von 61,9 Prozent im Jahr 2015 auf prognostizierte 52,1 Prozent im Jahr 2050 sinken.³⁷ Dies ist eine langfristige Folge der Tatsache, dass sich in den Jahren der Krise und der Stabilisierung rückläufige Tendenzen gezeigt haben. Die Bevölkerungsbilanz und die Wanderungsbilanz der Steiermark waren in den Jahren 1982 bis 2001 negativ. Das Land hat nicht nur wirtschaftliche Substanz, sondern auch Humankapital verloren.

Das Bild hat sich zwischen 2002 und 2011 aber verbessert, sowohl Bevölkerungs- als auch Wanderungsbilanz wurden wieder positiv, die Transformation brachte dem Land Attraktivität zurück (nur die Geburtenbilanz drehte sich ins Negative, dies ist allerdings ein in Österreich durchgehend zu beobachtender Trend).³⁸ Auffällig ist aber, dass diese Bevölkerungszunahme praktisch nur den erweiterten Zentralraum Graz betrifft. Während die Stadt Graz 2009–2019 um 14 Prozent und das Umland (Graz Umgebung, Weiz und Leibnitz) um 4 bis 9 Prozent wachsen konnten, waren alle anderen Bezirke mit einem Bevölkerungsverlust konfrontiert. Diese Tendenz dürfte sich in den weiteren Jahren weiter manifestieren.³⁹ Dies ist ein gutes Beispiel für die sehr langfristigen und tiefgreifenden Auswirkungen ökonomischer Einschnitte, die in Teilbereichen auch nach

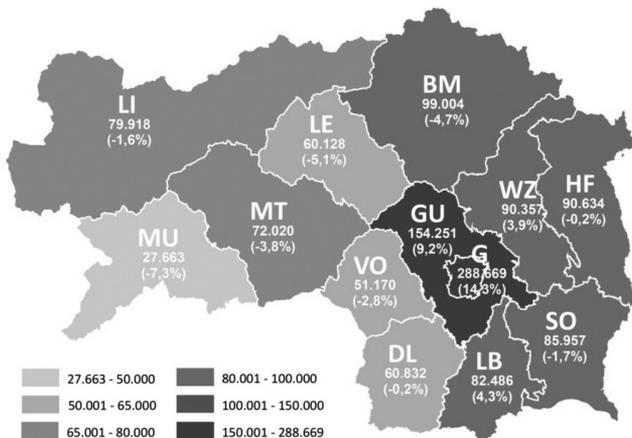
³⁷ AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG, A17 LANDES- UND REGIONALENTWICKLUNG (Hg.): Regionale Bevölkerungsprognose Steiermark 2015/16 – Bundesland, Bezirke und Gemeinden. Graz 2016, S. 5f.

³⁸ Daten aus Sammlung Peter Teibenbacher (wie in Anm. 15).

³⁹ Insgesamt erreicht die Steiermark damit nur den vorletzten Platz in der Wachstumsprognose für die österreichischen Bundesländer bis 2030. Siehe: https://wibis-steiermark.at/fileadmin/user_upload/wibis_steiermark/regionsprofile/2020-04/AT22_PROFIL_1_FactText_24.04.2020.pdf, 30.8.2020, MS Edge. Siehe dazu auch die entsprechenden Prognosen und Berechnungen der Landesstatistik unter: <https://www.landesentwicklung.steiermark.at/cms/beitrag/12651292/141979459/>, 31.8.2020, MS Edge.

Jahrzehnten schwer abzufedern sind. Wie tief dieser demographische Einschnitt geht, zeigt auch ein Vergleich des Bevölkerungswachstums der österreichischen Bundesländer zwischen 1989 und 2018. Während der Spitzenreiter, die Stadt Wien, gleich um 27 Prozent zulegen konnte, die westlichen Bundesländer Tirol und Vorarlberg um 22 und 23 Prozent, Oberösterreich, Salzburg und Niederösterreich zwischen 14 und 18 Prozent, war das Wachstum der Steiermark mit sechs Prozent äußerst bescheiden. Schlechter ist nur noch Kärnten positioniert, das es auf magere drei Prozent brachte. Hierbei zeigt die Steiermark zwischen 1993 und 2002 eine besondere Delle, die sie zeitweise an den letzten Platz der Bundesländer im Bevölkerungswachstum brachte. Erst 2009 konnte man zumindest Kärnten überholen.⁴⁰

Abb. 7: Stand (2019) und Entwicklung (2009–2019) der Wohnbevölkerung der steirischen Bezirke



Quelle: Wirtschaftsbericht Steiermark 2018⁴¹

LI = Liezen; MU = Murau; MT = Murtal; LE = Leoben; BM = Bruck-Mürzzuschlag; VO = Voitsberg; GU = Graz-Umgebung; G = Graz; WZ = Weiz; HF = Hartberg-Fürstentfeld; DL = Deutschlandsberg; LB = Leibnitz; SU = Süd-Ost-Steiermark

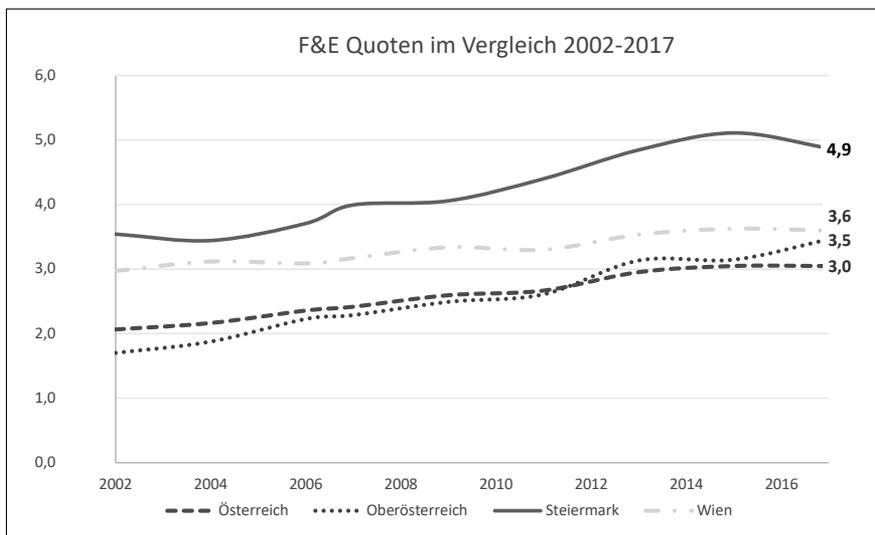
⁴⁰ Mehr zu diesem Thema im sogenannten „WIBIS Thema des Monats“ vom Juni 2019 unter <https://wibis-steiermark.at/thema-des-monats/juni-2019-bevoelkerungsentwicklung-in-den-vergangenen-30-jahren/>, 31.8.2020, MS Edge.

⁴¹ Wirtschaftsbericht Steiermark (wie in Anm. 28), S. 24.

Entwicklung der F&E Ausgaben

Eine sehr spannende und sicherlich vorbildliche Strategie der wirtschaftlichen Transformation in der Steiermark war es, das vorhandene Innovationspotential technologiestarker Unternehmen durch forcierte Investitionen in Forschung und Entwicklung freizulegen und damit Märkte zu erobern, die einen höheren Wertschöpfungsanteil erlaubten.⁴² Die Steiermark konnte hier einerseits auf eine traditionell gewachsene Universitätslandschaft und andererseits auf parallel dazu entwickelte Forschungsinstitutionen des Landes (Joanneum Research) sowie des Bundes (u.a. Doppler-Labors, Boltzmann-Gesellschaften) zurückgreifen.

Abb. 8: Die Entwicklung der F&E-Quoten (Forschungsausgaben/BIP) in Österreich, der Steiermark, Wien und Oberösterreich im Vergleich zwischen 2002 und 2017.

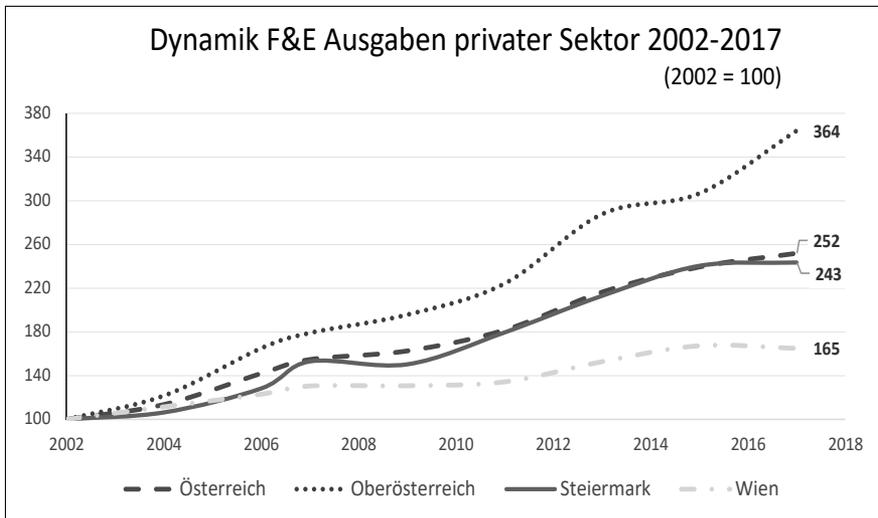


Quelle: Daten WIBIS-Steiermark, StatA

⁴² Siehe dazu die Anmerkungen zur Strategie der „Endogenen Erneuerung“ im Aufsatz von Walter M. Iber und Thomas Krautzer im vorliegenden Band.

Für die wirtschaftliche Transformation besonders wichtig waren die Montanuniversität Leoben, ein nicht wegzudenkender Forschungspartner und Ausbilder für alle Fragen von Werkstoffen und die Technische Universität Graz (beide übrigens zurückgehend auf Initiativen des Erzherzog Johann im 19. Jahrhundert). Im Gegensatz zu Wien, das an sich eine noch stärkere universitäre Position hat, kam es in der Steiermark zu massiven privaten Investitionen in F&E Belange, die sich auch in einem breiten Kooperationsfeld zwischen Unternehmen und Forschungsinstitutionen niederschlug (ja eigentlich in einem spezifischen Kooperationsklima). Diese Kooperation führte über die Jahre zu einer erstaunlich hohen Forschungsquote in der Steiermark (inzwischen rund fünf Prozent, siehe Abbildung 8), die wiederum zu drei Viertel von privaten Investitionen getragen wird.

Abb. 9: Dynamik der Entwicklung der F&E Ausgaben im privaten Sektor 2002–2017



Quelle: Daten WIBIS Steiermark, StatA

Im Lauf der letzten Jahre hat die Steiermark in Österreich aber ihr Alleinstellungsmerkmal verloren, denn Oberösterreich hat mit einem ähnlichen strategischen Muster inzwischen bereits mehr private Mittel auf der Waagschale (siehe Abbildung 9 und 10). Dass dies in der öffentlichen Wahrnehmung noch nicht aufgefallen ist, hat zwei Gründe: erstens hat die Steiermark nach wie vor mehr öffentliche Mittel zur Verfügung (da sie eine dichtere Institutionenlandschaft besitzt) und zweitens drücken sich die höheren Mittel nicht in der vor allem im politischen Umfeld stark forcierten Forschungsquote aus, denn diese ist im Fall Oberösterreichs geringer – allerdings vor allem aufgrund der deutlich höheren Wirtschaftsleistung.

Abb. 10: F&E Ausgaben von Wien, Oberösterreich und der Steiermark 2002 und 2017 im Vergleich

F&E Ausgaben in Mio. €			
		2002	2017
Oberösterreich	Öffentlich	86	194
	Unternehmen	546	1996
	Summe	632	2090
Steiermark	Öffentlich	307	607
	Unternehmen	704	1713
	Summe	1011	2320
Wien	Öffentlich	868	1736
	Unternehmen	974	1606
	Summe	1842	3342

Quelle: Daten WIBIS Steiermark, Stata

Europäischer Kontext

Wie ist nunmehr diese wirtschaftliche Transformation in einen europäischen Kontext einzuordnen? Hier kann man auf eine interessante Studie zurückgreifen, die vom österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut

(WIFO) in Kooperation mit dem Joanneum Research in Graz erstellt wurde und einen Vergleich der Entwicklung von 58 industriell ausgerichteten EU Regionen auf der NUTS II Ebene untereinander und im Vergleich zum europäischen Durchschnitt (noch ohne Kroatien, aber mit dem UK) zieht (siehe Abbildung 11–13).⁴³

Die Ergebnisse sind in drei Entwicklungsperioden zusammengefasst: Erstens 1980–1991, also von der Phase der großen europäischen Stagflation nach den Ölkrisen bis hin zur Ostöffnung. Das ist jene Phase, in der insbesondere alte Industrie-Regionen in oft massive Krisen eingetaucht sind. Zweitens die Jahre 1991–2000, die stark durch die Herausforderungen der Integration ehemals kommunistischer europäischer Staaten in den Verbund der Europäischen Union gekennzeichnet waren, mit allen positiven und negativen Begleiterscheinungen (man denke hier nur an die finanziellen Anstrengungen in Deutschland zur wirtschaftlichen Integration der ehemaligen DDR). In diese Periode fallen in vielen Regionen auch besondere Bemühungen hin zu einer spezifischen Regionalentwicklung.⁴⁴ Drittens 2001–2011, eine Phase, die einerseits den Beitritt vieler ehemaliger Ostblockländer zur Europäischen Union markierte (sie war gemessen an Rohstoffpreisen und Börsenkursen von einer eigentlich überhitzten Konjunktur gekennzeichnet) und andererseits vom bis dahin heftigsten Wirtschaftseinbruch nach dem Zweiten Weltkrieg in Folge der Finanzkrise 2008.

⁴³ Diese Studie hat ihren Ausgang in einer großen Studie zur Entwicklung von Oberösterreich: MAYERHOFER P. / HUBER P. / SCHÖNFELDER S.: Oberösterreichs Wirtschaft im europäischen Wettbewerb. Erfolge, Defizite, Handlungsoptionen. WIFO, Wien 2012. Ausgehend von dieser Datenbasis wurde in weiterer Folge die Steiermark gegenüber diesem Hintergrund gespiegelt und in Kooperation zwischen WIFO, Joanneum Research und der WK-Steiermark Abteilung Institut für Wirtschafts- und Standortentwicklung analysiert. Die weiteren Zahlenvergleiche beziehen sich auf diese Tabellen.

⁴⁴ AUDRETSCH D.: The Strategic Management of Place. In: AUDRETSCH D. / LINK A. / LINDENSTEIN M. (Hg.): The Oxford Handbook of Local Competitiveness. Oxford 2015 S. 13–33.

Abb. 11: Die Entwicklung der Wirtschaftsleistung pro Kopf der Steiermark im Verhältnis zu ausgewählten Industrieregionen

BIP je Einwohner				
	2011	1980–1991	1991–2000	2000–2011
	Ø jährl. Veränderung in %			
Steiermark	27 696	1,3	2,7	1,2
I-Regionen (58)	28 072	1,6	2,3	1,2
EU-27	23 319	1,8	1,6	0,6
Oberbayern	41 036	2,6	1,2	0,6
Karlsruhe	33 313	1,6	0,7	0,9

Daten: WIFO, Joanneum Research POLICIES

Abb. 12: Die Entwicklung des Beschäftigungswachstums der Steiermark zu ausgewählten Industrieregionen

Beschäftigungswachstum			
	1980–1991	1991–2000	2000–2011
	Ø jährl. Veränderung in %		
Steiermark	–0,4	0,7	0,8
I-Regionen (58)	0,7	0,3	0,6
EU-27	0,6	0,2	0,5
Oberbayern	1,4	0,8	0,9
Karlsruhe	1,2	0,7	0,6

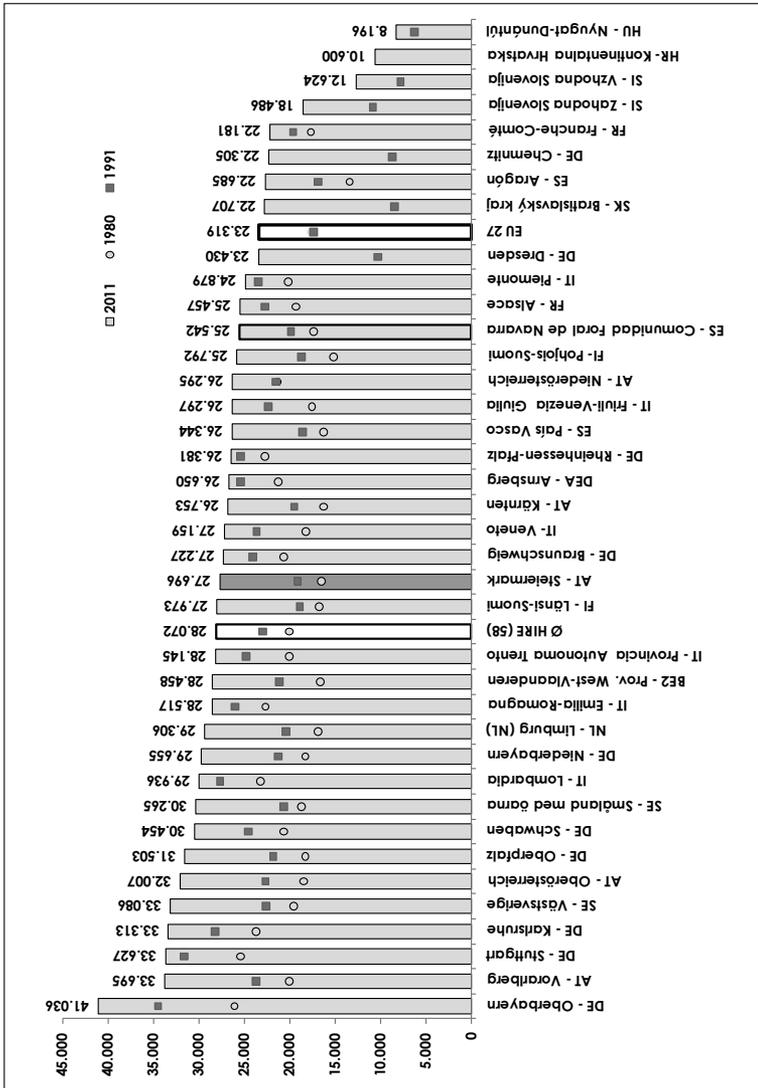
Daten: WIFO, Joanneum Research POLICIES

Abb. 13: Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität der Steiermark zu ausgewählten Industrieregionen

Arbeitsproduktivität			
	1980–1991	1991–2000	2000–2011
	Ø jährl. Veränderung in %		
Steiermark	2,2	2,1	0,7
I-Regionen (58)	1,3	1,4	0,4
EU-27	1,5	1,9	0,9
Oberbayern	2,1	1	0,5
Karlsruhe	1,1	0,5	0,7

Daten: WIFO, Joanneum Research POLICIES

Abb. 14: BIP je Einwohner zu Preisen 2005; in Euro im Vergleich der Jahre 1980, 1991 und 2011



Quelle: Cambridge Econometrics, WIFO-Berechnungen, Joanneum Research POLICIES nach Daten von Eurostat

In der Entwicklung der Wirtschaftsleistung je Einwohner war die Steiermark in der ersten Periode unterdurchschnittlich, insbesondere im Vergleich zu starken Regionen wie Oberbayern. In der zweiten Periode dreht sich das Bild, die Steiermark performte klar über dem Durchschnitt, in

der Dritten lag man dann exakt im Durchschnitt der Regionen. Es manifestiert sich das Bild eines Aufholprozesses, also eine Art Zwischenspur, der aber nicht in die Spitzengruppe geführt hat, denn das absolute BRP/Kopf war 2011 mit 27.700 Euro leicht unter dem Durchschnitt der 58 Industrieregionen mit 28.000 Euro und weit weg vom Reichtum der Oberbayern, die 41.000 Euro auf die Waage bringen konnten (Abbildung 11). Der Blick auf neuere Zahlen im Vergleich der österreichischen Bundesländer untereinander lässt vermuten, dass sich seither an der Relation wenig geändert hat.

Noch prägnanter zeigt das steirische Beschäftigtenwachstum die unterschiedlichen Phasen von Krise, Aufholprozess und Stabilisierung. In den 1980er-Jahren verzeichnete die Steiermark einen Verlust von 0,4 Prozent der Beschäftigten, während in den Industrieregionen (+0,7 Prozent) und im europäischen Durchschnitt (+0,6 Prozent) Beschäftigung aufgebaut werden konnte. Auch hier liegt Oberbayern mit +1,4 Prozent weit voran. Die zweite Periode sieht die Steiermark deutlich über dem Durchschnitt, praktisch gleichauf mit Oberbayern. Im Aufbau von Beschäftigung konnte eine leichte Outperformance gegenüber den Benchmarkregionen dann auch in den 2000er-Jahren aufrechterhalten werden. Mit +0,8 Prozent lag man um 0,2 Prozentpunkte besser als die restlichen Industrieregionen.

Im Bereich der Arbeitsproduktivität zeigt sich eine sehr positive Entwicklung zwischen 1980 und 2000, während in den folgenden zehn Jahren keine Steigerung gegenüber dem Durchschnitt mehr verzeichnet werden konnte.

Zusammenfassung

Als Fazit der Analyse wesentlicher wirtschaftlicher Indikatoren von der Kulmination der Problemstellungen über die Transformation bis hin zu gegenwärtigen Trends lässt sich sagen, dass sich einerseits der Stress klar ablesen lässt, den die Krise im Bereich Beschäftigung, Wirtschaftsleistung und Demographie auslöste. Andererseits ist aber ein deutlicher Aufholprozess zu konstatieren, der sich vor allem in den Jahren zwischen Ostöffnung und Finanzkrise abspielte. Ohne gesetzte Maßnahmen gering-

schätzen zu wollen, liegt die Vermutung nahe, dass sich die nachweislichen Effekte durch Grenzöffnungen und dem EU-Beitritt (Impulse des Binnenmarkts und Regionalförderungen) hier sehr positiv niederschlagen.⁴⁵ Eine ähnliche Dynamik, die über dem Durchschnitt 58 vergleichbarer europäischer Benchmarkregionen (hochentwickelte Industrieregionen) liegt, ist in den 2000er-Jahren nicht mehr zu konstatieren. Ein kritischer Blick zeigt natürlich auch, dass das Ausgangsniveau der steirischen Wirtschaftsleistung sowohl im österreichischen als auch im europäischen Vergleich tiefer lag und so im Zuge des Wandels statistisch etwas leichter Dynamik erzeugt werden konnte. Ein Überholvorgang in Richtung Spitzengruppe hat im Bereich der Wirtschaftsleistung pro Kopf weder im Vergleich zum österreichischen noch zum europäischen Raum stattgefunden. Aber man konnte sich klar im Mittelfeld etablieren, ein Platz, der noch in den 1980er-Jahren als schwer erreichbar schien.

Eine Analyse der sektoralen Verteilung der Wirtschaftskraft zeigt, dass eine Stabilisierung des produzierenden Sektors auf einem, im internationalen Vergleich, hohen Niveau (derzeit 35 Prozent des BRP) stattgefunden hat. Interviewpartner⁴⁶ wiesen immer wieder darauf hin, dass der Hauptfokus der Transformation darin bestand, die technologische Kernkompetenz der Unternehmungen herauszuschälen, über F&E Aktivitäten zu sichern und marktfähig zu machen. Diese Aussagen werden durch zwei auffällige, im österreichischen Kontext überdurchschnittlich ausgeprägte, Indikatoren gestützt: ein hoher Exportanteil industrieller Güter und eine hohe regionale Forschungsquote, die vor allem durch private industrielle Mittel erreicht wird.⁴⁷ In die Logik dieser Entwicklung passt auch die Herausbildung eines starken Sektors für industriennahe, technologische und wissenschaftliche Dienstleistungen, der offensichtlich entsprechende Impulse erhalten hat. Hier sind Start-Ups und Spin-Offs

⁴⁵ Dazu BUTSCHEK (wie in Anm. 14)

⁴⁶ Siehe dazu auch den Artikel von Walter M. Iber und Thomas Krautzer im vorliegenden Band.

⁴⁷ Laut StatA wurden seitens der öffentlichen Hand 2017 607 Mio. € investiert, von privater Hand 1.713 Mio. €. Zusammen ergeben die 2.320 Mio. €, gemessen am BRP, eine Forschungsquote von 4,9 %.

genauso zu nennen wie etablierte Einheiten aber auch kooperative Forschungszentren mit öffentlicher Unterstützung (COMET-Zentren), die sich in der Steiermark besonders gut entwickeln konnten.⁴⁸

Der Autor möchte an dieser Stelle dem Institut POLICIES des Joanneum Research und hier wiederum insbesondere der Forschungsgruppe „Regionalökonomie und Strukturpolitik“ unter der Leitung von MMag. Eric Kirschner danken, ohne deren Unterstützung etliche zentrale Datengrundlagen des Artikels nicht darstellbar gewesen wären.

⁴⁸ Eine detaillierte Zusammenstellung über Idee, Umsetzung und Investitionen in diese Zentren findet sich unter: <https://www.ffg.at/comet> sowie <https://www.sfg.at/foerderungen/comet/>, 20.9.2020, MS Edge.

Die wirtschaftliche Entwicklung Trentino-Südtirols: Eine Erfolgsstory. Und nun?

Andrea Bonoldi

Ausgangspunkt dieses Beitrages ist die Frage, wie es eine alpine, ländliche Region – Trentino-Südtirol – im Übergang zwischen zwei Kulturräumen mit einer ereignisreichen politischen Geschichte geschafft hat, ökonomisch erfolgreich zu sein und einen hohen Grad an Wohlstand zu erreichen.¹ Es geht aber auch um die Risiken, die diesen Erfolg heute in Frage stellen könnten, und es geht um die Rolle der Industrie im Kontext dieser Wirtschaftsdynamiken.

Der derzeitige Stand: eine entwickelte Wirtschaft, eine hohe Wertschöpfung

Beginnen wir mit dem ersten Schritt und geben einen Einblick in die aktuelle ökonomische Lage der Region, indem wir das Augenmerk auf die Charakteristiken der wirtschaftliche Grundstruktur legen (Tabelle 1).²

¹ Einen guten Überblick gibt LEONARDI A.: Von der Vorherrschaft des primären zum Vormarsch des tertiären Sektors. In: LEONARDI A. (Hg.): Die Region Trentino-Südtirol im 20. Jahrhundert, Bd. 2: Wirtschaft. Die Wege der Entwicklung. Trento 2009, S. 7–56.

² Einen brauchbaren Überblick zur ökonomischen Situation in den beiden autonomen Provinzen Trient und Bozen liefert die Banca d'Italia in den regelmäßigen Berichten ihrer regionalen Filialen. Siehe zum Beispiel BANCA D'ITALIA: Die Wirtschaft der Autonomen Provinzen Trient und Bozen (= Die Wirtschaft der Regionen 4 / 2019), <https://www.bancaditalia.it/pubblicazioni/economie-regionali/2019/2019-0004-de/index.html>, 2.3.2020. Eine andere wichtige Quelle in Bezug auf die Daten und die Konjunkturberichte und zu einzelnen Themenbereichen stellen die Statistischen Ämter der zwei Provinzen dar (ASTAT, <https://astat.provincia.bz.it/de/default.asp>, 2.3.2020 und ISTAT, <http://www.statistica.provincia.tn.it/>, 2.3.2020) und die Forschungsämter der beiden Handelskammern (WIFO Institut für Wirtschaftsforschung, <https://www.wifo.bz.it/de/wirtschaftsforschung-suedtirol.html>, 2.3.2020 CAMERA DI COMMERCIO INDUSTRIA ARTIGIANATO E AGRICOLTURA DI TRENTO, <https://www.tn.camcom.it/content/studi-e-ricerche>, 2.3.2020.)

Tabelle 1: Struktur der Bruttowertschöpfung 2017 (Aufteilung in %)

	Landwirtschaft	Industrie	Dienstleistungen
Autonome Provinz Bozen	4,8	22,2	73,0
Autonome Provinz Trient	3,3	22,5	74,2
Italien	2,2	23,7	74,1
Steiermark	2,2	34,4	63,4
Österreich	1,3	28,6	70,1

Quelle: Istat, <http://dati.istat.it/Index.aspx?QueryId=11479>, Statistik Austria, 16.5.2020

Daraus geht deutlich hervor, dass der Einfluss der Landwirtschaft auf die Gesamtwertschöpfung vergleichsweise bedeutend ist, und dass die Industrie in Südtirol zwar im geringeren Ausmaß als in der Steiermark, aber dennoch immer noch eine wichtige Rolle spielt, denn auf sie fallen 22,2 Prozent des gesamten Mehrwertes, wobei dieser Anteil nur geringfügig niedriger ausfällt als der nationale italienische Durchschnitt. Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass das Baugewerbe in Südtirol innerhalb des Industriesektors mit circa 5,6 Prozent eine wichtige Rolle einnimmt und sich somit der Anteil des verarbeitenden Gewerbes, also der Industrie im eigentlichen Sinn, auf 16,6 Prozent reduziert. Der Fall des Trentino ist in vielerlei Hinsicht ähnlich, mit Ausnahme eines geringeren Gewichts der landwirtschaftlichen Wertschöpfung, das sich in einer größeren Bedeutung der Dienstleistungen widerspiegelt. Auf jeden Fall scheinen diese Daten, wenigstens zum Teil, ein weitverbreitetes Bild der Wirtschaftsentwicklung in dieser Region zu kontrastieren – geprägt von Bergbauernhöfen, Wein, Äpfeln und Tourismus –, in Wirklichkeit ist dieses Bild auch das Resultat einer ganz bestimmten Marketingstrategie und eines Konstruktionsprozesses regionaler Identität, der teilweise von der Politik gesteuert wird.³

³ Der Zusammenhang von Identität, Territorium, Wirtschaft und Politik in der jüngsten Vergangenheit in Südtirol bleibt ein großteils unerforschtes Thema. Wertvolle Hinweise finden sich in HEISS H.: Weckruf an die Regionalgeschichte. Kommentar zu Georg Grote „I bin a Südtiroler“. Kollektive Identität zwischen Nation und Region im 20. Jahrhundert. In: Geschichte und Region / Storia e Regione, Jg. 19 (2010), H. 2, S. 163–177. KREISEL W. / RUFFINI F.F. / REEH T. / PÖRTGE K.-H. (Hg.): Südtirol – Alto Adige.

Diese Aufteilung des Mehrwertes mit einem Tertiärsektor, der über 70 Prozent liegt, bildet eine Wirtschaftsstruktur ab, die ganz dem westlichen, postindustriellen Wirtschaftsmodell entspricht und seit circa einem Jahrzehnt ziemlich stabil ist.

Tabelle 2: Erwerbsbevölkerung nach Sektoren 1951–2011
(Aufteilung in %)

	Sektor	Jahr			
		1951	1971	1991	2011
Autonome Provinz Bozen	I	43	20	11	10
	II	23	31	26	21
	III	34	49	63	69
Autonome Provinz Trento	I	40	14	6	6
	II	33	43	33	26
	III	27	43	61	68

Quelle: Istat

Wenn wir uns nun der Aufteilung auf die verschiedenen Sektoren in Bezug auf die Beschäftigung zuwenden, wird unmittelbar klar, dass die aktuelle Situation aus einer radikalen Umwälzung in den Nachkriegsjahrzehnten hervorgeht (Tabelle 2). Noch 1951 war die Mehrzahl der Südtiroler Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt (43 Prozent). 1971 erreicht die Beschäftigung in der Industrie mit 31 Prozent ihren Höhepunkt, aber der Tertiärsektor hat sie bereits überholt. Die Dynamik ähnelt jener in den angrenzenden Ländern, auch wenn im Trentino und im Bundesland Tirol die Anzahl der in der Industrie Beschäftigten höher blieb.⁴

Eine Landschaft auf dem Prüfstand. Un paesaggio al banco di prova. Lana 2010. TOMMASINI D.: Geografia, paesaggio, identità e agriturismo in Alto Adige-Südtirol. Milano 2012, vor allem S. 170–192.

⁴ Siehe BONOLDI A.: A Farewell to Marginality. Development Paths in the Italian Alpine Provinces since World War II. In: BONOLDI A. / LEONARDI A. (eds.): Recovery and Development in the European periphery 1945–1960. Bologna / Berlin 2009, S. 129–161.

Stellen die Wertschöpfung und die Erwerbsbevölkerung durchaus eine aussagekräftige Datengrundlage zur Erfassung des Entwicklungsgrades und der sozioökonomischen Charakteristiken eines Territoriums dar, so ist das Pro-Kopf-Einkommen mit allen gebotenen Einschränkungen der primäre Syntheseindex der Wertschöpfungsfähigkeit einer Volkswirtschaft.⁵ Seit einiger Zeit sind das Trentino und Südtirol Teil des Territoriums, das als „Blue Banana“ bekannt ist. Der Begriff umschreibt jenen europäischen Raum, der von Norditalien aus die Alpen überquert, Süddeutschland und die Rheinländer inklusive der Beneluxländer umfasst und sich bis London, Manchester und Südirland hinzieht. Der Name ist von der Form und der Farbe abgeleitet, die dieser geographische Raum auf einigen Karten annimmt, zahlreiche Territorien waren auf den entsprechenden Darstellungen blau gefärbt.⁶ Obwohl sich die einzelnen Regionen dieses Raumes erheblich voneinander unterscheiden, tragen sie eine gemeinsame Charakteristik: Sie weisen eine relativ hohe Konzentration ökonomischer Aktivität mit hoher Wertschöpfung, hochentwickelten Infrastrukturen und einer hohen Bevölkerungsdichte auf, und wurden somit als „dorsale européenne“ bezeichnet. Obwohl das Modell objektive Grenzen aufweist – einige haben es vorgezogen, mit Verweis auf die Fruchtähnlichkeit für Europa von einer „Traube“⁷ zu sprechen –, bleibt die Tatsache bestehen, dass viele der wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren, die üblicherweise zur Klassifizierung eines Gebiets verwendet werden, in diesem Territorium durchschnittlich über dem europäischen Mittelwert liegen, so auch das Bruttoinlandsprodukt.

⁵ Zur begrenzten Nützlichkeit des BIP als Wert siehe unter anderem STIGLITZ J.E. / SEN A.K. / FITOUSSI J.-P.: *Mismeasuring Our Lives. Why GDP Doesn't Add Up*. New York 2010. Eine zum Teil andere Position nehmen ein: HASKEL J. / CORRADO C. / FOX K.J. / GOODRIDGE P. / HASKEL J. / JONA-LASINIO C. / SICHEL D. / WESTLAKE S.: *Improving GDP, Demolishing, Repointing or Extending*, 2017, abrufbar unter <http://global-perspectives.org.uk/indigo-prize/indigo-prize-winners-2017/>, 5.3.2020.

⁶ Siehe die Karte auf eurostat, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/GDP_at_regional_level#Regional_gross_domestic_product_28GDP.29, 5.3.2020.

⁷ FALUDI A.: *The 'Blue Banana' revisited*, Refereed Article No. 56, March 2015, *European Journal of Spatial Development*, <https://repository.tudelft.nl/islandora/object/uuid:55eb6254-d796-41fb-a578-beaf49377a02?collection=research>, 22.2.2020.

Tabelle 3: Rangordnung BIP pro Kopf, 2017 (EU-28 = 100, purchasing power standards; n = 325)

Rang	NUTS 2 Region	BIP	Rang	NUTS 2 Region	BIP
1	Inner London — West	583.61	26	Autonome Provinz Bozen/ Bolzano	139.12
2	Luxembourg	245.34	...		
3	Southern	216.43	28	Vorarlberg	136.85
4	Hamburg	195.09
5	Bruxelles/ Brussels	195.04	35	Tirol	130.79
6	Bratislavský kraj	175.50	
7	Praha	174.04	44	Oberösterreich	125.12
8	Oslo og Akershus	172.95
9	Ile-de-France	170.66	50	Lombardia	121.45
10	Oberbayern	169.30
11	Eastern and Midland	167.75	54	Valle d'Aosta/Vallée d'Aoste	117.89
12	Stockholm	165.57
...	57	Autonome Provinz Trient	116.75
17	Switzerland	155.87
...	64	Emilia-Romagna	114.01
22	Salzburg	145.64
23	Wien	145.60	71	Steiermark	110.51

Quelle: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/images/4/49/06_Economy_RYB_2019.xlsx, 05.03.2020

Wenn wir uns also auf das BIP beschränken (und zwar pro Kopf berechnet und indem wir die unterschiedliche Kaufkraft berücksichtigen), schneiden das Trentino und Südtirol eigentlich sehr gut ab: von den 325 von der Europäischen Union berücksichtigten Regionen (NUTS 2) ist die Autonome Provinz Bozen an 26. Stelle (geht man von einem Mittelwert von 100 aus, beläuft sich ihr BIP auf 139,12), Tirol nimmt Rang 35 mit einem Index von 130,79 ein und die Provinz Trient findet sich an 57. Stelle mit einem Index von 116,75. Auch die Steiermark befindet sich oberhalb des Durchschnitts, und zwar an 71. Stelle mit einem Index

von 110,51. Auf diese Weise kommt die Aufnahme in die „Blue Banana“-Region zustande und sie ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, dass die ersten Ränge vor allem von den großen europäischen Metropolen eingenommen werden.

Um das bisher gezeichnete Bild zu vervollständigen, sei darauf hingewiesen, dass das Trentino und Südtirol seit Jahren die niedrigste Arbeitslosenquote unter den italienischen Regionen aufweisen. Im Jahr 2019 lag die Arbeitslosenquote in der Autonomen Provinz Bozen bei 2,9 Prozent, in der Provinz Trient bei 5,0 Prozent, während Italien insgesamt die 10 Prozent-Marke erreichte.⁸

Von der Verspätung auf die Überholspur: das Catching-Up Trentino-Südtirols

Trotz allem ist der relative ökonomische Erfolg im Trentino und in Südtirol eine eher rezente Errungenschaft.⁹ In den 1950er-Jahren lag das in der Provinz Bozen und in der Provinz Trient erwirtschaftete Pro-Kopf-Einkommen unter dem nationalen Durchschnitt. In der Reihung der italienischen Provinzen nach Einkommen aus dem Jahr 1951 befindet sich Südtirol an 57. Stelle, das Trentino sogar auf Rang 67, und beide befanden sich somit auf dem Niveau vieler süditalienischer Provinzen (Tabelle 4). Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Wirtschaft in Trentino-Südtirol bis zum Zweiten Weltkrieg im Vergleich zur Bevölkerungsdichte weniger produzierte als der italienische Durchschnitt, und sehr viel weniger als das restliche Mittel- und Norditalien. Erst in den 1980er-Jahren konnte die Region ihren Aufholkurs (ihr *catching up*) vollenden und die mittel- und norditalienischen Provinzen dauerhaft übertrumpfen.

⁸ ISTAT – Eurostat-Daten.

⁹ LEONARDI (wie in Anm. 1). GOGLIO S.: *Economia regionale e sviluppo economico*. Milano 1987. BONOLDI A.: *Ritardo strutturale, crescita, declino. realtà e problemi dell'industria e della politica industriale trentina nel Novecento*. In: LEONARDI A. / POMBENI P. (Hg.): *Storia del Trentino VI. L'età contemporanea: il Novecento*. Bologna 2005, S. 455–486.

Tabelle 4: Rangordnung der Alpenprovinzen Italiens: pro Kopf Wertschöpfung 1951–2001 und 2016

	1951	2001	1951–2001	2016
Aosta	4.	7.	–3	9.
Sondrio	31.	38.	–7	38.
Bozen	57.	2.	+55	2.
Trient	67.	13.	+54	8.
Belluno	74.	20.	+54	16.

Quelle: Istituto Tagliacarne-Istat

Welche Ursachen gibt es für diese verspätete Entwicklung, und welche Dynamiken haben den Aufholkurs begünstigt? Wie in anderen regionalen Kontexten wurde auch in dieser Region die Modernisierung der Wirtschaft von endogenen und exogenen Faktoren bestimmt. Im Laufe des 19. Jahrhunderts tat sich der gesamte Alpenraum schwer, an den Entwicklungsprozessen der ersten industriellen Revolution anzuknüpfen. Die Schwierigkeit, die landwirtschaftliche Produktion anzukurbeln (eine wichtige Voraussetzung, um Arbeitskräfte für die Industrie freizusetzen und die Arbeitskosten niedrig zu halten), der Kohlemangel und schwache Infrastrukturen stellten zentrale Aspekte dar, die zu unterschiedlichen Entwicklungsgraden der Wirtschaft in den alpinen Regionen im Vergleich zu den angrenzenden voralpinen Regionen führten. In den darauffolgenden Jahrzehnten bis zum Ersten Weltkrieg lassen sich einige Anzeichen von Veränderung ausmachen: Auch dank des Ausbaus der Infrastrukturen wurde in einigen Gegenden der Tourismus stark gefördert, einige landwirtschaftliche Produkte konnten sich auf dem Markt behaupten, die Produktion von elektrischer Energie wurde angekurbelt.¹⁰

¹⁰ Zu den Alpen generell vgl. GUICHONNET P. / LICHTENBERGER E. / PROST-VANDERBROUCKE B.: *L'évolution contemporaine*. In: GUICHONNET P. (sous la dir. de) : *Histoire et Civilisation des Alpes*, II. Toulouse-Lausanne 1980, S. 249–323. Zu Südtirol und Trentino hingegen: PENZ H.: *Das Trentino als wirtschaftliche Krisenregion in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Ursachen und Entwicklungstendenzen*. In: BURMEISTER K.H. / ROLLINGER R. (Hg.): *Auswanderung aus dem Trentino – Einwanderung nach Vorarlberg. Die Geschichte einer Migrationsbewegung mit besonderer Berücksichtigung der Zeit von 1870/80 bis 1919*. Sigmaringen 1995, S. 127–150;

Kommen wir nun zur industriellen Produktion, zu unserem Hauptthema.

Die historische Entwicklung des Industriesektors in Trentino-Südtirol

Wenn wir uns die makroökonomischen Daten in Erinnerung rufen, die wir bereits gesehen haben, kann die Entwicklung des Industriesektors in Trentino-Südtirol auf einer in vier Phasen eingeteilten Kurve dargestellt werden.¹¹

1. Phase 1848–1925: Beginn und erstes Wachstum

In dieser Phase versuchten einige Unternehmen die schwierigen Bedingungen zu überwinden, die die Einführung des Fabriksystems hemmten.¹² Dazu zählten nicht nur objektive Grenzen bezüglich der Allokation von Produktionsfaktoren und der Position im Vergleich zu weiter entwickelten Märkten, sondern auch eine festverankerte kulturelle Abneigung gegen die Industrie vor allem in einigen Teilen der Region. Die Kritiker der Industrie befürchteten, dass diese den Charakter der Tiroler Gesellschaft

ALEXANDER H.: Grundlinien der Tiroler Wirtschaft und der Österreichischen Wirtschaftspolitik im 19. Jahrhundert. In: ALLEGRI M. (Hg.): Rovereto. Il Tirolo. L'Italia: Dall'invasione napoleonica alla Belle Époque. I (= Memorie della Accademia Roveretana Degli Agiati, CCLI Anno Accademico 2001, ser. II, vol. IV, t. I). Rovereto 2001, S. 169–199; LEONARDI A.: Dal declino della manifattura tradizionale al lento e contrastato affermarsi dell'industria. In: GARBARI M. / LEONARDI A. (Hg.): Storia del Trentino V. L'età contemporanea 1803–1918. Bologna 2003, S. 597–663.

¹¹ Zur Chronologie und zu den Modellen der Industrialisierung in den Alpen generell siehe beispielsweise RAFFESTIN C. / CRIVELLI R.: L'industria alpina dal XVIII al XX secolo. Sfide e adattamenti. In: MARTINENGO E. (Hg.): Le Alpi per l'Europa. una proposta politica. Economia, territorio e società – Istituzioni, politica e società. Milano 1988, S. 161–184; GEBHARD H.: Industrie im Alpenraum. Alpine Wirtschaftsentwicklung zwischen Aussenorientierung und endogenem Potential. Stuttgart 1990, S. 53–72; DALMASSO A.: Industries et territoires dans les Alpes, XIX^e-XX^e siècles. tentative de typologie. In: DAUMAS J.-C. / LAMARD P. / TISSOT L. (sous la dir. de) : Les territoires de l'industrie en Europe (1750–2000). Entreprises, régulations et trajectoires. Besançon 2007, S. 87–102, und zudem die Beiträge in: Des manufactures aux fabriques – Von der Manufaktur zur Fabrik. Histoire des Alpes – Storia delle Alpi – Geschichte der Alpen 20 (2015), S. 33–122.

¹² ALEXANDER H.: Die industrielle Entwicklung in Südtirol im 19. und 20. Jahrhundert. Wien / Bozen 2006, S. 9–37. DERS.: Der bescheidene industrielle Erbe des 19. Jahrhunderts. In: LEONARDI (wie in Anm. 1), S. 197–209; LEONARDI (wie in Anm. 10).

in sozialer, ökonomischer und sogar religiöser Hinsicht radikal verändern könnte. Diese Haltung sollte sich, wenn auch in unterschiedlichen Formen, sehr lange halten.¹³ Die Protagonisten dieser Phase waren mehrheitlich lokale Unternehmer, doch manche kamen auch von außen und gründeten hinsichtlich Größe und Beschäftigung bescheidene Betriebe, manche aber mit einer soliden Kapitalausstattung. Die vorherrschenden Tätigkeitsbereiche waren die traditionellen (u.a. Textilien, Lebensmittel und Tabakverarbeitung), wobei es einige bedeutsame Ausnahmen gab, etwa das Carbidwerk in Töll, welches das nahegelegene Elektrizitätswerk nutzte, um Karbid und Ferrosilicium herzustellen. Dieser Betrieb setzte seine Aktivität nach dem Krieg zwar nicht fort, er weist aber einige interessante Charakteristiken auf, darunter ein beträchtliches technologisches Niveau und eine gezielte Standortwahl auf der Basis von verfügbarer elektrischer Energie. Dieser Faktor sollte in der Nachkriegszeit eine wichtige Rolle für die regionale Industrie spielen.¹⁴

Seit Ende des 19. Jahrhunderts schälte sich in der Region ein spezifisches Entwicklungsmodell heraus, in dessen Rahmen der Marktdruck von einem engmaschigen Netz sozialer Beziehungen abgefedert wurde, wobei die öffentlichen Einrichtungen (mit unterschiedlicher Bedeutung in den nachfolgenden Jahrzehnten namentlich der Staat, die Gemeinden, die Region und die Provinz) eine bedeutende Rolle spielten, aber auch Institutionen wie die Handelskammer und die Sparkassen, das Genossenschaftswesen und gegen Ende des 20. Jahrhunderts auch die Universität und andere Forschungseinrichtungen. Dadurch entstand ein Modell, das

¹³ Siehe beispielsweise BONOLDI A.: Eine Gefahr für Wasser und Seele. Der Widerstand gegen die Fabrik / *Acque e anime in pericolo. una polemica contro le fabbriche*. In: Fabriken und Burgen am Beginn einer neuen Zeit. Franz Anton von Kofler: Eine Bozner Persönlichkeit des 19. Jahrhunderts / *Fabbriche, castelli e modernità*. Franz Anton von Kofler: un protagonista nella Bolzano dell'Ottocento. Bozen 2016, S. 63–71. Eine großangelegte Studie zu einer anderen alpinen Region: BELLEWALD W. / GUZZI-HEEB S. (Hg.): Ein industriefeindliches Volk? Fabriken und Arbeiter in den Walliser Bergen. Baden 2006.

¹⁴ BONOLDI A.: Energia e industria nell'area trentino-tirolese (1890–1945). In: BONOLDI A. / LEONARDI A. (Hg.): Energia e sviluppo in area alpina. secoli XIX–XX. Milano 2004, S. 217–240.

in unterschiedlicher Ausprägung bis heute charakteristisch für die Wirtschaftsentwicklung im Trentino und in Südtirol ist.¹⁵

2. Phase 1925–1960: Die Großunternehmen zwischen Gunstlage und politischen Einflüssen

Nach dem Ersten Weltkrieg und dem forcierten Anschluss der Region an Italien und den entsprechenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, begannen sich in den 1920er-Jahren Großunternehmen in der Region anzusiedeln, unterstützt von öffentlichen Förderungen durch Staat und Gemeinden und angezogen von der Verfügbarkeit von elektrischer Energie. Die Stromgewinnung leitete in Italien eine wichtige Wende im Industrialisierungsprozess ein, denn Italien war arm an Kohle und so siedelten sich Industrieunternehmen mit einem hohen Elektrizitätsbedarf in Regionen an, wo neue Elektrizitätswerke gebaut wurden. Das traf zum Beispiel auf Montecatini zu, das wichtigste italienische Unternehmen im Bereich der chemischen Industrie, das bereits in den 1920er-Jahren in Sinich bei Meran eine Anlage zur Nitratproduktion errichtete, und dann in den 1930er-Jahren zwei Fabriken zur Aluminiumherstellung in Mori und in Bozen. Und auf die Falck, die Stahl in Lichtbogenöfen herstellte und, wie auch eine Magnesiumfabrik, in Bozen angesiedelt war.¹⁶ Es handelte sich um sehr große Anlagen mit hoher Beschäftigung, die die Arbeitsweise von großen Unternehmen mit hoher Kapitalintensität in die regionale Wirtschaft einführten.

¹⁵ BONOLDI A.: Wirtschaft und Institutionen. Eine soziale und politisch-administrative Konstruktion des Marktes? In: LEONARDI (wie in Anm. 1), S. 59–89.

¹⁶ VISENTIN M.: La grande industria in Alto Adige tra le due guerre mondiali. Trento 2004. Bereits bezüglich der Anlage in Sinich war jedoch klar, dass die Gründe für die Standortwahl auch eindeutig politischer Natur waren und mit den Italianisierungsprogrammen Südtirols zusammenhingen. In einem Brief an Mussolini schrieb der Präfekt von Trient im September 1925: „[...] alle Arbeiter, etwa 300 werden Italiener sein [...]. Alle Gebäude, Betriebe und Geschäfte, die möglicherweise an diesem Ort entstehen, werden niemand anderem als den Italienern nach Rasse und Blut gehören“. Zitat in BONOLDI A.: Energia, industria e politica nazionale. l'economia dell'Alto Adige tra le due guerre. In: BONOLDI A. / OBERMAIR H. (Hg.): Tra Roma e Bolzano: nazione e provincia nel ventennio fascista / Zwischen Rom und Bozen. Staat und Provinz im italienischen Faschismus. Bolzano / Bozen 2006, S. 43–55, hier S. 48.

1935 legte die Gemeinde Bozen einen Bebauungsplan für die Zone „Am Grutzen“ fest. Damit einher ging eine Reihe von normativen Bestimmungen der nationalen Regierung zur Unterstützung von Unternehmen, die dort neue Produktionsanlagen errichteten. Die Beschäftigungsrate in der Bozner Industriezone stieg von null auf 3000 im Jahr 1939 und 6500 im Jahr 1942 an. In der Nachkriegszeit stieg die Zahl der Beschäftigten, die im Jahr 1946 vorübergehend auf etwa 5000 gesunken war, wieder auf 6000 im Jahr 1956 an, bis sie schließlich 1970 die Zahl von 8000 erreichte.¹⁷ Die Besonderheit des Gesetzes über die Industrialisierung Bozens im Vergleich zu anderen Maßnahmen der faschistischen Industriepolitik war, dass eines seiner grundlegenden Ziele die Italienisierung Südtirols war: 1936 wurde ausdrücklich betont, dass „die verstärkte Anstellung von reichsitalienischen und nicht fremdstämmigen Arbeitskräften“ als wichtigste Vergaberichtlinie zu betrachten sei. Auf den Punkt gebracht: Die Industrialisierung der Südtiroler Hauptstadt war nicht nur aus Gründen der Ressourcenverfügbarkeit und aus industriepolitischen Erwägungen erfolgt, sondern auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen zur Unterstützung der demografischen Kolonisierung der neuen Provinz.¹⁸ Und unter diesen Vorzeichen wurde sie auch im nationalsozialistischen Deutschland mit Sorge zur Kenntnis genommen.¹⁹ Es verwundert daher nicht, dass eine solche Entwicklungsdynamik die negative Einstellung zur Industrie gefördert hat, die in großen Teilen der Südtiroler Gesellschaft bereits vorher verankert war.

¹⁷ BONOLDI A. / PETRI R.: Zwischen Rückstand und Integration: die wechselhafte Identität der Industrie. In: LEONARDI (wie in Anm. 1), S. 211–234, hier S. 223 und 226. ALEXANDER (wie in Anm. 12), S. 44–55.

¹⁸ Ebd., S. 17; PETRI R.: *La frontiera industriale. Territorio, grande industria e leggi speciali prima della Cassa per il Mezzogiorno*. Milano 1990, S. 19–35 und 298–304.

¹⁹ „Aus dem Gesagten wird klar, daß dem Dekret von 1934 und der Entwicklung der Industriezone vorerst um Bozen schicksalhafte Bedeutung nicht nur für das Südtiroler Deutschum, sondern für das Gesamtvolk und seinen geschlossenen Siedlungsraum zukommt. Eine Heranführung geschlossenen italienischen Volkstums an die Grenzen Oesterreichs, ein Überfließen italienischen Geistes und italienisch-politischer Zielsetzung [...] von diesen neugewonnenen Standorten aus über die gegenwärtigen Grenzen würde bedeuten, daß die wichtigsten Verkehrsadern der Alpen, die bisher in der einheitlichen Verkehrsorganisation des deutschen Volkes lagen, in die Hand und Kontrolle des italienischen Staates hinüberwechseln“. SCHILDHOF R. Die Industriezone um Bozen. In: *Deutsche Arbeit*, 37 (1937), S. 151–157.

3. Phase 1960–1980: Industriepolitik und Autonomie: neue Unternehmen und Dezentralisierung

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Industrie in Südtirol mit zwei Grundfragen befasst, eine bezieht sich auf technisch-ökonomische Aspekte, die andere auf politische. In Bezug auf die erste Frage hat zwar die Anziehungskraft der Elektrizitätszufuhr nicht abgenommen, aber im Vergleich zur Vorkriegszeit haben sich die Marktbedingungen radikal verändert. In einem generellen Kontext des Rückgangs des internationalen Handels in den 1930er-Jahren machten Produktionen als Importsubstitution mit Blick auf einigermaßen autarke Märkte Sinn. Das war in den Nachkriegsjahren nicht mehr der Fall, und so gerieten einige Produktionsbetriebe, etwa jener für Nitrate und später andere, zunehmend unter Druck.²⁰

In politischer Hinsicht betrachteten die Vertreter der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols die große Industrie grundsätzlich nach wie vor als Mittel zur Italienisierung des Territoriums und lehnten sie somit ab: Vor dem Hintergrund der vergangenen Ereignisse waren in Südtirol Antiindustrialismus und ethnische Bewahrung der deutschen Sprachgruppe noch weitgehend deckungsgleich.²¹ Und auch im Trentino, wo es eigentlich keine ethnischen Spannungen gab, fehlte es nicht an Ablehnung der Industrie, mit dem Argument, diese führe zu gefährlichen politischen und sozialen Umwälzungen.²²

²⁰ ALEXANDER (wie in Anm. 12), S. 56–60. BONOLDI A.: Tra ritardo e sviluppo. aspetti dell'economia del Trentino – Alto Adige nel secondo dopoguerra. In: BONOLDI A. / LEONARDI A. (Hg.): La rinascita economica dell'Europa. Il piano Marshall e l'area alpina. Milano 2006, S. 195–220.

²¹ PIXNER A.: Industrie in Südtirol. Standorte und Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg (= Innsbrucker Geographische Studien 9). Innsbruck 1983, hier S. 36. Zur Argumentationsweise und typischen Tonlagen in der zeitgenössischen Debatte siehe STEINEGGER V.: Die Bozner Industriezone. Bedrohung einer deutschen Stadt. In: SÜDTIROLER KULTURINSTITUT (Hg.): Die Brennerstrasse. Deutscher Schicksalsweg von Innsbruck nach Bozen (= Jahrbuch des Südtiroler Kulturinstitutes, Band I). Bozen 1961, S. 347–357, und andererseits BATTISTI C. / VACANTE S. / CAJOLI R.: Alto Adige. Realtà e problemi. Bologna 1961, hier S. 56ff.

²² VADAGNINI A.: Gli anni della lotta. guerra, resistenza, autonomia (1940–1948) (= Storia del Trentino contemporaneo. Dall'annessione all'autonomia II). Trient 1978, S. 299–328.

Exkurs: Der institutionelle Rahmen und die Entwicklung einer territorialen Industriepolitik

Die Übergangsjahre zwischen den 1950er- und den 1960er-Jahren waren in vielerlei Hinsicht entscheidend für die Südtiroler und Trentiner Gesellschaft.²³ In politisch-institutioneller Hinsicht machten sich jene Spannungen Luft, die sich aufgrund der unausgeglichene Lösung zum Schutz der deutschsprachigen Minderheit in Folge des Pariser Friedensabkommens von 1946 und des Ersten Autonomiestatus 1948 angestaut hatten. Es waren sehr schwierige Jahre für Südtirol, die von mehreren Terrorakten gekennzeichnet waren. Schlussendlich wurde jedoch ein neues institutionelles Gleichgewicht erreicht, das durch das neue Autonomiestatut von 1972 besiegelt wurde. Damit wurde ein wichtiger Teil der Zuständigkeiten von der Region auf die beiden autonomen Provinzen Trient und Bozen übertragen und somit der Südtiroler Bevölkerung mehr Selbstverwaltungsmöglichkeit eingeräumt.²⁴

Auf makroökonomischer Ebene begründete die Einrichtung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von 1957 eine Zeit stärkerer Integration von einigen der wichtigsten Volkswirtschaften des Kontinents. Dies war ein einschneidendes Ereignis, das den Alpenregionen einerseits ein großes Wachstumspotenzial bot, sie aber andererseits auch in einem Wettbewerbsumfeld auf die Probe stellte, das einige traditionelle Produktionszweige ins Abseits zu drängen drohte. Die besondere Lage der Berg-

²³ Zur politischen Geschichte der Region im 20. Jahrhundert vgl. FERRANDI G. / PALLAVER G. (Hg.): Die Region Trentino-Südtirol im 20. Jahrhundert, Bd. 1: Politik und Institutionen. Trento 2007.

²⁴ Das bestdokumentierte Werk zu Südtirol in dieser Zeit ist zweifelsohne STEININGER R.: Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969, 3 Bände, (= Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs / Pubblicazioni dell'Archivio della Provincia di Bolzano 6-8). Bozen 1999. Zur historiographischen Debatte zu diesem Themenkomplex siehe die Beiträge von Steininger und von Leopold Steuerer, Carlo Romeo und Hans Karl Peterlini. In: Geschichte und Region / Storia e Regione, Jg. 20 (2011), H. 1, S. 97–154. Zur politischen Geschichte des Trentino in jener Zeit: CANAVERO A. / CACCIALUPI R.: La riconquista dell'identità (1948–1972). In: LEONARDI A. / POMBENI P. (Hg.): Storia del Trentino VI. L'età contemporanea. il Novecento. Bologna 2005, S. 164–197. Vgl. zudem PALLAVER G. / BERNARDINI G. (Hg.): Dialogue against Violence. The Question of Trentino-South Tyrol in the International Context. Bologna / Berlin 2017.

landwirtschaft zum Beispiel, mit ihren offensichtlichen Nachteilen in Bezug auf Zugänglichkeit und Produktionskosten, brachte zwangsläufig eine Reihe von Bereichen in Schwierigkeiten, die sich in den vergangenen Jahrzehnten konsolidiert hatten.²⁵ Hinzu kamen die Auswirkungen der „Wirtschaftswunder“, die die kontinentalen Volkswirtschaften, insbesondere die italienische und die deutsche, in noch nie dagewesenem Ausmaß wachsen ließen. Diese Entwicklung schlug sich zweifellos in einer erhöhten Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen nieder, die Südtirol und dem Trentino einen gewissen Wettbewerbsvorteil verschaffte – von landwirtschaftlichen Qualitätsprodukten wie Äpfeln und Wein bis hin zum Tourismus –, machte aber auch deutlich, dass das Gesamtwachstum der lokalen Wirtschaft deutlich unter dem Norditaliens und eines großen Teils Deutschlands lag. Auf den Punkt gebracht: Es wurde deutlich, dass die regionale Wirtschaftsentwicklung verglichen mit anderswo entfaltetem Dynamiken zurückblieb.²⁶

Was waren die Ursachen für diesen Rückstand? Es gab zweifellos objektive Gründe, die mit der komplexen orografischen Beschaffenheit des Territoriums, mit seiner Ausstattung an Produktionsfaktoren und Infrastrukturen und mit seiner Lage im Vergleich zu den wichtigsten Zentren der industriellen Entwicklung zusammenhingen. Die Führungsschicht vor Ort hat in der Nachkriegszeit jenen Sektor augenscheinlich nicht gefördert, der hinsichtlich Wertschöpfung und Fähigkeit, selbsttragende Wachstumsprozesse anzukurbeln, in diesen Jahren ausschlaggebend für das Wirtschaftswachstum war, nämlich die Industrie. Es soll hier nicht die Fähigkeit der politischen Institutionen, vor allem der regionalen, überschätzt werden, die Wirtschaftsentwicklung und die Marktdynamiken tiefgreifend zu beeinflussen. Aber nicht selten spiegeln die von den Regierungsbehörden vertretenen Ausrichtungen auch ein weit verbreitetes Gefühl in der öffentlichen Meinung oder zumindest der politisch am

²⁵ Siehe dazu RIEDER M.: Von Wandlungen von Territorialität. Transnationalisierung im Alpenwirtschaftsraum seit der EWG. In: *Geschichte und Region / Storia e Regione*, Jg. 16 (2007), H. 2, S. 147–179.

²⁶ Generell dazu LEONARDI (wie in Anm. 1).

stärksten vertretenen Gruppen wider und sind daher auch Ausdruck der mehr oder weniger ausgeprägten Neigung einer Gesellschaft, ein bestimmtes Modell von Wirtschaftsentwicklung zu teilen. Dies gilt umso mehr für Territorien wie Südtirol und Trentino, wo die Behörden von Region und Provinz über weitreichende Kompetenzen verfügen, und wo es seit langem einen starken Wahlkonsens zugunsten einer einzigen politischen Kraft gab (die Südtiroler Volkspartei in Südtirol, die *Democrazia Cristiana* im Trentino).²⁷ Nach dem Gruber-De-Gasperi-Abkommen, das sich in den größeren Rahmen der Friedensverträge einfügt, erhielt die Autonome Region Trentino-Südtirol seit 1948 vom Staat eine Reihe von Gesetzgebungsbefugnissen zugesprochen, und die Möglichkeit, einen wesentlichen Teil des auf dem Gebiet erwirtschafteten Steueraufkommens direkt zu verwalten.²⁸ Mit diesem Modell hob sich Trentino und Südtirol zusammen mit den übrigen Regionen mit Sonderautonomien (Aostatal, Friaul-Julisch-Venetien, Sardinien und Sizilien) klar von der institutionellen Struktur des übrigen Italien ab, die stark zentralistisch ausgerichtet war. Der Staat gewährte den Sonderautonomien verschiedene Befugnisse, wobei die Entscheidungen auf der Basis von komplexen politischen und ökonomischen Erwägungen erfolgte. Der Region wurden primäre Zuständigkeiten in Bereichen zugewiesen, die in gewisser Weise einem traditionellen Bild der alpinen Wirtschaft entsprachen, wie Landwirtschaft, Handwerk, Tourismus, Steinbrüche und Torfmoore usw., wäh-

²⁷ Vgl. PICCOLI P. / VADAGNINI A.: *La Democrazia Cristiana in Trentino (1945–1994). un partito di popolo, di governo e di potere.* Trento 2014; BRUNAZZO M. / FABBRINI S.: *La geografia elettorale: l'egemonia democristiana.* In: LEONARDI A. / POMBENI P. (Hg.): *Storia del Trentino VI. L'età contemporanea. il Novecento.* Bologna 2005, S. 255–280; PALLAVER G.: *Die Südtiroler Volkspartei.* In: FERRANDI / PALLAVER (wie in Anm. 23), S. 631–657 und PALLAVER G.: *The Südtiroler Volkspartei: Success through conflict, failure through consensus.* In: MAZZOLENI O. / MUELLER S. (Hg.): *Regionalist Parties in Western Europe. Dimensions of Success.* London / New York 2017, S. 107–134. Siehe die empirische Analyse zu einigen Aspekten des Zusammenhangs zwischen traditionellen sozio-ökonomischen Strukturen und politischer Partizipation in Südtirol BONOLDI A. / DALLE NOGARE C. / MOSLER M. / POTRAFKE N.: *Do inheritance rules affect voter turnout? Evidence from an Alpine region.* In: *Constitutional Political Economy* Jg. 31 (2020), H. 4, S. 395–445.

²⁸ Überblickmäßig vgl. PETERLINI O.: *Autonomie und Minderheitenschutz in Trentino-Südtirol. Überblick über Geschichte, Recht und Politik.* Wien 1997.

rend im Gegensatz zu anderen Regionen mit Sonderstatut Trentino-Südtirol nur sekundäre Zuständigkeiten für die Industrie und ihre Finanzierung sowie die öffentliche Wasserversorgung – und damit die Wasserkrafterzeugung – erhielt; Sektoren, die offensichtlich von großem nationalen Interesse waren.²⁹ In der Praxis wurde die regionale Politik einerseits durch die Langsamkeit, mit der die Zuteilung von finanziellen Mitteln durch den Staat erfolgte, und andererseits durch die tiefgreifenden politischen Gegensätze, die mit der Forderung nach einer größeren Autonomie für Südtirol verbunden waren und die schwerwiegende Auswirkungen auf das Funktionieren der regionalen Institutionen hatten, behindert. Auf jeden Fall zeigt eine Analyse der regionalen Bilanzen im Zeitraum 1949–1960, dass der Großteil der Mittel zur Förderung der Wirtschaftstätigkeit auf den land- und forstwirtschaftlichen Sektor entfiel, rund 25 Prozent des Gesamtbudgets verglichen mit 5,5 Prozent für den Tourismus und 1,9 Prozent für Industrie, Handel und Verkehr.³⁰ Diese Aufteilung zeugt von der bewussten Entscheidung, eine traditionelle sozioökonomische Struktur zu unterstützen, die sich auf Landwirtschaft und Dienstleistung stützte. Um ein Gesamtbild der öffentlichen Intervention zu erhalten, müssten aber auch die Förderungen für die Industrie in Betracht gezogen werden, die in staatlicher Kompetenz lagen und noch nicht angemessen rekonstruiert worden sind.

Zu Beginn der 1960er-Jahre begann sich das Bild jedoch deutlich zu ändern. Auf der politischen Ebene entwickelte sich – allmählich und unter Schwierigkeiten – eine Form der Koexistenz zwischen den beiden Provinzen innerhalb der Region. Und auch die Richtlinien in Sachen Wirtschaftsförderung begannen sich zu ändern. In diesem Zeitraum spürten das heimische Unternehmertum und ein Teil der Politiker deutscher Sprache das Bedürfnis, der vorurteilsbehafteten antiindustriellen Feindseligkeit des politischen Establishments der Südtiroler Volkspartei, des Klerus und eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung ein Ende zu set-

²⁹ Autonomiestatut für die Region Trentino-Tiroler Etschland (Verfassungsgesetz vom 26. Februar 1948, n. 5), Art. 4–5.

³⁰ BONOLDI (wie in Anm. 15), S. 80–81.

zen. Während anderswo im Norden und Süden Einkommen, Produktion und Beschäftigung aufgrund des Ausbaus der Verarbeitungsindustrie rasant stiegen, erfolgte diese Entwicklung in Südtirol und im Trentino nur begrenzt, was eine verstärkte Abwanderung zur Folge hatte. Infolgedessen änderte die lokale Wirtschaftspolitik ihren Kurs und schenkte der industriellen Entwicklung vor Ort vermehrt Aufmerksamkeit.³¹ Im Anschluss an diesen Wandel und mit Hilfe neuer Erleichterungen, die mit weiteren Sondergesetzen verfügt wurden, begann in Südtirol eine Phase der neuen Industrialisierung, die vor allem durch die Ausbreitung der Tätigkeiten auf dem Land gekennzeichnet war. Die Richtungsänderung schlug sich zwischen 1959 und dem Inkrafttreten des zweiten Autonomiestatuts im Jahr 1972 im Bau von 84 neuen Industrieanlagen in Südtirol nieder, womit insgesamt 4906 Arbeitsplätze geschaffen wurden, 3170 davon in Unternehmen in ausländischer Hand. In Einklang mit der Idee der Verbreitung der Industrie in der Peripherie wurden die neuen Anlagen vor allem im unteren Pustertal, im Obervinschgau, im Etschtal südlich von Bozen und im unteren Eisacktal angesiedelt, wo sich bis 1971 auch 34 bedeutende Produktionseinheiten in ausländischem, vornehmlich deutschem Besitz niederließen.³²

Es handelt sich um ein Modell, das ähnlich auch im Trentino umgesetzt wurde und darauf ausgerichtet war, den Anstieg von Einkommen und Beschäftigung durch die Industrie mit dem Ziel in Einklang zu bringen, das sprachliche und soziale Gleichgewicht in der Region nicht ins Wanken zu bringen. Die dezentrale Ansiedlung von Fabriken in den Tälern sollte die anderswo in den alpinen Regionen zu beobachtende Abwanderung aus den Berggebieten einschränken. Dieses Ziel wurde teilweise durch Ausreizung der den beiden Provinzen eigenen normativen Möglichkeiten und der Nutzung der Kompetenzen im Bereich der Urbanistik verfolgt, um im wahrsten Sinne des Wortes eine Politik der territorialen Entwicklung voranzutreiben, die im Trentino mit dem „Piano urbanistico pro-

³¹ ALEXANDER (wie in Anm. 12), S. 61–63.

³² BONOLDI / PETRI (wie in Anm. 17), S. 226–227.

vinciale“ (Landesurbanistikplan) und in Südtirol mit dem Entwurf zum Raumordnungsplan, beide aus dem Jahr 1967, vorgegeben wurde.³³

4. Phase 1980 bis heute: Deindustrialisierung?

Die Krise der 1970er-Jahre traf vor allem die großen Unternehmen und wirkte sich daher nachhaltig auf die Bozner Industriezone aus, während die industrielle Beschäftigung in anderen Teilen Südtirols weiter zunahm. Die vier größten in Bozen tätigen Unternehmen (Lancia/Iveco, Stahlwerke, Alluminio Italia, Magnesio Spa) bauten zwischen 1972 und 1982 etwa 2000 Arbeitsplätze ab. Nur die Stahlwerke schafften es danach gegen den Trend vorzugehen, indem sie einen ehrgeizigen Innovationsplan umsetzten, der teilweise von der Provinz unterstützt wurde und auf qualitativ hochwertige Produkte setzte. Generell aber ging der Anteil der Industrie an der Gesamtbeschäftigung in der Gemeinde Bozen zwischen 1971 und 1981 von etwa einem Drittel auf 28,5 Prozent zurück.³⁴ Die Unternehmen der Industriezone hatten einen irreversiblen Transformationskurs eingeschlagen. Der Tertiärsektor besetzte zunehmend die Areale, die von den Industriebetrieben aufgegeben worden waren.³⁵

³³ Als Überblick KERSTING M.: Industrie und Industriepolitik in Südtirol (= Beiträge zur alpenländischen Wirtschafts- und Sozialforschung 165). Innsbruck 1973, S. 38; ZANON M.: Territorio, urbanistica, ambiente. l'organizzazione del paesaggio umano. In: LEONARDI A. / POMBENI P. (Hg.): Storia del Trentino VI. L'età contemporanea. il Novecento. Bologna 2005, S. 601–652, hier S. 639–643.

³⁴ Für einen Einblick in die Situation und die Perspektiven der Industrie in verschiedenen alpinen Regionen seit Anfang der 1980er-Jahre siehe GEBHARD (wie in Anm. 11), S. 156–252.

³⁵ BONOLDI / PETRI (wie in Anm. 17), S. 227–228. Zu den Problemen in Zusammenhang mit aufgelassenen Industriegebieten im Alpenraum vgl. MODICA M.: Aree industriali dismesse nelle Alpi. Una prima panoramica quantitativa e potenziali implicazioni per lo sviluppo regionale. In: Journal of Alpine Research / Revue de géographie alpine 107 (2019) 1, DOI:10.4000/rga.5298Q, <http://journals.openedition.org/rga/5298>, 20.03.2020.

Tabelle 5: Beschäftigte im Sekundärsektor in Südtirol (Absolut und %)

	1971	1981	1991	2001	2011
Absolut	47.060	48.388	50.041	56.844	53.394
%	30,6	27,11	26,3	26,4	21,5

Quelle: Astat

Wenn wir uns die auf die Provinz bezogenen Daten vor Augen führen (Tabelle 5), fällt auf, dass man zwar für die Stadt Bozen von Deindustrialisierung sprechen kann, die Frage auf Provinzebene aber viel nuancierter zu betrachten ist.³⁶ In auf die Beschäftigungszahlen bezogenen Prozentpunkten drückt sich das folgendermaßen aus: Der Sekundärsektor verzeichnet in den 1970er-Jahren einen erheblichen Rückgang von fast 3,5 Prozentpunkten, während er von 1981 bis 2001 konstant blieb. In absoluten Zahlen gab es in diesem Zeitraum sogar eine Steigerung der Beschäftigungszahlen um ca. 8500 Einheiten, die sich im Prozentsatz nicht niederschlägt, was auf die starke Zunahme des Tertiärsektor zurückgeht, wo die weibliche Beschäftigung eine wichtige Rolle spielte.

Die Aktivität der Großindustrie in Bozen hat also tatsächlich eine Reduzierung erfahren, aber die Beschäftigungszahlen in der regionalen Industrie haben sich anders entwickelt: Anstatt von einer Deindustrialisierung scheint es daher treffender, von einer Veränderung des Industrialisierungsmodells zu sprechen.³⁷

Tabelle 6: Verarbeitendes Gewerbe in Südtirol

Jahr	Betriebe	Beschäftigte	Besch. pro Betrieb
1971	3665	26.593	7,26
1981	4254	31.843	7,49
1991	4203	30.707	7,31
2001	4433	35.501	8,01
2011	3400	30.634	9,01
2016	3360	33.471	9,96

Quelle: Astat

³⁶ ALEXANDER (wie in Anm. 12), S. 61–63.

³⁷ Zu den 1990er-Jahren vgl. LECHNER O. / TAPPEINER G.: Struktur der Südtiroler Industrie. Bozen 1992.

Wenn man nur das Verarbeitende Gewerbe in den Blick nimmt, wird deutlich, dass die durchschnittliche Größe der Südtiroler Unternehmen eher gering ausfällt, d.h. dass die Kleinbetriebe und das Handwerk eine relativ große Rolle spielen. 1971 war die durchschnittliche Beschäftigtenzahl pro Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe 7,26, 2001 war der Durchschnittswert auf 8,01 gestiegen. Eine Umkehrung dieser Tendenz erfolgte allem Anschein nach hingegen zwischen 2001 und 2011, als die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe deutlich abnahm, und zwar um 6,5 Prozent der Beschäftigten (die absolute Zahl sanken auf 30.634) und zugleich eine Zunahme der Beschäftigten pro Unternehmen auf durchschnittlich neun zu beobachten war. Diese Zahlen sind geprägt vom Erhebungsjahr 2011, als die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise noch spürbar waren. Danach begannen die Beschäftigungszahlen im Verarbeitenden Gewerbe wieder zu steigen, und zwar sowohl absolut als auch prozentuell, was von einer erheblichen Lebendigkeit des Sektors zeugt.³⁸

Daher ist in Bozen trotz der Krise der Großindustrie eine gewisse Tendenz zur Erhöhung der Durchschnittsgröße der Unternehmen zu beobachten, die aber vergleichsweise klein bleibt.³⁹ Werfen wir nun einen Blick auf die ersten zehn Südtiroler Unternehmen nach Gesamtleistung (Tabelle 7).

Tabelle 7: Südtirols zehn Top Unternehmen (Gesamtleistung Euro; 2018)

Firmenbezeichnung	Gemeinde	Bereich	Gesamtleistung
ASPIAG SERVICE G.M.B.H	Bozen	Handel (Lebensmitteln)	1.999.971.754
ALPERIA A.G.	Bozen	Industrie (Energie: Erzeugung u. Versorgung)	1.270.904.000
SEETECH GLOBAL INDUSTRIES A.G. (LEITNER)	Bozen/Sterzing	Industrie (Seilbahnen, Schneekanonen usw.)	1.077.330.000

³⁸ Vgl. zur Analyse der Beschäftigung im Zeitraum 2006 bis 2015 WIFO: Arbeitsplatzdynamik in den Südtiroler Unternehmen (= Studie zur Südtiroler Wirtschaft 4.16). Bozen 2016.

³⁹ Zu einer kritischen Bestandsaufnahme der Unternehmensgrößen in Südtirol WIFO: Südtirol auf dem Weg in die Zukunft. Betriebsgröße. Bozen 2012.

Firmenbezeichnung	Gemeinde	Bereich	Gesamtleistung
ACCIAIERIE VALBRUNA A.G.	Bozen	Industrie (Stahlwerk)	953.078.765
FERCAM HOLDING G.M.B.H.	Bozen	Diensteleistungen (Logistik)	813.971.118
WÜRTH G.M.B.H.	Neumarkt	Handel (Befestigung- u. Montagetechnik)	519.434.292
AVIS BUDGET ITALIA A.G.	Bozen	Handel (Autovermietung)	456.012.252
AGBA A.G.	Bozen	Handel (Automobile)	423.734.590
GKN DRIVELINE BRUNECK A.G.	Bruneck	Industrie (Automotive)	303.286.447
IVECO DEFENCE VEHICLES A.G.	Bozen	Industrie (Militärfahrzeuge)	298.194.865

Quelle: WIFO Bozen

Es scheinen fünf Industriebetriebe auf, einer davon, der von der Provinz kontrollierte Alperia ist in der Stromproduktion und -verteilung aktiv; dann gibt es ein Unternehmen im Bereich der sogenannten *alpine technologies*, d.h. Aufstiegsanlagen, Schneepflüge und Schneekanonen, ein Stahlwerk und zwei Unternehmen, die im Bereich der Zulieferung für die Automobilindustrie tätig sind. Nur zwei, Alperia (als Landesbetrieb) und Seetech-Leitner, sind in lokalem Besitz. Und ganz generell geht es nicht um besonders hohe Umsätze.

Wenn wir uns die heutige Lage des Sekundärsektors in Südtirol ansehen und insbesondere jene des Verarbeitenden Gewerbes, fehlt es nicht an positiven Aspekten. Einerseits hat seit den 1960er-Jahren ein Erweiterungsprozess der verarbeitenden Gewerbeproduktion in der Region stattgefunden, der präventiv gegen die in anderen alpinen Gegenden auftretenden Abwanderungstendenzen von der Peripherie in die Zentren gewirkt hat. Das bedeutet nicht, dass es keine Gegenden mit sozialen Problemen gibt, wie zum Beispiel jene, wo historisch bedeutsame Gewerbebetriebe ihre Tore schlossen. Nichtsdestotrotz, die Zahlen zur jüngsten Entwicklung zeigen, dass die Südtiroler Industrie imstande ist, eine relativ hohe Beschäftigungszahl beizubehalten und weiterhin eine bedeutende Wert-

schöpfung zu erzielen. Zudem legt sie in den Krisenzeiten eine gewisse Resilienz an den Tag.

Das ist auch einem regen lokalen Markt zu verdanken, der von einem hohen Einkommensniveau gestützt wird, weiters den Beziehungen zu Exportländern (allen voran Deutschland), die eine konstant hohe Nachfrage beibehalten, und nicht zuletzt der Bereitschaft vor Ort, Unternehmen auf mehreren Ebenen zu unterstützen.⁴⁰ Ein erster zu berücksichtigender Aspekt ist zweifellos jener der finanziellen Anreize. Dank einer im Vergleich zum übrigen Italien besonders günstigen Situation hinsichtlich der öffentlichen Haushalte⁴¹ konnten sowohl die Autonome Provinz Bozen als auch die Provinz Trient eine Vielzahl von direkten und indirekten Anreizen zur Unterstützung der Unternehmen umsetzen, die zur regionalen Wirtschaftsentwicklung erheblich beigetragen haben.⁴² Aber neben Interventionen rein finanzieller Art werden eine Reihe von Informationsdiensten und Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen angeboten, sowohl von der Autonomen Provinz als auch von der Handelskammer. Gerade 2016 sind die Dienste zur Unterstützung der bestehenden Unternehmen und der Förderung von Neuansiedlungen in Südtirol der beiden Institutionen in

⁴⁰ Vgl. zur Analyse der Stärken und Schwächen der Südtiroler Wirtschaft auf der Grundlage der Ziele von Horizon 2020 ASTAT: Die Südtiroler Wirtschaft / Rapporto sull'economia dell'Alto Adige (= ASTAT Schriftenreihe / collana 213). Bozen 2013; vgl. zur Perspektive der Unternehmer LECHNER O. / PARTACINI L.: Wirtschaftsstandort Südtirol. Bozen 2008.

⁴¹ Bis Mitte der 2000er-Jahre genoss sowohl die Autonome Provinz Bozen als auch jene von Trient eine relative Gunstposition im Vergleich zu den anderen italienischen Regionen, die es ihnen erlaubt hat, das Mittel der öffentlichen Ausgaben umfassend einzusetzen. Vgl. BENEDIKTER T.: Südtirol – ein subventioniertes Land. Studie im Auftrag des Südtiroler Arbeitsförderungsinstitutes. Bozen 2009. Teilweise verschiedene Einschätzungen werden vertreten in LUN G. / LECHNER O.: Öffentliche Einnahmen und Ausgaben in Südtirol. Jahre 1996–2007. Bozen 2009; vgl. die allgemeine Analyse mit Berücksichtigung des Trentino vgl. CERA G.: Le autonomie speciali: le vicende e i possibili sviluppi dell'altro regionalismo. Milano 2014.

⁴² LECHNER / PARTACINI (wie in Anm. 40), S. 67–68. Nicht immer hatten diese Ausschüttungen positive Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen: vgl. zum Trentiner Fall GABRIELE R. / ZAMARIAN M. / ZANINOTTO E.: Gli effetti degli incentivi pubblici agli investimenti industriali sui risultati d'impresa. Il caso del Trentino. In: *L'industria*, 28 (2007), 2, S. 165–180.

einer einzigen Einrichtung zusammengelegt worden, im IDM (Innovation, Development, Marketing). Das IDM in Südtirol hat eine Finanzausstattung um die 40 Millionen Euro jährlich⁴³ und wird flankiert von einer der Innovation gewidmeten Einrichtung (das NOI Techpark – Nature of Innovation, auf Deutsch gelesen „Neu“, auf Italienisch „Wir“), die fast schon symbolisch an jenem Standort in der Bozner Industriezone eingerichtet wurde, wo während des Faschismus die Aluminiumfabrik stand.⁴⁴

Gestrige Erfolge, heutiger Wohlstand, zukünftige Risiken

Fasst man die wichtigsten Faktoren zusammen, die es Südtirol (und dem Trentino) ermöglicht haben, insbesondere seit den 1960er-Jahren aus einer Situation der wirtschaftlichen Marginalität herauszukommen und hohe Wohlstandsstandards zu erreichen, müssen verschiedene Aspekte berücksichtigt werden. Die geographische Lage spielt eine gewisse Rolle, da sich das Territorium zwischen den dynamischen Wirtschaftsräumen Norditaliens und Mitteleuropas befindet und von der wichtigsten transalpinen Kommunikations- und Transitroute durchquert wird. Darüber hinaus verfügt die Region, trotz komplexer Orographie, die die infrastrukturelle Modernisierungen erschwert hat, über zentrale natürliche Ressourcen, die eine bedeutende Energieproduktion – heute weitgehend in lokaler öffentlicher Hand – ermöglichen und einen Anziehungsfaktor für den Tourismus darstellen. Hinzu kommt die politische Dimension mit der besonderen Autonomie, die Südtirol und dem Trentino nicht nur in weitaus größerem Umfang als anderen italienischen Gebieten eigene finanzielle Ressourcen verliehen hat, sondern auch umfangreiche Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnisse für die Institutionen der Provinzen geschaffen hat. Diese Ressourcen und Kompetenzen wurden im Allge-

⁴³ IDM. SÜDTIROL ALTO ADIGE, <https://www.idm-suedtirol.com/de/ueber-idm/taetigkeitsbericht/2017.html>, 25.3.2020.

⁴⁴ TECHNIKPARK SÜDTIROL / ALTO ADIGE, <https://noi.bz.it/de>, 25.03.2020. Eine Analyse der Wahrnehmung der Rolle des NOI vonseiten der lokalen Unternehmen bietet CAMPREGHER P. / PERKMANN U.: Wie erfolgreich ist Südtirols Innovationsförderung? Eine Evaluation der Förderansuchen der Unternehmen (= WIFO Bericht 2.19). Bozen 2019, S. 36–37.

meinen in ausgewogener Weise genutzt, wobei Investitionen begünstigt und Unternehmen unterstützt wurden. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Südtiroler Gesellschaft heute zwar nicht gänzlich konfliktfrei ist, aber über ein hohes Maß an sozialem Kapital verfügt.⁴⁵ Die öffentliche Hand und die Charakteristiken des lokalen sozialen Kapitals haben zwar dazu beigetragen, die Wirtschaftsentwicklung zu fördern und wirkten ausgleichend,⁴⁶ eine entscheidende Rolle spielten aber auch exogene Faktoren. Der allgemeine Einkommenszuwachs nördlich und südlich der Alpen hat die Nachfrage nach Gütern und Diensten im Bereich der Landwirtschaft und des Tourismus angekurbelt, in denen das Trentino und Südtirol einen Wettbewerbsvorteil aufwiesen. Das sind Vorteile, die das Territorium aufgegriffen und vorteilhaft umgesetzt hat, auch dank des Ausbaus der Infrastrukturen, allen voran die Brennerautobahn, welche die Integration in den europäischen Wirtschaftsmarkt erheblich gefördert hat⁴⁷.

Es darf aber nicht vergessen werden, dass die Entwicklung hin zu Wirtschaftswachstum von bedeutsamen Niederlagen und Kosten begleitet war. Nicht alle Teile der Region waren homogen von den positiven Auswirkungen des Wachstums betroffen, es gibt Orte, die noch in jüngster Zeit unter wirtschaftlicher Unterentwicklung und Abwanderung leiden, ganz zu schweigen von den erheblichen Umweltbelastungen, die mit der Aktivität von einigen Industriebetrieben, dem Tourismus und dem Transportsektor einhergehen. Eine korrekte Analyse der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft der Region in der Nachkriegszeit kann und darf

⁴⁵ Obwohl die Diskussion über die Ausgestaltung und die Messbarkeit von sozialem Kapital noch offen ist, ist man sich im Allgemeinen einig, dass es ein bedeutender Faktor in Entwicklungsprozessen ist: Südtirol und das Trentino stehen an der Spitze der italienischen Rangliste, was das Vorhandensein von sozialem Kapital betrifft (SABATINI F.: *Il capitale sociale nelle regioni italiane: un'analisi comparata*. In: *Rivista di Politica Economica*, Jg. 99 (2009) H. 2, S. 167–220).

⁴⁶ Vgl. die Zusammenfassung der jüngsten wirtschaftspolitischen Aktionen der Provinz Bozen: LARCH M.: *Autonomie und Ökonomie. War die Selbstverwaltung ein Segen für die Wirtschaftsentwicklung? Möglich wär's*. In: *POLITIKA*, 12 (2012), S. 327–342 und BENEDIKTER T.: *40 Jahre autonome Wirtschaftspolitik*, <http://www.politis.it/download.php?file=135dextZNHwyR.pdf&name=40+Jahre+Wirtschaftspolitik>, 23.4.2020.

⁴⁷ LECHNER / PARTACINI (wie in Anm. 40), S. 88–89.

von diesen Aspekten nicht absehen und von weiteren, die auch heute in Südtirol und im Trentino eine Rolle spielen, in den präsentierten Datensätzen aber nicht aufscheinen und hier auch nicht aufgegriffen werden können.⁴⁸ Nichtsdestotrotz, wenn man die heutige Situation Trentino-Südtirols mit jener vor 60 Jahren vergleicht, oder wenn man es mit anderen Bergregionen in Beziehung setzt, ist die Bilanz allgemein gesprochen positiv. Den alten und neuen Trentinern und Südtirolern geht es heute viel besser als in den sogenannten „guten alten Zeiten“, und die positive Wirtschaftsentwicklung hat auch dazu beigetragen, das Konfliktpotential zwischen den Sprachgruppen zu lindern.⁴⁹

Allgemein gesprochen sind alle Ingredienzien für eine Erfolgsgeschichte vorhanden, die Lebensqualität in den beiden Provinzen ist hoch, und im öffentlichen Diskurs fehlen selbstgenügsame Töne ob des Erreichten nicht, sie sind in gewisser Weise auch gerechtfertigt.⁵⁰ Alles gut also? Nicht wirklich. Es gibt einige Faktoren, die besorgniserregend sind. Es zahlt sich aus, den von der Europäischen Union ausgearbeiteten „Regional Competitiveness Index“ (RCI) in den Blick zu nehmen, der die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit der Regionen misst.⁵¹ Für das Gesamtbild werden Einzelaspekte berücksichtigt wie die Innovationen, die Qualität von Institutionen und Infrastrukturen, die Forschungsförderung, die Offenheit der Märkte, der Ausgestaltungsgrad der Produktionstätig-

⁴⁸ Vgl. einige Ergebnisse in ATZ H. / HALLER M. / PALLAVER G. (Hg.): *Ethnische Differenzierung und soziale Schichtung in der Südtiroler Gesellschaft. Ergebnisse eines empirischen Forschungsprojekts* (= Ethnosoziologie/Social Anthropolgy, Bd. 1). Baden-Baden 2016.

⁴⁹ HALLER M.: *South Tyrol – an economic or political success story? An investigation of the factors contributing to the solution of an ethnic-national conflict*. In: VON HARTUNGEN C. / HEISS H. / PALLAVER G. / ROMEO C. / VERDOFER M. (Hg.): *Demokratie und Erinnerung. Südtirol – Österreich – Italien*. Innsbruck 2006, S. 131–154.

⁵⁰ LARCH (wie in Anm. 46), S. 328–329.

⁵¹ Vgl. die Beschreibung des Indexes bei ANNONI P. / DIJKSTRA L.: *Measuring and monitoring regional competitiveness in the European Union*. In: HUGGINS R. / THOMPSON P. (eds.): *Handbook of Regions and Competitiveness. Contemporary Theories and Perspectives on Economic Development*. Cheltenham / Northampton 2017, S. 49–79.

keit vor Ort usw. Interessant daran ist, dass – während das Pro-Kopf-Einkommen die heutige Situation abbildet –, der RCI-Index etwas über die Fähigkeit eines Gebietes aussagt, wie es auf lange Sicht gesehen die Herausforderungen einer zunehmend international vernetzten und hochkompetitiven Wirtschaft anzunehmen und zu meistern imstand ist.

Tabelle 8: Rangordnung Regional Competitiveness Index 2019
(EU28 = 0; n = 263)

Rang	Staat	Nuts 2 Region	RCI 2019
1	SE	Stockholm	1.08
2	UK	Inner London West & Inner London East...	1.06
3	NL	Utrecht	1.05
4	UK	Berkshire, Buckinghamshire and Oxfordshire	1.04
5	UK	Surrey, East and West Sussex	1.04
6	DK	Hovedstaden	1.02
7	LU	Luxembourg	0.93
8	DE	Oberbayern	0.92
9	NL	Flevoland & Noord-Holland	0.90
10	FI	Helsinki-Uusimaa	0.87
...			
29	AT	Wien & Niederösterreich	0.61
...			
82	AT	Steiermark	0.39
83	AT	Salzburg	0.38
...			
91	AT	Tirol	0.36
...			
146	IT	Lombardia	-0.07
...			
157	IT	Provincia Autonoma di Trento	-0.14
...			
176	IT	Autonome Provinz Bozen/Bolzano	-0.35

Quelle: https://ec.europa.eu/regional_policy/en/information/publications/working-papers/2019/the-european-regional-competitiveness-index-2019, 10.03.2020

Wo finden sich das Trentino und Südtirol in dieser Rangliste wieder? Leider an einer viel schlechteren Stelle als erwartet, respektive an 157. und an 176. Stelle bei einem Gesamtwert von 263 berücksichtigten Regionen – die Steiermark steht mit dem 82. Rang viel besser da. Insbesondere herrscht eine gewisse Besorgnis über eine Dimension vor, die heute als entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit von Regionen mit hoher Wertschöpfung gilt: die Innovationsfähigkeit. Einige der wichtigsten Indikatoren für die Innovation werden in einem anderen europäischen Index wie dem Regional Innovation Scoreboard (RIS) genauer erfasst, wobei Südtirol von den Regionen der Union auf Platz 159 und damit hinter vielen Regionen Mittel- und Norditaliens liegt, während das Trentino mit Platz 127 besser positioniert ist. Das ist nicht alles: Während das Trentino seine Bewertung von 2011 bis 2019 um 11 Prozent verbessern konnte, fiel der Index für Südtirol mit plus 3,1 Prozent viel geringer aus.⁵² Es stimmt natürlich, dass alle Ranglisten angezweifelt werden können, und jene, die verschiedene Indikatoren berücksichtigen, mit besonderer Vorsicht zu bewerten sind. Dieser Index ist zudem sehr stark vom nationalen Kontext geprägt, in den die Regionen eingebettet sind.⁵³ Trotzdem erscheint es legitim, einer gewissen Befürchtung Ausdruck zu verleihen: Zu diesem Zeitpunkt scheinen die zwei Provinzen nicht wirklich bestens gewappnet, um auch in Zukunft wirtschaftlich konkurrenzfähig zu sein, und das könnte den erreichten Wohlstand gefährden. Man kann jedoch nicht sagen, dass es den lokalen Führungskräften an Bewusstsein mangelt, wie wichtig es ist, ein funktionierendes regionales Innovationssystem zu schaffen, das effektvolle Synergien zwischen den lokalen Regierungsbehörden, den Unternehmen und der Forschungseinrichtungen

⁵² HOLLANDERS H. / ES-SADKI N. / MERKELBACH I.: Regional Innovation Scoreboard. Luxemburg 2019, S. 25, 84, 90.

⁵³ Vgl. zu den Risiken in Zusammenhang mit der Verwendung von zusammengesetzten Indizes, vor allem in Bezug auf die Messung der Innovation auf regionaler Ebene HAUSER C. / SILLER M. / SCHATZERT T. / WALDE J. / TAPPEINER G.: Measuring regional innovation. A critical inspection of the ability of single indicators to shape technological change. In: Technological Forecasting & Social Change, 129 (2018), S. 43–55.

schafft.⁵⁴ Diese nicht gerade schmeichelhaften Daten haben einerseits zur Förderung von Untersuchungen geführt, die auch Aspekte der Innovation zu erfassen versuchen, die in der lokalen Wirtschaft vorhanden sind, auch wenn sie im oben angeführten Zahlenmaterial keine Berücksichtigung finden und die Diskussion auf die totale Faktorproduktivität (TFP) ausweiten, die in Wirklichkeit sowohl in Südtirol als auch im Trentino recht hoch ist.⁵⁵ Andererseits wurde in den letzten Jahren viel getan, um die Innovation vor Ort zu fördern, sowohl durch finanzielle Anreize als auch durch die Bezuschussung von Forschungseinrichtungen.⁵⁶ Trotzdem wird die Verspätung in einigen entscheidenden Bereichen – etwa der universitären Forschung – weiterhin schwer wiegen, zeigen sich doch die Auswirkungen dieser Politik vor allem mittel- bis langfristig. Heute herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass Hochschulen und insbesondere Universitäten bedeutende Auswirkungen auf die Entwicklung und die Innovationsmöglichkeiten der entsprechenden Regionen haben.⁵⁷ Die verspätete Gründung einer Universität in Südtirol, der Freien Universität Bozen 1997, ist daher zweifellos einer der Faktoren, die bei der Beurteilung der relativen Schwäche des lokalen Innovationssystems zu berücksichtigen sind. Diese Verzögerung war darauf zurückzuführen, dass ein wichtiger Teil der deutschsprachigen Politik befürchtete, dass eine Uni-

⁵⁴ Vgl. die jüngste Analyse zum Regional Innovation System des Trentino cfr: LEW Y.K. / KHAN Z. / COZZIO S.: Gravitating toward the quadruple helix: international connections for the enhancement of a regional innovation system in Northeast Italy. In: *R&D Management*, 48 (2018), 1, S. 44–59. Einige Aspekte zu Problemen und Perspektiven der Innovationssysteme in Südtirol analysieren KOFLER I. / MARCHER A. / ANESI F. / PECHLANER H. / STREIFENEDER T.: Regionale Innovationsnetzwerke stärken / Rafforzare le reti d'innovazione regionali. Perspektiven für ein wettbewerbsfähiges Südtirol / Prospettive per un Alto Adige competitivo. Bolzano / Bozen 2018.

⁵⁵ Vgl. zum Beispiel SCHATZER T. / SILLER M.: Die vielen Gesichter der Wettbewerbsfähigkeit. Innovation und Produktivität in der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino (= WIFO Studie 1.19). Bozen 2019, S. 22–26; CAMPREGHER / PERKMANN (wie in Anm. 44).

⁵⁶ CAMPREGHER / PERKMANN (wie in Anm. 44), S. 13–18.

⁵⁷ Einen Überblick zum Thema bietet VARGA A. / ERDOS K. (eds.): *Handbook of Universities and Regional Development*. Cheltenham 2019; zu Italien REGINI M. / TRIGILIA C.: *Università e innovazione. Il contributo degli atenei italiani allo sviluppo regionale*. Bologna 2018.

versität in Bozen ein Trojanisches Pferd für die Italienisierung des Territoriums sein könnte, weshalb an der Idee der Landesuniversität Innsbruck festgehalten wurde.⁵⁸ Der wichtigen Öffnung für ein neues Wirtschaftsentwicklungsmodell für die Region in den 1960er-Jahren, welches, wie wir gesehen haben, der Industrie eine bedeutende Rolle zuschrieb, stand als augenscheinlicher Gegensatz die Beibehaltung starrer Positionen im Kultur- und Bildungsbereich gegenüber. Einige Daten als wichtige Indikatoren für die Entwicklungsprozess sind immer noch nicht ermutigend, wie z.B. die Höhe der Ausgaben für öffentliche und unternehmerische Forschung und Innovation oder der Prozentsatz der Bevölkerung mit Hochschulbildung.⁵⁹

Das Risiko hängt auch mit der Einschätzung der eigenen Position zusammen. In dieser Region wurde der Wohlstand im Kontext des Wirtschaftswunders in den Nachkriegsjahrzehnten erreicht, der ganz andere Charakteristiken aufweist, als die heutige Lage. Die letzten Generationen sind daher in einem privilegierten und geschützten Umfeld groß geworden. Man geht das Risiko ein, nicht wirklich zu verstehen, wie wichtig es ist, mehr als bisher in Innovation, Bildung, Ausbau der Infrastrukturen und Aufbau eines institutionellen Ambientes zur Förderung von konkurrenzfähiger und nachhaltiger Wirtschaftstätigkeit zu investieren. In der Vergangenheit, zum Beispiel in den 1960er-Jahren, fehlte es nicht an bahnbrechender Innovationsfreudigkeit, die den damaligen Status quo ins Wanken brachte. Heute sind solche Eingriffe schwieriger, weil das gesellschaftliche und politische System fragmentierter und instabiler ist, und für Politiker ist es mit Blick auf die Wählerstimmen nicht besonders ein-

⁵⁸ Zum schwierigen Prozess der Universitätsgründung in Bozen vgl. PETERLINI H.-K. (H.): *Universitas est. Essays zur Bildungsgeschichte in Tirol/Südtirol vom Mittelalter bis zur Freien Universität Bozen*. Bozen 2008. Das nahe gelegene Trentino hingegen, wo es keine Spannungen zwischen den Sprachgruppen gab, und das eine schwächere Wirtschaftsstruktur aufwies, integrierte die Universität mit Erfolg in ein Gesamtprojekt zur territorialen Entwicklung. Die Universität Trient wurde 1962 gegründet, und ab 1985 hatte sie sechs Fakultäten: Soziologie, Naturwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Jurisprudenz und Ingenieurwesen. Vgl. CAMBI F. / QUAGLIONI D. / RUTIGLIANO E. (a cura di): *L'Università a Trento 1962–2002*. Trento 2004.

⁵⁹ HOLLANDERS / ES-SADKI / MERKELBACH (wie in Anm. 52), S. 84.

träglich, Langzeitprojekte zu entwickeln.⁶⁰ Aber wenn das Trentino und Südtirol auch in Zukunft Teil der „Blue Banana“ bleiben wollen, muss die Herausforderung angenommen werden. In diesem Sinne kann der Industriesektor immer noch eine wichtige Rolle spielen, denn Äpfel, Wein und Tourismus sind wichtig, aber sie allein reichen sicher nicht aus, um ein qualitativ hochwertiges Wirtschaftswachstum zu garantieren. Wie wir gesehen haben, erscheint die Verwendung des Begriffs Deindustrialisierung für die Entwicklung in Südtirol und im Trentino nach den 1970er-Jahren unangebracht. Vielmehr kann man von einem Wandel des Industrialisierungsmodells sprechen, das, wenn in Zukunft noch mehr in Innovation und Internationalisierung investiert wird, einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des hohen Wohlstandsniveaus leisten kann, das die Region heute genießt.⁶¹

⁶⁰ Die Literatur zum Thema Political Business Cycles ist mittlerweile sehr umfangreich: Einen Überblick bietet DUBOIS E.: Political business cycles 40 years after Nordhaus. In: Public Choice, 166 (2016), S. 235–259.

⁶¹ „Die Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes für die Produktinnovationen korrigiert die Vermutung der letzten Jahrzehnte, dass die Zukunft einer Dienstleistungsgesellschaft gehört. Es zeigt sich immer stärker, dass jede Gesellschaft auch eine starke güterproduzierende Komponente braucht: Industriepolitik ist ein wichtiger Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit.“ SCHATZER / SILLER (wie in Anm. 55), S. 28. Ein positives Beispiel für die Innovationsfähigkeit und die Einbindung in internationale Wertschöpfungsketten ist der Automotive Sektor, der sich in jüngster Zeit in Südtirol weiter konsolidiert hat: NOGLER L.: Uno sguardo sui mercati del lavoro «a scavalco del Brennero»: la tipicità del modello sudtirolese. In: BARBIERI P. / NOGLER L. / SALOMONE R. / ZANINOTTO E. (Hg.): Mercati del lavoro e territori. I casi del Sudtirolo e del Trentino. Milano 2018, S. 19–75, hier S. 60–66; NOI TECHPARK SÜDTIROL / ALTO ADIGE: Automotive / Automation. Branchenüberblick Südtirol. Panoramica del settore Alto Adige 2019–2020. Bozen 2019.

Innovativ und digital statt Kohle und Stahl? Der Strukturwandel im Ruhrgebiet am Beispiel der Informations- technologien seit den 1960er-Jahren

Chris Andre Buchholz / Juliane Czierpka¹

1. Einleitung: Das Ruhrgebiet – Von Kohle und Stahl zum Hot-Spot für IT?

Als die renommierte Max-Planck-Gesellschaft 2018 der Stadt Bochum und der Ruhr-Universität Bochum den Zuschlag als Standort für das neue „Max-Planck-Institut (MPI) für Cybersicherheit und Schutz der Privatsphäre“ gab und die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) diesen Entschluss 2019 bestätigte, jubelte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet:

„Die Entscheidung für Bochum ist eine weitere Auszeichnung für die exzellente Forschungslandschaft in Nordrhein-Westfalen: Mit dem Horst-Görtz-Institut, den Universitäten Bochum und Dortmund, einer Vielzahl innovativer Unternehmen der IT-Branche und einer hochvitalen Start Up-Szene hat sich die Region zu einem renommierten Hotspot für IT-Sicherheit entwickelt. Davon wird das geplante neue Institut mit seiner Forschung zu zentralen Zukunftsthemen profitieren. Bochum und die Metropole Ruhr bieten das optimale Umfeld, um die Schlüsseltechnologien aus dem Bereich der Cybersicherheit zu erforschen. Innovative Spitzenforschung ‚Made in Nordrhein-Westfalen‘ wollen wir weiter ausbauen und vernetzen.“²

¹ Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um eine im Rahmen eines Hauptseminars am Historischen Institut der Ruhr-Universität Bochum entstandene Seminararbeit. Diese Arbeit wurde dann von den Autoren im Rahmen eines von Juliane Czierpka betreuten Lehr-Forschungsprojektes zu dem vorliegenden Aufsatz umgearbeitet.

² Zitat Armin Laschet, zu finden in: Neues Max-Planck-Institut für Cybersicherheit und Schutz der Privatsphäre kommt nach Bochum. Pressemitteilung der Landesregierung Nordrhein-Westfalen vom 3.5.2019, online unter: <https://www.land.nrw/de/pressemitteilung/neues-max-planck-institut-fuer-cybersicherheit-und-schutz-der-privatsphaere-kommt>, 1.4.2020.

Einige Aspekte der Aussage des obersten Landesherrn erscheinen trotz der Euphorie über diesen Erfolg doch recht erstaunlich: Das Ruhrgebiet als optimales Umfeld, gar als „Hotspot“ der digitalen „Schlüsseltechnologien“? Spitzenforschung an den „Arbeiter-Universitäten“³ Dortmunds und Bochums? Innovative IT-Unternehmen und eine „hochvitale“ Start-up-Szene im Ruhrgebiet? Wie passt das mit dem Bild des „schmutzigen, landschaftlich verwüsteten und geistig, kulturell und sozial verwahrlosten Ruhrgebiet“⁴ zusammen? Auch wenn dieses Bild vor allem außerhalb des Ruhrgebiets noch heute sehr präsent ist, haben sich die Landschaft und Wirtschaftsstruktur des Ruhrgebiets in den letzten Jahren seit 1980 nachhaltig verändert. Heute präsentiert sich das Ruhrgebiet als eine ökonomisch diversifizierte Region mit vielen Freizeitangeboten, Grünflächen und touristischen Attraktionen. Der Aufsatz fragt danach, wie sich dieser Prozess der Diversifizierung, Neuausrichtung und Umstrukturierung vollzog und leistet damit einen Beitrag zur Untersuchung des Strukturwandels in altindustriellen Regionen.

Im Zentrum dieses Beitrags steht der Komplex „Digitale Kommunikation“, der inzwischen zu einem der insgesamt neun regionalen Leitmärkte erklärt wurde. Der Beitrag untersucht die Branche von ihren ersten Anfängen in den 1980er-Jahren bis etwa in das Jahr 2000 hinein. Damit bewegt sich die Untersuchung zeitlich in einer Phase, die laut Lutz Raphael „durch den Aufstieg der neuen digitalen Leittechnologie geprägt“⁵ war,

³ So bezeichnete der ehemalige Rektor der Ruhr-Universität Bochum, Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, in einem Gastbeitrag in der WAZ die Bochumer Uni, da sie gegründet und konzipiert worden war, um besonders auch Kindern aus Arbeiterhaushalten den Zugang zum Hochschulsystem zu ermöglichen: BIEDENKOPF K.: Bochum war anders. In: WAZ-SERIE DIE 68ER vom 18.1.2018, online unter: <https://www.waz.de/waz-info/bochum-war-anders-id1738192.html>, 22.9.2020. Die Bezeichnung wird häufig auch für die anderen Universitäten im Ruhrgebiet genutzt.

⁴ GOCH S.: Tief im Westen ist es besser, als man glaubt? Strukturwandel und Strukturpolitik im Ruhrgebiet. In: GRÜNER S. / MECKING S. (Hg.): Wirtschaftsräume und Lebenschancen. Wahrnehmung und Steuerung von sozialökonomischem Wandel in Deutschland 1945–2000. Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 114. Berlin / Boston 2017, S. 93–115, hier S. 93.

⁵ RAPHAEL L.: Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2018. Berlin 2019, S. 23.

die nicht nur den Alltag der Menschen sukzessive eroberte, sondern auch den gesamten Prozess industrieller Wertschöpfung von der Produktion bis zur Distribution neu justierte, neue Berufe und Branchen entstehen und alte verschwinden ließ. Für den Fall des Ruhrgebiets soll der Frage nach den Triebkräften und Motiven bei der Etablierung des neuen Wirtschaftsbereichs nachgegangen werden. So wird zugleich ein Desiderat der wirtschaftshistorischen Forschung adressiert, die sich der Untersuchung der Förderung digitaler Technologien in altindustriellen Regionen bisher kaum zugewandt hat.

Der Beitrag fußt auf der These, dass der heutige Leitmarkt „Digitale Kommunikation“ seinen Ursprung in gezielten strukturpolitischen Initiativen des Landes NRW hatte und fragt nach der Rolle, die die Landespolitik in der Etablierung des neuen Wirtschaftsbereichs gespielt hat. Hierzu untersucht der Beitrag den Prozess der Ansiedelung digitaler Technologien, die treibenden Kräfte hinter der Etablierung der betrachteten Branche und die Motive der Akteure.

Dazu werden im Folgenden, nach einer einleitenden Begriffsklärung, einem kurzen Überblick über den Forschungsstand und einem Abriss der krisenhaften Entwicklung des Ruhrgebiets seit den späten 1950er-Jahren, die von Landes- und Bundespolitik angestoßenen wirtschaftspolitischen Initiativen vorgestellt und die jeweilige Bedeutung für den heutigen Leitmarkt „Digitale Kommunikation“ und seine Vorläufer herausgearbeitet. Anschließend wird am Beispiel von drei Unternehmen untersucht, welche Rolle die strukturpolitischen Programme für die Gründung und den Erfolg dieser Unternehmungen hatte. Der Beitrag greift für die Untersuchung der Programme auf die umfangreiche sozialwissenschaftliche Literatur und zeitgenössische Artikel aus Tages- und Wochenzeitungen zurück. Die Geschichte der drei exemplarisch untersuchten Unternehmen fußt auf der kritischen Analyse journalistischer Interviews und Portraits der Firmengründer, Firmenzeitschriften und anderen publizierten Quellen.

2. Das Ruhrgebiet und der Strukturwandel: Begriffe und Forschungsstand

2.1 Zur Definition von Ruhrgebiet, Strukturwandel, Strukturpolitik und Digitaler Kommunikation

Der Begriff „Strukturwandel“ wird in Anlehnung an Stefan Goch im Folgenden verstanden als ein „in sehr umfassendem Sinne ökonomische[r] Wandel und damit ein Konglomerat aus sektoralen, branchenbezogenen und technisch-arbeitsorganisatorischen Veränderungen“, der dabei „auch regionale und globale Handlungsbedingungen mit ein[bezieht].“⁶ Dazu gehören laut Goch die Verschiebung zwischen den Sektoren der Wirtschaft, die Entwicklung und Alterung von Produkten, der Wandel der Produktionsverfahren, der Wandel der Arbeitsformen und Anforderungen und Globalisierungstendenzen. Aufgrund der gravierenden sozialen und ökonomischen Konsequenzen werde er oft als krisenhaft wahrgenommen. Staatliche Politik zur Korrektur dieses Wandels werde schließlich als „Strukturpolitik“ bezeichnet und sei vor allem wirtschaftspolitisch ausgerichtet, komme also einer Wirtschaftsförderung gleich.⁷ Die jüngere ökonomische Strukturforschung weist zudem darauf hin, dass sich „der intersektorale Wandel mit Prozessen intrasektoraler Verschiebungen verschränkte und dies selbstverständlich in differenzierter räumlicher Ausprägung tat.“⁸

Wenn über das Ruhrgebiet gesprochen wird, existiert häufig eine eher vage Vorstellung davon, um welches Gebiet genau es geht. Während Städte wie Bochum, Gelsenkirchen oder Dortmund in aller Regel als Teile des Ruhrgebiets gelten, gestaltet sich Diskussion um Randgebiete

⁶ GOCH S.: Eine Region im Kampf mit dem Strukturwandel. Bewältigung von Strukturwandel und Strukturpolitik im Ruhrgebiet. Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte, Bd. 10. Essen 2002, S. 16.

⁷ Vgl. GOCH S.: Strukturwandel und Strukturpolitik in Deutschland. Vergleichsweise mißlungen oder den Umständen entsprechend erfolgreich? In: Ders. (Hg.): Strukturwandel und Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen. Schriften zur Landeskunde Nordrhein-Westfalens, Bd. 16. Münster 2004, S. 11–53, hier S. 11ff.

⁸ GRÜNER S. / MECKING S.: Wahrnehmung und Steuerung von Strukturwandel und Lebenschancen. Einleitung. In: Dies. (wie in Anm. 4), S. 1–20, hier S. 2.

kontroverser. Dies ist nur natürlich: Regionen sind Konstrukte und demnach nicht durch feste administrative Grenzen eingegrenzt. Ihre Ausdehnung und Größe variiert in Abhängigkeit der an sie herangetragenen Fragestellung und wandelt sich zudem im zeitlichen Verlauf. In diesem Beitrag wird mit dem Begriff „Ruhrgebiet“ auf das Gebiet des Regionalverbandes Ruhr (RVR) zurückgegriffen: Das Gebiet des RVR umfasst aktuell 4 Kreise und 11 kreisfreie Städte zwischen Rhein, Ruhr und Lippe, von Xanten im Westen bis Hamm im Osten, von Haltern am See im Norden bis Breckerfeld im Süden.⁹

Abb. 1: Das Gebiet des Regionalverbandes Ruhr



Quelle: <https://www.rvr.ruhr/politik-regionalverband/ueber-uns/> 14.06.2020

Dabei ist jedoch zu beachten, dass das Ruhrgebiet kein wirtschaftlich und sozial homogen strukturierter Raum ist. Die differierende „räumliche Ausprägung“ des Strukturwandels und sein zeitversetzter Durchbruch be-

⁹ Eine interaktive Karte über das Verbandsgebiet ist auf der Homepage des RVR zu finden: <https://www.rvr.ruhr/politik-regionalverband/ueber-uns/>, 01.03.2020. Das Gebiet des RVR umfasst die Städte Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen sowie den Ennepe-Ruhr-Kreis und die Kreise Recklinghausen, Unna und Weasel.

schreiben eigentlich Unterschiede zwischen Regionen, treten im Ruhrgebiet jedoch seit dem Aufstieg zu einer der führenden Regionen der europäischen Industrialisierung auch als innerregionale Verschiebung hervor. Gleich einem modernen Spiegelbild folgte der Strukturwandel im ausgehenden 20. Jahrhundert der Nordwanderung des Steinkohlenbergbaus von der Ruhr an die Emscher im 19. Jahrhundert. Daher spürten die Gebiete des südlich gelegenen „Hellweg-Raumes“¹⁰ früher die massiven Auswirkungen der Kohle- und Stahlkrisen und sahen die Notwendigkeit, neue Wirtschafts- und Industriezweige zu etablieren und alte Industrien zu modernisieren. Die großen Unternehmen der nördlichen Montanindustrie im „Emscher-Raum“ verschlossen sich jedoch noch bis in die 1970er-Jahre dieser neuen Realität und versuchten mit einer Bodensperre die Neuansiedlung innovativerer Unternehmen aus Konkurrenzsorgen zu verhindern.¹¹ Das Resultat dieser divergierenden Ausgangslagen und die darauf aufbauenden unterschiedlichen Reaktionen auf den Strukturwandel ist bis heute eine regionale Disparität zwischen Hellweg- und Emscher-Raum, die sich in signifikant schlechteren wirtschaftlichen Kennzahlen in den Städten des Emscher-Raumes zeigen.¹²

¹⁰ Als „Emscher-Zone“ werden hier die Städte des nördlichen Ruhrgebiets, verstanden. Dazu gehören z.B. Gelsenkirchen, Herne und Recklinghausen. Als „Hellweg-Raum“ wird der Teil des Ruhrgebiets verstanden, der am Hellweg liegt, einer alten Handelsstraße, z.B. Essen, Bochum und Dortmund. Durch die sukzessive „Nordwanderung“ des Bergbaus ab den 1850er-Jahren setzte die Entwicklung des Bergbaus am Hellweg einerseits früher ein, lief aber andererseits auch früher aus, so dass hier die ersten Zechen schlossen.

¹¹ WEHLING H.-W.: Phasen, Programme und Zielsetzungen des Strukturwandels. In: FARRENKOPF M. / GOCH S. / RASCH M. / WEHLING H.-W. (Hg.): Die Stadt der Städte. Das Ruhrgebiet und seine Umbrüche. Essen 2019, S. 261–274, hier S. 266. Mit „Bodensperre“ ist hier die Weigerung der Unternehmen, die eigenen Flächen für neue Unternehmen freizugeben, gemeint. Damit wollten sie nicht nur einer möglichen Konkurrenz vorbeugen, sondern es bestand durch die Stilllegungsprämien für Montanunternehmen keine Notwendigkeit dazu. Siehe dazu FARRENKOPF M.: Wiederaufstieg und Niedergang des Bergbaus in der Bundesrepublik. In: ZIEGLER D. (Hg.): Rohstoffgewinnung im Strukturwandel. Der deutsche Bergbau im 20. Jahrhundert. Geschichte des deutschen Bergbaus, Bd. 4. Münster 2013, S. 183–302, hier S. 223.

¹² Siehe dazu auch das Unterkapitel „Abschied vom Malocher“: Die Krisen der Montanindustrie im Ruhrgebiet.

Unter dem betrachteten Leitmarkt Digitale Kommunikation, wie der RVR den Bereich der Informationstechnologien subsummiert hat, werden in Anlehnung an das Verständnis der „Business Metropole Ruhr“ (BMR), einer Tochtergesellschaft des RVR, im Folgenden im Komplex „Digitale Kommunikation“ die Unternehmen und Forschungsinstitute der Informations- und Kommunikationstechnologien sowie der Mikroelektronik zusammengefasst. Als Vorläufer dieses Komplexes werden die Lehrstühle der Elektrotechnik und der frühen Informatik¹³ (und damit Datenverarbeitung) in die Betrachtung einbezogen.

2.2. Forschungsstand

Der Strukturwandel im Ruhrgebiet seit den 1980er-Jahren erfreut sich aus sozialwissenschaftlicher und geographischer Perspektive bereits großen Interesses und auch die Geschichtswissenschaft hat sich dem Thema bereits zaghaft angenähert. Besonders verdienstvoll sind die sozialwissenschaftlichen Untersuchungen von Stefan Goch, dessen Forschungsschwerpunkte als Professor an der Ruhr-Universität Bochum unter anderem der Strukturwandel und die Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen sind. Dabei attestiert er den beteiligten Akteuren gerade vor dem Hintergrund der Schrumpfung eines ganzen industriellen Komplexes eine sozial, ökonomisch und ökologisch erfolgreiche und nachhaltige Bewältigung des Strukturwandels. An die Stelle der relativ homogenen Arbeitergesellschaft sei, so sein Fazit, eine differenzierte und moderne Gesellschaft getreten und aus dem Ruhrgebiet ein wirtschaftsstrukturell „normaler“ Agglomerationsraum geworden.¹⁴ Neben Goch hat auch

¹³ Die Informatik als Wissenschaft beschäftigt sich laut der 1969 gegründeten Gesellschaft für Informatik e.V. „mit der Darstellung, Speicherung, Übertragung und Verarbeitung von Information“, wobei „ein aus Software und/oder Hardware bestehendes System“, kurz ein oder mehrere Computer, die „Aufgaben in der Informationsverarbeitung oder -übertragung erfüllt.“ GESELLSCHAFT FÜR INFORMATIK E.V. (Hg.): Was ist Informatik? Unser Positionspapier. Bonn 2006, S. 7 und S. 10.

¹⁴ Vgl. GOCH (wie in Anm. 4), S. 98f. und S. 113f. Der Beginn seiner Forschungen über den Strukturwandel lässt sich auf seine Habilitation im Jahr 1999 zurückdatieren: GOCH S.: Endogene Potentiale einer Region. Bewältigung von Strukturwandel und Strukturpolitik im Ruhrgebiet, Bochum 1999.

Hans-Werner Wehling, inzwischen emeritierter Professor für Geographische Landeskunde von Altindustrieregionen an der Universität Duisburg-Essen, mit seinem wegweisenden Aufsatz „Phasen, Programme und Zielsetzungen des Strukturwandels“ die Entwicklung des Ruhrgebiets seit den 1960er-Jahren aus geographischer Perspektive beleuchtet und zugleich einen konzisen Überblick über die einzelnen Programme zur Verfügung gestellt. Er zieht das Fazit, dass der Strukturverfall und damit eine aktive Strukturpolitik erst ab etwa 1980 „zonale Züge“ annahm und dann vor allem die Emscherzone betroffen habe. Daher präsentiere sich die „gegenwärtige räumlich-funktionale Struktur des Ruhrgebiets in einer postindustriellen Fragmentierung.“¹⁵ Deutlich pessimistischere Schlüsse als Goch ziehen Jörg Bogumil, Rolf G. Heinze, Franz Lehner und Klaus Peter Strohmeier in ihrer 2012 erschienenen Studie mit dem bezeichnenden Titel „Viel erreicht – wenig gewonnen. Ein realistischer Blick auf das Ruhrgebiet“. In dieser zeigen sie Fehler und negative Entwicklungen der Strukturpolitik auf und erläutern auf dieser Grundlage Zukunftsstrategien, die sie als sinnvoller erachten.¹⁶

Ergänzt wurden diese Forschungen 2019 durch die Monografie „Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom“, in der der Trierer Professor für Neuere und Neueste Geschichte Lutz Raphael seine gesellschaftshistorischen Forschungen des letzten Jahrzehnts aufbereitet. Er vergleicht die „Umstände und Folgen eines tiefgreifenden und krisenbeschleunigten Strukturwandels, der alle westeuropäischen Länder zwischen 1970 und 2000 erfasst hat“¹⁷ in der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Diese europäische Perspektive bedingt natürlich, dass das Ruhrgebiet selbst nicht im Zentrum der Forschung liegt, sondern nur ein Teil des Ganzen darstellt. Der gesellschaftshistorische Ansatz wiederum stellt die Lebensumstände der Menschen und der Gesellschaft, ihre Resilienz gegenüber Krisen und ihre Anpassungsfähigkeit an neue Arbeitsweisen in den Mit-

¹⁵ WEHLING (wie in Anm. 11), S. 273f.

¹⁶ BOGUMIL J. / HEINZE R.G. / LEHNER F. / STROHMEIER K.P.: Viel erreicht – wenig gewonnen. Ein realistischer Blick auf das Ruhrgebiet. Essen 2012.

¹⁷ Vgl. RAPHAEL (wie in Anm. 5), S. 9.

telpunkt der Studie, während die Triebkräfte hinter dem Strukturwandel keine explizite Beachtung erfahren. Dennoch weist Raphael zu Beginn der Monografie ausdrücklich darauf hin, dass diese Jahrzehnte technologisch „durch die Ausbreitung der elektronischen, das heißt computergestützten Datenverarbeitung in allen Bereichen der Industrieunternehmen“ geprägt waren, was „weitreichende Veränderungen nach sich zog.“¹⁸ Eine Untersuchung der Entstehung der Informationstechnologie als Schwerpunkt wissenschaftlicher Forschung und als Wirtschaftsbranche im Ruhrgebiet liegt bisher nicht vor. Einzig Trischlers Untersuchungen zu außeruniversitärer Forschung im Allgemeinen und zu den Fraunhofer Instituten im Speziellen streift die in diesem Beitrag untersuchten Fragestellungen.¹⁹

3. „Abschied vom Malocher“: Die Krisen der Montanindustrie im Ruhrgebiet

Das Ruhrgebiet stand im Mittelpunkt der alliierten und der bundesdeutschen Energiepolitik. Die Beseitigung der Kriegsschäden und die möglichst schnelle und umfassende Wiederaufnahme der Steinkohlenförderung hatten oberste Priorität in der westalliierten Besatzungspolitik, und auch nach der Gründung der Bundesrepublik blieb die Steinkohle aus dem Ruhrgebiet der wichtigste Energielieferant. Bis in die zweite Hälfte der 1950er-Jahre hinein war der Ruhrbergbau kaum in der Lage, die wachsende Nachfrage nach Steinkohle zu befriedigen, bevor es 1958 zu einem, für viele Akteure unerwarteten, Einbruch des Absatzes kam. Durch diese Kohlenkrise wurde das Ruhrgebiet bereits 1958 durch seine monostrukturell bedingte Anfälligkeit gegenüber der branchenspezifischen Rezessionen zur bedeutendsten Krisenregion der Bundesrepublik.²⁰ Im Februar 1958 wurden erste Feierschichten verfahren und bis 1969

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Vgl. TRISCHLER H.: Rolle und Relevanz außeruniversitärer Forschung für die Wissenschaftslandschaft Ruhr. In: FARRENKOPF / GOCH / RASCH / WEHLING (wie in Anm. 11), S. 424–427 und TRISCHLER H. / VOM BRUCH R.: Forschung für den Markt. Geschichte der Fraunhofer-Gesellschaft. München 1999.

²⁰ Vgl. für die Geschichte des Steinkohlenbergbaus in (West-)Deutschland seit 1945: FARRENKOPF (wie in Anm. 11).

wurden 54 Prozent der Förderkapazität stillgelegt, mehr als 200.000 Arbeitsplätze gingen verloren und 133 Zechen und Kokereien wurden geschlossen.²¹ Schließlich wurde 1969, mit der Gründung der Ruhrkohle AG als Einheitsgesellschaft des Ruhrkohlenbergbaus, die institutionelle Basis für den sozialverträglichen Ausstieg aus dem Steinkohlenbergbau geschaffen. Der Steinkohlenbergbau an der Ruhr wurde sukzessive rationalisiert, stillgelegt und dabei massiv subventioniert, bis schließlich am 21. Dezember 2018 in Bottrop die letzte Zeche des Ruhrgebiets schloss.²²

Die 1970er-Jahre standen im Zeichen der bundesrepublikanischen Rezession, die auch das Ruhrgebiet mit großer Härte traf. Mit der Stahlindustrie erlebte ab 1974 auch die zweite große Montanbranche eine fundamentale Krise. Die Stahlflaute entwickelte sich im Verlauf der 1980er-Jahre zu einer ausgewachsenen Branchenkrise, die mit der Ankündigung der Schließung des Krupp-Stahlwerks in Duisburg-Rheinhausen ihren Kulminationspunkt fand. Hatten die Hüttenkonzerne im Ruhrgebiet im ersten Jahrzehnt seit Beginn der Krise bereits 100.000 Stahlarbeitern gekündigt,²³ drohte mit der Kündigung von bis zu 5300 Stahlkochern in Rheinhausen auf einen Schlag eine neue Stilllegungswelle zu beginnen.²⁴

²¹ Vgl. KROKER E.: Zur Entwicklung des Ruhrkohlenbergbaus zwischen 1945 und 1980. In: Der Anschnitt, Jg. 44 (1992), S. 189–197, hier S. 192 und WEHLING (wie in Anm. 11), S. 261.

²² Die Ruhrkohle AG (RAG) wurde 1968 durch die so genannte „Konzertierte Aktion Kohle“ gegründet, in der der Staat und das Land, der Unternehmerverband Ruhrbergbau (UVR) und die IGBE vertreten waren. In Anerkennung der bevorstehenden Aufgaben und des unabwendbaren Endes des Ruhrkohlenbergbaus gaben einerseits der Großteil der Unternehmer an der Ruhr ihren Zechenbesitz in den Besitz der paritätisch geleiteten RAG, andererseits garantierte der Staat durch die RAG einen sozialverträglichen Abschied vom Ruhrkohlenbergbau, der zudem auf durch massive Subventionen auf 50 Jahre bis 2018 gedehnt wurde.

²³ Vgl. o.A.: Lange Liste. In: DER SPIEGEL 7/1988, S. 106–107, hier S. 106.

²⁴ Einen anschaulichen Überblick über die Stilllegungen diverser Hüttenwerke, besonders aber über die teils martialischen Arbeitskämpfe der „Kruppianer“ im Zuge der drohenden Werksschließung in Rheinhausen liefert o.A.: „Für die sind wir schon die Dritte Welt“. In: DER SPIEGEL 51/1987, S. 18–25. Für eine Chronologie der Stahlkrise vgl. z.B. EGLAU H.O.: Ein starkes Stück Arbeit. In: DIE ZEIT 12/1988 vom 18.03.1988, S. 2f., online unter: <https://www.zeit.de/1988/12/ein-starkes-stueck-arbeit/komplettansicht?print>, 6.4.2020.

Nach anfänglichem Zögern setzte sich schließlich auch in der Bundes- und Landespolitik die Überzeugung durch, dass eine aktive Strukturpolitik für das Ruhrgebiet notwendig sei, damit der „Abschied vom Malocher“²⁵ das Ruhrgebiet nicht zur Region kollektiver Armut verkommen lassen würde. Zudem war die junge Bundesrepublik, so Goch, auf die Systemloyalität der „Ruhrgebietler“ angewiesen und konnte sich potenziellen Aufruhr nicht erlauben.²⁶

4. Strukturförderung durch das Land NRW

Während die Bundespolitik bereits seit den 1960er-Jahren mit der „Gemeinschaftsaufgabe für die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ strukturpolitische Maßnahmen gezielt ergriff, die sich jedoch vor allem auf ländliche Räume und „Zonenrandgebiete“ konzentrierten,²⁷ konstituierte sich eine explizite Struktur- und Wirtschaftspolitik auf Landesebene erst nach dem Regierungswechsel in Düsseldorf 1966.²⁸ Als das erste spezifisch für den Strukturwandel an der Ruhr konzipierte Programm im Rahmen der „integrierten Strukturpolitik“ (1966–1974) kann das „Entwicklungsprogramm Ruhr“ (EPR) gelten.²⁹ In diesem Programm der sozialliberalen Landesregierung unter Führung des Sozialdemokraten Heinz Kühn formulierte die Landesregierung für den Zeitraum von 1968 bis 1973 drei Leitthemen: Die Mobilisierung von Arbeitskräften, die Mobilisierung von Boden und Kapital und die Mobilisierung des Wissens sollten sicherstellen, dass „das Ruhrgebiet die leistungsfähigste

²⁵ RAPHAEL (wie in Anm. 5), S. 10.

²⁶ GOCH (wie in Anm. 4), S. 96.

²⁷ Ebd., S. 99f.

²⁸ Nach einem konstruktiven Misstrauensvotum der SPD-Fraktion übernahm der neu gewählte Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD) in einer sozialliberalen Koalition die Regierungsgeschäfte. Vgl. dazu: LANDTAG NRW: Konstruktives Misstrauensvotum und neue Regierung, <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP06-7.pdf>, 1.3.2020.

²⁹ Die Phase der „integrierten Strukturpolitik“, die Hans-Werner Wehling für die Zeit von 1966 bis 1974 konstatiert, zeichnet sich durch einen Fokus auf die Wandlungsfähigkeit der Großkonzerne statt auf branchenstrukturelle und technologische Innovationen aus. Vgl. WEHLING (wie in Anm. 11), S. 262.

Industriellandschaft Deutschlands bleibt“.³⁰ In der Folge kam es zu einigen heute noch sichtbaren Infrastrukturbemühungen wie dem Ausbau des orthogonalen Autobahnnetzes im Ruhrgebiet oder dem Bau neuer Wohnsiedlungen und dem Auf- und Ausbau der Hochschullandschaft und der außeruniversitären Forschung an der Ruhr.³¹ So wurden die bereits zu Beginn der 1960er beschlossenen Universitätsneugründungen in Bochum und Dortmund durch die 1972 in Duisburg und Essen eröffneten Gesamthochschulen ergänzt.

Allerdings zeigte sich, dass einer umfassenden „Neoindustrialisierung“, also der Ansiedlung neuer Unternehmen und Branchen, das geringe durchschnittliche Bildungsniveau der Bevölkerung und die Bodensperre einiger Montanunternehmen im Weg standen, während die wenigen neuen Unternehmen die freigesetzten Arbeitskräfte nicht aufzufangen vermochten.

Den Spagat zwischen einer Stärkung der industriellen Basis und der Etablierung neuer Industrien blieb auch in den folgenden Programmen bestimmend, auch wenn sich die Schwerpunkte verschoben und Vorgehensweisen veränderten. So wurde das EPR 1970 in das „Nordrhein-Westfalen-Programm 1975“ (NWP) implementiert, welches die Ansiedlung neuer Betriebe durch die gezielte Umstellung bestehender Betriebe auf zukunftsorientierte Produkte und Verfahren („Reindustrialisierung“) ergänzen sollte. Die Förderung konzentrierte sich auf wachstumsstarke Betriebe mit hoher Produktivität.³² Der Siedlungsbau wurde fortgesetzt, die in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre begonnene kommunale Neugliederung in NRW wurde ausgeweitet und führte im Ruhrgebiet zu einer Verringerung der Zahl der Städte und Kreise. Neu hinzu kam die Schaffung von Stadtteilzentren.³³ Gleich dem EPR verstärkte jedoch auch das NWP die regionalen Disparitäten: die meisten Siedlungen, der Ausbau

³⁰ KÜHN H.: Vorwort. In: LANDESREGIERUNG NORDRHEIN-WESTFALEN (Hg.): Entwicklungsprogramm Ruhr. 1968–1973. Düsseldorf 1968, S. 4.

³¹ Vgl. WEHLING (wie in Anm. 11), S. 264f.

³² GOCH (wie in Anm. 4), S. 101.

³³ Vgl. WEHLING (wie in Anm. 11), S. 266.

des ÖPNV, die großen Einkaufszentren und alle Hochschulen wurden im Bereich der Hellwegzone geschaffen, deren Städte damit ganz klar als Profiteure des frühen Strukturwandels klassifiziert werden müssen.³⁴

In den 1970er-Jahren legte das Land NRW erstmals strukturpolitische Maßnahmen für das Ruhrgebiet auf, die als „Technologieprogramme“ deklariert waren. Die „Technologieprogramme“ Bergbau (1974), Energie (1974), Wirtschaft (1978) und Stahl (1979) sollten den Unternehmen der vorhandenen Schlüsselbranchen finanzielle und beraterische Ressourcen für die Modernisierung zur Verfügung stellen, damit sie auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig bleiben konnten.³⁵

Von diesen Programmen zielte lediglich das „Technologieprogramm Wirtschaft“ (TPW) auf die Ansiedelung der Mikroelektronik als neuer Technologie für das Ruhrgebiet. Das TPW war eine Reaktion der Landesregierung auf die krisenhafte Entwicklung auf dem nordrhein-westfälischen Arbeitsmarkt und fußte auf der Prämisse, dass die ernsthaften Wirtschaftsprobleme auf eine mangelnde Innovationsfähigkeit der Unternehmen und Branchen zurückzuführen seien. Damit stellte das TPW, stärker als das NWP, eine Rückbesinnung auf die Neointustrialisierungsstrategie des EPR dar. Erstmals wurden dezidiert auch kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) mit bis zu 500 Mitarbeitenden in die Förderung integriert, die zukünftig primär im Fokus stehen sollten.³⁶ Hierdurch profitierten auch die technologieorientierten Unternehmen, bei denen es sich größtenteils um solche kleinen und mittelständischen Unternehmen handelte, von der Förderung. Dieser „Abschied von gestern“, wie Jelich die mit dem TPW eingeleitete Strategie nennt, versuchte erstmalig die Strukturschwäche in NRW „mit innovations- und technologiepolitischen Maßnahmen aufzugreifen“,³⁷ welche die industrielle Basis

³⁴ Vgl. ebd.

³⁵ Vgl. GOCH, Endogene Potentiale einer Region (wie in Anm. 14), S. 468ff.

³⁶ Vgl. GOCH (wie in Anm. 4), S. 102.

³⁷ JELICH F.-J.: Strukturkonservatismus und Innovation. Neue Handlungsansätze der Strukturpolitik in den 1980er- und 1990er-Jahren, In: GOCH S. (Hg.): Strukturwandel und Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen. Schriften zur politischen Landeskunde Nordrhein-Westfalens, Bd. 16. Münster 2004, S. 200–216, hier: S. 202f.

erhalten und gleichzeitig neue Technologien zur Kompensation der Schwächen dieses Fundaments fördern sollten.

Im September 1979 stellte die Landesregierung den ausgearbeiteten Plan für die Jahre 1980 bis 1984 in einem 71 Seiten langen Dossier mit dem Titel „Politik für das Ruhrgebiet. Das Aktionsprogramm“ vor. Das Aktionsprogramm Ruhr (APR) sollte nach der Vorstellung der Verfasser „dazu beitragen, die Anpassungsfähigkeit des Reviers zu erhöhen und die Attraktivität dieses größten Ballungsraumes in Europa zu stärken.“³⁸ Auch das APR setzte auf eine kombinierte Förderung der industriellen Basis und zukunftsweisender Technologien und Innovationen.³⁹ Gleichzeitig wurden die Interessen lokaler Akteure berücksichtigt, indem die Landesregierung eine „Politik des Dialogs“ ausrief.⁴⁰ Wehling charakterisierte das APR als umfassendes Hilfsprogramm für das Ruhrgebiet, das in der Tradition einer zentralisierten Struktur- und Durchführungs politik stand, diesmal jedoch partizipatorische Aspekte enthielt.⁴¹

Im APR wurden erstmals auch die Förderung neuer Technologien und Innovationen sowie die Erhöhung des Forschungspotenzials als Leitziele für das Ruhrgebiet beschlossen.⁴² Der Fokus des Programms lag jedoch weiterhin auf der alten industriellen Basis der Region. So flossen nur etwa 23 Mio. DM des insgesamt rund vier Milliarden DM großen Gesamtvolumens des APR in die Technologieförderung. Entsprechend bescheinigte der damalige Leiter des Instituts für Raumplanung der Universität Dortmund, Klaus R. Kunzmann, den Politikern eine „ausgeblutete, ideenarme Revierpolitik“, da „Innovationen [...] oft als Angriff auf Bewährtes, Vertrautes oder Bestehendes gesehen [werden], als Angriff auf die Lebensgrundlage des Reviers, den Stahl und die Kohle.“⁴³ Ähnlich

³⁸ LANDESREGIERUNG NRW (Hg.): Die Landesregierung informiert. Politik für das Ruhrgebiet. Das Aktionsprogramm. Düsseldorf 1979, S. 11.

³⁹ WEHLING (wie in Anm. 11), S. 267.

⁴⁰ GOCH (wie in Anm. 4), S. 102f.

⁴¹ Vgl. WEHLING (wie in Anm. 11), S. 267.

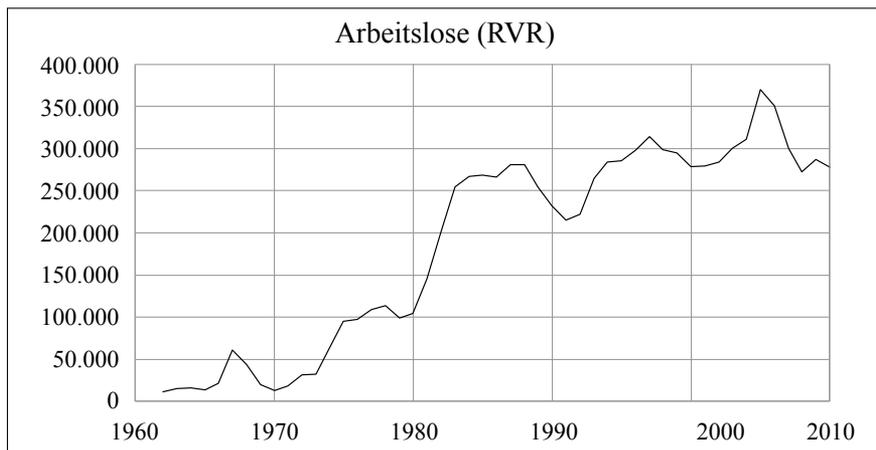
⁴² Vgl. LANDESREGIERUNG (wie in Anm. 38), S. 12.

⁴³ Zitiert nach: KEMMER H.-G.: „Ein duldsames, graues Arbeitstier“. In: DIE ZEIT 53/1981 vom 25.12.1981, S. 5, online unter: <https://www.zeit.de/1981/53/ein-duldsames-graues-arbeitstier/komplettansicht?print>, 6.4.2020.

äußerte sich auch der Zeit-Kolumnist Horst Bieber, der das APR mit Blick auf die anstehenden Landtagswahlen im Mai 1980 als „Wahlgeschenk“ bezeichnete, das „nicht richtig an[käme]“.⁴⁴

Die mögliche Wirkung des APR wurde von der anhaltenden Stahlflaute und dem zweiten Ölpreisschocks überdeckt.⁴⁵ So stieg zwischen 1980 und 1984, also während der Laufzeit des APR, die Anzahl der Arbeitslosen im Ruhrgebiet von 97.000 um das 2,7-fache auf 260.000 an, was sich unter Berücksichtigung der Zu- und Abwanderung in relativen Zahlen noch drastischer darstellte. Die Arbeitslosenquote nämlich erhöhte sich von 4,4 Prozent auf 14,7 Prozent.⁴⁶

Abb. 1: Arbeitslose auf dem Gebiet des Regionalverbandes oder RVR Ruhr 1962–2010



Quelle: RVR Regionalstatistik (RVR-Datenbank-Statistik)

Diese Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt erhöhten nicht nur den politischen Druck auf die sozialdemokratische Landesregierung, sondern auch

⁴⁴ BIEBER H.: Kirchturmpolitik ist Trumpf. Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen. In: DIE ZEIT 40/1979 vom 28.9.1979, S. 3, online unter: <https://www.zeit.de/1979/40/kirchturmpolitik-ist-trumpf>, 6.4.2020.

⁴⁵ Siehe dazu ausführlich: GOCH (wie in Anm. 6), S. 317ff.

⁴⁶ Vgl. JELICH (wie in Anm. 4), S. 203.

den finanziellen Druck auf die Sozialkassen der Kommunen und den sozialen Druck auf die arbeitsmarktpolitischen Institutionen. Bogumil und Heinze sehen in der fehlenden Aufnahmekapazität der neuen Technologieunternehmen für die freiwerdenden, nicht ausreichend qualifizierten Arbeitsplätze sogar das „Kernproblem des Ruhrgebiets“.⁴⁷ Die 1984 begonnene „Nordrhein-Westfalen-Initiative Zukunftstechnologien“ (NWIZ), welche die bisherigen Programme ersetzte, bezeichnete Ministerpräsident Johannes Rau als „ersten Schritt“ eines notwendigen Strukturwandels, in welchem NRW „nicht auf Kohle und Stahl verzichten“⁴⁸ könne, jedoch „die Wirtschaft an Rhein und Ruhr weiter modernisiert werden“⁴⁹ müsse, damit das Land ein attraktiver Standort bleibe. Die NWIZ diene dazu, „den Unternehmen Impulse [zu] geben, den Einsatz neuer Technologien [zu] fördern und die Umstrukturierung in unserem Lande weiter voran[zu]bringen.“⁵⁰

Die NWIZ gliederte sich in vier unterschiedlich gewichtete und subventionierte Programmelemente: Das Programm Zukunftstechnologie, auf welches 60 Prozent der Mittel entfielen, war das Herzstück der Initiative. Mit diesen Geldern sollten die für zukünftigen internationalen Wettbewerb als besonders richtungsweisend erscheinende Technologien gefördert werden: Mikroelektronik, Umwelt-, Energie-, Informations- und Kommunikationstechnologien, Mess- und Regeltechnik, Bio-, Humanisierungs- und Werkstofftechnologien. Das zweite Standbein stellte eine technologieorientierte Forschungspolitik dar, die den Aufbau universitärer und außeruniversitärer einschlägiger Spitzenforschung forcierte und kombiniert mit dem dritten Standbein, der Technologietransferförderung, seine volle Wirkung entfalten sollte. Der Technologietransfer sollte vor allem durch die Gründung des „Zentrums für Innovation und Technik“

⁴⁷ BOGUMIL J. u.a.: Viel erreicht – wenig gewonnen (wie in Anm. 16), S. 46.

⁴⁸ DER MINISTERPRÄSIDENT DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (Hg.): Die Landesregierung informiert. Landesentwicklungsbericht Nordrhein-Westfalen 1984. Schriftenreihe des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 46. Düsseldorf 1985, S. 4.

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Ebd.

(ZENIT) in Mülheim an der Ruhr mit landesweiter Beratungs- und Analysekompetenz für kleine und mittelständische Unternehmen institutionalisiert und zur Allokation von Kapital und Fähigkeiten verschiedene weitere Technologie- und Gründerzentren eingerichtet werden. Die vierte Säule stellte schließlich das Programm „Sozialverträgliche Technikgestaltung“ (SoTech) dar, das die sozialen Folgeprobleme neuer Technologien einschätzen und einhegen sollte.⁵¹ Die für das ganze Land konzipierte NWIZ forderte regionale Stärke- und Schwächeanalysen und die begonnen partizipatorischen Prozesse machten laut Wehling in der Folge deutlich, dass dieser Ansatz „die Akzeptanz zu erhöhen und endogene Potenziale zu mobilisieren in der Lage war.“⁵²

Insgesamt wurde die NWIZ von der Presse wohlwollender beurteilt als die vorherigen Programme. Die Zeit bezeichnete sie beispielsweise 1987 als Konsequenz aus der „Einsicht, daß die sich verschärfende Strukturkrise mit Modernisierungen allein nicht aufzufangen“ [sei] und daher Zukunftsfantasien „beflügelte“.⁵³ Nach einer kurzen Erläuterung des Programmpakets urteilt der Artikel nicht ohne Wertung, dass „zweifelloso die Zukunftstechnik zukunftsweisend gefördert“⁵⁴ worden sei, auch wenn einige Sozialwissenschaftler Bedenken gegen das Programm geäußert hätten. Die Kritik aus der Sozialwissenschaft ähnelte der bereits am APR geäußerten Kritik und zielte auf die Aufnahmefähigkeit der neuen Branchen, welche die verlorengehenden Arbeitsplätze in der schrumpfenden Montanindustrie qualitativ und quantitativ nicht ersetzen konnten. Zudem wurde eine strukturelle Benachteiligung des Ruhrgebiets kritisiert, da die „Mikroelektronik-Firmen neue Standorte suchen und die verseuchten Gegenden der Altindustrien meiden“ würden.⁵⁵

⁵¹ Vgl. JELICH (wie in Anm. 37), S. 204ff.

⁵² WEHLING (wie in Anm. 11), S. 267.

⁵³ o.A.: Blick nach vorn im Zorn. In: DIE ZEIT 52/1987 vom 18.12.1987, S. 9, online unter: <https://www.zeit.de/1987/52/blick-nach-vorn-im-zorn/komplettansicht?print>, 6.4.2020.

⁵⁴ Ebd., S. 10.

⁵⁵ Ebd.

Im Laufe der 1980er wuchs der Druck auf die sozialdemokratische Landesregierung, die mit hohen Schulden, der anhaltenden Schwäche der Montanindustrie und der zunehmenden Arbeitslosigkeit zu kämpfen hatten. Mit wenig neuen Geldern ausgestattet, sollte die Zukunftsinitiative Montanregionen (ZIM) ab 1987 als Koordinationsinstanz, die Kräfte von Kommunen, Land, Bund, EG und Sozialpartnern bündeln. Die ZIM definierte die Handlungsfelder „Innovations- und Technologieförderung, Förderung zukunftsorientierter Qualifikationen, Ausbau und Modernisierung der Infrastruktur, Verbesserung der Umwelt- und Energiesituation sowie arbeitsplatzschaffende und arbeitsplatzsichernde Maßnahmen“.⁵⁶ Der klare Fokus auf die Technologieförderung schritt den mit der NWIZ begonnenen Weg fort. Stefan Goch zieht das Fazit, dass die ZIM in Konzeption und Durchführung „eine Bündelung bisheriger Programme nach neuen regionalisierten Verfahrensregeln“⁵⁷ erreichte.

Überregionale Zeitungen wie DIE ZEIT und DER SPIEGEL gingen sehr kritisch mit der ZIM ins Gericht. Mit einer verhältnismäßig geringen finanziellen Ausstattung von „gerade noch 180 Millionen Mark“ sei, so DIE ZEIT, das Programm „nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein“ gewesen, zumal es sich bei 80 Mio. DM der Gesamtsumme lediglich um Umwidmungen bereits bestehender Haushaltstitel gehandelt habe. Allein die von der Stadt Dortmund eingereichten Projekte beliefen sich auf 492 Mio. DM.⁵⁸ DER SPIEGEL kritisierte nicht nur den Umfang der Maßnahmen, sondern auch die Verkündung der Initiative an sich, zu einem Zeitpunkt zu dem „Nordrhein-Westfalen mit fast 100 Milliarden Mark Schulden praktisch pleite“⁵⁹ gewesen sei. Das Land, so mokiert der Artikel an gleicher Stelle weiter, müsse sich das Geld nicht nur „pumpen“, sondern die ZIM werde darüber hinaus „nur wenig lindern.“

⁵⁶ Vgl. HEINZE R.G. / VOELZKOW H. / EICHENER V.: Forschungsfragen und Forschungsdesign. In: HEINZE R.G. / VOELZKOW H. (Hg.): Regionalisierung der Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen. Opladen 1997, S. 13–30, hier S. 15.

⁵⁷ GOCH (wie in Anm. 4), S. 105.

⁵⁸ Zitate und Paraphrasierung aus: o.A. (wie in Anm. 53), S. 10f.

⁵⁹ o.A. (wie in Anm. 24), S. 21.

Nichtsdestotrotz weckten die an das Ruhrgebiet ausgeschütteten Gelder Begehrlichkeiten bei den übrigen nordrhein-westfälischen Regionen, die auf eine Erweiterung der ZIM auf das ganze Land drängten – ein Wunsch, dem die Landesregierung 1989 entsprach. Unter dem Eindruck der von Bundeskanzler Helmut Kohl 1988 einberufenen Ruhrgebietskonferenz,⁶⁰ deren Ergebnis ein 1 Mrd. DM schweres Strukturhilfepaket von Bund, Land und den Europäischen Gemeinschaften allein für das Ruhrgebiet war, firmierte die Landesregierung die ZIM in die „Zukunftsinitiative Nordrhein-Westfalen“ (ZIN) um. Dazu wurde NRW in 15 Regionen aufgeteilt, in denen Regionalkonferenzen die „Verständigungsebene kommunaler und verbandlicher Akteure“⁶¹ bildeten. Diese Regionalkonferenzen hatten die Aufgabe, endogene Potenziale zu analysieren, künftige Entwicklungen qualitativ einzuschätzen und anschließend Projekte anzumelden, wobei Technologie- und Innovationsförderung explizit als eines von fünf Aktionsfeldern ausgewiesen war. Sechs der insgesamt 15 Regionen lagen dabei auf dem Gebiet des Ruhrgebiets, diese Regionen setzen zum Teil bis heute den geografischen Rahmen für viele Strukturprojekte.⁶² Die ZIN-Mittel wurden schließlich in den kommenden Jahren durch Gelder von Land, Bund und EG/EU mehrmals aufgestockt, so durch die Kohlerunde und den „Handlungsrahmen für die Kohlegebiete“ von 1991, die „Gemeinschaftsaktion Industriestandort Nordrhein-Westfalen“ 1994 und das exklusiv vom Land finanzierte „Programm für Indus-

⁶⁰ Die Ruhrgebietskonferenz von 1988 war von Bundeskanzler Helmut Kohl einberufen worden, um den akuten Strukturproblemen des Ruhrgebiets gemeinsam zu begegnen. Die Finanzierung der versprochenen Hilfen blieb freilich im Detail offen, außerdem verlangten nun auch andere strukturschwache Regionen Deutschlands Bundeshilfen. Zeitpunkt und Zeitraum der versprochenen Gelder blieben auch ungeklärt. Dennoch war die Konferenz ein wichtiger symbolpolitischer Akt, der den Menschen im Ruhrgebiet zeigen sollte, dass auch Bonn die Region nicht vergessen hat. Die Umsetzung der Beschlüsse fiel schließlich in die Kompetenz des Landes, so dass die Mittel in die landespolitischen Maßnahmen einfließen. Vgl. o.A.: Vollauf zufrieden. In: DER SPIEGEL 09/1988, S. 96–98, hier S. 98.

⁶¹ JELICH (wie in Anm. 37), S. 207.

⁶² Vgl. HEINZE / VOELZKOW / EICHENER (wie in Anm. 56), S. 18. Die Regionen lauteten Östliches Ruhrgebiet, Mittleres Ruhrgebiet, Mülheim-Essen-Oberhausen (MEO), Emscher-Lippe, Märkische Region und Region NiederRhein.

trieregionen im Strukturwandel“ (PROFIS) 1994.⁶³ Die „bottom-up“-Konzeption, bei der Ideen aus der Region von involvierten Akteuren vortragen, zu Projekten konkretisiert und schließlich bei den zuständigen Landesbehörden beantragt wurden,⁶⁴ bestimmte die Strukturpolitik in NRW auch während der 1990er- und beginnenden 2000er-Jahre. Auf dieser Konzeption baute auch die „Internationale Bauausstellung (IBA) Emscher Park“ auf. Angelegt auf 10 Jahre von 1989 bis 1999, wurden diverse Projekte zur sozioökonomischen und städtebaulichen Verbesserung des nördlichen Ruhrgebiets initiiert. Im Rahmen der IBA entstanden zum Beispiel weitere Technologie- und Gründerzentren.⁶⁵

5. Die Wirkung der Strukturförderung im Bereich der Informationstechnologien in Bochum und Dortmund

5.1. Die Förderung von Wissenschaft und Forschung in Universitäten, Instituten und Technologiezentren

Als die Bundesregierung 1966 begann, erste Programme zur Förderung der Datenverarbeitung in Wissenschaft und Industrie aufzulegen, hatte die Ruhr-Universität Bochum gerade erst den Lehrbetrieb aufgenommen, während in Dortmund in diesem Jahr der Grundstein für die zweite Universitätsgründung im Ruhrgebiet gelegt wurde.⁶⁶ Durch die neu gegründeten Universitäten sollte dem bereits oben beschriebenen historisch bedingten Qualifikations- und Bildungsdefizit des größten Teils der Be-

⁶³ NOLL W.: Kompetenzfelder – Mittelstand – Innovation – Bildung. NRW heute. In: GOCH S. (Hg.): Strukturwandel und Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen. Schriften zur politischen Landeskunde Nordrhein-Westfalens, Bd. 16. Münster 2004, S. 242–259, hier S. 249 und REHFELD D.: Know how vor Ort. Regionalisierung der Strukturpolitik seit den 1980er Jahren. In: GOCH S. (Hg.): Strukturwandel und Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen. Schriften zur politischen Landeskunde Nordrhein-Westfalens, Bd. 16. Münster 2004, S. 217–241, hier S. 222.

⁶⁴ JELICH (wie in Anm. 37), S. 207.

⁶⁵ Vgl. zur IBA: WEHLING (wie in Anm. 11), S. 268–270.

⁶⁶ PIEPER C.: Hochschulinformatik in der Bundesrepublik und der DDR bis 1989/1990. Stuttgart 2009, S. 22. Zur Gründung der Ruhrgebietsuniversitäten vgl. RASCH M.: Wissenslandschaft Ruhrgebiet. Der lange Weg von den Anfängen bis zu den Universitätsgründungen der 1960er-Jahre. In: FARRENKOPF / GOCH / RASCH / WEHLING (wie in Anm. 11), S. 399–418, hier S. 414.

völkerung im Ruhrgebiet begegnet werden, um so grundlegende, auf Wissen und Bildung setzende wirtschaftsstrukturpolitische Maßnahmen zu ermöglichen.⁶⁷

Die neu gegründeten Universitäten im Ruhrgebiet konnten von den in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre startenden Programmen zur Förderung der Datenverarbeitung noch nicht unmittelbar profitieren.⁶⁸ Zu dieser Zeit befand sich die Bochumer Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik noch in ihrer konstituierenden Phase, hier wurde der Lehrbetrieb erst zum Wintersemester 1968/69 aufgenommen. Ein Jahr zuvor hatte, so erinnert sich einer der ersten Lehrstuhlinhaber dieser Fakultät, das Kultusministerium des Landes NRW die Zahl der geplanten Lehrstühle beinahe halbiert, um die Kapazitäten in der Elektrotechnik zwischen der Ruhr-Universität und der neu gegründeten Universität Dortmund aufzuteilen.⁶⁹ So sollte in Bochum ein Schwerpunkt auf der Nachrichtentechnik und Elektrophysik liegen und in Dortmund auf der Steuer- und Regelungstechnik sowie der Energietechnik.⁷⁰ Bereits ein halbes Jahr nach der feierlichen Eröffnung der Dortmunder Universität im Dezember 1968, teilte die Universität dem Kultusministerium im Juli 1969 mit, dass die Einrichtung einer Abteilung für Informatik als einer von drei neuen Bereichen vorgesehen sei. Während im Senat der Universität Dortmund Pläne für eine solche Abteilung diskutiert wurden, wurde auf Bundesebene das „Überregionale Forschungsprogramm Informatik“ (ÜRF), das zweite große Förderprogramm für Datenverarbeitung der Bundesregierung, ins Leben gerufen. Eine Darstellung der Geschichte der Fakultät für Informatik⁷¹ an der Dortmunder Universität beschreibt, wie im Senat Gerüchte über die Möglichkeit einer Bundesförderung die Pläne zum

⁶⁷ Vgl. WEHLING (wie in Anm. 11), S. 264.

⁶⁸ Vgl. PIEPER (wie in Anm. 66), S. 22.

⁶⁹ Vgl. BRUDER J.: Damals in der Fakultät. Prof. Fettweis, 14.1.2015, online unter: <https://www.ei.ruhr-uni-bochum.de/fakultaet/news/damalsjanuar/>, 13.4.2020.

⁷⁰ PIEPER (wie in Anm. 66), S. 131f.

⁷¹ 1972 kam es an der Universität Dortmund zur Gründung der Abteilung Informatik, dem Vorläufer der heutigen Fakultät für Informatik. Im Folgenden werden die Begriffe Abteilung und Fakultät synonym verwendet und bezeichnen die jeweils zu der Institution gehörenden Lehrstühle aus dem Bereich der Informatik.

Aufbau einer Fakultät für Informatik beschleunigten. Innerhalb von zehn Tagen wurde die Einrichtung eines Gründungsausschusses beschlossen und im Jahr 1970 mit der Besetzung der elf geplanten Professuren begonnen. Hierbei waren es zwei Faktoren, welche die verantwortlichen Akteure zur Eile trieben. Erstens hoffte man an der Finanzierung des ÜRF partizipieren zu können und zweitens war man in Sorge, dass keine geeigneten Wissenschaftler mehr verfügbar seien würden, sollten zu viele andere Universitäten bei der Besetzung ihrer Informatik-Lehrstühle schneller sein.⁷² Die Sorge war vermutlich berechtigt, wie die Ruhr-Universität Bochum im Jahr 1969 erfahren musste. Hier war eine Professur für Datenverarbeitung an der Fakultät für Elektrotechnik ausgeschrieben worden, die Besetzung scheiterte jedoch an der Ablehnung der Rufe durch die zwei bestgelisteten Bewerber.⁷³

In Dortmund konnte im Sommersemester 1972 die Abteilung für Informatik gegründet werden und durch das Ausscheiden einer niedersächsischen Universität rückte die Universität Dortmund 1973 in das ÜRF nach.⁷⁴ Die Dortmunder Informatiker erlangten in den folgenden Jahren ein herausragendes Renommee. So ging von den ihnen die Initiative für ein Internet-Protocol-Netz, welches auch heute noch die Grundlage für jede Kommunikation zwischen Endgeräten über das World Wide Web darstellt, in Deutschland aus. Eine im Jahr 1980 in der Abteilung Informatik eingereichte Diplomarbeit über die „Selbstreproduktion bei Programmen“, gilt als eine der weltweit ersten theoretischen Beschäftigungen mit den Programmen, die wir heute als Computerviren kennen.⁷⁵ Die Fakultät für Informatik der Universität Dortmund bekam auch als erste Einrichtung in der BRD im Rahmen des europaweiten „InterEUnet“-Verbundes 1988 Zugang zum US-amerikanischen Internet. Die daraus ent-

⁷² Vgl. DECKER H.: EinBlick. Ursprünge der Dortmunder Informatik, ohne Ort und Datum, S. 3, online unter: http://www.cs.tu-dortmund.de/nps/de/Home/ueber_uns/Historie_der_Dortmunder_Informatik.pdf, 13.4.2020.

⁷³ Vgl. PIEPER (wie in Anm. 66), S. 132f.

⁷⁴ Vgl. ebd., S. 32.

⁷⁵ PARIKKA J.: Digital Contagions. A Media Archaeology of Computer Viruses. New York 2007, S. 68.

standene „Informatik Rechnerbetriebsgruppe“ versorgte bereits 1990 als deutsche Zentrale des europäischen Netzes 250 Unternehmen mit einem Internetzugang.⁷⁶

Der Ausbau der universitären Forschung wurde begleitet durch den Aufbau und die Förderung außeruniversitärer Einrichtungen, in denen anwendungsbezogene Forschung betrieben und durch welche eine Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Industrie geschaffen werden sollte. Übereinstimmend wird in der Forschung besonders das 1985 gegründete „TechnologieZentrumDortmund“ (TZDO), das erste TGZ im Ruhrgebiet, als besonders erfolgreiches Modell hervorgehoben.⁷⁷ Auf Initiative der Universität und der Dortmunder Industrie- und Handelskammer (IHK) soll der „Technologietransfer in einem spezialisierten Zentrum auf regionaler Ebene vorangebracht werden.“ So entstand in unmittelbarer Nachbarschaft der Universität das TZDO, welches wenige Monate nach der Eröffnung bereits voll ausgelastet war und 1988 und 1990 erweitert wurde.⁷⁸

Das Vorbild der Technologiezentren lag in den USA. Das Silicon Valley in Kalifornien zeigte solche Innovationskraft auf dem Gebiet der siliziumbasierten Technologien, dass DER SPIEGEL 1984 kurz nach der Gründung des ersten deutschen TGZ in Berlin und vor der Dortmunder Eröffnung, schrieb: „Eine neue Generation von Turnschuh-Unternehmern soll das kalifornische Innovationswunder in deutschen Landen wiederholen.“⁷⁹ Die Technologiezentren sollten vor allem jungen Unternehmen und Unternehmensneugründungen einerseits räumliche, technische und beraterische Ressourcen konzentriert zur Verfügung stellen, sie andererseits bei der Akquise von öffentlichen Fördermitteln unterstützen. Durch

⁷⁶ Vgl. KUSCHKE M. / HEINEN I.: Bunt gemischt, online unter: <https://www.heise.de/ix/artikel/Bunt-gemischt-505152.html>, 13.4.2020.

⁷⁷ Vgl. GÜNZEL K.: Von der Vision zur Realität. TechnologieZentrumDortmund – Motor im Strukturwandel. In: Heimat Dortmund. Stadtgeschichte in Bildern und Berichten. Strukturwandel in Dortmund, Ausgabe 1+2 2010, S. 41–43.

⁷⁸ TECHNISCHE UNIVERSITÄT DORTMUND (Hg.): 50 Jahre Technische Universität Dortmund. Bramsche 2017, S. 77.

⁷⁹ o.A.: Innovation wird zur Wunderkraft. In: DER SPIEGEL 45/1985, S. 66–77, hier S. 66.

die räumliche Nähe zu den Universitäten und die Konzentration verschiedener Unternehmen auf engem Raum sollten vor allem auch informelle Synergieeffekte zwischen Technologieunternehmen und zwischen wissenschaftlicher Forschung und Industriebetrieben evoziert werden. Sobald die Unternehmen sich konsolidiert hatten, sollten sie schließlich das „Elternhaus“ verlassen und auf eigenen Beinen stehen.⁸⁰

Die großen Probleme dieser neuen Einrichtungen waren jedoch, bei aller positiven Wirkung auf den Standort selbst, ihre Vielzahl und oft sehr ähnliche Ausrichtung. Viele Kommunen bemühten sich um die Einrichtung von TGZ in ihrer Stadt, stellten Grundstücke und Gelder zur Verfügung, in der Hoffnung, neue Unternehmen mögen sich ansiedeln. Dies führte nicht nur zu einer TGZ-Inflation, sondern verschärfte auch die so genannte „Kirchturmpolitik“ im Ruhrgebiet, in der jede Stadt für sich selbst streitet, anstatt kooperativ nach Lösungen zu suchen.⁸¹ Die Geschichte der Gründung des Fraunhofer Instituts für Mikroelektronische Schaltungen und Systeme (IMS) illustriert die Konkurrenz zwischen den Standorten im Ruhrgebiet sehr gut. Neben Versuchen aus Baden-Württemberg, das IMS in Stuttgart anzusiedeln, um dadurch zugleich den designierten Leiter zu halten, gab es Stimmen, die für Aachen als Standort plädierten. Die, von Bund und Land anteilig geförderte, Fraunhofer-Gesellschaft selbst und der Bundesforschungsminister präferierten eine Ansiedelung in Nähe der RWTH Aachen, während der nordrhein-westfälische Wissenschaftsminister Schwier (SPD) mit Verweis auf die strukturpolitischen Ziele des Landes auf Duisburg bestand. Das „selbstverstärkende Regulator“ der Montanindustrie müsse aufgebrochen werden.⁸² Das Forschungsministerium des Bundes verlangte daraufhin vom Land NRW die volle Übernahme der am Standort Duisburg notwendigen Baukosten. An diesem Punkt der Verhandlungen brachte ein Dortmunder Professor den Standort Dortmund ins Spiel, wo die Rahmenbedingungen besser

⁸⁰ Vgl. FORSCHUNGSINSTITUT DER FES (Hg.): Technologie- und Gründerzentren in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Zwischenbilanz. Wirtschaftspolitische Diskurse, Bd. 55. Bonn 1993, S. 5ff.

⁸¹ Vgl. hierzu GOCH (wie in Anm. 6), S. 412–416 und JELICH (wie in Anm. 37), S. 205.

⁸² Vgl. TRISCHLER (wie in Anm. 19), S. 427.

seien. Unterstützt wurden die Initiativen der Universitäten von den jeweiligen Städten, während designierte Institutsleiter gleich reihenweise absagten. Schlussendlich konnte erst 1984 „die bis dahin schwierigste Institutsgründung in der Geschichte der Fraunhofer-Gesellschaft“⁸³ abgeschlossen werden, als das Institut in Duisburg gegründet und ein Dortmunder Professor als Leiter eingesetzt wurde.⁸⁴

Ebenso wie bei der Ansiedelung der Fraunhofer Institute, setzten sich bei den im Rahmen des TPW geförderten Technologiezentren verschiedene, vor allem lokale Akteure für die Ansiedelung ein. Im Fall des TechnologieZentrumDortmund bemühten sich der Rektor der Universität und der Präsident der IHK gemeinsam um die Errichtung einer solchen Verbindung zwischen Forschung und Industrie.⁸⁵ Mittlerweile beheimatet das TZDO mit dem am selben Ort um die Universität herum gewachsenen Technologiepark auf 120.000 Quadratmetern über 300 KMU mit 10.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, allesamt in zukunftsorientierten Branchen.⁸⁶

Im Rahmen des APR, welches auf das TPW folgte, stellte die Landesregierung NRW 8,5 Mio. DM für die Einrichtung eines gemeinsamen Forschungsschwerpunkts für Mikro- und Messelektronik an den Hochschulen in Dortmund und Duisburg zur Verfügung, der später in ein eigenes Forschungsinstitut umgewandelt werden sollte.⁸⁷ Gleichzeitig wurden 14,7 Mio. DM für die Errichtung eines Innovationsförderungs- und Technologietransfer-Zentrums (ITZ) als gemeinsame Einrichtung der Universitäten Bochum und Dortmund, der Gesamthochschulen Duisburg und Essen und der Fachhochschulen Bochum und Dortmund an der Ruhr-Universität Bochum veranschlagt.⁸⁸ Ebenso wie die Technologiezentren

⁸³ Ebd.

⁸⁴ Vgl. TRISCHLER H. / VOM BRUCH R.: Fraunhofer-Gesellschaft (wie in Anm. 19), S. 296–302.

⁸⁵ Vgl. TU DORTMUND (wie in Anm. 78), S. 76f.

⁸⁶ Vgl. TECHNOLOGIEZENTRUMDORTMUND: Über uns, online unter: <https://www.tzdo.de/de/tzdo/ueber-uns.htm>, 29.2.2020.

⁸⁷ Vgl. LANDESREGIERUNG NRW (wie in Anm. 38), S. 28f.

⁸⁸ Vgl. ebd., S. 30.

stellte das ITZ eine Förderung der Wirtschaft dar, indem Gründungen und die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in Produktionsprozessen erleichtert wurden. Das Dortmunder ITZ wurde 1984 als „Transferstelle der Universität Dortmund“ verstetigt und im Rahmen der ZIM 1987 um ein weiteres im Technologiepark angesiedeltes Transferzentrum ergänzt, für welches die Initiative ebenfalls von lokalen Akteuren ausging.⁸⁹

1992 wurde in unmittelbarer Nähe zum Campus der Universität Dortmund das Fraunhofer Institut für Software- und Systemtechnik ISST gegründet.⁹⁰ Bei der Gründung galt dieses noch als Außenstelle des zweiten, im Osten Berlins angesiedelten Institutsteils. Mit der positiven Evaluation und der Entfristung der Laufzeit erhielt das ISST 1995 den Status eines Instituts, seit 2011 ist Dortmund der alleinige Standort des ISST, während seit 2006 die Leitung des Instituts mit einer Professur für Software Engineering an der TU Dortmund verbunden ist.⁹¹

An der Ruhr-Universität Bochum wurde 2001 das interdisziplinäre Horst-Görtz-Institut (HGI) für IT-Sicherheit gegründet, in welchem 26 Professuren forschen, um „europaweiten Defiziten in der IT-Sicherheitsforschung zu begegnen“.⁹² Das HGI zählt zu den wichtigsten Forschungseinrichtungen im Bereich der IT-Sicherheit europaweit,⁹³ seit 2019 wird hier im Rahmen der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern der Ex-

⁸⁹ Vgl. KLÖNNE A. / BOROWCZAK W. / VOELZKOW H.: Institutionen regionaler Technikförderung. Eine Analyse in Ostwestfalen-Lippe und im Östlichen Ruhrgebiet. Sozialverträgliche Technikgestaltung – Materialien und Berichte. Bd. 29. Opladen 1991, S. 93.

⁹⁰ Vgl. FRAUNHOFER-INSTITUT FÜR SOFTWARE- UND SYSTEMTECHNIK ISST (Hg.): Vom Software-Bauhaus zum Architekten der Informatik. 20 Jahre Fraunhofer ISST 1992–2012. Dortmund 2012.

⁹¹ Vgl. o.A.: Die Fakultät für Informatik gratuliert dem Fraunhofer-Institut für Software- und Systemtechnik ISST zum 25-jährigen Bestehen, online unter: http://www.cs.tu-dortmund.de/nps/de/Home/Newsarchiv/2017/2017_08_20__ISST-Geburtstag/index.html, 17.5.2020.

⁹² HORST-GÖRTZ-INSTITUT: Home, online unter <https://hgi.rub.de/home/>, 17.05.2020.

⁹³ Vgl. o.A.: HGI Nummer 1 in Europa im Computer Security Ranking 2019, online unter: https://hgi.rub.de/presse/aktuelles/news/hgi-nummer-1-in-europa-im-computer-security-ranking-2019/?tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=28da07ffd427b503420cc2d27aaee8d8, 17.5.2020.

zellenclusters „Cybersicherheit im Zeitalter großskaliger Angreifer“ (Casa) gefördert.⁹⁴ Der Rektor der Ruhr-Universität Bochum kommentierte die Bewilligung von Casa und einem weiteren, gemeinsam mit der TU Dortmund konzipierten Exzellenzcluster mit einer Prognose für den Standort Ruhrgebiet: „Durch die millionenschwere Förderung der beiden Cluster über sieben Jahre erhält das gesamte Ruhrgebiet einen zusätzlichen Schub. Es wird mehr und mehr zum attraktiven Standort international renommierter Forschung“.⁹⁵ Dieser Einschätzung schloss sich wenig später der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Martin Stratmann, an. Im Zuge der 2019 erfolgten Gründung des „Max-Planck-Instituts für Cybersicherheit und Schutz der Privatsphäre“, welches in Bochum angesiedelt sein wird, bezeichnete er die Ruhr-Universität als „führendes Zentrum in der Forschung zu Datensicherheit und Datenschutz“ und prophezeite: „Mit dem neuen Max-Planck-Institut für Cybersicherheit und Schutz der Privatsphäre werden wir die nationale und internationale Sichtbarkeit des Standorts in diesen Feldern noch einmal deutlich erhöhen.“⁹⁶

5.2. Die Ansiedelung von IT-Unternehmen: Die Beispiele Adesso, Materna und G Data

Im Folgenden wird die Ansiedelung von Unternehmen aus dem IT-Bereich am Beispiel der Materna Information & Communications SE (Societas Europea) und Adesso SE aus Dortmund sowie der G Data CyberDefense AG aus Bochum exemplarisch untersucht. Der Fokus liegt hierbei auf der Frage nach der Wirksamkeit der durch die Strukturpro-

⁹⁴ Vgl. zur Exzellenzstrategie <https://www.bmbf.de/de/die-exzellenzstrategie-3021.html>, zu dem Cluster <https://forschung.ruhr-uni-bochum.de/de/cyber-sicherheit-im-zeitalter-grossskaliger-angreifer>, 17.05.2020.

⁹⁵ WYLKOP J. / DRIESSEN M.: Zwei Exzellenzcluster bewilligt, online unter: <https://news.rub.de/presseinformationen/hochschulpolitik/2018-09-27-erfolg-zwei-exzellenz-cluster-bewilligt>, 17.5.2020.

⁹⁶ Vgl. HEGERSBERG P.: Zwei Spitzenforscher für IT-Sicherheit und Datenschutz. Die GWK stimmt der Gründung des Max-Planck-Instituts für Cybersicherheit und Privatsphäre zu – Gilles Barthe und Christof Paar werden Gründungsdirektoren vom 3.5.2019, <https://www.mpg.de/13412101/max-planck-institut-cybersicherheit-schutz-der-privatsphaere>, 28.2.2019.

gramme geschaffenen Strukturen für die Gründung und den Erfolg der im östlichen Ruhrgebiet ansässigen Unternehmen.

Das älteste der drei Unternehmen ist die Materna Information & Communications SE, die 1980 als Materna GmbH gegründet wurde. Die Gründer Winfried Materna und Helmut an de Meulen waren zum Zeitpunkt der Gründung beide an der Universität Dortmund im Bereich der Informatik tätig. Winfried Materna hatte in Berlin Mess- und Regeltechnik, sowie Elektrotechnik und Informatik studiert, dann an der Universität Hamburg eine Promotion in Informatik abgeschlossen, bevor er 1978 als Leiter eines Forschungsprojektes an die Universität Dortmund wechselte. Dort traf er auf Helmut an de Meulen, der nach einem Studium der Mathematik und Informatik in Bonn etwa zeitgleich ebenfalls eine Beschäftigung im Fachbereich Informatik aufnahm.⁹⁷ Die Gründer verzichteten in den ersten Jahren auf eigene Räumlichkeiten und erledigten die Aufträge am heimischen Küchentisch. Unterstützung erhielten Sie dabei von Werksstudenten. Der erste feste Mitarbeiter wurde 1984 eingestellt, als auch der Umzug in eigene Räumlichkeiten erfolgte. 1990 bezog das Unternehmen sein erstes eigenes Gebäude. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kamen zunehmend auch aus dem Technologiezentrum in Dortmund, die Universität blieb jedoch die wichtigste Rekrutierungsinstitution.⁹⁸ Heute beschäftigt Materna weltweit 2300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an 27 Standorten neben dem Dortmunder Hauptsitz und erwirtschaftete 2018 einen Umsatz von knapp 290 Millionen Euro.⁹⁹ Die Gründer, Helmut an de Meulen und der „Bill Gates von Dortmund“ Winfried Materna schieden 2015 aus der Geschäftsführung aus, wechselten in den Beirat und anlässlich des Rechtsformwechsels

⁹⁷ Vgl. die Informationen auf der Competence-Site über Materna und an de Meulen, online unter <https://www.competence-site.de/winfried-materna/> und <https://www.competence-site.de/helmut-an-de-meulen/>, 17.5.2020.

⁹⁸ Vgl. MATERNA W.: 30 Jahre Materna – Die Story. Informationstechnologie aus Dortmund über die Grenzen hinaus bekannt, in: Heimat Dortmund (wie in Anm. 77), S. 44–46.

⁹⁹ Vgl. MATERNA SE: Die Unternehmensgruppe, online unter https://www.materna.de/DE/Unternehmen/Materna-Gruppe/materna-gruppe_node.html, 17.5.2020.

von der GmbH zur Societas Europaea (SE) im Jahr 2018 in den Aufsichtsrat.¹⁰⁰

Fünf Jahre nach der Gründung der Materna entstand 1985 in Bochum GData als Gesellschaft bürgerlichen Rechts. Verglichen mit dem bei der Unternehmensgründung promovierten 36jährigen Materna und dem neun Jahre jüngeren Diplom-Informatiker an de Meulen, wiesen die Gründer von GData wenig formale Bildung im Bereich der Informatik auf. Kai Figge und Andreas Lünig waren bei der Gründung 19, bzw. 20 Jahre alt und der eine hatte gerade ein Studium an der Ruhr-Universität Bochum begonnen, während der andere noch zur Schule ging. In der elterlichen Garage in Bochum schrieben die beiden Gründer Programme für den Atari und entwickelten 1987 das erste kommerzielle Virenschutzprogramm. Mit dem zunehmenden Erfolg ihrer Firma brachen Figge und Lünig ihr Studium ab und widmeten sich ganz dem Unternehmen, welches nach einiger Zeit in die Räumlichkeiten des Innovations- und Gründerzentrums Friedrich der Große umzog. Dieses IGZ war 1988 von der Stadt Herne und dem Land NRW auf dem Gelände der stillgelegten Zeche Friedrich der Große gegründet worden.¹⁰¹ 1990 erfolgte die Umwandlung in eine GmbH, 1991 der Umzug zurück nach Bochum und im Jahr 2000 der Börsengang als GData Software AG.¹⁰² 2010 arbeiteten bereits ungefähr 300 Menschen für GData, 2020 sind es etwa 500. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rekrutieren sich laut GData zu großen Teilen aus den Absolventinnen und Absolventen der Revierhochschulen in Bochum, Dortmund und Gelsenkirchen.¹⁰³

¹⁰⁰ Vgl. SIEPE C.: Materna jetzt mit europäischer Rechtsform SE. Internationale Expansion wird durch neue Rechtsform SE auch nach außen deutlich, online unter: <https://www.materna.de/SharedDocs/Meldungen/DE/Pressemitteilungen/2018/Siepe/IT-Unternehmen-Materna-jetzt-mit-europaeischer-Rechtsform-SE.html>, 17.5.2020.

¹⁰¹ Vgl. LÜNIG A. / FIGGE K.: Virenschutz wurde im Ruhrgebiet erfunden. Von der Garagenfirma zum weltweit agierenden Mittelständler. Bochum 2015, S. 1.

¹⁰² Vgl. o.A.: 30 Jahre GData. Von der Studentenfirma zum Weltunternehmen. Bochum 2015, S. 2.

¹⁰³ Vgl. MEINKE U.: Die Virenjäger aus dem Revier. In: DER WESTEN vom 11.7.2010, online unter: <https://www.derwesten.de/wirtschaft/die-virenjaeger-aus-dem-revier-id-3220841.html>, 13.4.2020.

Die Gründung der adesso Beratungsgesellschaft für Software-Prozeß-Management mbH erfolgte im Jahr 1997 durch Volker Gruhn und Rainer Rudolf.¹⁰⁴ Beide waren bei der Unternehmensgründung etwa Mitte 30 und hatten in Dortmund Informatik studiert. Während Rudolf nach dem Studium Entwicklungsleiter bei einem Softwareunternehmen im Technologiepark Dortmund wurde, wurde Gruhn an der Dortmund Fakultät für Informatik promoviert, um dann einige Jahre im gerade gegründeten Fraunhofer Institut für Software- und Systemtechnik ISST zu arbeiten. Nach einem Wechsel in die Geschäftsführung eines Softwareunternehmens nahm er 1997 einen Ruf auf die Dortmunder Professur für Praktische Informatik an. 2002 wechselte er auf den Lehrstuhl für Telematik/E-business an der Universität Leipzig, bevor er 2010 die Professur für Software Engineering an der Universität Duisburg-Essen übernahm.¹⁰⁵ Drei Jahre nach der Gründung folgte die Umwandlung des im Dortmunder Technologiepark ansässigen Unternehmens in eine Aktiengesellschaft, zu diesem Zeitpunkt hatte das nun als adesso AG firmierende Unternehmen etwa 100 Mitarbeiter. Im Jahr 2020 beschäftigte die 2019 in eine Societas Europaea umgewandelte Gesellschaft über 4000 Mitarbeitende an 33 Standorten in Europa. Der Hauptsitz des Unternehmens ist nach wie vor Dortmund.¹⁰⁶

Dieser knappe Einblick in die Geschichte der drei Unternehmen illustriert die Bedeutung der Technologiezentren, der Universitäten und der außeruniversitären Forschungseinrichtungen für die erfolgreiche Ansiedelung und Entwicklung. So kamen die beiden Gründer der Materna über die

¹⁰⁴ Vgl. o.A.: adesso AG, online unter <https://doit.ai-do.de/gruendungen/profile/adesso-ag>, 17.05.2020.

¹⁰⁵ Vgl. GRUHN V.: Prof. Dr. Volker Gruhn, Vorsitzender des Aufsichtsrats, online unter <https://www.adesso.de/adesso/adesso-de/unternehmen/management/cvs/volkergruhn-vita.pdf>, 17.5.2020, die Homepage des Lehrstuhls für Software Engineering der Universität Duisburg-Essen, online unter <https://se.wiwi.uni-due.de/prof-volker-gruhn/>, 17.5.2020 und die Homepage des IT-Unternehmens W3L, online unter <https://www.w3l.de/de/ueber-w3l/management/>, 17.5.2020.

¹⁰⁶ Vgl. o.A.: Konzerngeschichte. Die Meilensteine der adesso AG im Überblick, online unter <https://www.adesso-group.de/de/adesso-group/konzern/meilensteine/index.jsp>, 18.5.2020.

Dortmunder Universität in die Stadt, wo sie Ende der 1970er-Jahre Anstellungen in der erst 1972 gegründeten Abteilung für Informatik fanden. In einem Rückblick anlässlich des 30jährigen Firmenjubiläums im Jahr 2010 berichten Winfried Materna und Helmut an de Meulen von der damals im Dortmunder Technologiepark herrschenden „Aufbruchstimmung“, die mit Blick auf die sich in dem Feld der IT eröffnenden Möglichkeiten entstanden war.¹⁰⁷

Zu genau dieser Zeit begannen auch Volker Gruhn und Rainer Rudolf in den frühen 1980er- Jahren ihr Studium der Informatik in Dortmund und fanden nach dem Diplom, bzw. der Promotion eine Perspektive im benachbarten Technologiepark – einer in einem der dort gegründeten Fraunhofer Institute, der andere in einem der dort ansässigen Unternehmen.

Der Ruhr-Universität Bochum kann schwerlich eine vergleichbare Bedeutung für die Gründung der GData zugeschrieben werden, wie sie der Dortmunder Universität bei der Gründung von Materna und adesso zukam, allerdings zog GData von der heimischen Garage in ein Innovations- und Gründerzentrum im benachbarten Herne, welches 1988 mit Unterstützung des Landes NRW geschaffen worden war und zu erschwinglichen Preisen Räumlichkeiten und Infrastruktur zur Verfügung stellte.¹⁰⁸ Auch wenn die institutionelle Anbindung an die Universität bei dem Bochumer Beispiel in der Gründungsphase weniger tief war als bei den beiden betrachteten Dortmunder Unternehmen, besteht nach Aussage der GData mittlerweile eine enge Kooperation zwischen einzelnen Lehrstühlen am Horst-Görtz-Institut für IT-Sicherheit der Ruhr-Universität Bochum und dem Unternehmen.

¹⁰⁷ o.A.: Das Herz am richtigen Fleck. In: Materna-Monitor 2/2010. 30 Jahre Materna, S. 17.

¹⁰⁸ Vgl. BOLSMANN T.: GData-Chef Andreas Lüning. Vom Jugendzimmer in die Welt. In: WAZ vom 21.4.2019, online unter: <https://www.waz.de/staedte/herne-wanne-eickel/gdata-chef-andreas-luening-vom-jugendzimmer-in-die-welt-id216992677.html>, 17.5.2020.

6. Fazit

Als der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) im Jahr 2019 das östliche Ruhrgebiet als „Hotspot für IT-Sicherheit“ bezeichnete, richtete sich diese Aussage auf die Entscheidung der Max-Planck-Gesellschaft, ein Institut für IT-Sicherheit in Bochum aufzubauen. Das Ruhrgebiet – und vor allem Dortmund und Bochum – hat sich auch abseits des Teilbereichs der IT-Sicherheit mit ihren Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen zu einem wichtigen Akteur für die Informationstechnologien entwickelt. Allerdings ist dieser, vom Regionalverband Ruhrgebiet zu einem der Leitmärkte der Region erhobene Bereich, trotz aller Euphorie über die jüngsten Erfolge weit davon entfernt, das Ruhrgebiet nach innen oder außen zu definieren. Auch die überregionale Bedeutung des Leitmarkts Digitale Kommunikation reicht bei weitem nicht an die frühere Rolle der Kohle und des Stahls aus dem Ruhrgebiet für Europa heran.

Das Ruhrgebiet wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einer montanindustriellen Führungsregion und blieb bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hinein eines der Steinkohle- und damit Energiezentren Europas. Erst mit dem Siegeszug des Öls und anderer Energieträger schwand die Dominanz des Ruhrgebiets, das damit auch in eine krisenhafte Phase stürzte, in welcher das Land NRW mit verschiedenen Programmen zur Strukturförderung versuchte, eine Perspektive für die Region und ihre Menschen jenseits der Montanindustrie zu schaffen.

2019 arbeiteten noch etwa 22 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten des Ruhrgebiets in dem „industriellen Kern“, einem weiteren der neun regionalen Leitmärkte, während auf den Leitmarkt Digitale Kommunikation 3,3 Prozent der Beschäftigten entfielen. Damit ist die Digitale Kommunikation der kleinste der Leitmärkte, weist jedoch zugleich die größte Dynamik auf: so lag das Wachstum der Branche im Jahr 2019 über dem Bundestrend.¹⁰⁹

¹⁰⁹ BUSINESS METROPOLE RUHR GmbH (Hg.): Wirtschaftsbericht Ruhr 2019, online unter https://business.metropoleruhr.de/fileadmin/user_upload/Wirtschaftsbericht_RUHR.pdf, 17.5.2020, S. 4, 6, 14.

Der Beitrag hat versucht nachzuzeichnen, wie die Ansiedelung digitaler Technologien in der montanindustriell geprägten Wirtschaftsstruktur des Ruhrgebiets gelingen konnte und welche Rolle dabei die Strukturförderung des Landes NRW spielte. Hierzu wurden die Förderprogramme des Landes hinsichtlich der auf die Förderung der Informationstechnologien zielenden Instrumente untersucht und anschließend die Wirkung der Programme auf Wissenschaft und Unternehmen herausgearbeitet.

Hierbei zeigte sich, dass die Gründungsgeschichte von zwei der drei exemplarisch untersuchten Unternehmen eng mit der Abteilung für Informatik der Dortmunder Universität verknüpft ist. So hatten die Gründer der Materna, Winfried Materna und Helmut an de Meulen, zwar an anderen Standorten studiert, waren aber einige Jahre vor der Gründung beide Mitarbeiter an der Abteilung für Informatik. Die etwas später geborenen Gründer der adesso, Volker Gruhn und Rainer Rudolf, hatten beide in Dortmund Informatik studiert und fanden ihre ersten beruflichen Stationen in dem die Universität umgebenden Technologiepark. Der frisch promovierte Gruhn in einem der außeruniversitären Forschungsinstitute, Rudolf in einem im Technologiepark ansässigen Softwareunternehmen. Zum Zeitpunkt der Gründung des Unternehmens im Jahr 1997 war Volker Gruhn als Professor für Praktische Informatik nach Dortmund zurückgekehrt, die erste Adresse des jungen Unternehmens fand sich im dortigen Technologiepark.

Auch wenn Kai Figge und Andreas Lüning in der Gründungsphase von GData keine vergleichbare institutionelle Nähe zu einer Universität aufwiesen und ihr Unternehmen ohne formale Bildung im IT-Bereich aufbauten, profitierten auch sie von den Technologiezentren, als sie aus ihrer Garage in ein Innovations- und Gründerzentrum im benachbarten Herne umzogen. Mittlerweile ist GData mit der Ruhr-Universität und dem dort ansässigen Horst-Görtz-Institut für IT-Sicherheit vernetzt.

Bedeutend für die Gründung der Unternehmen waren also der Dortmunder Fachbereich Informatik, welcher dem Erwerb formaler Bildung im Bereich der Informationstechnologien diente und zugleich Wissenschaftler in die Region holte. Die im Rahmen der Strukturförderung ent-

standenen Technologie- und Gründerzentren boten jungen Unternehmen zum einen eine Möglichkeit zur günstigen Anmietung von Büroräumen und zum anderen führte die Gründung der Technologiezentren in unmittelbarer Nähe der Universitäten zumindest im Fall Dortmunds zum Entstehen größerer Technologieparks – also Agglomerationen von Unternehmen und auf anwendungsorientierte Forschung ausgerichteten Institutionen, wie das Fraunhofer ISST in Dortmund, welche ebenso wie die Technologiezentren als Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Industrie fungierten.

Die Strukturförderung des Landes, beginnend mit der Gründung der ersten Ruhrgebietsuniversität in Bochum in den 1960er-Jahren über die Schaffung von Forschungszentren und dem Kampf um die Ansiedelung von Fraunhofer Instituten im Ruhrgebiet kann im Hinblick auf die Informationstechnologien als durchaus erfolgreich bezeichnet werden. Nicht zu vernachlässigen ist auch die Förderung der Datenverarbeitung als innovative Technologie durch Bund und Länder, von der auch die Dortmunder Universität profitieren konnte und die großen Einfluss auf die Schaffung von Informatik-Lehrstühlen hatte. So etablierte sich in der ehemaligen Montanregion die Informationstechnologie als dynamischer Wirtschaftszweig, auch wenn die zeitgenössische Kritik der mangelnden Aufnahmefähigkeit der neuen Branchen sich in den aktuellen Zahlen noch immer zeigt. Nur im Leitmarkt Bildung und Wissen werden noch weniger Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt als im Leitmarkt Digitale Kommunikation.¹¹⁰

Spannend für weiterführende Untersuchungen wäre ein Vergleich der Gründerszene im Bereich IT des Ruhrgebiets mit ihren Pendanten in anderen Regionen, um so eventuelle Spezifika herausarbeiten zu können. Versuche der Ansiedelung neuer als innovativ geltender Branchen in anderen ehemaligen Industrieregionen bieten ebenfalls eine vielversprechende Vergleichsebene. Auch eine Erweiterung des Unternehmenssamples könnte neue Erkenntnisse über die geographische Herkunft der Grün-

¹¹⁰ Vgl. ebd., S. 13f.

derinnen und Gründer von IT-Unternehmungen im Ruhrgebiet zu Tage fördern und vielleicht Aufschluss darüber bringen, ob und in welcher Zahl Unternehmen ihre Tätigkeit in die Region verlagerten, um von den lokalen Standortvorteilen zu profitieren. Die bisher recht überschaubare Quellenlage könnte dabei um Experteninterviews mit Gründerinnen und Gründern als Oral History-Quellen¹¹¹ erweitert werden. Hierdurch könnte auch die Motivation der handelnden Akteure in einer größeren Schärfe nachgezeichnet werden. Recherchen in den Archiven der Universitäten könnten unser Wissen über die Motive bei der Einrichtung von einschlägigen Lehrstühlen oder die Verbindung zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen vergrößern.

Hierdurch könnte ein weiterer Schritt für die Erforschung des langsamen Weges des Ruhrgebiets von Kohle und Stahl zu anderen Wirtschaftsbe-
reichen gegangen und damit ein Beitrag zu der vergleichenden Analyse europäischer Regionen im Strukturwandel in den letzten Dekaden des 20. Jahrhunderts geleistet werden.

¹¹¹ Zu den Vorteilen (und auch Einschränkungen) dieses methodischen Zugangs vgl. den Beitrag von Walter M. Iber und Thomas Krautzer in diesem Band.

Wirtschaft und Region – Transformationsprozesse seit den 1980er-Jahren: Das Beispiel Ostdeutschland¹

Mirko Titze

1. Einleitung

Der vorliegende Beitrag beschreibt die Transformationsprozesse, die Ostdeutschland seit den 1980er-Jahren durchlaufen hat. Unter Ostdeutschland versteht dieser Beitrag die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie Berlin. In den letzten einhundert Jahren durchlebte diese Region mehrere gravierende Umbrüche – zu den bedeutendsten zählen der Zweite Weltkrieg sowie die deutsche Teilung und die Wiederherstellung der deutschen Einheit. Diese Ereignisse stehen in einem historischen Zusammenhang und werfen ihre Schatten bis in die heutige Zeit. Der Beitrag beginnt daher mit einer Darstellung der politischen und ökonomischen Situation zum Ende des Zweiten Weltkriegs, welche die Entwicklung in Ostdeutschland während der deutschen Teilung maßgeblich mitgeprägt hat (Kapitel 2). Als Folge der Beschlüsse der Siegermächte gelangte das Gebiet des heutigen Ostdeutschlands in den Einflussbereich der Sowjetunion. Die im Jahr 1949 gegründete Deutsche Demokratische Republik (DDR) baute – nach dem Vorbild der Sowjetunion – ein System der Zentralverwaltungswirtschaft auf. Dieses Wirtschaftssystem offenbarte in der Praxis gravierende Mängel, die wesentlich zum Zusammenbruch der DDR in den späten 1980er-Jahren beitrugen. Nach den ersten freien und geheimen Wahlen in der DDR im März 1990 kam eine konservativ geführte Regierung ins Amt, die unverzüglich Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland (BRD) über einen Beitritt der DDR zum Bundesgebiet aufnahm (Kapitel 3). Die Vertragsparteien trafen Vereinbarungen zur Überführung

¹ Der Autor bedankt sich bei Gerhard Heimpold, Walter M. Iber und Thomas Krautzer sowie den Teilnehmern der Grazer Wirtschaftshistorische Dialoge IV: Wirtschaft und Region – Transformationsprozesse seit den 1980er-Jahren, welche am 10. Dezember 2019 am Institut für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte an der Universität Graz stattgefunden haben, für die so zahlreichen Anregungen und Hinweise.

des Systems der Zentralverwaltungswirtschaft in das System der sozialen Marktwirtschaft, welches in der BRD seit den 1950er-Jahren etabliert war. Die Transformation ging einher mit tiefgreifenden Anpassungsprozessen in der ostdeutschen Ökonomie (Kapitel 4). Zwei Fallstudien verdeutlichen, dass diese Anpassungsprozesse zu unterschiedlichen regionalen Entwicklungen führten (Kapitel 5). Die einschlägige Literatur betrachtet den Transformationsprozess um die Jahrtausendwende als abgeschlossen. Gleichwohl sieht sich die ostdeutsche Wirtschaft auch danach weiteren großen Herausforderungen gegenüber, zu denen vor allem die demografische Entwicklung zählt (Kapitel 6).

2. Ökonomische Situation zum Ende der DDR

2.1. Schweres Erbe nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs

Als Folge des Zweiten Weltkriegs und der deutschen Teilung veränderten sich die in Deutschland vorherrschenden Produktionsstrukturen massiv. Bestehende Produktions- und Endkundenverflechtungen zerrissen quasi über Nacht. Zu den fünf wichtigsten Regionen beim Nettoproduktionswert der Industrie im Jahr 1936 gehörten die Rheinprovinz sowie Westfalen (auf dem Gebiet der späteren BRD) und das Land Sachsen, Berlin sowie die Provinz Sachsen (auf dem Gebiet der späteren DDR).² Diese fünf Regionen erbrachten zusammen 50,1 Prozent des Nettoproduktionswertes in der Industrie.³

Die Industriestruktur in der Rheinprovinz und Westfalen war stark rohstoffbasiert. Im Bergbau nahmen diese Regionen den Spitzenplatz in Deutschland ein. Etwa die Hälfte des Nettoproduktionswertes in der eisenschaffenden Industrie war in der Rheinprovinz konzentriert, ein Drittel der Eisen- und Stahlwarenindustrie entfiel auf die Provinz West-

² Die Rheinprovinz und die Provinz Westfalen decken das heutige Gebiet des Landes Nordrhein-Westfalen ab. Die Provinz Sachsen stellt einen Gebietsteil des heutigen Landes Sachsen-Anhalt dar.

³ REICHSAMT FÜR WEHRWIRTSCHAFTLICHE PLANUNG: Die deutsche Industrie. Gesamtergebnisse der amtlichen Produktionsstatistik. Schriftenreihe des Reichsamts für wehrwirtschaftliche Planung. Heft 1. Berlin 1939, S. 114.

falen. Die Produktionsstrukturen im Land Sachsen und in Berlin zeichnen sich dagegen durch das Fehlen einer eigenen Rohstoffbasis aus. Ein Drittel des Nettoproduktionswertes in der deutschen Textilindustrie entfiel auf das Land Sachsen. In diesem Sektor war Sachsen der wichtigste Produktionsstandort in Deutschland. Zudem war dieses Land der größte Produzent von Textilmaschinen und gehörte neben Berlin und Württemberg zu den bedeutendsten Standorten im Werkzeugmaschinenbau. Berlin stellte das Zentrum der elektrotechnischen Industrie dar. Mehr als die Hälfte des Nettoproduktionswertes in Deutschland in diesem Sektor entfiel auf Berlin. Anders als das Land Sachsen und Berlin verfügte die Provinz Sachsen über nennenswerte Vorkommen beim Rohstoff Braunkohle. Nach der Rheinprovinz war die Provinz Sachsen der zweitwichtigste Standort in Deutschland für die Chemische Industrie. Auch beim Maschinenbau nahm diese Region eine bedeutende Stellung in Deutschland ein.⁴

Im Potsdamer Abkommen regelten die Siegermächte die Verwaltung Deutschlands in vier Besatzungszonen. Die deutsch-polnische Grenze legten die Alliierten auf die Oder-Neiße-Linie fest. Die Gebiete Pommern, Schlesien, Posen-Westpreußen gingen an Polen. Ein Teil Ostpreußens wurde der Sowjetunion zugeteilt, der andere Polen. Die Gebietsabtretungen betrafen damit den östlichen Teil des Vorkriegs-Deutschlands. Die Städte Küstrin, Frankfurt an der Oder, Guben, Forst, Bad Muskau und Görlitz wurden durch die neue deutsch-polnische Grenze geteilt.⁵

Das Potsdamer Abkommen regelte zudem die Zahlung von Reparationen, wobei der Sowjetunion sehr weitgehende Ansprüche in Ostdeutschland zugestanden wurden.⁶ Die Vereinigten Staaten stellten für Westeuropa ein

⁴ REICHSAMT FÜR WEHRWIRTSCHAFTLICHE PLANUNG (wie in Anm. 3), S. 114–118.

⁵ Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin [(„Potsdamer Abkommen“) vom 2. August 1945]. Abschnitt IX. Online: <http://www.documentarchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html>, 25.02.2020.

⁶ Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin (wie in Anm. 5), Abschnitte III und IV. Zu den Reparationen: KARLSCH R.: Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–1953. Berlin 1998.

umfangreiches Wiederaufbauprogramm (Marshall-Plan) bereit, wohingegen vergleichbare Programme für die Gebiete unter sowjetischer Besatzung nicht existierten.

Die zunehmenden Spannungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion führten zur deutschen Teilung, die sich in der Gründung von zwei deutschen Staaten, der BRD und der DDR, im Jahr 1949 manifestierte. Während die BRD das System der sozialen Marktwirtschaft einführte, orientierte sich die DDR am Vorbild der Sowjetunion mit einer zentral gelenkten Planwirtschaft. Der Teilungsprozess ging einher mit einer massiven Abwanderung mittelständischer Unternehmer, aber auch von Konzernen (bspw. Siemens) in Richtung Westen, sowie einem Zusammenbruch der historisch gewachsenen innerdeutschen Lieferverflechtungen. Damit fehlte der DDR-Wirtschaft ein Zugang zu wichtigen Vorprodukten für die in Ostdeutschland beheimateten Produktionsstandorte, insbesondere zu Erzeugnissen der eisenschaffenden Industrie sowie der Eisen- und Stahlwarenindustrie. Die DDR-Führung reagierte darauf mit dem Aufbau von Industriestandorten, die unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten und ohne die vorliegenden Hemmnisse im innerdeutschen Handel nicht entstanden wären.⁷ Prominente Beispiele dafür sind der Aufbau der Eisen- und Stahlindustrie in Eisenhüttenstadt an der Grenze zu Polen und die Werft- und Hafenindustrie in den Ostseestädten Wismar, Rostock und Stralsund.

2.2. Ökonomische Lage in den späten 1980er-Jahren

Obwohl die DDR nach dem Zweiten Weltkrieg große wirtschaftliche Aufbauanstrengungen unternahm, konnte sie nie zum Wachstumspfad der BRD aufschließen.⁸ In der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre trat die Wachstumsschwäche der DDR-Wirtschaft immer offener zu Tage.

⁷ KIND G.: Territorialentwicklung und Territorialplanung in der DDR. Ergebnisse und Auswirkungen auf die Raumstruktur Deutschlands. In: BECKER A. (Hg.): Regionale Strukturen im Wandel. Wiesbaden 1997, S. 17–103, hier speziell S. 53.

⁸ BLUM U.: Eastern Germany's economic development revisited: path dependence and economic stagnation before and after reunification. In: *Post-Communist Economies*, Jg. 25/1 (2013), S. 37–58.

Betrag das jährliche durchschnittliche Wachstum im Zeitraum 1981–1985 noch 4,5 Prozent, so fiel der Wert in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre auf 3,1 Prozent zurück. Der Volkswirtschaftsplan sah für den Zeitraum 1986–1989 ein jährliches durchschnittliches Wachstum in Höhe von 4,8 Prozent vor. Die Arbeitsproduktivität blieb massiv hinter den Erwartungen zurück. Sie lag in den späten 1980er-Jahren bei gerade einmal einem Drittel des Niveaus der BRD. Aufgrund unterlassener Investitionen war der öffentliche und betriebliche Kapitalstock zu 50 Prozent und mehr verschlissen. Für notwendige Reparaturen musste Personal vorgehalten werden, was zu Lasten der Produktivität ging. Investitionen erfolgten sehr einseitig vor allem in Vorzeigeprojekten der Mikroelektronik und Vorhaben der Energiewirtschaft sowie im Wohnungsbau. Der Lebensstandard erreichte für die Waren des täglichen Bedarfs ein ausreichendes Niveau, auf die Versorgung mit Südfrüchten sowie industriell hergestellten Konsumgütern trifft dieser Befund allerdings nicht zu. Wohnungsmieten waren auf den Stand des Jahres 1936 eingefroren. Die Führung der DDR etablierte zudem ein umfassendes System von Preisstützungen, etwa für Wohnungsmieten, Lebensmittel, den Öffentlichen Personennahverkehr und Bücher, was den Staatshaushalt entsprechend belastete. Der Außenhandel war durch ein System umfassender Devisenbewirtschaftung gekennzeichnet. Die DDR-Führung versuchte, Importe zu vermeiden und Exporte (um jeden Preis) zu stärken. Der Außenhandel wurde von spezialisierten Außenhandelsunternehmen organisiert. Mit dem Beginn der Ölkrise in den 1970er-Jahren erhöhte die Sowjetunion die Preise für die Erdöllieferungen. Gegenüber den Staaten des Westens baute sich aufgrund von Kreditaufnahmen und Zinsen ein hoher Schuldenberg auf.^{9 10}

⁹ DEUTSCHER BUNDESTAG: Schlußbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“. Bundestags-Drucksache 13/11000, 10.06.98, S. 66–71.

¹⁰ SCHÜRER G. / BEIL G. / SCHALCK A. / HÖFNER E. / DONDA A.: Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen. Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, 30.10.1989. Ein PDF zu diesem Dokument ist unter folgendem Link abrufbar: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/w5.grenze.1989_10_30_PB_Vorlage_Schuerers_Krisen_Analyse_BArch_DY%2030_J_IV_2_2A_3252.pdf, 8.10.2020, Mozilla Firefox.

2.3. Funktionsprobleme des Wirtschaftssystems der DDR

Die mangelnde Leistungsfähigkeit des DDR-Wirtschaftssystems hatte ihre Ursache in gravierenden Funktionsproblemen. Hierzu gehörte vor allem die Überforderung der Planungssysteme. Entscheidungen wurden von der DDR-Führung wider ökonomischer Vernunft getroffen, der Primat der Politik genoss Vorrang.¹¹ Spätestens im Zuge der letzten Verstaatlichungswelle in den 1970er-Jahren wurde der private wirtschaftliche Mittelstand in der DDR marginalisiert.¹² Das „Volkseigentum“ und die Preisbildung boten nur unzureichende Anreize für effizientes Wirtschaften. Das Unternehmertum hat damit einen schweren Dämpfer erfahren, da Eigeninitiative nicht belohnt wurde.¹³ Andererseits wusste die DDR-Bevölkerung durchaus Nischen für privatwirtschaftliche Tätigkeiten zu nutzen, etwa im Rahmen von Aktivitäten einer „zweiten Lohntüte“. Hierunter verstand man Arbeiten im handwerklichen Bereich oder der Landwirtschaft nach Feierabend, die jenseits der staatlich festgesetzten Preise stattfand, sich also an marktlichen Gegebenheiten orientierte.¹⁴

Die beschriebenen Funktionsschwächen schlugen sich in ineffizienten Produktionsstrukturen nieder, weil die Betriebe aufgrund permanenter Knappheit eine exzessive Lagerhaltung betrieben und eine hohe Produktionstiefe aufwiesen. Obwohl ein Bezug von Ersatzteilen und Vorproduk-

¹¹ Die Begründung politischer Entscheidungen basierte häufig auf dem Prinzip „Die Partei hat immer Recht“ (Text und Musik Louis Fünberg [1909–1957]).

¹² Einen gelungenen Überblick über die Aktivitäten von inhabergeführten Unternehmen auf dem Gebiet Ostdeutschlands im 20. Jahrhundert liefert STIFTUNG FAMILIEN-UNTERNEHMEN (Hg.): Industrielle Familienunternehmen in Ostdeutschland. Von der Jahrhundertwende bis zur Gegenwart, erstellt von Dr. Rainer Karlsch und PD Dr. Michael Schäfer. München 2019.

¹³ Dieser Aspekt wird auch als eine Ursache dafür angesehen, dass der wirtschaftliche Aufholprozess sich nach relativ kurzer Zeit deutlich abschwächte und bis heute ein breiter „großer“ Mittelstand in Ostdeutschland fehlt. Vgl. FRITSCH M. / KRISTALOVA M. / WYRWICH M.: One transition story does not fit them all. Initial regional conditions and new business formation after socialism. Jena Economic Research Papers #2020-014, abrufbar unter: http://www2.wiwi.uni-jena.de/Papers/jerp2020/wp_2020_014.pdf, 8.10.2020, Mozilla Firefox.

¹⁴ SCHWARZER O.: Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR – Ergebnisse eines Ordnungspolitischen Experiments (1945–1989). Stuttgart 1999.

ten von spezialisierten Zulieferern ökonomisch vernünftiger gewesen wäre, entschieden sich die Betriebe häufig für eine Do-it-Yourself-Strategie. Das Planungssystem konnte zudem nicht flexibel genug auf Änderungsbedarfe reagieren. Diese Verharrungstendenzen stellten zugleich Innovationsbarrieren dar. Die Unzufriedenheit der DDR-Bevölkerung äußerte sich in den massiven Abwanderungen bis 1961 sowie ab 1989, was für die DDR-Wirtschaft einen erheblichen Verlust von Humankapital bedeutete. Weitere Belastungen lagen in den hohen Ausgaben für innere und äußere Sicherheit sowie in dem in Abschnitt 2.1 beschriebenen ökonomischen Folgen des Zweiten Weltkriegs (Reparationszahlungen, Aufbau von Industrien aufgrund zerrissener Produktionsverflechtungen durch die deutsche Teilung).¹⁵

3. Entwicklung Ostdeutschlands seit 1990

3.1. Prozess der Wiederherstellung der deutschen Einheit¹⁶

Ab dem Sommer 1989 stiegen die nichtgenehmigten Ausreisen von Bürgern aus der DDR sprunghaft an. Dies geschah zunächst vor allem über die ungarisch-österreichische Grenze und später über die Botschaften der BRD in Budapest, Prag und Warschau. Polen, Ungarn und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik (ČSSR) galten als beliebte Urlaubsländer für Bürger der DDR. Diese Länder gehörten, wie die DDR, zum Einflussbereich der Sowjetunion, weshalb Reisen dorthin möglich waren. Reisen in westliche Länder waren gar nicht oder nur in ganz wenigen Ausnahmefällen möglich. Der Druck auf die Führung der DDR erhöhte

¹⁵ DEUTSCHER BUNDESTAG (wie in Anm. 9), S. 71–77.

¹⁶ Eine empfehlenswerte wissenschaftliche Standard-Literatur zum Thema Umbruch und Öffnung im Zeitraum 1989–1992 ist SINN H.-W. / SINN G.: Jumpstart. The Economic Unification of Germany. Cambridge / London 1992. Weitere überblicksartige Darstellungen halten IWH / DIW / IFO DRESDEN / IAB / HOF / RWI: Wirtschaftlicher Stand und Perspektiven für Ostdeutschland. Studie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern. IWH-Sonderheft 2/2011. Halle (Saale) 2011 (insbesondere Kapitel I: Die Bilanz der Deutschen Einheit) sowie LUDWIG U.: Mikrofundierte makroökonomische Resultate der ostdeutschen Transformationswirtschaft. In: Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle, IWH (Hg.): Ostdeutschland. Eine Bilanz. Festschrift für Gerhard Heimold. Halle (Saale) 2020, S. 16–3.

sich massiv – auch wegen der zunehmenden Demonstrationen –, weshalb Erich Honecker, der als Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, als Staatsratsvorsitzender und als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrats fungierte, am 18.10.1989 von seinen Ämtern entbunden wurde. Am 09.11.1989 öffneten die Grenzsicherungsorgane auf Druck der Bevölkerung schließlich Übergangsstellen nach West-Berlin und die BRD. Es setzte ein umfassender politischer Erneuerungsprozess ein, der zu den ersten freien Wahlen in der DDR am 18.03.1990 führte. Aus diesen Wahlen ging eine konservativ geführte Regierung als Sieger hervor, die zügige Verhandlungen mit der Regierung der BRD über einen raschen Beitritt der DDR in Gang setzte. Am 01.07.1990 startete die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Ein nach dem Alter gestaffelter Geldbetrag (Personen älter als 60 Jahre: bis zu 6000 Mark; Personen jünger als 60 Jahre und älter als 14 Jahre: bis 4000 Mark; Personen jünger als 14 Jahre: bis zu 2000 Mark) durfte zum Kurs 1 Mark der DDR zu 1 Deutschen Mark (DM) umgetauscht werden. Alle darüber hinaus gehenden Geldbeträge wurden mit einem Kurs von 2 Mark der DDR zu 1 DM berücksichtigt. Wiederkehrende Zahlungen (Löhne, Gehälter, Stipendien, Renten, Mieten und Pachten) wurden im Verhältnis 1 zu 1 umgestellt. Ebenfalls am 01.07.1990 traten Regelungen zur Privatisierung des Volkseigentums (Treuhandgesetz) in Kraft. Am 03.10.1990 lösten sich die Bezirke der DDR auf, und es bildeten sich die fünf neuen Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Die fünf neuen Länder und der Ostteil Berlins traten zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD bei.¹⁷

3.2. Transformationsschock

Der Start der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion war mit einer schlagartigen Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft verbunden. Für die ostdeutschen Unternehmen bedeuteten die Modalitäten der Währungsumstellung eine massive reale Aufwertung. Die Lieferverflechtungen zwischen ostdeutschen Betrieben

¹⁷ SINN / SINN (wie in Anm. 16), S. 6–17.

brachen in vielen Fällen auseinander¹⁸. Ferner löste sich der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) auf, mit dessen Mitgliedsländern umfassende Handelsbeziehungen bestanden. Auf der Grundlage von Tarifverträgen stiegen Löhne und Gehälter – gemessen an der Produktivität in Ostdeutschland – viel zu schnell. Investitionsvorhaben verzögerten sich, weil Eigentumsverhältnisse ungeklärt waren. Die Privatisierung erfolgte anfangs nach dem Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“. Dieses Prinzip wurde später allerdings modifiziert. Vor diesem Hintergrund kam es zu einem massiven Einbruch bei der Produktion: Die Industrieproduktion sank im Laufe des Jahres 1991 auf ein Drittel ihres Ausgangswertes. Selbst das gegen Schwankungen weniger anfällige Bruttoinlandsprodukt brach um 35 Prozent ein. Bis zum Ende des Jahres 1991 schnellte die effektive Arbeitslosenrate auf 30 Prozent empor. In dieser Definition beinhaltet die Arbeitslosenrate neben den Arbeitslosen auch Personen, die an Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik teilnehmen.¹⁹ Diese Entwicklung war begleitet von einer massiven Abwanderung aus Ost- nach Westdeutschland. Von 1989 bis 2006 sind per Saldo 1,74 Mio. Menschen aus Ostdeutschland weggezogen, wobei das Gros der Abwanderung in den Jahren 1989 und 1990 stattfand.²⁰

3.3. Anpassungsprozesse

Die erste Hälfte der 1990er-Jahre war durch eine beachtliche Annäherung der ostdeutschen Wirtschaft an das westdeutsche Niveau bei der Wirtschaftsleistung pro Erwerbstätigem (Produktivität) gekennzeichnet (linker Teil von Abbildung 1).

Die Konvergenz hat sich allerdings Mitte der 1990er-Jahre deutlich verlangsamt. Der rechte Teil von Abbildung 1 verdeutlicht, dass die Lücke zwischen Ost- und Westdeutschland bei der Produktivität stärker ausgeprägt ist als bei einer Differenzierung Deutschlands in eine Nord- und

¹⁸ ALBACH H.: *Zerrissene Netze: eine Netzwerkanalyse des ostdeutschen Transformationsprozesses*. Berlin 1993.

¹⁹ SINN / SINN (wie in Anm. 16), S. 29–43.

²⁰ SCHNEIDER L. / KUBIS A.: *Im Fokus: Wanderungsverhalten der Ostdeutschen*. In: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 4 (2008), S. 128–131.

eine Süd-Makroregion. Bei letzterer Betrachtungsweise ist ein leichtes Auseinanderdriften bei der Produktivität seit den 2000er-Jahren zu beobachten.²¹

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist das Verhältnis zwischen der Produktion und dem Verbrauch in Ostdeutschland. Dieses Verhältnis gibt Auskunft darüber, ob die Produktion in den neuen Ländern ausreicht, um den Bedarf an Gütern, also Waren und Dienstleistungen, für Investitionen und Konsum zu decken. Ist die Produktion zu niedrig, dann lässt sich ein bestimmtes Verbrauchsniveau nur aufrechterhalten, wenn Güter aus „dem Ausland“ importiert werden. Problematisch wird es dann, wenn eine Volkswirtschaft dauerhaft von diesen Transfers abhängig wird – also aus eigener Kraft nicht in der Lage ist, ihren Bedarf an Waren und Dienstleistungen zu decken. In solchen Situationen kann ein bestimmtes Versorgungsniveau nur aufrechterhalten werden, wenn „das Ausland“ bereit ist, diese Transfers – für die es keine Gegenleistung erhält – bereit zu stellen. Die Empfängerregion ist also auf die Solidarität der Geberregion angewiesen, die ja nun weniger verbraucht als sie selbst herstellt. Im Falle Ostdeutschlands wird die Lücke zwischen Verbrauch und Produktion durch Transfers aus den alten Ländern gedeckt.²² Hier zeigt Abbildung 2, dass die ostdeutsche Wirtschaft auch 25 Jahre nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit von Transfers abhängig ist. Der Überschuss des Verbrauchs über die Produktion gleicht sich vor allem über die Sozialversicherungssysteme und Pendlereinkommen aus. Dieser Überschuss betrug im Jahr 1991 mehr als 80 Mrd. Euro (rund 6 Prozent der westdeutschen Produktionsleistung), stieg bis zum Jahr 1994 an und sinkt seitdem kontinuierlich. Im Jahr 2015 liegt er bei ca. 30 Mrd. Euro (1,2 Prozent des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts).²³

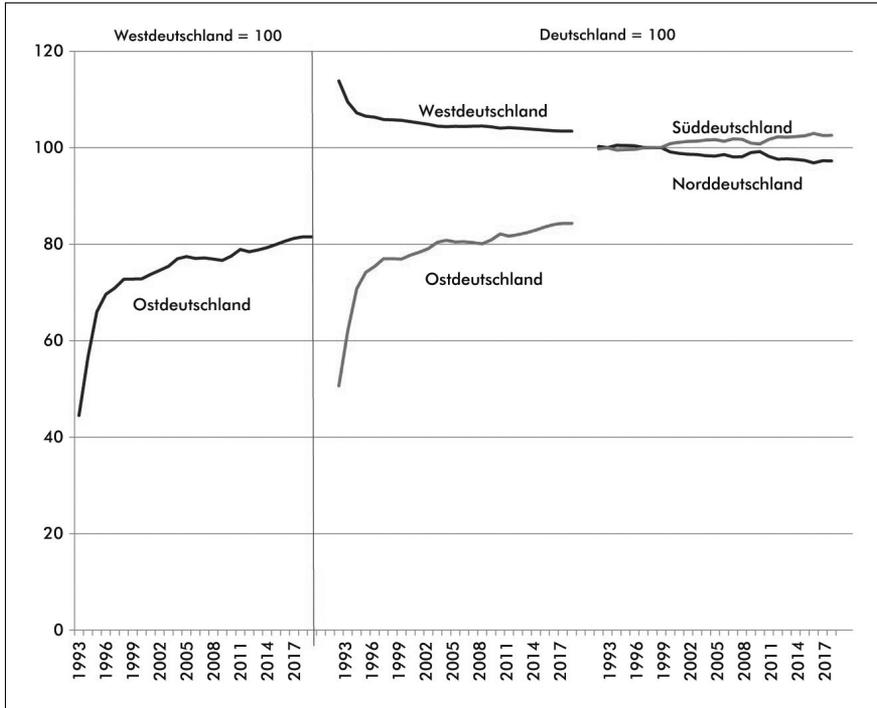
²¹ LEIBNIZ-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG HALLE (IWH) (Hg.): Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall. Halle (Saale) 2019, S. 35.

²² Vgl. hierzu auch die Diskussion in LEHMANN H. / LUDWIG U. / RAGNITZ J.: Originäre Wirtschaftskraft der neuen Länder noch schwächer als bislang angenommen. In: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 5 (2005), S. 134–145.

²³ IWH (wie in Anm. 21), S. 64.

Abb. 1: Produktivitätsunterschiede in Deutschland vom West-Ost-Gefälle geprägt

– Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen –



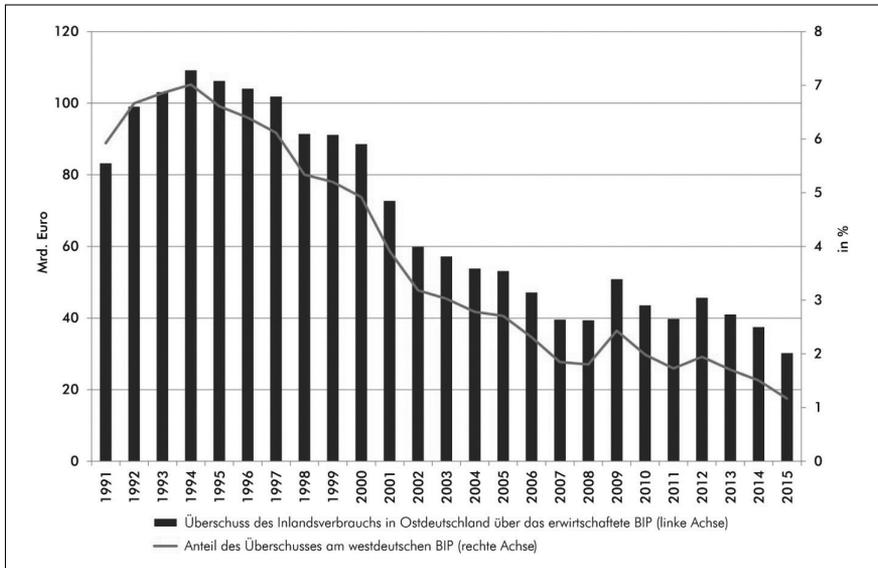
Norddeutschland: Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein; Süddeutschland: Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Thüringen.

Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2018; Nord-Süd-Einteilung nach The Economist vom 19.08.2017 (online); Berechnungen und Darstellung des IWH zitiert nach IWH 2019.²⁴

²⁴ Ebd., S. 35.

Abb. 2: Ostdeutschlands Transferabhängigkeit ist gesunken, sie besteht aber fort

– Differenz zwischen Verwendung und Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland (mit Berlin), absolut und relativ zum westdeutschen Bruttoinlandsprodukt –



Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2018; Berechnungen und Darstellung des IWH zitiert nach IWH 2019.²⁵

4. Ost-West-Entwicklungsunterschiede

In der wirtschaftswissenschaftlichen Debatte wird häufig argumentiert, dass der Entwicklungsrückstand Ostdeutschlands hinsichtlich der Produktivität gegenüber Westdeutschland auf eine zu kleinteilige Betriebsgrößenstruktur zurückzuführen sei, in der auch wichtige Unternehmensfunktionen (Forschung und Entwicklung, Marketing, Controlling), die sich vor allem in Konzernzentralen angesiedelt haben, unterrepräsentiert

²⁵ Ebd., S. 64.

sind. Große Unternehmen können zudem eine ganze Reihe von Skalenvorteilen ausschöpfen, was ihnen zu Produktivitätsgewinnen verhilft.

In der Tat offenbart Abbildung 3, dass von den Top-500-Unternehmen des Jahres 2016 lediglich 36 ihren Standort in den neuen Ländern und Berlin haben. Damit liegen nur rund 7 Prozent der Konzernzentralen in Ostdeutschland. Der Anteil müsste bei etwa 20 Prozent liegen, wenn der Anteil der in den neuen Ländern und Berlin lebende Anteil der Bevölkerung zugrunde läge.²⁶

Der linke Teil von Abbildung 4 bestätigt, dass auch heute noch in Ostdeutschland mit 7,6 Prozent ein geringerer Anteil der Beschäftigten in großen Betrieben (mit mehr als 249 Beschäftigten) tätig ist als in Westdeutschland, wo der Anteil bei 22,9 Prozent liegt. Wird aber die Arbeitsproduktivität zwischen ost- und westdeutschen Betrieben in der jeweiligen Betriebsgrößenklasse verglichen, dann zeigt sich gemäß einer Untersuchung des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)²⁷, dass dieser Unterschied über alle Betriebsgrößenklassen hinweg bestehen bleibt (rechter Teil von Abbildung 4). Die Differenz reicht von 5200 Euro pro Beschäftigtem bei kleinen Betrieben (bis 49 Beschäftigte) über 16.700 Euro pro Beschäftigtem bei großen Betrieben (mehr als 249 Beschäftigte) bis zu 19.200 Euro pro Beschäftigtem bei mittleren Betrieben (50–249 Beschäftigte).²⁸

Die einschlägige Literatur sieht in Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten (FuE) einen der wichtigsten Treiber für Produktivität.²⁹ Abbildung 5 verdeutlicht, dass die internen FuE-Ausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland (FuE-Quote) um etwa 0,5 Prozentpunkte niedriger ausfallen als in Westdeutschland. Dieser Befund suggeriert, dass der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland bei diesem Indikator

²⁶ IWH (wie in Anm. 21), S. 37.

²⁷ MÜLLER S. / NEUSCHÄFFER G.: Ostdeutscher Produktivitätsrückstand und Betriebsgröße. In: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 25/3 (2019), S. 53–56.

²⁸ IWH (wie in Anm. 21), S. 36.

²⁹ SYVERSON C.: What Determines Productivity? In: *Journal of Economic Literature* 49/2 (2011), S. 326–365.

gar nicht so groß zu sein scheint. Eine genauere Betrachtung offenbart jedoch, dass Berlin – welches in dieser Rechnung zu Ostdeutschland zählt – naturgemäß durch seine breite Wissenschaftslandschaft sowohl im öffentlichen wie auch im privaten Sektor einen starken Player darstellt. Des Weiteren zeigt sich zwischen Ost- und Westdeutschland ein gravierender struktureller Unterschied dahingehend, dass in Ostdeutschland die FuE-Quote nur zu einem relativ geringen Teil durch FuE-Ausgaben der Wirtschaft getrieben ist. Öffentliche Wissenschaftseinrichtungen kompensieren zumindest teilweise den Mangel an FuE-Aktivitäten der Wirtschaft.

In den öffentlich finanzierten Wissenschaftseinrichtungen hat die Politik seit Beginn des Transformationsprozesses ein wichtiges Element für einen nachhaltigen Aufholprozess Ostdeutschlands gesehen. Vor diesem Hintergrund wurden eine ganze Reihe von Universitäten und Hochschulen in Ostdeutschland gegründet oder modernisiert, aber auch zahlreiche außeruniversitäre Forschungsinstitute gegründet.³⁰ Aus theoretischer Perspektive kann man von Universitäten und Hochschulen maßgebliche Impulse für die regionale Entwicklung erwarten, und zwar neben ökonomischen und technologischen Beiträgen auch kulturelle, soziale und gesellschaftliche.³¹ Empirische Untersuchungen für ausgewählte Fallregionen in Ostdeutschland zeigen allerdings, dass die bloße Anwesenheit von Universitäten und Hochschulen noch kein Garant für positive Impulse auf die regionale Entwicklung darstellt. Damit die Potenziale voll ausgeschöpft werden können, sind zwei Voraussetzungen nötig: Zum einen muss die Universität bzw. die Hochschule eine hohe Qualität in Forschung und Lehre aufweisen, ihr Profil zur Region passen und mit ihren Aktivitäten in regionale Innovationsnetzwerke eingebunden sein. Zum anderen muss aber auch das regionale Umfeld über eine hohe Absorp-

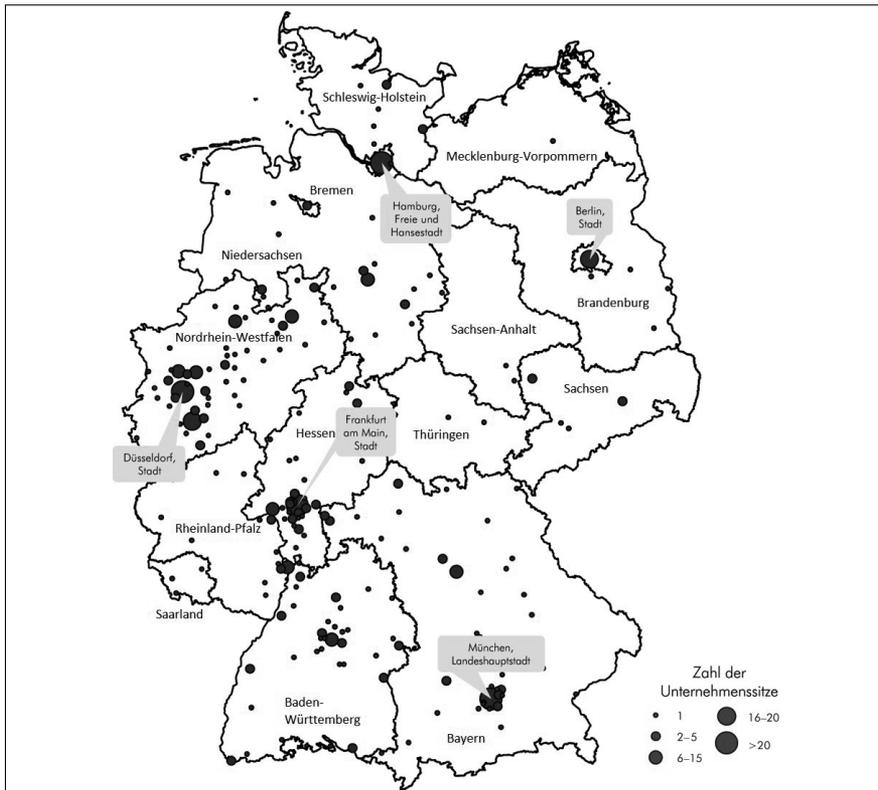
³⁰ GÜNTHER J. / WILDE K. / SUNDER M. / TITZE M.: 20 Jahre nach dem Mauerfall: Stärken, Schwächen und Herausforderungen des ostdeutschen Innovationssystems heute. Studien zum deutschen Innovationssystem. No. 17-2010, Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI). Berlin 2010.

³¹ TRIPPL M.: Die Rolle von Hochschulen in der Regionalentwicklung. In: FRITSCH M. / PASTERNAK P./ TITZE M. (Hg.): Schrumpfende Regionen – dynamische Hochschulen. Hochschulstrategien im demografischen Wandel. Wiesbaden 2015.

tionsfähigkeit für die von der Hochschule ausgehenden Impulse verfügen. Dazu gehört auch die Bereitschaft, sich ständig zu hinterfragen und gewohnte Pfade und Denkmuster zu verlassen.³²

Abb. 3: Kaum Konzernzentralen im Osten Deutschlands

– Unternehmenssitze der TOP-500-Unternehmen 2016 laut Ranking von DIE WELT –

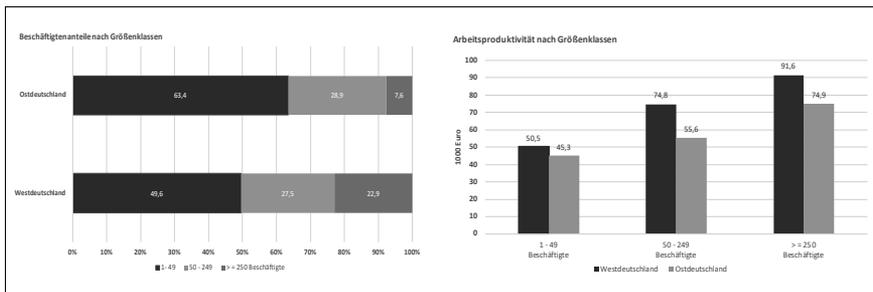


Quellen: DIE WELT: Die größten 500 deutschen Unternehmen 2016, 2017 (elektronische Version); Berechnungen und Darstellung des IWH, kartographische Aufbereitung: Michael Barkholz (IWH) zitiert nach IWH 2019.³³

³² FRITSCH M. / HENNING T. / SLAVTSCHEV V. / STEIGENBERGER N.: Hochschulen, Innovationen, Region. Wissenstransfer im räumlichen Kontext. Berlin 2007.

³³ IWH (wie in Anm. 21), S. 37.

Abb. 4: Ost-West-Unterschiede bei der Produktivität in Betrieben aller Größenklassen



Quellen: IAB-Betriebspanel, Wellen 2014 bis 2017; Berechnungen und Darstellung des IWH zitiert nach IWH 2019.³⁴

Der Freistaat Sachsen liegt im Ranking der 13 Flächenländer (d. h. ohne die Stadtstaaten Berlin, Hamburg, Bremen) nach Baden-Württemberg, Niedersachsen, Bayern und Hessen auf Position 5, dicht gefolgt vom Freistaat Thüringen auf Position 7. Die übrigen neuen Länder liegen dagegen zusammen mit Schleswig-Holstein und dem Saarland deutlich unter dem westdeutschen Durchschnittswert.³⁵

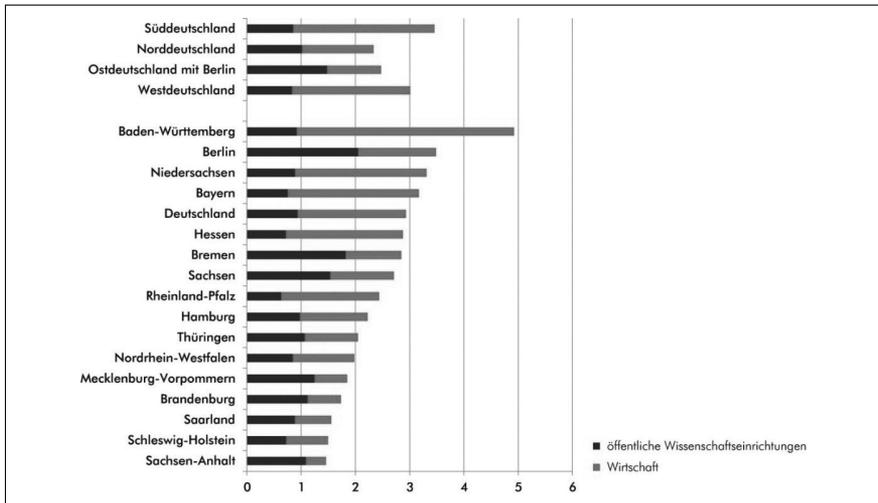
Schließlich zeigt Abbildung 6, ob die Produktivitätsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen bleiben, wenn Regionen mit ähnlichen siedlungsstrukturellen Merkmalen verglichen werden, d. h. städtische und ländliche Räume in Ostdeutschland mit ihren jeweiligen Counterparts in Westdeutschland. Im Jahr 2000 hatten die ländlichen Räume Ostdeutschlands bei der Produktivität rund 80 Prozent des Westniveaus ländlicher Räume erreicht. Die ostdeutschen Städte lagen dagegen nur bei etwas mehr als 78 Prozent. Beide Regionstypen konnten bis 2016 weiter zu ihren westdeutschen Vergleichsregionen aufschließen. Ostdeutsche ländliche Räume liegen jetzt bei rund 88 Prozent des Westniveaus, während die ostdeutschen städtischen Räume nur etwas mehr als 82 Prozent erreichen. Mit anderen Worten, die ostdeutschen ländlichen

³⁴ Ebd., S. 36.

³⁵ Ebd., S. 61.

Räume konnten schneller zu ihren westdeutschen Vergleichsregionen aufholen als die ostdeutschen Städte. Offenbar gelingt es in den ostdeutschen städtischen Räumen noch nicht, die Potenziale hinsichtlich der Produktivität vollständig auszuschöpfen.³⁶

Abb. 5: Baden-Württemberg, Berlin, Niedersachsen und Bayern geben überdurchschnittlich viel für Forschung und Entwicklung aus – Anteil der internen Ausgaben für Forschung und Entwicklung 2016 am Bruttoinlandsprodukt nach Bundesländern und Regionen, jeweilige Preise, in Prozent –



Norddeutschland: Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein; Süddeutschland: Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Thüringen.

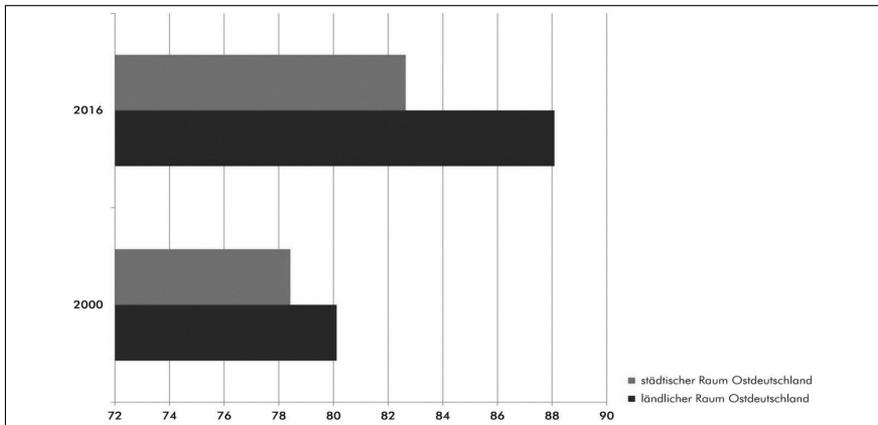
Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Stifterverband Wissenschaftsstatistik, Essen; Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2018; Nord-Süd-Einteilung nach The Economist vom 19.08.2017 (online); Berechnungen und Darstellung des IWH zitiert nach IWH 2019.³⁷

³⁶ Ebd., S. 38.

³⁷ Ebd., S. 61.

Abb. 6: Ost-West-Produktivitätsunterschiede sind in ländlichen Räumen kleiner als in städtischen

– Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen im städtischen und im ländlichen Raum in Ostdeutschland mit Berlin, jeweilige Raumkategorie in Westdeutschland = 100 –



Städtischer Raum: kreisfreie Großstädte und städtische Kreise; ländlicher Raum: ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen und dünn besiedelte ländliche Kreise.

Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2018; Stadt-Land-Typisierung auf der Grundlage von: Laufende Raumberechnung des BBSR, Bonn 2017; Erläuterung zu den Raumberechnungen: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn 2018; Berechnungen und Darstellung des IWH zitiert nach IWH 2019.³⁸

5. Differenzierte Entwicklung innerhalb Ostdeutschlands

Wie in der Einleitung zu diesem Beitrag bereits angedeutet, erlaubt der Blick auf ausgewählte Regionen beziehungsweise Unternehmen vertiefende Einblicke, wie Transformationsprozesse im Einzelfall vonstatten gingen und welche Umstände sich bei der wirtschaftlichen Entwicklung als möglicherweise förderlich erwiesen haben. Zur Diskussion stehen zwei Beispiele, der Metallurgiestandort Eisenhüttenstadt (Land Brandenburg) und die JENOPTIK AG in Jena (Freistaat Thüringen).

³⁸ Ebd., S. 38.

5.1. Metallurgiestandort Eisenhüttenstadt

Die historischen Ursprünge des Metallurgiestandorts Eisenhüttenstadt liegen in der deutschen Teilung. Wie in Abschnitt 2.1 dargelegt, waren bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs die eisenschaffende sowie die Eisen- und Stahlwarenindustrien hauptsächlich im Westen Deutschlands gelegen. Aufgrund der Kappung von Lieferverflechtungen zwischen Ost- und Westdeutschland im Kalten Krieg fehlte der DDR der Zugang zu den Vorprodukten für ihre eisen- und stahlverarbeitenden Industrien. Die politische Führung der DDR traf daher die Entscheidung, am Zusammenfluss von Oder und Oder-Spree-Kanal einen metallurgischen Komplex zu errichten. Die Wahl für diesen Standort erfolgte unter politischen Gesichtspunkten (größtmögliche Entfernung von der Grenze zur BRD), aber auch unter Berücksichtigung von Transportkosten (insbesondere Anlieferung von Steinkohle aus Oberschlesien). Die Errichtung des Werkes startete im Jahr 1950. Da es sich um eine Ansiedlung „auf der grünen Wiese“ handelte, baute man für die Beschäftigten des Werkes eine Planstadt. Im Jahr 1989 betrug die Einwohnerzahl von Eisenhüttenstadt rund 53.000 Personen, wovon etwa 12.000 im metallurgischen Komplex beschäftigt waren. Neben den allgemein ungünstigen Startbedingungen für die ostdeutsche Industrie (Abschnitt 3.2) kam für Eisenhüttenstadt hinzu, dass der metallurgische Zyklus am Standort technologische Lücken aufwies, die gegen Ende der 1980er-Jahre vor allem im Fehlen eines Warmwalzwerkes bestanden. Diese waren ein Ausdruck von Funktionsproblemen des Systems der Zentralverwaltungswirtschaft (Abschnitt 2.3). Eine rentable Produktion von Flachstahlerzeugnissen war unter diesen Bedingungen nicht möglich. Nach dem Übergang zu marktwirtschaftlichen Verhältnissen waren daher massive Investitionen zur Schließung der technologischen Lücken notwendig, was allerdings in Konflikt geriet mit den am europäischen Stahlmarkt bestehenden Überkapazitäten. Nach zähen Verhandlungen gelang im Jahr 1994 die Privatisierung durch den Verkauf an den belgischen Stahlproduzenten Cockerill-Sambre. Mit Hilfe umfangreicher staatlicher Förderung konnte die Modernisierung bis 1997 weitgehend abgeschlossen werden. Im Jahr 2014 waren in Eisenhüttenstadt noch 2500 Beschäftigte in dem metallurgischen Werk tätig. Heute gehört das

Eisenhüttenstädter Werk zum Arcelor-Mittal Konzern. Insgesamt flossen rund 1,3 Milliarden DM an Beihilfen in die Modernisierung des Betriebs. Er konnte sich zwar im Wettbewerb sehr gut behaupten – allerdings unterliegt der Stahlmarkt starken zyklischen Schwankungen. Permanenter Wettbewerbsdruck besteht durch eine Vielzahl von ausländischen Stahlproduzenten, insbesondere aus Asien. In der Zukunft wird sich diese Industrie zunehmendem Kostendruck durch Umwelt- und Klimaschutzaspekte gegenübersehen. Im Vergleich zum Vorwendejahr 1988 hat sich die Bevölkerung in Eisenhüttenstadt ungefähr auf einen Wert von rund 25.000 Einwohnern halbiert.³⁹

5.2. JENOPTIK AG in Jena

Die Anfänge der JENOPTIK AG gehen auf einen Betrieb zur Herstellung optischer Instrumente zurück, den Carl Zeiss im Jahre 1846 in Jena (heute Freistaat Thüringen) gründete. Im Jahr 1948 wurde der Betrieb verstaatlicht. Im Vorwendejahr gab es in Jena etwa 105.000 Einwohner. Um die Wendezeit waren rund 27.000 Beschäftigte im Stammbetrieb des VEB Kombinat Carl Zeiss Jena tätig. Aus dem Stammbetrieb des Kombinats ging unter anderem die JENOPTIK GmbH hervor. Mit der Organisation der Umstrukturierung der JENOPTIK GmbH wurde der frühere baden-württembergische Ministerpräsident, Lothar Späth, beauftragt. Die JENOPTIK GmbH erhielt im Zuge der Umstrukturierung öffentliche Mittel in Höhe von rund drei Milliarden DM. Das Unternehmen profilierte sich in den Bereichen Optoelektronik, Systemtechnik und Präzisionsfertigung. Im Jahr 1998 erfolgte der Börsengang. Die Unternehmensleitung verfolgte eine Art „eigener Strukturpolitik“ und kaufte auch Unternehmen gezielt auf. Im Jahr 2015 hatte das Unternehmen weltweit etwa 3500 Beschäftigte, darunter einen hohen Anteil hochqualifizierter Arbeitskräfte. Bis zum Jahr 1996 wurden im Umfeld der JENOPTIK in Jena und an anderen Standorten rund 14.000 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert.

³⁹ HEIMPOLD G.: Im Fokus: Industrielle Kerne in Ostdeutschland und wie es dort heute aussieht – Das Beispiel des Metallurgiestandorts Eisenhüttenstadt. In: IWH, Wirtschaft im Wandel 22/3 (2016), S. 57–60.

Ein weiteres herausstechendes Merkmal des Unternehmens ist seine enge Vernetzung mit einer sehr dynamischen Forschungslandschaft in Jena selbst und in seinem regionalen Umfeld. Im Jahr 2018 hatte Jena 111.000 Einwohner. Es handelt sich hier um eine der prosperierenden Regionen in Ostdeutschland, die zudem mit ihrem hohen Ausmaß an innovativen Aktivitäten hervorsteicht.^{40 41}

6. Herausforderungen für die Zukunft

Dieser Abschnitt widmet sich Aspekten des zukünftigen Strukturwandels in Deutschland. Von diesen Prozessen ist auch Westdeutschland betroffen, allerdings stehen die ostdeutschen Regionen wegen den bis heute fort-dauernden Folgen der deutschen Teilung und der Transformation erneut vor besonderen Herausforderungen. Im Mittelpunkt der Betrachtungen steht der demografische Wandel.

Mit seinen aktuell rund 83 Millionen Einwohnern leben so viele Menschen in Deutschland wie nie zuvor. Getrieben ist diese Entwicklung vor allem durch Zuwanderung. Die demografische Entwicklung beeinflusst die Zahl der Erwerbsfähigen und damit die Fähigkeit, Waren und Dienstleistungen zu produzieren. Trotz der aus deutscher Perspektive insgesamt günstigen Entwicklung der Einwohnerzahl nehmen die regionalen Unterschiede zu. Die demografische Entwicklung kristallisiert sich als die zentrale Herausforderung für Ostdeutschland heraus. Der Bevölkerungsverlust setzte nicht erst mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit ein, sondern begann schon mit der deutschen Teilung nach dem Ende des zweiten Weltkriegs. Bis zur Errichtung der Mauer im Jahr 1961 verließen etwa 2 Millionen – vornehmlich junge und gut ausgebildete – Menschen die DDR. Die Bevölkerungszahl blieb dann bis zum Ende der DDR weitgehend konstant, während die BRD durch die Zuwanderung aus der DDR

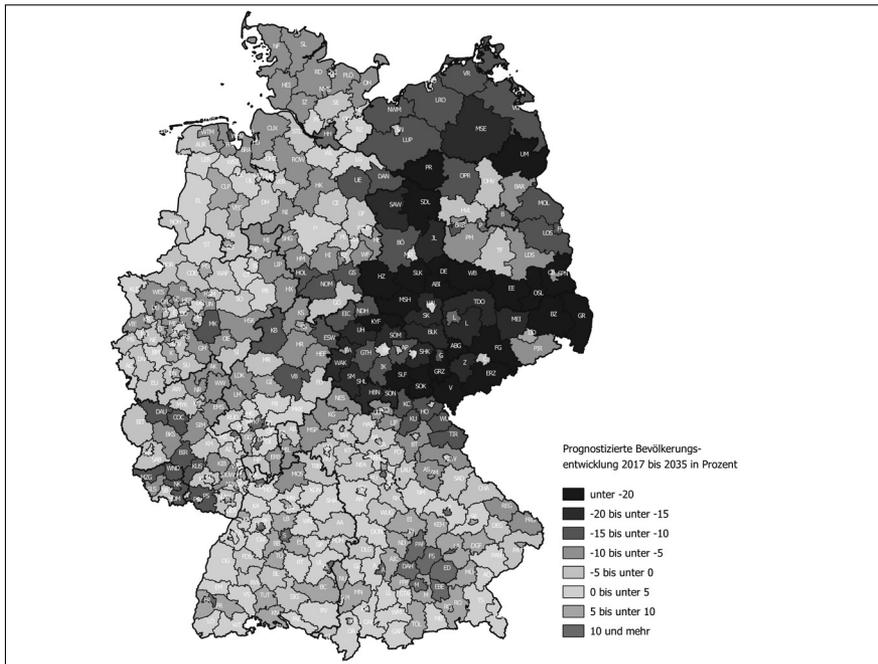
⁴⁰ HEIMPOLD G.: Im Fokus: Industrielle Kerne in Ostdeutschland und wie es dort heute aussieht – Das Beispiel der JENOPTIK AG. In: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 22/5 (2016), S. 97–100.

⁴¹ SCHLEEF H.: Vom Kombinat zum Konzern. Die Umgestaltung des VEB Carl Zeiss Jena. In: *Industrielle Beziehungen* 4/4 (1997), S. 335–350.

und Südeuropa einen enormen Zuwachs an Einwohnern erfuhr. Der nächste Schock für Ostdeutschland kam dann mit der massiven Abwanderungswelle und dem abrupten Absinken der Geburtenrate im Zuge der Wende und mit den gravierenden Umwälzungsprozessen.⁴²

Abb. 7: Demografischer Wandel in deutschen Regionen

– Kreise und kreisfreie Städte –



Anmerkung: Die Bezeichnung der deutschen Länder findet sich in Abbildung 3.

Quelle: Berlin-Institut, S. 16.⁴³

Abbildung 7 präsentiert eine regional disaggregierte Perspektive und zeigt die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung für die Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland zwischen 2017 und 2035. Sie verdeut-

⁴² RÖSEL F.: Die Wucht der deutschen Teilung wird völlig unterschätzt. In: ifo Dresden berichtet 3/2019, S. 23–25.

⁴³ Ebd.

licht, dass zwischen Ost- und Westdeutschland eine klare Trennlinie verläuft. Alle fünf neuen Länder werden weiter Einwohner verlieren. Der Bevölkerungsrückgang fällt mit 16 Prozent am stärksten in Sachsen-Anhalt aus, gefolgt von Thüringen mit 14 und Mecklenburg-Vorpommern mit 11 Prozent. Die Länder Brandenburg und Sachsen verzeichnen nach dieser Prognose einen knapp einstelligen Bevölkerungsrückgang. Berlin ist das einzige ostdeutsche Land mit einem Zuwachs an Einwohnern (11 Prozent).⁴⁴

Bei einer kleinräumigen Betrachtung fällt auf, dass es innerhalb der ostdeutschen Flächenländer gravierende Unterschiede gibt. Die großen Städte Ostdeutschlands Berlin, Leipzig, Potsdam, Dresden, Erfurt, Jena, Rostock, Halle (Saale) und Magdeburg gewinnen an Einwohnern. Für Leipzig wurde im Übrigen mit 16 Prozent das höchste Bevölkerungswachstum unter den deutschen Großstädten prognostiziert. Die ländlichen Regionen verlieren Einwohner. Am deutlichsten ausgeprägt ist dies in den südöstlichen Landkreisen Sachsens (Bautzen [BZ] und Görlitz [GR]) sowie den südlichen Landkreisen Brandenburgs (Spree-Neiße [SPN], Oberspreewald-Lausitz [OSL] und Elbe-Elster [EE]). Der Prozess in diesen Regionen ist maßgeblich getrieben durch die natürliche Bevölkerungsentwicklung. Hier fehlen die jungen Menschen (insbesondere Frauen), weshalb die Sterbefälle die Geburtenfälle deutlich übersteigen. Eine besondere Entwicklung zeigt sich in Teilen der Landkreise um Berlin. Im Speckgürtel der Hauptstadt gibt es einige Gemeinden, die einen hohen Zuwachs an Einwohnern aufweisen.⁴⁵

Metropolen und Großstädte zeichnen sich in der Regel durch bessere Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten aus. Hinsichtlich der grundsätzlichen Trends, der Attraktivität der großen Städte, lässt sich kein signifikanter Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland ausmachen. Gemein ist beiden Landesteilen aber auch, dass sich vor allem die länd-

⁴⁴ BERLIN-INSTITUT FÜR BEVÖLKERUNG UND ENTWICKLUNG (Hg.): Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig Deutschlands Regionen sind. Berlin 2019, S. 14–15.

⁴⁵ Ebd., S. 15–17.

lichen Räume ausdünnen, wenngleich dieser Prozess in den neuen Ländern stärker ausgeprägt ist. Der deutliche Bevölkerungsrückgang in ländlichen Regionen Ostdeutschlands entwickelt sich zusehends zum Problem, da die Betriebe ihre offenen Stellen nicht mehr mit geeigneten Fachkräften besetzen können. Naheliegend wäre etwa, wegen der räumlichen Nähe, eine gesteuerte Zuwanderung von Arbeitskräften aus der Republik Polen und der Tschechischen Republik. Jedoch stellt sich das Potenzial für Zuwanderung aus diesen Ländern als sehr begrenzt dar, da für internationale Zuwanderung eben jene Regionen attraktiv sind, wo schon viele Personen aus derselben Herkunftsregion leben. Und hier handelt es sich nun mal um die Metropolen und Großstädte. Als Strategien für die demografisch herausgeforderten Regionen verbleiben damit nur die Erschließung technologischer Potenziale, vor allem durch Digitalisierung und Automatisierung, sowie die Ausnutzung noch vorhandener Arbeitskräftepotenziale. In den ländlich geprägten Regionen in Ostdeutschland etwa liegt die Arbeitslosenquote immer noch etwas höher als in den alten Ländern.⁴⁶

In dieser Gemengelage kommt der (Aus)Bildung eine besondere Bedeutung zu. Aus individueller Perspektive stellt diese eine maßgebliche Voraussetzung für eine erfolgreiche berufliche Laufbahn dar. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht repräsentiert eine gut ausgebildete Bevölkerung einen Standortvorteil für unternehmerische Aktivitäten.⁴⁷ Der nun im Zentrum der Überlegungen stehende Indikator befasst sich mit dem Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss. Abbildung 8 zeigt für die deutschen Kreise und kreisfreien Städte, dass es hier eine enorme Spannweite unter den deutschen Regionen gibt. Den Referenzwert repräsentiert der deutsche Durchschnitt. Die Karte offenbart, dass es vor allem die ostdeutschen Regionen sind, in denen der Anteil Abgänger ohne Schulabschluss überdurchschnittlich hoch ist. Dieser Befund ist sehr besorgniserregend,

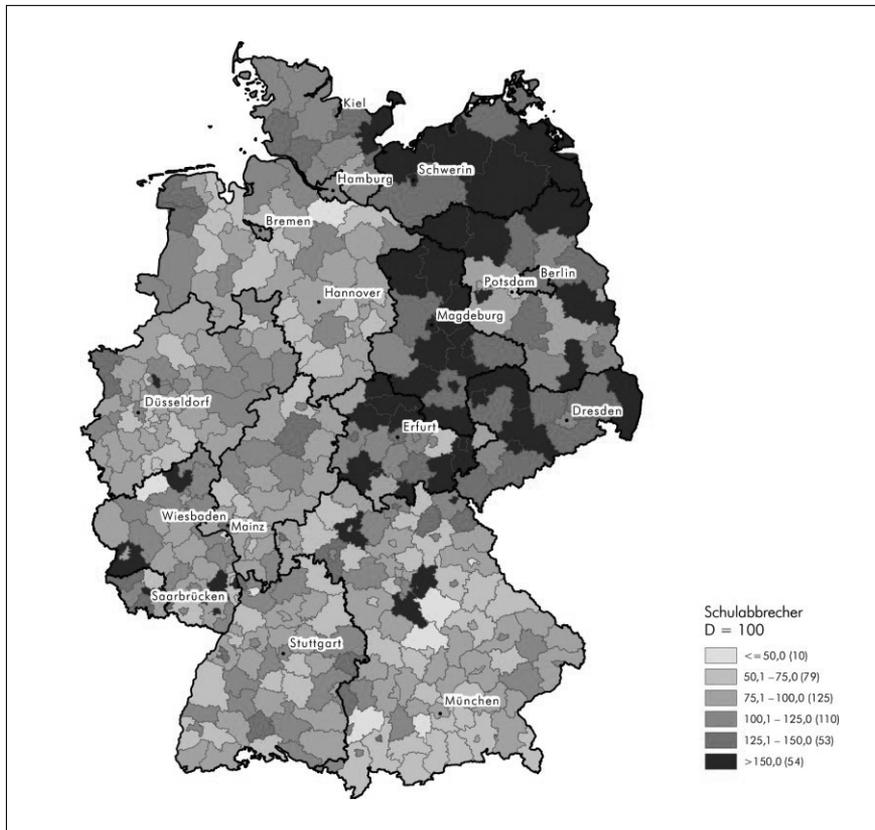
⁴⁶ KUBIS A. / SCHNEIDER L.: Regionale Disparitäten in Demographie und Migration – Ein Rückblick aus ostdeutscher Perspektive. In: Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle – IWH (Festschrift Heimpold, wie in Anm. 16), S. 76–95.

⁴⁷ HOLTEMÖLLER O.: Wirtschaftspolitische Herausforderungen für Sachsen-Anhalt: Toleranz, Talente und Technologie. In: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 3 (2015), S. 48–51.

weil er die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft arg einschränkt.

Abb. 8: Große regionale Spannweite bei Schulabbrechern

– Schulabbrecher: Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an den Schulabgängern im Jahr 2016, in %, Deutschland = 100 —



Anmerkungen: In der Legende geben die in Klammern stehenden Zahlen die Anzahl der betroffenen Kreise an. Die Bezeichnung der deutschen Länder findet sich in Abbildung 3. Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Berechnungen und Darstellung des IWH zitiert nach IWH 2019.⁴⁸

⁴⁸ IWH (wie in Anm. 21), S. 59.

7. Zusammenfassung und Ableitung wirtschaftspolitischer Handlungsbedarfe

Der vorliegende Beitrag befasste sich mit den Transformationsprozessen, die Ostdeutschland in den letzten Jahrzehnten durchlaufen hat. Viele der Herausforderungen, vor denen Ostdeutschland heute steht, hängen mit den Folgen der deutschen Teilung und dem Erbe der Zentralverwaltungswirtschaft zusammen. Mit diesen ungünstigen Ausgangsbedingungen ist Ostdeutschland in den Transformationsprozess gestartet und erlebte mit der schlagartigen Öffnung zum Wettbewerb einen dramatischen Schock, dessen Konsequenzen bis heute nachwirken. Ostdeutschland erreicht heute ungefähr 80 Prozent des westdeutschen Produktivitätsniveaus. Die Lücke zu Westdeutschland schließt sich weiter, wenn auch nur sehr langsam. Ostdeutschland fehlen die großen Unternehmen mit ihren Zentralen (die häufig auch die FuE-Abteilungen beherbergen), was einen Teil des Rückstands erklären mag. Allerdings zeigt sich der Produktivitätsstand über alle Betriebsgrößenklassen hinweg. Auch haben die städtischen Räume bislang ihr Potenzial nicht vollständig ausgeschöpft – sie weisen einen größeren Abstand zu ihren westdeutschen Counterparts auf als die ländlichen Räume.

Die Fallbeispiele des Metallurgiestandorts Eisenhüttenstadt und der JENOPTIK AG haben gezeigt, dass die Regionen in Ostdeutschland den Transformationsprozess unterschiedlich gemeistert haben. In beiden Fällen konnten die die Region prägenden Unternehmen erhalten werden. Im Fall von Eisenhüttenstadt gelang es nicht hinreichend, entsprechende Spillover von einem großen Unternehmen auf die Region zu initiieren und die Wirtschaft zu diversifizieren. Weitaus besser funktionierte dies am Standort Jena, der heute einen attraktiven Standort für Wirtschaft und Wissenschaft darstellt. Im Vergleich zu 1989 ist die Einwohnerzahl in Jena gestiegen, während sie sich in Eisenhüttenstadt mehr als halbiert hat – trotz Subventionen in Milliardenhöhe.

Ostdeutschland steht vor einer weiteren Reihe von großen Herausforderungen, wozu insbesondere massiv sinkende Einwohnerzahlen, vor allem in ländlichen Gebieten, gehören. Was also soll und kann Wirt-

schaftspolitik tun? Die Zeiten großer Unternehmensansiedlungen sind vorbei. Der Aufbau von Unternehmenszentralen kann nur durch das Wachstum bestehender mittelständischer Unternehmen gelingen. Die Produktivitätslücke muss als Herausforderung für Betriebe in allen Größenklassen begriffen werden. Die Städte in Ostdeutschland müssen ihre Entwicklungspotenziale noch besser ausschöpfen. Hierbei ist der Ausbau der öffentlichen Wissenschaftseinrichtungen sehr förderlich. Ostdeutschland darf seine Zukunftschancen nicht verschenken. Dazu gehört die Sicherstellung umfassender frühkindlicher Bildung und der Qualität schulischer Bildung. Teile Ostdeutschlands stehen vor gewaltigen demographischen Herausforderungen. Für anstehende Infrastrukturinvestitionen muss die künftige Einwohnerentwicklung antizipiert werden. Die demographische Situation lässt sich entspannen, wenn Ostdeutschland attraktiver für qualifizierte Zuwanderung wird. Dies allerdings setzt Wissen über und die Bereitschaft des Wollens von Veränderungsprozessen voraus.⁴⁹

⁴⁹ Ebd., S. 23–25.

Regionale Wurzeln des Betriebs: Eine Bodenprobe aus dem kommunalen Umfeld der Werften Gdynia und Uljanik

Peter Wegenschimmel

Einleitung

Wer würde auf die Idee kommen einen 150 Jahre alten Baum zu verpflanzen? Der „Olivenbaum“ ist das Herzstück der 1856 gegründeten Werft Uljanik, gelegen auf einer Insel in der Bucht von Pula, die früher für die Olivenwirtschaft bekannt war.¹ Und so wie ein Olivenbaum ist Uljanik in der Stadt Pula gut verwurzelt. Dennoch nutzten der Gespan Istriens und der Bürgermeister Pulas die Sanierungsbedürftigkeit der Werft im Jahr 2000, um eine Umsiedlung Uljaniks in die 50 Kilometer nordöstlich gelegene Kleinstadt Plomin auf das Tapet zu bringen.² Die Lage der Werft weckt Begehrlichkeiten, immerhin befindet sie sich im Zentrum der unter Touristinnen und Touristen beliebten historischen Altstadt, nur wenige Meter vom römischen Augustustempel entfernt. Aus dem Fenster des Büros des Bürgermeisters wirken die Wippdrehkräne und die massive Werksmauer wie Fremdkörper in der Textur der Stadt.

Wie alte Bäume lassen sich auch traditionsreiche Unternehmen nur schwer verlagern. Einer der Direktoren monierte als Replik auf die neuen Ideen der Stadtverwaltung: „Uljanik lässt sich nur schwer umsiedeln, da wäre es leichter es zu schließen.“³ Zwanzig Jahre später offenbarte sich der prophetische Charakter dieser Worte. Die Werft Uljanik, deren Wurzeln sich als tief genug herausgestellt hatten, um einer Verlagerung zu widerstehen, meldete Konkurs an. Es dauerte nicht lange, bis erste Investoren aus der Tourismusbranche ihre Fühler nach der Vermögensmasse austreckten. Welche regionale Verwurzelung machte die Verlagerung unwahrscheinlicher als die endgültige Liquidation? Die Werft Uljanik ist

¹ *Maslinovo ulje* bedeutet auf Deutsch Olivenöl.

² KAPELETO V.: Bach. Preseljeneje Uljanik je želja lokalne vlasti. In: Glas Istre, 7.6.2003.

³ KAPELETO V.: Uljanik mora konkurirati vodećim brodogradevnim silama. In: Glas Istre, 8.9.2000, S. 3.

ein eindrucksvolles Beispiel des von Karl Schlögel proklamierten „Veto-rechtes“ des Ortes.⁴ Die Bestimmung der regionalen Wurzeln des Betriebs vereint Konzepte der Räumlichkeit mit der Unternehmensgeschichte. Dieser „spatial turn“ bietet die Möglichkeit, ein Gleichgewicht zu globalisierenden Perspektiven zu schaffen, die selbst für global tätige Unternehmen wie Schiffswerften lokale Faktoren geltend macht.⁵

Die vorliegende Studie untersucht die regionale Verankerung zweier ostmitteleuropäischer Werften. Neben Uljanik in Kroatien bietet auch die polnische Werft Gdynia, deren Wurzeln sich als überlebensfähiger als der Produktionskern erwiesen, empirisches Material für eine Unternehmensgeschichte an der Schnittstelle zwischen Betrieb und Region. Anhand der beiden Fallstudien lassen sich die folgenden drei Verzweigungen, die die Grundlage einer regionalen Einbettung darstellen, identifizieren: 1) Verschränkungen mit der Textur der Stadt, 2) die Mehrdimensionalität des Betriebsziels und 3) die Bildung von regionalen Interessensclustern. An der „langen“ Transformation⁶ der betrieblichen Sozialpolitik soll der sich verschiebende Grenzverlauf zwischen Kommune und Betrieb beginnend in den 1970er-Jahren bis zur Abwicklung der beiden Werften in den Jahren 2009 beziehungsweise 2019 analysiert werden. Die beobachtbare lange Verzögerung der Abwicklung trotz chronischer Verluste⁷ wirft die Frage auf, welche Widerstandskraft gegenüber einer möglichen Verlagerung oder Schließung von den regionalen Wurzeln ausgeht.

⁴ SCHLÖGEL K.: Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik. München u.a. 2004, S. 10.

⁵ DIPPER C. / RAPHAEL L.: «Raum» in der Europäischen Geschichte. Einleitung. In: Journal of Modern European History 9 (2011), S. 27–41.

⁶ VON PUTTKAMER J.: Der schwere Abschied vom Volkseigentum. Wirtschaftliche Reformdebatten in Polen und Ostmitteleuropa in den 1980er Jahren. In: FREI N. / SÜß D. (Hg.): Privatisierung. Idee und Praxis seit den 1970er Jahren. Göttingen 2012, S. 158–183.

⁷ WEGENSCHIMMEL P. / HODGES A.: The embeddedness of ‘public’ enterprises: the case of the Gdynia (Poland) and Uljanik (Croatia) shipyards. In: Business History (2020), S. 1–18.

Lokale Einbettung von Betrieben

Die Wurzeln eines Betriebes sind Manifestationen seiner territorialen Einbettung. Seit den 1990er-Jahren bemühen sich Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaftsgeographie um die Verräumlichung des Granovetter'schen Einbettungsbegriffs. Für Ron Martin ist wirtschaftliches Handeln nicht nur eine Frage der sozialen Beziehungen, sondern von Natur aus auch räumlich.⁸ Peter Dicken und Nigel Thrift formulieren die räumliche Dimension von Unternehmen sehr explizit:

„Business organizations are [...] produced through a historical process of embedding which involves an interaction between the specific cognitive, cultural, social, political and economic characteristics of a firm's 'home territory' [...], those of its geographically dispersed operations and the competitive and technological pressures which impinge upon it.”⁹

Martin Hess prägte schließlich den Begriff der „territorialen Einbettung“, der die „Verankerung der Akteure in bestimmten Territorien oder Orten“ bezeichnet und eine Vorlage für die vorliegende Studie darstellt.¹⁰

Indem Wirtschaftsgeographinnen und Wirtschaftsgeographen die Aufmerksamkeit auf die räumliche Dimension von Organisation und wirtschaftlichem Handeln lenkten, konzentrierten sie sich meist auf lokal geclusterte Firmennetzwerke und Industriedistrikte mit dem Schwerpunkt auf Beziehungen zwischen Unternehmen wie etwa Lieferketten. So beobachtete zum Beispiel Gernot Grabher im postsozialistischen Kontext einen Prozess der Entbettung in osteuropäischen Volkswirtschaft-

⁸ MARTIN R.: Economic Theory and Human Geography. In: GREGORY D. / MARTIN R. / SMITH G. (Hg.): Human geography. Society, Space and Social Science. Minneapolis 1994, S. 21–53.

⁹ DICKEN P. / THRIFT N.: The Organization of Production and the Production of Organization. Why Business Enterprises Matter in the Study of Geographical Industrialization. In: Transactions of the Institute of British Geographers 17 (1992), S. 279.

¹⁰ HESS M.: 'Spatial' relationships? Towards a reconceptualization of embeddedness. In: Progress in Human Geography 28 (2004), S. 165–186.

ten.¹¹ Er konstatierte einen „Verlust von Netzwerken persönlicher Bindungen“, einen „Niedergang der unternehmerischen Fähigkeiten und Erfahrungen“ und „die Atomisierung der sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen“.¹² Während sich Grabher in seiner Analyse auf die zwischenbetrieblichen Beziehungen beschränkt, konzentriere ich mich hier auf den Prozess, den die Beziehung zwischen wirtschaftlichen und kommunalen Akteuren durchlaufen hat.

Zur Schärfung des Begriffs der Einbettung von Unternehmen bietet sich die praxeologische Unterscheidung zwischen Unternehmen und Betrieb, die sich in den letzten Jahren als äußerst produktive Justierschraube einer analytischen Unternehmensgeschichte erwiesen hat, an.¹³ Im Gegensatz zum Rechtskonstrukt des Unternehmens verfügt der Betrieb laut Ulrike Schulz und Thomas Welskopp über eine räumliche Dimension. Für sie ist der Betrieb „eine zeitlich und örtlich situierte physische Körperschaft“ und umfasst damit ein „physisch greifbares Ensemble von Gebäuden, Technik, Menschen und Materialfluss.“¹⁴ Als Operationalisierungskniff des räumlich eingebetteten Betriebsbegriffes dient der Autorin und dem die genauere Bestimmung der Außengrenze. Während sich das Unternehmen mit dem Staat, Banken und Aktionären umgibt, bildet der Betrieb eine Membran zu gewerblichen Aufsichtsbehörden oder Zulieferern. Der von mir vorgeschlagene regionale Ansatz steht für den Versuch, diese funktionalistische Beschreibung des Betriebes zu überwinden und stattdessen die Kommune als externen Akteur und die Werksmauer als Außengrenze gegenüber der sich anschließenden Nachbarschaft in das Zentrum der Untersuchung zu rücken.

¹¹ GRABHER G.: The Disembedded Economy. The Transformation of East German Industrial Complexes into Western Enclosures. In: AMIN A. / THRIFT N. (Hg.): Globalization, Institutions, and Regional Development in Europe. Oxford 1995, S. 177–196.

¹² Ebd., S. 182.

¹³ WELSKOPP T.: Stolpersteine auf dem Königsweg. Methodenkritische Anmerkungen zum internationalen Vergleich in der Gesellschaftsgeschichte. In: Archiv für Sozialgeschichte 35 (1995), S. 339–367.

¹⁴ SCHULZ U. / WELSKOPP T.: Wieviel kapitalistisches Unternehmen steckte in den Betrieben des real existierenden Sozialismus. Konzeptionelle Überlegungen und ein Fallbeispiel. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 58 (2017), S. 331–366.

Fallstudiendesign

Das Forschungsdesign beruht auf einer Mehrfallstudie zu den Werften Gdynia und Uljanik im Zeitraum von 1970 bis zur Abwicklung der Werften 2009 beziehungsweise 2019.¹⁵ Die Werft Gdynia wurde 1922 als private Schiffsreparaturwerkstatt im Rahmen eines politischen Projekts der Zweiten Polnischen Republik, die einen Zugang zur Ostsee anstrebte, gegründet. Die Werft wurde als polnischer Konkurrent zur Meereswirtschaft der nahe gelegenen Freien Stadt Danzig stilisiert. Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Gründung der Volksrepublik Polen war die in Pariser Kommune umbenannte Werft in eine staatssozialistische Planwirtschaft eingebettet, in der der Staat das Leben der meisten Organisationen dominierte.¹⁶ Der Verhandlungsprozess zwischen Unternehmen und Staat war entscheidend für das Überleben des Unternehmens. Die Werft war später Schauplatz symbolhafter Arbeiterproteste in Polen, die zwischen 1970 und 1980 stattfanden und die sich zur sozialen Massenbewegung *Solidarność* entwickelten. Durch die Eröffnung des zweiten Trockendocks mit einer Tragfähigkeit von 400.000 Tonnen im Jahr 1976 spezialisierte sich die Werft im Segment der Massengutfrachter. Dazu kamen ab den 1980er Jahren Tankschiffe und etwas später Containerschiffe. Im Jahr 1991 wurde die staatseigene Werft in eine Aktiengesellschaft in staatlicher Hand umgewandelt. Im Zuge der Kommerzialisierung erhielt die Werft ihren Namen aus der Zwischenkriegszeit zurück: die Werft Gdynia. In einem kurzen privaten Interregnum, in dem die Werft Gdynia sich auf Containerschiffe umorientierte, kaufte die Werft Gdynia die insolvente

¹⁵ Die empirische Forschung zu diesem Beitrag wurde im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und dem Wissenschaftsfonds geförderten Projektes „Transformation from Below: Shipyards and Labour Relations in the Uljanik (Croatia) and Gdynia (Poland) Shipyards since the 1980s“ durchgeführt. Ich bedanke mich bei meinen Kollegen Ulf Brunnbauer, Piotr Filipkowski, Andrew Hodges, Stefano Petrunaro und Philipp Ther, die Ideen für diesen Aufsatz geliefert haben. Sofern ich Interviews aus diesem Projekt zitiere, die nicht von mir selbst geführt wurden, weise ich das in einer Fußnote aus.

¹⁶ CARROLL G. / GOODSTEIN J. / GYENES A.: Organizations and the State. Effects of the Institutional Environment on Agricultural Cooperatives in Hungary. In: Administrative Science Quarterly 33 (1988), S. 233–256.

Danziger Werft, um auf ihre großen Werkshallen zurückgreifen zu können. Nach 2002 wurde die Werft Gdynia wieder schrittweise verstaatlicht und erhielt zahlreiche Subventionen. Nach langwierigen Verhandlungen verlangte die Europäische Kommission schließlich im Jahr 2008 die Rückzahlung der Subventionen. Infolgedessen beschloss die Regierung die Abwicklung der Werft Gdynia und den Verkauf der Vermögensmasse.

Die Geschichte der Werft Uljanik ist von zahlreichen Regimewechseln geprägt. Im Jahr 1856 gründete die österreichische Kriegsmarine in Pula die Werft „k.k. Seearsenal Pola“. Nach dem Ersten Weltkrieg gehörte die Halbinsel Istrien zum Königreich Italien und die Werft gelangte in den Besitz Triestiner Geschäftsleute, die diese in „Cantiere naval Scoglio Olivi“ umbenannten. Im Jahr 1943 bombardierte die deutsche Wehrmacht die Werft und besetzte sie anschließend. Nachdem die Alliierten Pula für zwei Jahre verwaltet hatten, wurde die Stadt 1947 in die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien eingegliedert. Im Gegensatz zur sowjetischen Planwirtschaft beruhte der jugoslawische „dritte Weg“ auf einer Selbstverwaltung der Unternehmen. Ab den 1970er-Jahren spezialisierte sich die Werft Uljanik im Segment der Tankschiffe, die mit einer eigenen Technik aus zwei Teilen zusammengeschweißt wurden. Nach den Ölkrisen dominierten Mehrzweckschiffe und später Chemikaliertanker das Produktportfolio der Werft. Die Auflösung Jugoslawiens 1991 und der darauffolgende Krieg in Kroatien verschärften die seit den 1960er-Jahren herrschende chronische Illiquidität des Unternehmens.¹⁷ Nach der Verstaatlichung trug eine von der Regierung geführte Sanierung Mitte der 1990er-Jahre dazu bei, die Position der Werft zu konsolidieren. Mit dem Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union kam es zu einem weiteren institutionellen Umbruch, der die Restrukturierung der kroatischen Schiffbauindustrie notwendig machte. Anders als die anderen kroatischen Werften wählte Uljanik 2012 den Weg eines Mitarbeiteraktienprogramms zur Privatisierung der Werft. Ein Jahr später über-

¹⁷ BRUNNBAUER U.: Building Ships and Surviving Late Socialism. The Shipyard Uljanik in Pula in the 1970s and 1980s (IOS Mitteilungen) 2019.

nahm Uljanik auch die Werft „3. Mai“ in Rijeka, bis es 2019 Insolvenz anmeldete.

Die ausgeprägte Aktivität staatlicher Akteure auf der kommunalen und nationalen Ebene macht den Schiffbau zu einer idealen Fallstudie des sozialistischen Erbes der Schwerindustrie und der daraus hervorgehenden Pfadabhängigkeiten. Gerade im Spätsozialismus brachte die Möglichkeit, auf dem Schiffsmarkt Devisen zu generieren, eine bemerkenswerte Verhandlungsmacht der Unternehmen gegenüber den hochverschuldeten Staaten mit sich. Zudem gehörten die Werften zu den größten Arbeitgebern der jeweiligen Kommune und waren regional von enormer Bedeutung. Die Grenzen zwischen Unternehmen und lokaler Gemeinschaft verschwammen angesichts zahlreicher betrieblicher Wohlfahrtsinstitutionen wie Wohnungen, Krankenhäuser und Kindergärten.

Die gesammelten historischen Forschungsdaten wurden in zwei Fallstudien-Datenbanken in MAXQDA erfasst.¹⁸ Diese Datenbank enthält eine Reihe von Dokumenten: Archivalien der jeweiligen Organisationen, wie Protokolle (von Vorstands- und Aufsichtsratssitzungen, Betriebsrats- und Gewerkschaftssitzungen), Strategiepapiere (beispielsweise Restrukturierungspläne), Korrespondenzen, unternehmensnormative Texte (Satzungen, Unternehmensvorschriften) und Organisationsschemata; von den Organisationen veröffentlichte Dokumente (Jahresberichte, veröffentlichte Strategiepapiere); Evaluierungsberichte (von Unternehmensberatern, Regierungsorganisationen und der Europäischen Kommission); Pressematerial (Wirtschaftszeitungen, Industrie- und Unternehmenszeitungen, die lokale und nationale Presse); und schließlich normative Texte (Privatisierungs- und Gesellschaftsrecht, Vorschriften über staatliche Beihilfen). Ergänzt wurden die historischen Quellen durch problemzentrierte Leitfadeninterviews mit Gesprächspartnern aus dem staatlichen und städtischen Umfeld.¹⁹

¹⁸ YIN R. K.: Case Study Research. Design and Methods. Thousand Oaks 2009.

¹⁹ WITZEL A.: Das problemzentrierte Interview (Forum: Qualitative Social Research).

Textur der Stadt – Exklaven außerhalb der Werksmauer

Anders als in Pula lag die Werft Gdynia nicht im Zentrum der Stadt, sondern unbehelligt vom touristischen Treiben oder dem landesweit bekannten Filmfestival im Sommer in einem Industrieviertel im Norden der Stadt in direkter Nachbarschaft zum Containerhafen. Soviel zum Produktionskern, doch die Wurzeln der Werft reichten in weitere Stadtteile. Die Wohnsiedlungen der Schiffbauerinnen und Schiffbauer lagen mehrheitlich nördlich der Werft und damit weit vom modernistischen Zentrum der langgezogenen Stadt Gdynia entfernt. Ab 1974 entstand eine Schnellstraße, die die Wohnsiedlungen nordöstlich der Bucht – Obluże oder Pogórże – mit der westlich der Bucht gelegenen Werft verband. Von zuhause aus konnten die Beschäftigten mit städtischen Bussen ihren Arbeitsplatz erreichen. Schiffbauerinnen und Schiffbauer, die in Chylonia und anderen Siedlungen, die entlang der in den 1950er-Jahren errichteten Stadtschnellbahnstrecke nach Rumia lagen, wohnhaft waren, nutzten en masse dieses Verkehrsmittel. Gerade zu Schichtwechseln war die Haltestelle „Werft Gdynia“ überlaufen – das zeigen die Aufnahmen vom „schwarzen Donnerstag“ im Dezember 1970, als an dieser Stelle Beschäftigte auf ihrem Arbeitsweg von Miliz und Militär erschossen wurden.²⁰

In den 1970er-Jahren hatte der Rückzug des Staates und der Kommunen aus dem Wohnungsbau die Werft Gdynia, die Wohnungen dringend benötigte um die grassierende Fluktuation ihrer Belegschaft zu stabilisieren, zum Handeln gezwungen. Auf der Grundlage des neuen Genossenschaftsgesetzes²¹ entstand die Wohnbaugenossenschaft Stocznowiec²², die zwar nicht direkt zur Werft gehörte, aber eng mit ihr kooperierte. Sie bezog nicht nur Baumaterialien von der Werft, sondern auch Arbeitskräfte, die dafür von ihrer Tätigkeit im Schiffbau tageweise freigestellt wurden. Im Gegenzug konnte die Werft über die Verteilung der freien Wohnungen entscheiden und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nach wenigen

²⁰ EISLER J.: Grudzień 1970. Geneza, przebieg, konsekwencje (Sensacje XX Wieku), Warszawa 2000.

²¹ Prawo spółdzielcze idF vom 16.9.1982, in Dz.U. (1982), 30/210.

²² Deutsch: Der Schiffbauer.

Jahren den Umzug von einem Arbeiterhotel in eine eigene Wohnung garantieren.²³ Insgesamt 40 Wohnblocks überzogen die Stadt Gdynia und ihre Umgebung. Im Zuge der Transformation löste sich die Genossenschaft 1995 vollständig von der Werft Gdynia und zog aus ihren Räumlichkeiten auf dem Betriebsgelände aus (GD-S-3). Die Werft stoppte ihre Investitionen in den Wohnungsbau und die Wohnungssuche war nun – Vollbeschäftigung war Geschichte – den neuen Beschäftigten selbst überantwortet. Damit begann zwar eine kontinuierliche Dekonzentrierung der Wohnungssituation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, doch durch die Möglichkeit Anfang der 1990er-Jahre die Genossenschaftswohnungen zu erwerben, blieb diese Generation lokal in den einstigen Werksiedlungen verbunden.

In meinen Interviews zeigte sich, dass kaum jemand dieser fordistisch geprägten Generation die Werft nach ihrer Abwicklung 2009 besichtigt hatte. Eine Ausnahme stellte eine Ingenieurin dar, die mich vor Ort begleitete. „Hier stand das Werkstor“, meinte sie bedeutungsvoll und zeigte auf einen Kreisverkehr, um den herum die Autos der „großen Fische“ parken (GD-W-5). Nebenan befindet sich das von den Beschäftigten entsprechend „Aquarium“ getaufte, neu errichtete Verwaltungsgebäude. Von den Arbeitertrauben, die sich hier einst zum Schichtwechsel gebildet hatten, war nichts übriggeblieben. Jetzt seien hier ein Dutzend kleiner Firmen untergebracht, erklärte sie mir, dadurch gebe es jetzt keine zentrale Einlasskontrolle mehr. Das Verschwinden des Werkstors weist auf die Parzellierung der Anlage hin, die Teil der Versteigerung gewesen war. Das einstige Ungetüm einer riesigen und ausufernden Betriebsorganisation hatte sich als Ergebnis eines seit den 1990er-Jahren andauernden Prozesses in eine fragmentierte Ansiedlung kleiner Betriebe verwandelt. Aber markierte nicht auch schon vorher die Werksmauer nur die Illusion einer klaren Grenze zwischen dem Innen und dem Außen des Betriebs? Der Blick über die Werksmauer zeigt, dass der einstige, zentral organi-

²³ Das Interview führte Piotr Filipkowski im Rahmen des Projektes „Transformations from Below: Shipyards and Labor Relations in the Uljanik (Croatia) and Gdynia (Poland) Shipyards since the 1980s“.

sierte Holismus des Betriebs mit einer ausgesprochenen geographischen Disparität einherging: das betriebseigene Erholungsheim lag auf dem Berg Wieżyca, es gab den Sportklub Bałtyk im Stadtteil Redłowo und die Wohnblöcke der Wohnbaugenossenschaft standen in der Stadt verteilt.

Dieselbe hybride Funktion kommt der Werksmauer der Werft Uljanik zu. Sie ist etwa 2200 Meter lang und trennt Uljanik physisch vom Rest der Stadt Pula in Richtung Süden und Osten. Im Norden umgeben 1500 Meter einer adriatischen Meeresbucht das Betriebsgelände. Insbesondere während der Zeit, als das Unternehmen selbstverwaltet war, war die Mauer ein rein physisches Element in Pula, ohne wirklich eine Einschränkung für die komplexe Beziehung zwischen Uljanik und der Kommune Pula darzustellen. Nach außerhalb der Werksmauer reichten zahlreiche Wurzeln Uljaniks, entlang derer sich die Beziehungen zwischen Betrieb und Kommune zu regelrechten Knoten verdichteten. Ein Blick auf die geographische Anordnung der Stadt Pula zeigt, dass die die höchste Konzentration von Uljanik-Arbeiterinnen und Arbeitern in Stoja, einer an die Werft angrenzenden Halbinsel bestand. Im Zentrum von Stoja liegt ein von Uljanik erbautes Leichtathletikstadion, vom dem das Logo von Uljanik prangt. Direkt hinter dem Stadion liegt der Stadtteil Siplac, wo in den 1980er-Jahren eine letzte, die größte Wohnsiedlung errichtet wurde. Ein Arbeiter erinnert sich an die Entstehungsphase einer Wohnsiedlung in Vidikovac:

„Das war in den frühen 80er-Jahren [...] als Uljanik in Vidikovac zwei ganze neue Straßen errichtete; alle Grundstücke mit Wasser, Strom, Telefonen, gepflasterten Einfahrten. Wer ausreichend Punkte hatte, konnte das gegen seine Wohnung eintauschen. Sie [die Verantwortlichen von Uljanik, P.W.] gaben gute Kredite für die Häuser. [...] Alle bekamen Material für die Projekte zu einem anständigen Preis. Und dann waren wir wirklich solidarisch und halfen einander [...]“²⁴Stoja, Siplac oder weiter landeinwärts Vidikovac – Werkssiedlungen als Knotenpunkte in

²⁴ Das Interview führte Andrew Hodges im Rahmen des Projektes „Transformations from Below: Shipyards and Labor Relations in the Uljanik (Croatia) and Gdynia (Poland) Shipyards since the 1980s“.

der Stadtlandschaft Pulas – gehen auf Verwaltungsreformen in den 1960er-Jahren zurück, im Zuge derer Kompetenzen im Bereich Wohnungsbau von der Ebene der Kommune an die Unternehmen verlagert wurden. Die Folge der Verbetrieblichung in der von Srna Mandić untersuchten Wohnungsbaupolitik war eine modifizierte Rolle des Betriebs in der Gesellschaft: „[The] consequence of the reform was that the self-managing enterprises became responsible for the satisfaction of housing needs of employees.“²⁵

De-facto entledigte sich die Kommune mit dieser Kompetenzabgabe eines Problems, das sie nicht imstande gewesen war, in den Griff zu bekommen. Generell stand der Werft von da an ein Fonds zur Verfügung, der durch den nationalen Solidaritätsfonds aufgestockt werden konnte.²⁶ Die Illiquidität der Arbeitsorganisationen sorgte allerdings dafür, dass die Mittel aus diesen beiden Fonds nie ausreichten, um den Bedarf zu decken. Erst ein weiterer Problemtransfer mittels der Privatisierung in Form von Beschäftigtendarlehen für Bauherren half, die Mangelwirtschaft einzudämmen. Während 1976 noch 92 Prozent des betrieblichen Wohnfonds für den Bau von Wohnungen aufgewendet wurden, stieg in den 1980er-Jahren der Anteil an privaten Darlehen für den Bau von Eigentümshäusern. Gegen Ende des Jahrzehnts kam der Wohnungsbau durch die hohe Inflation und die Illiquidität Uljaniks vollkommen zum Erliegen.²⁷ Formal führte erst eine politische Intervention zur Einstellung des Wohnungsbaus: Die erste HDZ-Regierung (Hrvatska demokratska zajednica – Kroatische Demokratische Union) verabschiedete 1990 eine Wohnreform, die den Verkauf der Betriebswohnungen bein-

²⁵ MANDIĆ S.: Reformism in Yugoslavia. An Example Reconsidered. In: TURNER B. / TOSICS I. / HEGEDŰS J. (Hg.): The Reform of housing in Eastern Europe and the Soviet Union. London / New York 1992, S. 296–307.

²⁶ TSENKOVA S.: Housing Policy Reforms in Post Socialist Europe. Lost in Transition. Heidelberg 2009.

²⁷ Lediglich die Versorgung mit Nahrungsmitteln wurde gegen ein kleines Entgelt fortgesetzt und trug mit dazu bei, die sozialen Auswirkungen der Krise für die Werftbeschäftigten zu mildern. K. S.: „Pad standarda čini svoje i kod Uljanikovac: Društveni Standard“. In: Uljanik, 25.12.1989, S. 24–25.

haltete.²⁸ Damit legte die kroatische Regierung den Grundstein einer Entwicklung, die als räumliche Kontraktion und gleichzeitig ideelle Eindimensionalisierung der Unternehmen bezeichnet werden kann.

Multidimensionalität – die Werftbetriebe als soziale Dienstleister

Im Jahr 1989 unternahm Uljanik Bemühungen, sämtliche Immobilien der Holding zu inventarisieren. Das Ergebnis fiel überraschend aus. Nicht etwa die Werft machte den größten Substanzwert aus. Der Wert des Zweigs Uljanik Standard, der Organisation für soziale Wohlfahrt der Werft, lag mit 130 Millionen Deutsche Mark etwa doppelt so hoch. Auch für die Kommune und ihre Bewohnerinnen und Bewohner war die Arbeitsgemeinschaft mindestens ebenso wichtig wie der Schiffbau. Uljanik Standard erfüllte eine Scharnierrolle zwischen der Holding und der lokalen Gemeinschaft. Sowohl mit seinem Engagement in Bereichen wie Wohnungsbau und sportlicher Infrastruktur als auch durch andere Leistungen verschränkte Uljanik Standard das Unternehmen mit der Stadt. Indem es die Unternehmensteile organisierte, die keine ökonomische Funktion erfüllten, stand es für die zweite Seite des Unternehmens, den Betrieb. Genauer gesagt, bildete es das Organisationszentrum der Verwurzelung des Betriebs.

Die starke materielle Position von Uljanik Standard spiegelt die ausgeprägte Rolle der betrieblichen Sozialpolitik in den sozialistischen Staaten Ost- und Südosteuropas wider. In diesen Wohlfahrtssystemen überlagerten sich betriebliche und staatliche Strukturen. Peter Hübner zufolge basierten diese Strukturen auf einer „an das Konzept der sozialistischen Industrialisierung gebundenen Arbeitszentrierung sozialer Leistungen.“²⁹ Der Sozialhistoriker Ulf Brunnbauer konstatiert: „Nicht der Staat als

²⁸ Vgl. BEŽOVAN G.: Croatia. Towards Formalisation. In: HEGEDÜS J. / LUX M. / HORVÁTH V. (Hg.): Private Rental Housing in Transition Countries. An Alternative to Owner Occupation? London 2018, S. 149–166.

²⁹ HÜBNER P.: Arbeitsbeziehungen und soziale Sicherungen für Arbeiter in Ländern des sowjetischen Blocks. In: HÜBNER P. / KLEßMANN C. / TENFELDE K. (Hg.): Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit (Zeithistorische Studien). Köln / Weimar / Wien 2005, S. 249–270.

solcher, sondern das Unternehmen stellte umfangreiche Sozialleistungen zur Verfügung, organisierte Wohnraum und schuf einen Rahmen für diverse Freizeitaktivitäten.³⁰ Als wesentlichen Unterschied zur betrieblichen Sozialpolitik im rheinischen Kapitalismus arbeitet Rüdiger Gerlach am Beispiel Sachsenring den koordinierten Ansatz zwischen betrieblichen und kommunalen Akteuren heraus, der gleichzeitig auf planmäßiger Entwicklung als auch kooperativer Improvisation beruht.³¹

Wie am Beispiel der Wohnbaupolitik kurz erwähnt, verstärkte sich der Trend der Verbetrieblichung der Sozialpolitik in Jugoslawien mit dem Ausbau der Selbstverwaltung in den 1960er-Jahren.³² Die Organisation der sozialen Wohlfahrt in Uljanik oblag seit der Unternehmenstransformation in den 1970er-Jahren der Arbeitsgemeinschaft der Gemeinsamen Dienste³³. Dabei handelte es sich nicht um eine klassische und um ein Produktionsfeld angeordnete Grundorganisation, sondern um einen Dienstleister, der allen Grundorganisationen zuarbeitete – Rechtsdienstleistungen, Arbeitsschutz, die militärische Selbstverteidigung und Personalaufgaben. Der Bereich Personal bestand aus der Personalabteilung, dem Personalbildungszentrum, der Abteilung für die Verteilung des persönlichen Einkommens, der Abteilung für Arbeitssicherheit und der Abteilung für den sozialen Standard.³⁴ Mit der Verfassung von 1974 splittete sich die Arbeitsgemeinschaft auf und die Beschäftigten gründeten eine eigenständige Arbeitsgemeinschaft Sozialer Standard³⁵. Die Arbeitsgemeinschaft kümmerte sich nunmehr um Sozialleistungen wie Woh-

³⁰ BRUNNBAUER U.: „Die sozialistische Lebensweise“. Ideologie, Gesellschaft, Familie und Politik in Bulgarien (1944–1989). Wien / Köln / Weimar 2007, S. 214.

³¹ GERLACH R.: Betriebliche Sozialpolitik im historischen Systemvergleich. Das Volkswagenwerk und der VEB Sachsenring von den 1950er bis in die 1980er Jahre. Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Beihefte Band 227. Stuttgart 2014, S. 258.

³² Vgl. TSENKOVA S.: Housing Policy Reforms in Post Socialist Europe (wie Anm. 26)

³³ Serbokroatisch: Radna zajednica zajedničke službe.

³⁴ MARIŠIĆ S.: „Čime se bavi RZ Zajedničke službe?“. In: Brodograditelj, 15.1.1976, S. 3.

³⁵ Serbokroatisch: Radna zajednica društveni standard.

nungsbau, Kantinen und Erholungsheime für die Beschäftigten und kooperierte eng mit den Gewerkschaften und Arbeiterräten.

Im Jahr 1990 beschloss der Arbeiterrat die Umwandlung Uljaniks in ein Unternehmen. Parallel dazu wurde die Arbeitsgemeinschaft Sozialer Standard ausgegliedert; sie blieb jedoch als Gesellschaft unter dem Dach der Holding lose an die produktiven Bereiche gebunden. Es verwaltete Junggesellenhotels, das Neue Haus, in dem die betriebliche Bildung untergebracht war, und das Alte Haus, in dem sich auch die Büros von Uljanik Standard befanden. Sozialer Standard betreute auch die Erholungs- und Sportanlagen Veruda, Bunarina und Fratarski Otok, das Krankenhaus „Arsenal“, das Schiff „Ulika“, das Haus der Jugend, Mensen, drei Kantinen und 3300 Wohnungen, von denen 2700 Uljanik gehörten.³⁶

Bereits Anfang der 1990er-Jahre setzte eine tiefgreifende Transformation der Rolle der Erholungs- und Sportanlagen im Kontext des Unternehmens ein. Orte, die viele Beschäftigte bisher als „zweites Haus“³⁷ wahrgenommen hatten, unterlagen nun einer strengen Zugangs- und Verhaltensreglementierung. Konflikte, wie der um ein Verbot des Kartenspiels im Hafen Bunarina,³⁸ legten die Hybridität von Uljanik Standard offen. Zum einen fühlte es sich „den Wünschen der Arbeiter“ verbunden und zum anderen musste es „Umsätze generieren“.³⁹ Die Überlassung der Immobilien seitens der übrigen Unternehmensteile war an die Erwartung geknüpft, dass Standard nun kostendeckend wirtschaftete. Dementsprechend stellte der Direktor Standards, Maksimo Milenković, in einem Interview klar: „Dieses Unternehmen kann keine niedrigeren Preise anbieten, wenn es nicht gleichzeitig den Preisunterschied selbst stemmt. Alles, was nicht der Endbenutzer begleicht, muss jemand anderer bezahlen.“⁴⁰ Dem Strategieplan des Direktors zufolge sollten „ungenutzte

³⁶ Die übrigen Wohnungen gehörten der Stadt und Uljanik verwaltete sie lediglich. S. M.: „Zarada u prvom planu: Standard“. In: Uljanik, 3.9.1990, S. 14–15.

³⁷ Ebd., S. 14.

³⁸ Ebd., S. 14.

³⁹ Ebd., S. 14.

⁴⁰ Ebd., S. 14f.

Kapazitäten dem freien Markt zur Verfügung gestellt“ und die Aktiva des Unternehmens schrittweise mit dem lokalen Tourismus verschränkt werden.⁴¹ Aus diesem Grund sollte auf Bunarina die Restaurantinfrastruktur verbessert werden; die Gesellschaft Standard plante das Schiff Ulika und das im Stadtteil Veruda gelegene Stadion des Werksvereins Uljanik auch für anderweitige – etwa touristische – Zwecke zu vermieten. Das neue Sozialmanagement führte zu diesem Zeitpunkt noch zu keiner Entflechtung der Beziehungen zwischen dem Unternehmen und der lokalen Gemeinschaft, sondern zu Versuchen einer profitablen Integration ausgewählter Bereiche der Umwelt. Hierzu bot sich in Istrien als erstes eine lokale Partnerschaft mit dem Tourismus an.

Die Anzahl der Gesellschaften der Uljanik Group war bis 2006 von 13 auf acht zurückgegangen.⁴² Antun Brajković, der 2006 den langjährigen Vorstandsvorsitzenden Karlo Radolović abgelöst hatte, setzte die Verdichtung des Unternehmens fort. Ihm zufolge führte der Verkauf der Gesellschaften, „die nicht direkt mit dem Schiffbau verbunden sind“ zu „einer Verringerung des Platzbedarfs und wir beabsichtigen, einen Teil der Immobilien zu verkaufen, um den von uns investierten technologischen Umbau abzuschließen“.⁴³ Der Vorstand beschloss den Verkauf des Alten Hauses, des Neuen Hauses und des Bürogebäudes Kasarna an die Stadt und kündigte auch den Verkauf des legendären Rockclubs Uljanik an. Der signifikante Nebeneffekt dieser einfachsten Möglichkeit, liquide Mittel zu generieren, war die Bündelung des Betriebs hinter den Mauern des Arsenal, die schon historisch eine harte Grenze zwischen Militärzone und Stadt dargestellt hatten.

Nur die Sportstätten überlebten den schleichenden Abbau der betrieblichen Sozialleistungen in der ersten Dekade des neuen Jahrtausends. Das Uljanik-Stadion und der Bunarina-Kai bildeten das Zentrum der Aktivi-

⁴¹ Ebd., S. 14.

⁴² Werft, Motorenwerk, Einrichtungsbaubau sowie Dienstleistungsunternehmen für Rechtsangelegenheiten, IT, Finanzen, Kommerz und Standard.

⁴³ Agneza Urošević: „Pula preuzima od Uljanika prostore od 30.000 četvornih metara“. In: Poslovni Dnevnik, 19.10.2006, <http://www.poslovni.hr/hrvatska/pula-preuzima-od-uljanika-prostore-od-30000-cetvornih-metara-24787>, zuletzt geprüft am 12.12.2019.

täten der Sportvereine von Uljanik. Der Vorsitzende von Uljanik Standard erklärte in einem Interview: „Das Stadion entstand, als Uljanik so viel Geld hatte, dass es nicht wusste, was es damit anfangen sollte, also entschloss das Unternehmen die Lebensqualität der Stadt zu erhöhen. Um den Bedarf der [Stadt] an Erholung und einigen bereits veralteten Aktivitäten im Zusammenhang mit der Leichtathletik zu befriedigen.“⁴⁴ Der Zugang zu diesen Aktivitäten war nicht auf die Angestellten von Uljanik beschränkt, sondern stand der ganzen Stadt offen; schließlich konnte praktisch jede Familie eine Verbindung zu Uljanik nachweisen. Die Geschichte Uljaniks spiegelte sich auch im Fußball-Werksverein NK Uljanik wider. Als der NK Uljanik in die oberste kroatische Profiligena aufstieg und Uljanik seine Finanzierung zurückzog, änderte der Verein seinen Namen in NK Pula 1865.⁴⁵ Im Jahr 2011 gründete Uljanik Standard schließlich einen neuen Amateurclub NK Uljanik, der in der Kreisliga im Stadion in Stoja spielte. Die Verflechtungen zwischen Arbeitsalltag und Amateurfußball waren eng: „Die meisten Spieler des NK Uljanik arbeiten in der Uljanik-Werft, sie arbeiten von Montag bis Freitag, aber sie erhalten nichts für den Fußball.“ Dafür profitieren sie auf andere Weise in einer Wirtschaft, die vor allem von prekären Jobs im Tourismus geprägt ist: „Wir haben einen Job für sie gefunden, sie erhalten ein Gehalt, aber Sie werden kostenlos für unseren Klub spielen.“⁴⁶ Die ständige Reorganisation zeugt davon, dass das Verhältnis zwischen Verein und Unternehmen einen ständigen gesellschaftlichen Aushandlungsprozess darstellt.

Erst die drohende Insolvenz in den Jahren 2017 bis 2019 zwang den Vorstand zum Verkauf der letzten Vermögensgegenstände Uljanik Standards. Zunächst verkaufte Uljanik die Insel Fratarski Otok und schließlich auch das Stadion ŠRC Uljanik Veruda an die Stadtverwal-

⁴⁴ Das Interview führte Andrew Hodges im Rahmen des Projektes „Transformations from Below: Shipyards and Labor Relations in the Uljanik (Croatia) and Gdynia (Poland) Shipyards since the 1980s“.

⁴⁵ 1865 ist das Gründungsjahr Uljaniks.

⁴⁶ Das Interview führte Andrew Hodges im Rahmen des Projektes „Transformations from Below: Shipyards and Labor Relations in the Uljanik (Croatia) and Gdynia (Poland) Shipyards since the 1980s“.

tung.⁴⁷ Mit der Veräußerung der letzten gesellschaftlichen Exklaven war es noch nicht getan; selbst das Innere der Werksmauern war nun kein Tabu mehr. Der vom Vorstand ausgearbeitete Restrukturierungsplan von 2018 sah vor, private Enklaven innerhalb der Werksmauern zuzulassen. Während der gesamte Bauzyklus in komprimierter Form auf die Insel mit den Hellingen verlegt werden sollte, plante der Vorstand die direkte Anbindung großer Teile des Arsenalns an die Stadt durch die Gründung von Handels-, Wohn- und Tourismuszentren.⁴⁸ Die Aushöhlung von innen bot für die Stadtpolitik eine gangbare Alternative zur politisch nicht durchsetzbaren Verlagerung des Unternehmens.

Die Entwicklung Uljanik Standards zeigt, dass die Rolle, die die Werft innerhalb der lokalen Gemeinschaft einnahm, einer Neubestimmung unterlag. Der Verkauf der Wurzeln Uljaniks und die Rücknahme der in den 1960er-Jahren eingeleiteten Verbetrieblichung kommunaler Dienstleistungen reduzierten das Engagement Uljaniks für die lokale Gemeinschaft außerhalb der Werksmauern und dadurch auch die lokalpolitische Legitimität und Verhandlungsmacht. Die Verschiebung der Betriebsgrenzen auf Kosten der Hybridität des Unternehmens stellte eine Verengung des ursprünglich breit angelegten und an den Beschäftigten orientierten Betriebsziels dar.⁴⁹ Die Folge war eine Eindimensionalität, die das Unter-

⁴⁷ Ch. B.: „Pula Sport preuzeo Uljanikov Stadion“. In: Glas Istre, 3.3.2019, <https://www.glasistre.hr/pula/pula-sport-preuzeo-uljanikov-stadion-582443>, zuletzt geprüft am 12.1.2020.

⁴⁸ FRANK R. / PAVLOVIĆ M.: „Plan restrukturiranja koji bi trebao spasiti Uljanik: Brodogradnja ostaje na Otoku, Arsenal postaje dio gradske jezgre, nema otpuštanja radnika“. In: Glas Istre, 4.10.2018, <https://www.glasistre.hr/pula/plan-restrukturiranja-koji-bi-trebao-spasiti-uljanik-brodogradnja-ostaje-na-otoku-arsenal-postaje-dio-gradske-jezgre-nema-otpustanja-radnika-571567>, zuletzt geprüft am 1.5.2019.

⁴⁹ Die Verdichtung des Betriebsziels begann bereits mit der Gründung der Aktiengesellschaft im Jahr 1991. In einem Bericht, den die Werft gemeinsam mit dem Beratungsunternehmen Price & Waterhouse verfasste, bekannten die Autoren: „Bis vor Kurzem war unser Hauptziel die Beschäftigung und die soziale Sicherheit; die Rentabilität stand an zweiter Stelle.“ Uljanik Brodogradilište Strateški Plan 1991–1996, Mai 1991, S. 2, ACERP, Elaborat Uljanik 3229238. Der bereits 1990 einsetzende Abbau der Beschäftigung und der Wohlfahrtsinstitutionen stellte eine Verkürzung des ursprünglich breit angelegten und an den Beschäftigten orientierten Betriebsziels dar.

nehmen leichter steuerbar machen sollte, es dabei aber gleichzeitig von der lokalen Gemeinschaft entfremdete und ihm die politische Schlagkraft entzog. Die beiden analog verlaufenden Trends zur Eindimensionalisierung auf der Betriebsebene und zur Komprimierung auf der Unternehmensseite erlebten in der Unternehmenskrise ab 2018 ihr Finale: zunächst mit dem Ausverkauf der letzten gesellschaftlichen Mehrwertsproduzenten; dann mit dem Vorschlag einer Umsiedlung des Unternehmens auf die 13 Hektar kleine Insel Otočić.

Die Wurzeln der Werften stehen für eine historisch gewachsene Multifunktionalität sozialistischer Unternehmen. Zusätzlich zu den „Produktionsfunktionen“ des Unternehmens identifizierte die polnische Arbeitssoziologie der 1960er-Jahre der Belegschaft gewidmete „produktionsfremde Funktionen“.⁵⁰ Diese Funktionen umfassten für Salomea Kowalewska und Jolanta Kulpińska eine Reihe von Aufgaben, die den wirtschaftlichen Kontext transzendierten. Durch Fortbildungsangebote, betriebseigene Bibliotheken und Kulturhäuser erfüllte die Betriebsseite des Unternehmens erstens eine kulturell-pädagogische Funktion. Zweitens hatte der Betrieb durch die Unterhaltung einer medizinischen Versorgung und Kinderbetreuung eine Pflegefunktion inne. Drittens zählte Jolanta Kulpińska zu den produktionsfremden Funktionen die durch Selbstverwaltungsorgane geleistete ideologisch-erziehende und, viertens, politische Funktion des Betriebs. Relevant für die Verwurzelung des Betriebs ist auch die Kategorie, die jene der Produktions- beziehungsweise der produktionsfremden Funktionen ergänzt: die „Funktionen gegenüber der Umwelt“. Die Autorinnen rechneten dazu das Engagement des Betriebs bei der Renovierung von Schulen, bei verschiedenen Kundgebungen und in der Kommunalpolitik.

⁵⁰ Siehe KOWALEWSKA S.: Społeczne zadania przedsiębiorstw i ich socjologiczna kontrola. In: LENART J. (Hg.): Przedsiębiorstwo w polskim systemie społeczno-ekonomicznym. Państwowe Wydawnictwo Ekonomiczne 1967, S. 198–226; KULPIŃSKA J.: Pozaprodukcyjne funkcje przedsiębiorstwa przemysłowego. In: LENART J. (Hg.): Przedsiębiorstwo w polskim systemie społeczno-ekonomicznym, Państwowe Wydawnictwo Ekonomiczne 1967, S. 458–479.

Die Multifunktionalität der sozialistischen Unternehmen manifestierte sich in der Buchhaltung. Nicht von ungefähr war sie laut Karl Polányi das „Schlüsselproblem der sozialistischen Wirtschaft“.⁵¹ Gemeint war damit die Frage, ob natürliche und soziale Kosten auf Seiten des Unternehmens oder der Kommune verbucht werden.⁵² Für Michael Power legt ein Unternehmen durch die Buchführung seine Grenzen fest und bestimmt, was sichtbar und was unsichtbar ist: „It thereby constructs boundaries and frames permeability in terms of what counts, is accounted for, as being inside and outside of the organization.“⁵³ Die folgende Kostenaufstellung der Werft Gdynia dokumentiert ein hohes Maß an Durchlässigkeit für Bedürfnisse der lokalen Gemeinschaft.

Die Buchhaltung der Werft Gdynia umfasste abseits der Produktionskosten auch die indirekten Kosten. In diese Kategorie fielen zusätzlich zu den administrativen Kosten und Investitionen auch die Arbeitssicherheit und die „sozialen und häuslichen Tätigkeiten“ des Betriebs. Zu den „sozialen Tätigkeiten“ zählten laut dem Jahresbericht von 1980 Erholungsmöglichkeiten für Beschäftigte und deren Kinder in den betriebs-eigenen Erholungsheimen in Wieżyca, Szklarska Poręba oder Jastrzębie Góra, in denen 1980 4718 Beschäftigte gastierten.⁵⁴ Die Werft unterhielt Kultur- und Bildungseinrichtungen wie zum Beispiel eine belletristische und eine Fachbibliothek. Sie bezuschusste in dem erwähnten Jahr die frühkindliche Bildung der Kinder der Beschäftigten mit fast 10 Millionen Złoty. Auch Ausgaben für den Betriebssport fielen in diese Rubrik. Die in der sozialistischen Mangelwirtschaft populären Schrebergärten, die die Werft den Beschäftigten zur Verfügung stellte, umfassten einen kleineren Posten.

⁵¹ POLANYI K.: Sozialistische Rechnungslegung. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 49 (1922), S. 377–420, hier S. 378.

⁵² Ebd., S. 397.

⁵³ POWER M.: Accounting, Boundary-making, and Organizational Permeability. In: RINGEL L. / HILLER P. / ZIETSMA C. (Hg.): Toward Permeable Boundaries of Organizations? Research in the Sociology of Organizations 2018, Bd. 57, S. 31–53, hier S. 31.

⁵⁴ Rocznik Statystyczny 1981, 24.4.1982, APG, 130/2365.

Die „häuslichen Tätigkeiten“ der Werft umfassten in erster Linie den bereits erwähnten Wohnungsbau. Den mit 55 Millionen Złoty weitaus größeren finanziellen Posten stellte die anderweitige Unterbringung von Beschäftigten in fünf Arbeiterhotels und anderen Quartieren dar.⁵⁵ Daneben zählte zu dieser Rubrik die Gesundheitsversorgung der Beschäftigten in den Gesundheitszentren. Auch die Kosten für die Verpflegung der Beschäftigten in den acht Mensen, sechs Kantinen, sieben Lebensmittelkiosken, dem Obst- und Gemüseiosk, dem Lebensmittelladen, der Suppenküche, der Kaffee- und Milchküche und einer Mineralwasserabfüllstelle subsumierte die Buchhaltung als „häusliche Tätigkeiten“. Zu den „häuslichen Tätigkeiten“ zählten aber auch die betriebseigenen Berufsschulen und die Leistungen der Abteilung für Versorgung.⁵⁶ Der Betrieb war ein Vollversorger; im Jahr 1978 verteilte die Werft Gdynia Kartoffeln, Zwiebeln und Obst an die Belegschaft, Rentnerinnen und Rentner.⁵⁷

Die Transformation der betrieblichen Wohlfahrt war ein Nebeneffekt der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft und der Einführung des „Core Business“ als leitende Unternehmensideologie. Die Organisationsumwandlung auf der Ebene der Rechtsform spiegelte sich in den produktionsperipheren Bereichen. Sie erhielten eine neue Rechtsform und ein neues Rechtsverhältnis gegenüber dem Unternehmenszentrum. So gliederte die Werft das Erholungsheim in Wieżycy zwar aus, es konnte aber weiterhin von den Beschäftigten genutzt werden. Der Sportklub Bałtyk wurde ebenfalls ausgegliedert, aber seine einzigen Mitglieder blieben die Beschäftigten. Ähnlich verhielt es sich auch mit einem 1993 gegründeten Hotel- und Tourismusunternehmen. Dessen statutarische Aufgaben – etwa Dienstleistungen im Bereich Tourismus und Freizeit, Sanatoriums-

⁵⁵ Instrukcja Nr Ks-7 E w sprawie Rachunku kosztów w Stoczni im. Komuny Paryjskiej, Rocznik Statystyczny 1981, 5.12.1984, S. 22, APG, 130/2504

⁵⁶ Polnisch: dział zaopatrzenia.

⁵⁷ Ab den 1980er-Jahren führte die Werft zwar Preise zur Kompensation der Ausgaben ein, doch lagen diese noch immer sehr niedrig; für Bedürftige übernahm die Abteilung Soziales weiterhin die gesamten Kosten. Informacja na temat zaopatrzenia jesiennozimowego, 17.10.1988, S. 1, APG, 130/464/87.

dienstleistungen oder Lebensmittelherstellung – zeigen, dass die Bandbreite betrieblicher Sozialleistungen nicht wesentlich gekürzt worden war; aber die Organisation der betrieblichen Sozialpolitik war auf neue FüÙe gestellt worden.⁵⁸

Das breite Spektrum der Angebote des von der Werft kontrollierten Dienstleisters zeigt die Resilienz der Multifunktionalität. Resilienz und gleichzeitig Transformation zeigen sich exemplarisch im Bereich der Gesundheitsversorgung. Die betriebseigene Klinik war bis zum Jahr 2000 in die Werft inkorporiert. Nach dem Verkauf betrieb Euromedicus sie als Ableger des Nationalen Gesundheitsfonds ohne rechtliche Verbindungen zur Werft weiter. Die Folge des Verkaufs war, dass die Beschäftigten der Werft ihren privilegierten Status im Krankenhaus einbüÙten. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beklagten sich im Laufe der nächsten Jahre über die monatelangen Wartezeiten.⁵⁹ Noch schlechter gestellt waren die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die bei rechtlich selbstständigen Subunternehmen wie Euromal, beauftragt mit der Lackierung der Schiffe, beschäftigt waren. Ihr Arbeitgeber hatte einen Vertrag mit einem privaten medizinischen Dienstleister abgeschlossen, wodurch die Beschäftigten ihre Berechtigung verloren, sich in dem noch immer auf dem Werftengelände befindlichen Krankenhaus behandeln zu lassen.⁶⁰ Tomasz Narloch, ein Mitarbeiter von Euromal, besuchte nach einem Unfall, bei dem Metallstaubspäne sein Auge verletzt hatten, das Krankenhaus.

„Wie üblich ging ich in solchen Fällen zum Augenarzt auf der Werft. Ich wurde jedoch unangenehm überrascht. Mir wurde die Behandlung verweigert, obwohl ich versichert bin! Diesmal bekam ich an der Rezeption zu hören, dass die Mitarbeiter von Euromal sich in der Czechosłowacka-StraÙe nicht mehr anmelden

⁵⁸ O. A.: „Przedsiębiorstwo hotelowo-turystyczne S.A.“. In: *Cała Naprzód* 7–8 (1993), S. 5.

⁵⁹ SZADURSKI S.: „Przychodnia nie dla stoczniowców“. In: *Dziennik Bałtycki*, 24.6.2004.

⁶⁰ SZADURSKI S.: „Odprawienie z kwitkiem“. In: *Dziennik Bałtycki*, 26.8.2003, S. 5.

dürften. Ich wurde in eine Klinik in der Chrzanowski-Straße geschickt. Dort musste ich jedoch bis zum nächsten Tag warten und dreißig Złoty bezahlen. Als Werftarbeiter und jemand, der seit zwanzig Jahren ehrenamtlich Blut spendet, fühlt sich das für mich falsch an.“⁶¹

In seiner Replik relativierte der Ombudsmann der Werft Gdynia das Problem mit dem Hinweis, dass das Unternehmen „jetzt viel schwerwiegendere Probleme als das aus dem Krankenhaus“ habe.⁶² Der Überlebenskampf hatte also zu einer Herabstufung der betrieblichen Sozialleistungen in einer imaginierten Hierarchie von Problemen geführt.⁶³ Nach 2003 endete die Debatte über die betrieblichen Sozialleistungen vollständig und wurde von Forderungen um ausstehende Löhne und von Versuchen, eine größtmögliche Anzahl von Arbeitsplätzen zu retten, abgelöst.

Interessenscluster – die Bedeutung lokaler Allianzen

Neben Wohnungspolitik und Gesundheitspflege bietet auch der Bereich der Ausbildung einen ergänzenden Indikator für die Transformation der betrieblichen Sozialpolitik. Während die beiden bereits besprochenen Tätigkeitsfelder der Dynamik der Privatisierung folgten, war die Transformation der Ausbildung von einer Kommunalisierung geprägt. Hinsichtlich der Ausbildungsmöglichkeiten hatte die Werft bis in die 1990er-Jahre eine eigene Abteilung Ausbildung unterhalten. Diese betrieb die außerhalb des Werksgeländes angesiedelte Berufsschule für Schiffbau in der Werft Gdynia und Technische Schule für Schiffbau.⁶⁴ Die Ausbildungstradition kann anachoristisch als dual typisiert werden. Von Anfang an

⁶¹ Zitiert nach ebd. Die massiven Liquiditätsprobleme ließen sogar eine Anpassung des Tarifvertrags in Form einer Kürzung der Sozialleistungen zu.

⁶² SZADURSKI (wie in Anm. 59).

⁶³ SZADURSKI S.: „Przepychanki wokół układu pracy: Bez przywilejów“. In: Dziennik Bałtycki, 3.1.2003, S. 7.

⁶⁴ Wer nicht eine dieser Schulen besucht hatte, der hatte zumindest die Technische Schule Conradinum in Danzig absolviert. In Danzig befindet sich auch die Fakultät für Meerestechnik und Schiffstechnik, die für die Ausbildung von Werftingenieuren unabhängig ist. Sowohl die Schule als auch die Technische Universität waren mit der Stadtschnellbahn SKM von der Werft aus gut zu erreichen.

absolvierten die Schülerinnen und Schüler Praktika in der Werft. Ein Arbeiter beschrieb die Verschränkung der Werft mit den betriebseigenen Schulen während der sozialistischen Ära wie folgt:

„Wir hatten von der ersten Klasse an Praktika in der Werft. Die meisten, wie Schweißer und andere, waren von Beginn an auf dem Schiff; die aus der zweiten, dritten Klasse wurden bereits den Brigaden zugeteilt. Sie [die Arbeiterinnen und Arbeiter der Brigaden; P. W.] konnten ihre Leute gleich kennenlernen. Nach dem Ende der Schule wusste jeder Brigadier, jeder Leiter, wer er war, mit wem er sich zusammentun wollte und so fort. Es gab eine solche Kontinuität. Auch später dann [nach der Schule; P. W.] wurden sie [die ausgebildeten Schülerinnen und Schüler; P. W.] von den anderen erzogen; nicht wie in der Schule, aber die Ausbildung ging weiter.“⁶⁵

Die Praxis einer betriebszentrierten Organisation der Ausbildung war so vorteilhaft für alle Beteiligten, dass sie die politische Wende 1989 überdauerte.⁶⁶ Ein ehemaliger Beschäftigter berichtete: „Ich begann die Schiffsbauschule 1989. Zuerst die Berufsschule, später die Technische Schule. Und von Anfang an hatte ich Praktika und arbeitete in der Werft. Und die ganze Zeit war ich mit der Gdynia Werft verbunden.“⁶⁷ Obwohl er ursprünglich aus Südpolen und nicht aus einer Schiffbaufamilie stammte, hatte der Respondent seine gesamte Berufsbiografie lediglich einem Unternehmen gewidmet.

Womöglich hätte die Praxis in der Werft Gdynia als Insel der dualen Ausbildung in einer ansonsten sehr schullastigen Ausbildungsstruktur fortgedauert, wäre sie nicht einer Unternehmenskrise zum Opfer gefallen. Im Jahr 2002 war die Werft Gdynia nicht in der Lage, ihre Grundsteuerschul-

⁶⁵ Das Interview führte Piotr Filipkowski im Rahmen des Projektes „Transformations from Below: Shipyards and Labor Relations in the Uljanik (Croatia) and Gdynia (Poland) Shipyards since the 1980s“.

⁶⁶ Das polnische Bildungswesen kennt ansonsten keine duale Ausbildung.

⁶⁷ Das Interview führte Piotr Filipkowski im Rahmen des Projektes „Transformations from Below: Shipyards and Labor Relations in the Uljanik (Croatia) and Gdynia (Poland) Shipyards since the 1980s“.

den zurückzuzahlen. Ihre Schulden gegenüber der Stadt Gdynia beliefen sich auf 15 Millionen Złoty. Der Bürgermeister der Stadt geriet dadurch in ein Dilemma: „Wir suchen nach unkonventionellen Wegen, um die Schulden zu tilgen, denn einerseits müssen wir uns bewusst sein, dass dies ernsthafte Summen sind, die den städtischen Haushalt belasten, andererseits wollen wir keine Maßnahmen ergreifen, die den schwierigen Prozess der Rettung der Werft aus finanziellen Schwierigkeiten in irgendeiner Weise behindern.“⁶⁸ Die Idee des Bürgermeisters passte in den Geist der Zeit: „Die Werft verfügt über unterschiedliche Vermögenswerte. Diejenigen, die direkt mit der Produktionstätigkeit zusammenhängen, sollten geschützt, unterstützt und entwickelt werden. Aber jedes große Unternehmen hatte einmal solche Bereiche, die mit der Kerntätigkeit nichts zu tun haben.“⁶⁹ Der Bürgermeister setzte also durch, dass die Berufsschule als auch die Technische Schule an die Stadt Gdynia verkauft wurden. Vordergründig bedeutete dies, dass die Werft ihre Betriebskosten senken und ein Drittel ihrer Schulden tilgen konnte. Die Konsequenz des Tausches der Vermögenswerte war aber gravierender. Die Werft gab die Jugendausbildung wieder in die kommunale Hand zurück und erfand sich selbst als das, was der Bürgermeister als „kommerzielles Unternehmen“ idealisierte, neu.⁷⁰ Ein kommunaler Träger führte den Ausbildungskomplex für den Schiffbau am Standort Energetikerstraße, etwa einen halben Kilometer vom Haupttor der Werft entfernt, weiter. Dieser Teil, der vorher zu den „häuslichen Tätigkeiten“ der Werft gehörte, überlebte selbst ihre Produktionsfunktion. Die Schule wurde erst 2016 im Zuge einer nationalen Bildungsreform geschlossen. Während einer Abschlusszeremonie interpretierte die Abgeordnete Małgorzata Zwiercan die Schließung des Schulkomplexes als „symbolischen Akt, der den Liquidationsprozess der Gdynia Werft beendete“.⁷¹

⁶⁸ BOGDANOWICZ J.: „Dług stoczni mniejszy“. In: Głos Wybrzeża, 5.1.2004.

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ Sw.: „Dopełnił się akt likwidacji. Zakończenie roku w ZST z udziałem poseł M. Zwiercan i Sztandaru Solidarności“. In: Młoda Gdynia, 27.6.2016, <http://mlodagdynia.pl/czytaj/co-sie-dzieje/15672>, zuletzt geprüft am 5.12.2019.

Mit der drohenden Insolvenz angesichts des Beihilfeverfahrens der Europäischen Kommission stand auch für die Stadt Gdynia viel auf dem Spiel. Am 16. Juli 2008, kurz vor der endgültigen Entscheidung über die Liquidation der Werft Gdynia, marschierten, angeführt vom Bürgermeister, zweitausend Beschäftigte die vier Kilometer vom Werftentor in der Czesłowska-Straße zum Rathaus. In seinen Presseerklärungen betonte der Bürgermeister, dass die Stadt ihren größten Arbeitgeber nicht retten könne; sie habe versucht zwischen der Werft und der Regierung zu vermitteln: „Obwohl die Entscheidungen zur Zukunft der Werft nicht in der Verantwortung der Stadtverwaltung liegen, intervenieren wir seit Jahren in der Agentur für Industrieentwicklung, sodass am Ende das größte Werk der Stadt konkrete Hilfe erhalten wird.“⁷² Der Bürgermeister sah eine Kommunalisierung der Verluste nicht als seine Aufgabe; seine Funktion war die eines Moderators. Sein Agieren erinnert nicht zufällig an die von Maciej Tyminski beschriebene Lobbyfunktion der Lokalpolitik gegenüber den Planungsorganen in der Volksrepublik Polen.⁷³

Ein historisches Verständnis der Einbettung der Unternehmen in die Verhandlungsökonomie⁷⁴ macht die Interventionen des Bürgermeisters und seiner Vorgänger plausibel. Mit dem Bestreben des Parteisekretärs Edward Gierek in den 1970er-Jahren nationale Konzerne zu etablieren, erfuhr die Verhandlungsposition von Großunternehmen gegenüber dem Zentrum eine Aufwertung. Unternehmen wie die Werft Gdynia nutzen ihre Macht, die sich aus einer hohen Beschäftigung, ökonomischen Stärke oder informellen Beziehungen ergab, um den Ausgang der Verhandlungen um Planaufgaben und Ressourcen zu verbessern.⁷⁵ Auf lokaler Ebene, wo die Verhandlungsmacht der Unternehmen besonders ausge-

⁷² JABŁOŃSKI M.: „Dola stoczniowca“. In: Dziennik Bałtycki, 19.5.2006.

⁷³ TYMIŃSKI M.: Apparatchiks and Enterprises. The Case of the Warsaw Region in 1950–1970. In: Europe-Asia Studies 72 (2020), S. 1277–1304.

⁷⁴ SABEL C. / STARK D.: Planning, Politics, and Shop-Floor Power. Hidden Forms of Bargaining in Soviet-Imposed State-Socialist Societies. In: Politics & Society 11 (1982), S. 439–475.

⁷⁵ LAKY T.: Enterprises in Bargaining Position. In: Acta Oeconomica 22 (1979), S. 227–246.

prägt war, bedingte Ressourcenknappheit die Notwendigkeit zu einem „kooperativen Verwaltungshandeln“, das eine territoriale Kooperation zwischen Kommune und Unternehmen bezeichnet, um mit den Defiziten lokal möglichst effizient umzugehen.⁷⁶ In diesem Sinne war die Werft mehr als ein regional wichtiger Arbeitgeber und Steuerzahler; sie war ein gleichberechtigter und unterstützungswürdiger politischer Partner.

Auch nach 1989 war für den Bürgermeister die Stadt Gdynia „ohne eine Werft, [...] ohne die für unsere Stadt typische Silhouette mit dem weithin sichtbaren Portalkran, den Kränen und Docks nicht denkbar“.⁷⁷ Angesichts der Auswirkungen auf die Beschäftigung und die Folgen für die lokalen Zulieferer ist es nicht überraschend, dass sich die Stadtverwaltung um das Überleben der lokalen Werften besorgt zeigte. Der Bürgermeister Wojciech Szczurek befürchtete einen Rückgang der Steuereinnahmen – immerhin flossen 6,71 Prozent der Körperschaftsteuer des Unternehmens und 37,89 Prozent der persönlichen Einkommensteuer der Werftarbeiterinnen und Werftarbeiter in die Stadtkasse. Schwer zu schultern wäre eine Abwicklung aber nicht nur in fiskalischer Hinsicht gewesen. Mit dem Wegbrechen eines lokalpolitischen Partners drohte eine Abwärtsspirale: die Insolvenz weiterer Unternehmen und die Abwanderung von Fachkräften. Am Horizont zeichneten sich soziale Probleme und ein Stadtverfall ab. Der Bürgermeister erklärte: „Für die Stadt könnte der Zusammenbruch der Werft fatale Folgen haben. Selbst wenn andere Unternehmen auf den Trümmern des Unternehmens gegründet würden, blieben so viele Menschen ohne Arbeit.“⁷⁸ Die kommunale Perspektive unterscheidet sich hier deutlich von der des staatlichen Eigentümers. Eine Insolvenz der Werften wäre für den staatlichen Eigentümer ein finanzielles Desaster, lokal bedeutete sie eine soziale Tragödie.

⁷⁶ BENKE C.: Am Ende der Hierarchie. Grenzen und Spielräume der Kommunalpolitik in der DDR – mit Beispielen aus der Industriestadt Ludwigsfelde. In: BERNHARDT C. / REIF H. (Hg.): Sozialistische Städte zwischen Herrschaft und Selbstbehauptung. Kommunalpolitik. Stadtplanung und Alltag in der DDR. Stuttgart 2009.

⁷⁷ ŁABAZIEWICZ Z.: „Jak stocznię wspominają jej byli pracownicy“. In: Gazeta Wyborcza, 23.1.2012, S. 4.

⁷⁸ Ebd.

Die regionale Allianzenbildung, die sich im polnischen Fall andeutet, gilt eigentlich als ein Charakteristikum der jugoslawischen Selbstverwaltung.⁷⁹ Als im Zuge der Föderalisierung mit der neuen Verfassung von 1974 immer mehr Kompetenzen aus den Bereichen Planung und Entwicklung an die Republiken und Kommunen abwanderten, entwickelten sich Republiken und Kommunen zu „Sub-Ökonomien“⁸⁰, die versuchten ihre lokalen oder nationalen partikularistischen Interessen durchzusetzen. In seiner Analyse zweier jugoslawischer Kraftwagenhersteller beobachtet Goran Musić eine aus dieser vertikalen Kompetenzenstreuung resultierende regionale Allianzenbildung: „Factories could therefore rely on the local authorities against the central government and seek protectionist measures.“⁸¹ Die starke Konzentrierung in der kroatischen Republik – die nach Slowenien finanziell am besten aufgestellt war – brachte für den Schiffbau viele Vorteile. In einer Sitzung der Versammlung der Wirtschaftskammern Kroatiens entschied die Republik über ihre Prioritätsbranchen.⁸² Die Schiffbauindustrie profitierte von diesem Status durch die Bereitschaft der lokalen Banken und Fonds, wie des Reservefonds der Republik und des Fonds der Republik, heimische Schiffprojekte zu kreditieren und die Liquidität der Werften zu garantieren.⁸³

Die neue Verfassung beinhaltete die Möglichkeit durch sogenannte Gesellschaftsverträge das Zusammenspiel der tendenziell atomisierten Organisationen zu koordinieren. Um in diesem zerstreuten Akteursnetz die

⁷⁹ TURKISH-COMISSO E.: *Workers' control under Plan and Market. Implications of Yugoslav Self-Management*. New Haven 1979.

⁸⁰ SCHIERUP C.-U.: *Migration, Socialism and the International Division of Labour. The Yugoslavian Experience (Research in ethnic relations series)*. Aldershot 1990, S. 213.

⁸¹ MUSIĆ G.: *Making and Breaking the Yugoslav Working Class. The Story of Two Self-Managed Factories*. Budapest / Wien 2021.

⁸² KOJIĆ D.: „Sjednica skupštine privredne komore Hrvatske: Brodogradnja i flota na prioritetnoj listi“. In: *Glas Istre*, 26.2.1975, S. 7.

⁸³ Ähnlich wie schon mit der Verfassung von 1963, die den sozialen Konflikt zwischen verschiedenen Kategorien von Konsumenten und Produzenten durch eine Umstrukturierung der Nationalversammlung institutionalisieren sollte, war es das Anliegen der Verfassung von 1974, den sozialen Konflikt der einzelnen Republiken und Provinzen und indirekt der lokal vorhandenen Industriecluster zu institutionalisieren. PROUT C. J.: *Market Socialism in Yugoslavia (Economies of the world)*. Oxford 1985, S. 78.

eigenen Interessen erfolgreich zu vertreten, war es notwendig, Allianzen zu bilden. Bedingt durch die fortschreitende Föderalisierung Jugoslawiens waren dies häufig regionale, aus Arbeitsorganisationen, Fonds, Banken und Lokalregierungen bestehende Cluster, die versuchten, lokale Interessen auf einer höheren Ebene durchzusetzen. So bildeten etwa Uljanik und die Istrische Bank Allianzen, wenn es darum ging, die regionale Bank gegenüber der Nationalbank in Zagreb zu vertreten. In einem vom Direktor Uljaniks mitverfassten Brief verliehen beide Organisationen ihrer Forderung nach einem Kredit der Nationalbank an die Istrische Bank Nachdruck.⁸⁴ Bei Nichtgewährleistung drohe eine Blockade der Konten Uljaniks mit verheerenden Folgen für die ganze Region. Die beiden Direktoren fügten hinzu: „Und dafür möchten Sie bestimmt nicht verantwortlich sein.“⁸⁵ Obwohl ein klarer Fall von eigenem Versagen vorlag – ein Brand auf einem Öltanker für die nigerianische Bundesregierung – beriefen sich die Bank und das Unternehmen auf die eigene strukturelle Verhandlungsmacht, indem sie ein „Too Big to Fail“-Szenario an die Wand malten.

Während die lokalen Auswirkungen in den 1970er-Jahren noch ein wesentliches Argument für die Subventionierung der chronisch insolventen Werft darstellte, verlor die Sozialistische Republik Kroatien in den 1980er-Jahren diesen Aspekt mehr und mehr aus den Augen. Angesichts der jugoslawischen Finanzkrise und der Auflagen des Internationalen Währungsfonds waren aus Sicht des Sabors die Werften vor allem in ihrer Funktion als Devisenbringer, nicht aber Arbeitgeber von Bedeutung. Legitimierungsstrategien, die die 1970er-Jahre dominiert hatten, wie etwa die fatalen Auswirkungen einer Illiquidität Uljaniks für die regionale Wirtschaft und die Kommune⁸⁶ oder der Multiplikatoreffekt,⁸⁷ der die

⁸⁴ Den Hintergrund des Briefes bildete ein Brand auf einem Öltanker für die nigerianische Regierung, der die Auslieferung und damit die letzte Ratenzahlung verzögerte.

⁸⁵ Brief von Uljanik an das Republički sekretarijat za financije, 15.7.1976, HDA, 280/57.

⁸⁶ Savezno Izvršno Vijeće, Generalni sekretar. Predmet: 1. Tretman izvoza brodova u SSSR ..., 9.1.1979, HDA, 280/161.

⁸⁷ Sadašnje stanje, ekonomski položaj i problemi nezaposlenosti kapaciteta brodogradilišta, 26.4.1977, S. 14, HDA, 280/139.

positiven Auswirkungen – also die von den Werften ausgehenden wirtschaftlichen Impulse auf andere Sektoren – misst, fanden in den Dokumenten des Exekutivrats der Republik keine Erwähnung mehr. Gerade in dieser Zeit entwickelte sich die Lokalpolitik zum sozialpolitischen Anwalt der Werft gegenüber der Hauptstadt Zagreb.

Die sozialverträgliche Behandlung Uljaniks durch die Kommune hielt noch lange nach den 1980er-Jahren an. Das zeigt sich etwa in stadtplanerischen Entscheidungen Pulas. Dabei war Pula nie eine Monostadt gewesen. Auf die seit 1980 durchgehend über 50.000 Menschen zählende Bevölkerung der Stadt kamen nie mehr als 10.000 Beschäftigte bei Uljanik. Neben dem größten Arbeitgeber der Stadt gab es weitere mittelgroße Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe (Textilbranche, Bauwesen, eine Kleinwerft, ein Zementwerk). Dennoch hatte gerade Uljanik einen wichtigen expliziten oder zumindest impliziten Einfluss auf infrastrukturelle Fragen der Stadtentwicklung. Ein hoher Beamter des Rathauses beschreibt 2018 den Einfluss Uljaniks auf die städtische Infrastruktur folgendermaßen:

„Im Laufe ihrer Geschichte hat die Stadt Pula stets die Meinung Uljaniks in Bezug auf alle ihre Planungen eingeholt: die Entwicklung von Raumordnungsplänen und die Stadtplanung. Mit anderen Worten: das, was für ihr Überleben und für die Fortsetzung des Schiffbaus in unserer Stadt notwendig ist. Dies ist der Fall bei der Planung und der Landschaftsgestaltung der Riviera - wie mit Uljanik vereinbart, bleiben die Eisenbahngleise bestehen; obwohl die Gleise seit langem nicht mehr benutzt werden, wollten wir künftige Möglichkeiten hinsichtlich der Funktionalität von Uljanik in keiner Weise beeinflussen oder erschweren, indem wir die Gleise, die in Richtung Uljanik führen, abreißen.“⁸⁸

⁸⁸ Das Interview führte Andrew Hodges im Rahmen des Projektes „Transformations from Below: Shipyards and Labor Relations in the Uljanik (Croatia) and Gdynia (Poland) Shipyards since the 1980s“.

Um 2000 bildete sich dann ein Riss durch die Allianz zwischen Unternehmen und Stadt. Ab dann mehrten sich in der üblicherweise klientelistischen Politik der regionalistischen Partei IDS⁸⁹ Stimmen, dass Uljanik aus dem Stadtzentrum verlegt werden müsse, um Platz für den Tourismus zu schaffen.⁹⁰ Als Uljanik ab 2018 vor einer dringenden Restrukturierung und einer Schließung im Jahr 2018 stand, blieb die lokale Unterstützung für ein Überleben Uljaniks deshalb hinter den Erwartungen der Beschäftigten zurück. Mit der Priorisierung des Tourismus hatte sich die Werksmauer zunehmend zu einem städteplanerischen Fremdkörper entwickelt, der das Entwicklungspotenzial der Kommune hemmt. So kam es, dass die Stadtregierung das Angebot eines touristischen Investors unterstützte, der als „strategischer Partner“ die Werft und damit die lukrativen Immobilien aufkaufen wollte. Mit dieser Positionierung hatte die Stadt nicht nur die lokale Allianz mit der Werft aufgekündigt, sondern sich auch noch die Perspektive eines Developers zu eigenen gemacht, in der der finanziell lange schon nicht mehr rentable Betrieb nicht mehr als Mehrwertsproduzent, sondern als entwurzeltes Spekulationsobjekt erscheint.

Fazit

Obwohl zwischen den beiden Fällen erhebliche Unterschiede hinsichtlich dem politischen Kontext (Zentralismus und Regionalismus), den sozialistischen Pfadabhängigkeiten (Staatssozialismus und Selbstverwaltung), gewählten Reformansätzen (Schocktherapie und verzögerte Privatisierung) und der Temporalität (EU-Beitritt 2004 und 2013) bestehen, zeigt die Analyse überraschende Ähnlichkeiten in der lokalen Verwurzelung der beider Werften. Diese Ähnlichkeiten beziehen sich auf die territoriale Einbettung der Unternehmen in ihr kommunales Umfeld. Weder Gdynia noch Pula (Uljanik) sind klassische Industriestädte wie Nowa Huta oder

⁸⁹ Istarski demokratski sabor. Deutsch: Istrische Demokratische Versammlung.

⁹⁰ KAPELETO V.: Bach. Preseljeneje Uljanik je želja lokalne vlasti. In: Glas istre, 7.6.2003.

Tol'jatti.⁹¹ Dennoch sind beide Städte, insbesondere einzelne Stadtteile, strukturiert durch die benachbarten Werften. Produktionsfremde Funktionen entgrenzten die sozialistischen Werften gegenüber ihrer kommunalen Umwelt und den privaten Haushalten. Die Verwurzelung auf der Betriebsebene zeigte in beiden Fällen auch während den 1990er-Jahren eine beeindruckende Resilienz. Obschon die Umwandlung in Aktiengesellschaften zu einer organisationalen Restrukturierung der Sozialleistungen führte, war diese nicht von einem abrupten Bruch mit der multidimensionalen Betriebsausrichtung begleitet. Dynamiken der Privatisierung und Kommunalisierung führten zu einem schleichenden Abbau der betrieblichen Sozialpolitik. Während bis dahin die starke lokale Verwurzelung mit traditionellen politischen Allianzen durch ihre hohe politische Sprengkraft lange dazu beigetragen hatte, eine Abwicklung der subventionsbedürftigen Unternehmen zu verhindern, war mit der Entwurzelung der Unternehmen ihr Schicksal besiegelt. Das Resümee fällt widersprüchlich aus: Am Ende hatte die Reduktion auf ein „Core-Business“ nicht zum Überleben der Werften, sondern gerade zu ihrer Auflösung beigetragen.

⁹¹ Zum Verhältnis zwischen Werk und Stadt am Beispiel der beiden erwähnten Städte siehe JAJEŠNIAK-QUAST D.: *Stahlgiganten in der sozialistischen Transformation. Nowa Huta in Krakau, EKO in Eisenhüttenstadt und Kunčice in Ostrava*. Wiesbaden 2010; SIEGELBAUM L.: *Cars for Comrades. The Life of the Soviet Automobile*. Ithaca / London 2011.

Andrea Bonoldi, Univ.-Doz. Dr. phil, ist Dozent (professore associato) für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Trient, zugleich Gastdozent für Geschichte des ökonomischen Denkens an der Freien Universität Bozen. Publikationsschwerpunkt: Wirtschaftliche Entwicklung des Alpenraums in der Neuzeit.

Chris Andre Buchholz studiert an der Ruhr-Universität Bochum Geschichte im Master of Arts und Mathematik und Geschichte im Master of Education. Sein Studienschwerpunkt liegt auf der Wirtschafts- und Montangeschichte.

Juliane Czierpka, Jun.-Prof. Dr., ist Juniorprofessorin für Montangeschichte an der Ruhr-Universität Bochum. 2013 wurde sie in Bochum mit einer Arbeit über die frühe europäische Industrialisierung promoviert und kehrte, nach wissenschaftlichen Stationen in Göttingen, Washington DC und im Deutschen Bergbau-Museum Bochum, 2018 an die Ruhr-Universität zurück.

Walter M. Iber, PD Mag. Dr., Historiker, ist stellvertretender Leiter des Instituts für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte an der Universität Graz und zugleich Vorsitzender der Österreichischen Gesellschaft für Unternehmensgeschichte.

Thomas Krautzer, Univ.-Prof. Mag. Dr., Historiker, ist Professor für wirtschaftliche Standortfragen und Leiter des Instituts für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte an der Universität Graz. Davor war er jahrelang leitend in der industriellen Interessenvertretung tätig.

Mirko Titze, PD Dr., ist Leiter des Zentrums für evidenzbasierte Politikberatung am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH-CEP) in Deutschland. Der Schwerpunkt seiner Forschung liegt auf der Analyse von Wirkungen von Subventionsprogrammen für Unternehmen und Regionen.

Peter Wegenschimmel, Dr. phil., ist Assistent am Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien und Mitglied des Research Center for the History of Transformations (RECET). 2020 erhielt er für seine Dissertation „Non-Profit-Industrie: Die Abwicklung ostmitteleuropäischer Werften“ den Preis für Unternehmensgeschichte.

Abkürzungen

ACStyria	Automobilcluster Styria
AG	Aktiengesellschaft
AK	Arbeiterkammer
AMS	Arbeitsmarktservice Österreich
Anm.	Anmerkung
APG	Archiwum Państwowe w Gdańsku (deutsch: Staatsarchiv in Danzig)
APR	Aktionsprogramm Ruhr
ASTAT	Landesinstitut für Statistik, Bozen
AT&S	Austria Technologie & Systemtechnik Aktiengesellschaft
AWS	Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mbH
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMR	Business Metropole Ruhr
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BRP	Bruttoregionalprodukt
CA	Creditanstalt-Bankverein
Casa	Cybersicherheit im Zeitalter großskaliger Angreifer
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
COMET	Competence Center for Excellent Technologies
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DM	Deutsche Mark
Dr.	Doktor/Doktorin
Dz.U	Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej (deutsch: Gesetzblatt der Republik Polen)
Ebd./ebd.	Ebenda/ebenda
EFI	Expertenkommission Forschung und Innovation
EG	Europäische Gemeinschaften
EPR	Entwicklungsprogramm Ruhr

ERP	European Recovery Program
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EU	Europäische Union
FH	Fachhochschule
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FuE	Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten
GBI	Gesellschaft des Bundes für Industriepolitische Maßnahmen
GWK	Gemeinsame Wissenschaftskonferenz
HDA	Hrvatski Državni Arhiv (deutsch: Kroatisches Staatsarchiv)
HDZ	Hrvatska demokratska zajednica (deutsch: Kroatische Demokratische Union)
Hg.	Herausgeber
HGI	Horst-Görtz-Institut
HOF	Institut für Hochschulforschung
I:WSU	Institut für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
IBA	Internationale Bauausstellung
IDM	Innovation, Development, Marketing
IDS	Istarski demokratski sabor (deutsch: Istrische Demokratische Versammlung)
IFO DRESDEN	Institut für Wirtschaftsforschung e.V.
IGBE	Industriegewerkschaft Bergbau und Energie
IGZ	Innovations- und Gründerzentrum Friedrich der Große
IHK	Industrie- und Handelskammer
IMS	Institut für Mikroelektronische Schaltungen und Systeme
ISST	Fraunhofer-Institut für Software- und Systemtechnik ISST
ISTAT	Institut für angewandte Statistik, Kassel
ITZ	Innovationsförderungs- und Technologietransfer-Zentrum der Hochschulen des Ruhrgebiets
IWH	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle
IWI	Industriewissenschaftliches Institut, Wien
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
Mag.	Magister

Mio.	Million
MPI	Max-Planck-Institut
Mrd.	Milliarde
NK Uljanik	Nogometni klub (Fußballverein) Uljanik
NOI	Nature of Innovation Techpark Südtirol
NRW	Nordrhein-Westfalen
NUTS	Nomenclature des unités territoriales statistiques
NWIZ	Nordrhein-Westfalen-Initiative Zukunftstechnologien
NWP	Nordrhein-Westfalen-Programm 1975
o.a./O.A.	ohne Autor
ÖCI	Österreichisches Credit-Institut
OHA	Oral History Archiv (am I:WSU der Universität Graz)
ÖIAG	Österreichische Industrieholding AG
ÖIR	Österreichisches Institut für Raumplanung
OMV/ÖMV	Österreichische Mineralölverwaltung
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PD	Privatdozent
PROFIS	Programm für Industrieregionen im Strukturwandel
RAG	Ruhrkohle AG
RCI	Regional Competitiveness
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
RIS	Regional Innovation Scoreboard
RUB	Ruhr Universität Bochum
RVR	Regionalverband Ruhr
RWI	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
RWTH	Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule
S.	Seite
SE	Societas Europaea
SFG	Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft m.b.H.
SoTech	Sozialverträgliche Technikgestaltung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SPÖ	Sozialistische/Sozialdemokratische Partei Österreichs
TFP	Totale Faktorproduktivität
TPW	Technologieprogramm Wirtschaft
TU	Technische Universität
TZDO	TechnologieZentrumDortmund
u.	und
Univ.-Doz.	Universitätsdozent
Univ.-Prof.	Universitätsprofessor
ÜRF	Überregionales Forschungsprogramm Informatik
USB	Unselbständig-Beschäftigte
USIA	Verwaltung des sowjetischen Eigentums in Österreich
UVR	Unternehmerverband Ruhrbergbau
VEB	Volkseigener Betrieb
Vgl./vgl.	Vergleiche/vergleiche
Voest	Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke (auch Vöest bzw. – ab 1973 – Vöest-Alpine, heute voestalpine AG)
WIBIS	Wirtschaftspolitisches Berichts- und Informationssystem Steiermark
WIFI	Wirtschaftsförderungsinstitut der Wirtschaftskammer Steiermark
WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
ZEDHIA	Zentraleuropäisches digitales wirtschafts- und gesellschafts-historisches interaktives Archiv
ZENIT	Zentrum für Innovation und Technik
ZIM	Zukunftsinitiative Montanregionen
ZIN	Zukunftsinitiative Nordrhein-Westfalen

Personen

- Androsch, Hannes 35, 74
 Apfalter, Heribert 36
 Bartenstein, Martin 74
 Bartosch, Wolfgang 74
 Bauer, Günther 74
 Bieber, Horst 151
 Biedenkopf, Kurt 138
 Bogumil, Jörg 144, 152
 Bonoldi, Andrea 15, 16
 Brajković, Antun 215
 Braumann, Winfried 74
 Breisach, Nikolaus 54, 74
 Brochmann, Günther 74
 Brunnbauer, Ulf 205, 212
 Buchholz, Chris Andre 16, 17
 Czierpka, Juliane 16, 17
 Dicken, Peter 203
 Ditz, Johannes 74
 Doppelhofer, Georg 74
 Dorfer, Leopold J. 74
 Dörflinger, Günter 74
 Dörflinger, Willibald 47, 74
 Ederer, Othmar 74
 Figge, Kai 165, 169
 Filipkowski, Piotr 205, 209, 223
 Freisinger, Margarete 74
 Frizberg, Gilbert 74
 Fuchs, Hans-Georg 56
 Fürnberg, Louis 178
 Gady, Franz 58
 Gartler, Leopold 74
 Geisswinkler, Gerhard 74
 Geldner, Norbert 74
 Gennaro, Kurt 74
 Gerlach, Rüdiger 213
 Gierek, Edward 225
 Gillich, Stephan 74
 Gobiet, Wolfgang 74
 Goch, Stefan 140, 143, 144, 147, 154
 Grabher, Gernot 203, 204
 Gruhn, Volker 166, 167, 169
 Grünwald, Oskar 74
 Haas, Erich 74
 Haider, Jörg 58, 69
 Harnoncourt, Franz 74
 Heimpold, Gerhard 173
 Heinze, Rolf G. 144, 152
 Hess, Martin 203
 Hirschmann, Gerhard 57
 Hohegger, Peter 74
 Hochfellner, Stefan 74
 Hodges, Andrew 205, 210, 216, 229
 Holzschlag, Gerd 62
 Honecker, Erich 180
 Hösele, Herwig 74
 Hübner, Peter 212
 Iber, Walter M. 12
 Johann von Österreich, Erzherzog
 13, 30, 48, 96
 Jungwirth, Kurt 74
 Jurak, Rudolf 74
 Kaltenbeck, Burghard 74
 Katzenberger, Gerhard Helmut 75
 Kershaw, Ian 12
 Kier, Volker 75
 Kirschner, Eric 103
 Klasnic, Waltraud 53, 57, 75
 Klestil, Guido 75
 Knill, Gunther 75
 Koch, Gerhard 75
 Kohl, Helmut 155
 Kolmayr, Anton 75
 Kopetz, Heinz 75
 Körösi, Josef 30
 Kowalewska, Salomea 218
 Krainer, Josef jun. 56, 57
 Kramer, Helmut 52
 Krautzer, Thomas 12
 Kreisky, Bruno 35, 43, 45, 50, 55, 56,
 69, 81
 Kübeck, Johannes 75
 Kühn, Heinz 147
 Kulpińska, Jolanta 218
 Kunzmann, Klaus R. 150

- Lacina, Ferdinand 56, 75
Laschet, Armin 16, 137, 168
Lehner, Franz 144
Lindner, Ulf 75
Lüning, Andreas 165, 169
Majcen, Franz 75
Majcen, Helmut 75
Mandić, Srna 211
Martin, Ron 203
Materna, Winfried 164, 165, 167, 169
Mayr-Melnhof-Saurau, Franz 54
Meulen, Helmut an de 164, 165, 167, 169
Meysel, Siegfried 75
Milenković, Maksimo 214
Moitzi, Heinz 75
Mühlbacher, Peter 58
Muhm, Werner 75
Mülner, Josef 75
Musić, Goran 227
Narloch, Tomasz 221
Nordberg, Kurt 75
Ortner, Gerold 75
Paierl, Herbert 57, 75
Perkonigg, Peter 75
Petrunaro, Stefano 205
Pfarl, Wolfgang 75
Pildner-Steinburg, Jochen 58, 75
Polányi, Karl 219
Pörtl, Erich 57
Porter, Michael 13, 41, 47, 54, 61
Power, Michael 219
Puch, Johann 30
Radolović, Karlo 215
Raidl, Claus J. 42, 75
Raphael, Lutz 138, 144
Rau, Johannes 152
Rechberger, Alois 58
Ressel, Hans-Joachim 57, 75
Riegler, Josef 75
Rotschädl, Walter 58, 75
Rudolf, Rainer 166, 167, 169
Rupprecht, Manfred 75
Schachner, Horst 58
Schachner-Blazizek, Peter 75
Schlögel, Karl 202
Schmid, Michael 57, 75
Schmid, Erich 58
Schöggel, Leopold 75
Schöpfer, Gerald 75
Schrittwieser, Siegfried 75
Schulz, Ulrike 204
Schwier, Hans 160
Sekyra, Hugo Michael 27, 53
Sinowatz, Fred 56
Snieder, Karl 75
Soos, Christian 62
Späth, Lothar 192
Staska, Erich 75
Steiner, Michael 37, 54, 75,
Stockmar Jürgen 75
Stratmann, Martin 163
Streicher, Rudolf 75
Strohmeier, Klaus Peter 144
Stronach, Frank 62
Summer, Franz 75
Szczyrek, Wojciech 226
Teibenbacher, Peter 82
Tessmar-Pfohl, Werner 54, 58
Ther, Philipp 205
Thrift, Nigel 203
Tichy, Gunther 13, 41, 44, 46, 52, 75, 78,
Titze, Mirko 17–19
Trampusch, Franz 75
Tyminski, Maciej 225
Voves, Franz 75
Vranitzky, Franz 53, 56, 75,
Wegenschimmel, Peter 18
Wehling, Hans-Werner 144
Welskopp, Thomas 147, 150, 153
Wlodkowski, Gerhard 59
Worm, Alfred 81
Wukitschewicz, Helmut 75
Wurm, Franz 75
Zankel, Hubert 75
Zeichen, Gerfried 75
Zeiss, Carl 18, 192
Zwiercan, Małgorzata 224

Orte und Regionen

- Aachen 160
 Alsace 100
 Aosta 112
 Aostatal 110, 120
 Aragón 100
 Arnsberg 100
 Bad Gleichenberg 48
 Bad Muskau 175
 Baden-Württemberg 160, 183, 184, 188,
 189, 190, 192
 Bautzen 195
 Bayern 183, 188, 189
 Belluno 112
 Berkshire 131
 Berlin 17, 159, 162, 164, 173–175, 180,
 183–186, 188–190, 195,
 Leoben, Bezirk 84, 85, 94
 Birmingham 8
 Bochum 17, 137, 138, 140–142, 148,
 156, 157, 163, 165, 167, 168, 170, 233
 Bonn 155, 164
 Bottrop 141, 146
 Bozen, Stadt 16, 115, 116, 122–126
 Bozen, autonome Provinz 15, 105–107,
 110–112, 118, 127, 129, 131, 134
 Brandenburg 17, 173, 180, 183, 189,
 190, 195
 Bratislavský kraj 100
 Braunschweig 15, 100
 Breckerfeld 141
 Bremen 183, 188, 189
 Bruck an der Mur 79
 Bruck-Mürzzuschlag 46, 84, 85, 94,
 Bruneck 126
 Bruxelles / Brussels 110,
 Buckinghamshire 131
 Budapest 179
 Bunarina 214, 215
 Chemnitz 100
 Chylonia 208
 Comunidad Foral de Navarra 100
 Danzig 205, 222,
 Detroit 8, 9, 10
 Deutschlandsberg 94
 Donawitz, Leoben-Donawitz 46, 64
 Dortmund 17, 138, 140–142, 148, 154,
 156–170
 Dresden 100, 195
 Duisburg 141, 148, 160, 161
 Duisburg-Rheinhausen 146
 Düsseldorf 147
 East Sussex 131
 Eastern and Midland 110
 Eisacktal 122
 Eisenhüttenstadt 18, 19, 176, 190, 191,
 192, 198
 Elbe-Elster 195
 Emilia-Romagna 110
 Emscher-Raum / Emscherzone 142, 144
 Ennepe-Ruhr-Kreis 141
 Erfurt 195
 Essen 141, 142, 148, 161
 Etschtal 122
 Fehring 68
 Flevoland 131
 Forst 175
 Franche-Comté 100
 Frankfurt an der Oder 175
 Fratarski Otok 214, 216
 Frauenthal 66
 Friaul-Julisch-Venetien / Friuli-Venezia
 Giulia 120, 100
 Gdynia 208, 209, 224–226, 230
 Gelsenkirchen 140–142, 165
 Görlitz (GR) 175, 195
 Grambach 66
 Gratkorn 79
 Graz 14, 24, 29–31, 47, 48, 51, 62, 66,
 68, 78, 79, 83, 85–87, 91, 93, 94, 98
 Graz-Umgebung 83, 85–87, 94

- Guben 175
 Hagen 141
 Halle (Saale) 195
 Haltern am See 141
 Hamburg 110, 183, 188, 189,
 Hamm 141
 Hartberg-Fürstenfeld 94
 Hellweg 142
 Helsinki-Uusimaa 149
 Herne 141, 142, 165, 167, 169
 Hessen 183, 188, 189
 Hovedstaden 131
 Ile-de-France 110
 Inner London 110, 131
 Innsbruck 134
 Jastrzębie Góra 219
 Jena 18, 190, 192, 193, 195, 198
 Kaindorf / Sulm 69
 Kapfenberg 19, 27, 28, 45, 46, 48
 Karlsruhe 99, 100
 Kärnten 94, 100
 Kontinentalna Hrvatska 100
 Küstrin 175
 Länsi-Suomi 100
 Leeds 8
 Leibnitz 65, 68, 93, 94
 Leipzig 195
 Leoben, Stadt 29, 47, 48, 78
 Leoben, Bezirk 84, 85, 94
 Liezen, Bezirk 86, 87, 94
 Limburg 100
 Liverpool 8–10
 Lombardia 100, 110, 131
 London 109
 Luxembourg 110, 131
 Magdeburg 195
 Manchester 8–10, 109
 Mecklenburg-Vorpommern 17, 173, 180,
 183, 189, 195
 Mori 115
 Mülheim an der Ruhr 141, 153
 Murau 95
 Mur-Mürz-Furche 29, 31, 78
 Murtal 94
 Neumarkt 126
 Niederbayern 100
 Niederösterreich 35, 94, 100, 131
 Niedersachsen 183, 188, 189
 Noord-Holland 131
 Nordrhein-Westfalen 16, 137, 143, 149,
 154, 155, 160, 168, 174, 183, 189
 Nowa Huta 230
 Nyugat-Dunántúl 100
 Oberbayern 99, 100, 101, 110, 131
 Oberhausen 141, 155
 Oberösterreich 35, 51, 84, 94–98, 100,
 110
 Oberpfalz 100
 Oberschlesien 191
 Oberspreewald-Lausitz 195
 Obersteiermark 13, 14, 29, 30, 33, 44,
 45, 48, 49, 52, 53, 64, 70, 77, 79, 86,
 87, 91
 Obervinschgau 122
 Oberwaltersdorf 62
 Obluze 208
 Oslo og Akershus 110
 Oststeiermark 14, 64, 68, 87
 Otočac 218
 Oxfordshire 131
 Pais Vasco 100
 Piemonte 100
 Pittsburgh 8–10
 Plomin 201
 Pogórze 208
 Pohjois-Suomi 100
 Pommern 175
 Posen-Westpreußen 175
 Potsdam 195
 Prag/Praha 110, 179
 Pula 18, 201, 206, 208, 210, 229, 230
 Pustertal 122
 Recklinghausen 141, 142
 Redłowo 210
 Rheinhausen/Duisburg-Rheinhausen 146
 Rheinhessen-Pfalz 100

- Rheinland-Pfalz 183, 189
Rheinprovinz 174, 175
Rhondda-Valley 7
Rijeka 207
Rostock 176, 195
Ruhrgebiet 10–12, 16, 17, 21, 22,
137–153, 155–157, 159, 160, 163,
164, 168–171
Rumia 208
Saarland 183, 188, 189
Sachsen 17, 173–175, 180, 183, 188,
189, 195
Sachsen-Anhalt 17, 173, 174, 180, 183,
189, 195
Salzburg 94, 110, 131
Sardinien 120
Schlesien 175
Schleswig-Holstein 183, 188, 189
Schwaben 100
Sheffield 8
Sinabelkirchen 66
Sinich bei Meran 115
Sisplac 210
Sizilien 120
Småland med öarna 100
Sondrio 112
Spree-Neiße 195
Steiermark 10–14, 21, 22, 26, 27–75,
77–103, 106, 110, 131, 132
Sterzing 125
Stockholm 110, 131
Stoja 210, 216
Stralsund 176
Stuttgart 100, 160,
Süddeutschland 109, 183, 189
Südsteiermark 68, 87
Süd-Ost-Steiermark 94
Südtirol 10–12, 15, 16, 21, 105–135,
Surrey 131
Szklarska Poręba 219
Thondorf 66, 79
Thüringen 17, 173, 180, 183, 188–190,
192, 195
Tirol 94, 107, 110, 113, 131
Tol‘jatti 231
Töll 114
Trento/Trient 100, 105–107, 110–112,
115, 118, 127, 131
Unna 141
Untersteiermark 29, 32
Utrecht 131
Valle d’Aosta / Vallée d’Aoste 110
Västsverige 100
Veneto 100
Veruda 214, 215
Vidikovac 210
Voitsberg 94
Vorarlberg 94, 100, 110
Vzhodna Slovenija 100
Wallonie 7
Warschau 179
Weiz 62, 69, 93, 94
Wesel 141
West Sussex 131
Weststeiermark 68
West-Berlin 180
Westfalen 174
West-Vlaanderen 100
Wien 13, 30, 50, 56, 58, 68, 88, 94–97,
110, 131
Wies-Eibiswald 66
Wiezyca 210, 219, 220
Wismar 176
Württemberg 175
Xanten 141
Zagreb 228, 229
Zahodna Slovenija 100

Unternehmen

- 3. Mai, Werft 207
- Acciaierie Valbruna AG 126
- adesso SE 163, 167, 169
 - adesso AG 166
 - adesso Beratungsgesellschaft für Software-Prozeß-Management mbH 166
- Agba AG 126
- Alluminio Italia 123
- Alperia AG 125, 126
- Alpine-Montan 43
- Andritz AG 58, 66, 79
 - Maschinenfabrik Andritz 30
- Arcelor-Mittal 192
- Aspiag Service GmbH 125
- Austria Technologie und Systemtechnik Aktiengesellschaft (AT&S) 47
- austriamicrosystems (ams) 47
- Austrian Energy&Environment 66
- Avis Budget Italia AG 126
- AVL-List 62
- BDI-Holding GesmbH 66
- Böhler / Böhler-Uddeholm AG 19, 42, 43, 46, 49
- Cantiere naval Scoglio Olivi
siehe Uljanik, Werft
- Creditanstalt-Bankverein (CA) 33, 47, 79
- Carbidwerk Töll 114
- Chrysler 10, 62, 66
- Cockerill-Sambre 191
- Compass Verlag 40
- Cserni Group 68
- Danziger Werft 206
- Doppler-Labors 95
- Euromal 221
- Euromedicus 221
- Falck Stahlwerke (Gruppo Falck) 115
- Fercam Holding GmbH 126
- Ford 10
- G Data CyberDefense AG 163, 165, 167, 169
 - G Data Software AG 165
- Gdynia, Werft 18, 201, 202, 205, 206, 208, 209, 219, 220, 222–225
 - Pariser Kommune, Werft 205
- General Motors 10
- GKN Driveline Bruneck AG 126
- HUMANIC AG 30
 - Leder & Schuh AG 30
- Ibsiden-Ceram GesmbH 66
 - Keramikindustrie Frauenthal 66
- IDM Südtirol 128
- Intertrading 36
- Istrische Bank 228
- Iveco Defence Vehicles AG 126
- JENOPTIK AG 18, 190, 192, 198
 - JENOPTIK GmbH 192
 - VEB Kombinat Carl Zeiss Jena 192
- Keramikindustrie Frauenthal
siehe Ibsiden-Ceram GesmbH
- k.k. Seearsenal Pola
siehe Uljanik, Werft
- Körner Chemieanlagenbau 66
- Krupp 146
- Lancia/Iveco 123
- Länderbank 33
- Landesholding Steiermark 51
- Leder & Schuh AG
siehe HUMANIC AG
- MAGNA-Steyr Fahrzeugtechnik
siehe Steyr-Daimler-Puch Werke
- Magnesio S.p.A. 123
- Maschinenfabrik Andritz
siehe Andritz AG
- Materna Information & Communications SE 163–167, 169
 - Materna GmbH 164

- Metallurgiestandort Eisenhüttenstadt 19, 176, 190–192, 198
- Montecatini 115
- Münzer Bioindustrie 66
- NOI S.p.A 128
- Norske Skog 79
- ÖIAG 27, 53
- Oki Electric Industry Co., Ltd (OKI) 66
- ÖMV / OMV 56
- Österreichisches Credit-Institut (ÖCI) 33
- Papier- und Zellstofffabrik Leykam 79
- Pariser Kommune, Werft siehe Gdynia, Werft
- Pengg-Gruppe 46
- Steyr-Daimler-Puch Werke 46, 79
 - Steyr-Daimler-Puch AG 46, 51
 - Steyr-Daimler-Puch Fahrzeugtechnik AG 62
 - MAGNA-Steyr Fahrzeugtechnik 30, 60–62, 79
- Ruhrkohle AG (RAG) 146
- Sappi 79
- Schoeller-Bleckmann 43
- Seetech Global Industries AG (Leitner) 125, 126
- Siemens 176
- Siemens Mobility Austria siehe Waggonfabrik Weitzer
- Simmering-Graz-Pauker siehe Waggonfabrik Weitzer
- Steirische Beteiligungsfinanzierungsgesellschaft 51
- Steirische Wirtschaftsförderungs GmbH (SFG) 45, 54, 66, 72
- Steyr-Daimler-Puch AG siehe Steyr-Daimler-Puch Werke
- Steyr-Daimler-Puch Fahrzeugtechnik AG siehe Steyr-Daimler-Puch Werke
- Stoczniowiec, Wohnbaugenossenschaft 208
- Therme Blumau 68
- Therme Loipersdorf 68
- Therme Radkersburg 68
- Therme Waltersdorf 68
- Uljanik Standard 212–216
- Uljanik, Werft 18, 201, 202, 205–207, 210–217, 228–230
 - Cantiere naval Scoglio Olivi 206
 - k.k. Seearsenal Pola 206
- VEB Kombinat Carl Zeiss Jena siehe JENOPTIK AG
- VEB Sachsenring 213
- Vereinigte Edelstahlwerke (VEW) 43
- voestalpine AG
 - Voest-Alpine 43, 46
 - Voest 36, 42, 43, 46, 53, 81
- Vogel&Noot Gruppe 46
- VTU-Group GesmbH 66
- Waagner&Biró 66
- Waggonfabrik Weitzer 30
 - Simmering-Graz-Pauker 30
 - Siemens Mobility Austria 30
- Würth GmbH 126

Netzwerke, Zentren, Forschungs- und Bildungseinrichtungen

- Automobilcluster Steiermark / ACStyria 14, 47–49, 54, 60–62, 73
- Business Metropole Ruhr (BMR) 143
- Competence Centers for Excellent Technologies (COMET) 48, 73, 103
- FH Joanneum 48
- Fraunhofer Institut für Software- und Systemtechnik (ISST) 145, 161, 162, 166, 167, 170
- Fraunhofer Institut für Mikroelektronische Schaltungen und Systeme (IMS) 145, 160, 161, 167, 170
- Fraunhofer-Gesellschaft 160, 161
- Freie Universität Bozen 16, 133
- Gemeinschaftsaktion Industriestandort Nordrhein-Westfalen 155
- Gesellschaft des Bundes für Industriepolitische Maßnahmen (GBI) 51
- Green Tech-Cluster 66
- Handlungsrahmen für die Kohlegebiete 155
- Holz-Cluster 48
- Horst-Görtz-Institut (HGI) für IT-Sicherheit 137, 162, 167, 169
- human.technology-Cluster 48
- Höhere Technische Lehranstalt (HTL) Kaindorf/Sulm 69
- Höhere Technische Lehranstalt (HTL) Weiz 69
- Industriewissenschaftliches Institut (IWI), Wien 54
- Informatik Rechnerbetriebsgruppe 159
- Innovations- und Gründungszentrum Friedrich der Große (IGZ) 165
- Innovations- und Technologietransfer-Zentrum (ITZ) 161, 162
- Institut für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte, Universität Graz 11, 25, 28, 38, 39, 81, 82, 173
- Internationale Bauausstellung (IBA) Emscher Park 156
- Joanneum Research 38, 40, 54, 84, 87, 95, 98, 103
- Karl-Franzens-Universität Graz 11, 12, 26, 28, 81, 82, 173
- Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) 179, 183–185, 187–190, 197
- Ludwig Boltzmann Gesellschaft 95
- Materials-Cluster 48
- Max-Planck-Gesellschaft 137, 163, 168
- Max-Planck-Institut für Cybersicherheit und Schutz der Privatsphäre 17, 137, 163, 168
- Montanuniversität Leoben 29, 48
- Österreichisches Institut für Raumordnung (ÖIR) 44
- Programm für Industrieregionen im Strukturwandel (PROFIS) 156
- Regionalverband Ruhr (RVR) 17, 141, 143, 151, 168
- Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule (RWTH) Aachen 160
- Ruhr-Universität Bochum 137, 138, 143, 156–158, 161–163, 165, 167, 169
- silicon alps-Cluster 48
- Statistik Austria, Bundesanstalt Statistik Österreich (STAT) 40, 87

- Technischen Hochschule Graz / Technische Universität Graz 30, 96
- TechnologieZentrumDortmund (TZDO) 159, 161, 164
- Technische Universität Dortmund 150, 157, 158, 162–164
- Universität Duisburg-Essen 144, 166
- Universität Trient 134
- Unternehmerverband Ruhrbergbau (UVR) 146
- WIFI-GesmbH / FH der Wirtschaft „Campus 02“ 48
- Wirtschaftsforschungsinstitut, WIFO 44, 52, 98, 105
- Zentrum für Innovation und Technik (ZENIT) 153
- Zukunftsinitiative Montanregionen (ZIM) 154, 155, 162
- Zukunftsinitiative Nordrhein-Westfalen (ZIN) 155

Wissenschaft kompakt: Wirtschaft, Gesellschaft, Politik
Schriften des Instituts für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte an der
Karl-Franzens-Universität Graz



Michaela Hohenwarter; Walter M. Iber; Thomas Krautzer (Hg.)

Mensch im Mittelpunkt

Bevölkerung – Ökonomie – Erinnerung. Festschrift für Peter Teibenbacher zum
65. Geburtstag

Anlässlich des 65. Geburtstages des Grazer Wirtschafts- und Sozialhistorikers Peter Teibenbacher haben sich in diesem Sammelband Autorinnen und Autoren aus verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen zusammengefunden. Die Themenpalette der Beiträge spiegelt die breiten Forschungsinteressen des Jubilars wider: Sie reicht von unterschiedlichen Aspekten der Historischen Demographie über vielschichtige Wechselwirkungen zwischen Ökonomie und Politik bis hin zu ausgewählten Fragestellungen aus dem Bereich Erinnerung, Identität und Gesellschaft.

Bd. 2, 2020, 384 S., 39,90 €, br., ISBN-AT 978-3-643-50927-7

LIT Verlag Berlin – Münster – Wien – Zürich – London
Auslieferung Deutschland / Österreich / Schweiz: siehe Impressumseite

WISSENSCHAFT KOMPAKT:
WIRTSCHAFT, GESELLSCHAFT,
POLITIK

Band 1

Walter M. Iber – Peter Teibenbacher (Hg.)

Österreich, Europa und die Welt

Internationale Beziehungen im 20. und 21. Jahrhundert

LIT

Walter M. Iber; Peter Teibenbacher (Hg.)

Österreich, Europa und die Welt

Internationale Beziehungen im 20. und 21. Jahrhundert

Anhand ausgewählter Beispiele beleuchtet der Sammelband die Prozesshaftigkeit von Geschichte aus österreichischer Perspektive: Es geht um innen- und außenpolitische Entwicklungen seit 1918, vor allem aber auch um die Positionierung und Rolle der Republik Österreich in Europa und in der Welt. Expertinnen und Experten aus den Bereichen Geschichte, Rechtswissenschaften, Ökonomie, Demographie und Entwicklungspolitik spannen mit ihren Aufsätzen einen weiten Bogen: von den letzten Jahren der Habsburgermonarchie, den Krisen der Zwischenkriegszeit und dem Ende Österreichs durch den „Anschluss“ 1938 über die Rolle der neutralen Alpenrepublik im Kalten Krieg, ihren Weg in die EU und ihre Bedeutung im Kontext einer (gesamt)europäischen Außenpolitik bis hin zur jüngsten Schulden-, Euro- und Finanzkrise und schließlich zur Rolle Österreichs in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und in internationalen Organisationen.

Bd. 1, 2019, 212 S., 29,90 €, br., ISBN 978-3-643-50904-8

LIT Verlag Berlin – Münster – Wien – Zürich – London

Auslieferung Deutschland / Österreich / Schweiz: siehe Impressumseite

Ist regionale Wirtschaftspolitik sinnvoll? Diese Frage ist nicht nur heute, im Zeitalter der digitalen Globalisierung, relevant. Weltweit mussten sich Ökonomien in den vergangenen 40 Jahren umfassenden Transformationsprozessen unterziehen, denn die alten, auf mehreren Industrialisierungswellen basierenden Strukturen waren in schwere Krisen geschlittert. Das Buch zeichnet Spezifika und Gemeinsamkeiten dieses historischen Wandels anhand ausgewählter europäischer Regionen nach und bietet Anhaltspunkte, worauf künftig der Fokus gelegt werden sollte. In der Analyse wird deutlich: „Region matters!“

PD Mag. Dr. Walter M. Iber, geb. 1979, Historiker, Institut für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte der Universität Graz; Vorsitzender der Österreichischen Gesellschaft für Unternehmensgeschichte.

Univ.-Prof. Mag. Dr. Thomas Krautzer, geb. 1965, Historiker, jahrelang leitend in der industriellen Interessenvertretung; Leiter des Instituts für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte der Universität Graz.

LIT
www.lit-verlag.at

978-3-643-51024-2



9 783643 510242